

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Winter-Session — 1930 — Session d'hiver

10. Tagung der 28. Amtsdauer — 10^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet, im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.
On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Nachmittagssitzung vom 1. Dezember 1930.
Séance de relevée du 1^{er} décembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 4. Mai 1929 (Bundesblatt I, 533). — Message et projet de loi du 4 mai 1929 (Feuille fédérale I, 529).

Beschluss des Ständerats vom 1. Oktober 1930.
Décision du Conseil des Etats du 1^{er} octobre 1930.

Berichterstattung. — *Rapports généraux.*

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten.

Minderheit:
(Steinmetz)

Nichteintreten.

Proposition de la commission.

Majorité:

Passer à la discussion des articles.

Minorité:
(Steinmetz)

Ne pas passer à la discussion des articles.

Tschumi, Berichterstatter der Mehrheit: Der Einführung des Rauchkrautes Tabak einige Zeit nach der

Entdeckung Amerikas wurde in den europäischen Staaten anfänglich ein scharfer Widerstand entgegengesetzt. Man belegte das Rauchen mit starken, zum Teil recht originellen Strafen. In Rußland ertappte Raucher wurden geknüttet; in der Türkei durchbohrte man ihnen die Nase, steckte das Rauchrohr hindurch und führte sie — rücklings auf einen Esel gesetzt — durch die Straße oder enthauptete sie; in deutschen Landen mit Einschluß eines Teiles der Schweiz belegte man sie mit Bußen und brachte das Rauchen und den Ehebruch in der gleichen Schwereklasse der Vergehen unter. Vor allem war auch die Priesterschaft gegen das Rauchen, weil es den Gottesdienst verstäkere. Man scheint also auch in den Kirchen geraucht zu haben. Kurz, es bedurfte langer Zeit, bis die Marquise de Pompadour, die Mätresse Ludwigs XV., sagen durfte: « Il est indigne de vivre sans tabac. »

Was rief vor allem einer wohlwollenderen Einstellung zum Tabak? Die Erkenntnis, daß in ihm ein ergiebiges Steuerobjekt gefunden werden könne, und in der Tat, ein geradezu ideales Steuerobjekt, das von den meisten Staaten bald recht kräftig erfaßt wurde und stets noch weiter erfaßt wird.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, wird der Tabak besteuert

in Deutschland mit	Fr. 15.57
» England mit	» 39.16
» den Vereinigten Staaten mit	» 19.50
» Schweden mit	» 14.40
» Norwegen mit	» 18.13
» Dänemark mit	» 9.—
» Frankreich mit	» 19.—
» Italien mit	» 22.32
» Oesterreich mit	» 38.40
» der Schweiz mit	» 5.35

Die Angaben stützen sich auf die Jahresergebnisse 1927—1929. Man darf ihnen entnehmen, daß die Schweiz auf dieser Position schon noch etwas stärker zugreifen darf, namentlich auch im Hinblick darauf, daß es sich bei der Belastung des Tabaks um die finanzielle Sicherstellung eines Sozialwerkes von größter Bedeutung handelt.

Es ist kaum zu verstehen, daß beispielsweise im Jahre 1918, wo die Bundesverwaltung ein Defizit

von 250 Millionen aufwies, man die Zollbelastung auf dem Tabak bei 25 Fr. pro 100 kg belassen hat. Im Jahre 1920 erst verdreifachte man den Ansatz, was zu einem jährlichen Ergebnis von 17 Millionen führte. Das heutige System wurde in den Jahren 1921—1923 eingeführt und schließlich im Jahre 1924 ausgebaut. Nun handelt es sich darum, zu dem bisherigen Ertragnis von rund 20—22 Millionen Franken noch 7—8 Millionen herauszubringen. Die Möglichkeit dafür darf bejaht werden.

Der Ständerat hatte für die Vorlage die Priorität. Nach eingehender Behandlung derselben stimmte er ihr schließlich mit 29 Stimmen bei einigen Enthaltungen zu. Der Bundesrat schloß sich den Beschlüssen des Ständerates auf der ganzen Linie an, so daß der Nationalrat sich nur noch mit einem Projekt, das wir nun kurzerhand das ständerätliche nennen wollen, das sich indessen vom bundesrätlichen nach der materiellen Seite hin nicht nennenswert unterscheidet, zu befassen hat.

Die Vorlage stützt sich auf die Art. 28, 29, 31, 34quater und 41ter der Bundesverfassung und es ist zunächst zu prüfen, ob die verfassungsrechtliche Grundlage dafür vorhanden sei. Zweifel, die wir aber keineswegs zu teilen vermögen, wurden im Ständerat nur mit bezug auf das zweite Alinea des Art. 19 — die Garantie der Kleinhandelspreise — geäußert, und es muß sich empfehlen, auf diesen Punkt dann noch ganz besonders eingehend einzutreten.

Die Art. 28 und 29 der Bundesverfassung erklären das Zollwesen kurzerhand als Sache des Bundes. Er allein hat das Recht, Ein- und Ausfuhrzölle zu erheben. Luxusgegenstände, die nicht zu den lebensnotwendigen Mitteln gezählt werden können, sind, was ausdrücklich bestimmt ist, mit den höchsten Zollansätzen zu belasten. Das trifft nun ohne jeden Widerspruch gerade für den Tabak zu, denn er ist ein spezifisches Genußmittel wie kaum ein zweites.

Die Auffassung über die Bedeutung und Tragweite des Art. 31 hat seit seiner Einstellung in die Bundesverfassung eine wesentliche Wandlung erfahren. Es ist heute, ganz abgesehen von den Brechen, die durch die Verfassung selbst schon in denselben gelegt worden sind, die Erkenntnis ganz allgemein durchgedrungen, daß eine schrankenlose Freiheit in Handel und Gewerbe, wie man sie sich ursprünglich vorgestellt hat, ohne Schädigung unserer gesamten Wirtschaft nicht aufrecht erhalten werden kann und dem Wirtschaftsleben vielmehr eine gewisse Gebundenheit an fördernde Normen in höherem Maße dient. Darüber wird bei dem schon zitierten Art. 19 der Vorlage dann noch näheres auszuführen sein. Von allem Anfang an aber bestand die Meinung, daß der Handels- und Gewerbefreiheitsartikel auf das Zollwesen keinerlei Einfluß haben dürfe. Denn alle Maßnahmen zur Erhebung der Grenzzölle sind von der Einschränkung dieses Artikels ausdrücklich ausgenommen. Es besteht also für den Bund in Zollsachen volle Bewegungsfreiheit.

Ziff. 6 des Art. 34quater sodann bestimmt, daß vom 1. Januar 1926 an der Bund an die Alters- und Hinterlassenenversicherung einen Beitrag in der Höhe der gesamten Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabaks zu leisten habe. Irgendeine Wegleitung, in welcher Form diese Belastung zu erfolgen habe, enthält diese Vorschrift nicht, mit andern Worten, es besteht mit bezug auf die Art der Tabakbelastung für den Bund ebenfalls volle Freiheit.

Mit der nämlichen Klarheit geht diese Auffassung auch aus Art. 41ter hervor, der lautet: « Der Bund ist befugt, den rohen und den verarbeiteten Tabak zu besteuern. » Auf welchem Wege diese Besteuerung erfolgen müsse, wird auch hier wiederum mit keinem Worte gesagt, womit für die bezügliche Gesetzgebung volle Freiheit besteht. Diese Freiheit erstreckt sich zweifellos auch auf diejenigen Maßnahmen, die zur Sicherung der Einbringung einer auferlegten Steuer notwendig sind; denn es kann natürlich dem Bunde nicht gleichgültig sein, ob der Steuerzahler seinen Verpflichtungen nachzukommen in der Lage sei oder nicht.

Wir dürfen demnach die verfassungsrechtliche Grundlage auf Grund der zitierten Artikel der Bundesverfassung als restlos vorhanden betrachten.

Die Vorlage selbst besteht aus zwei Hauptabschnitten, dem « Bundesgesetz betreffend die Besteuerung des Tabaks » und dem « Tarif betreffend die Tabaksteuer ».

Das Gesetz zerfällt in sechs Unterabschnitte mit folgenden Titeln:

- I. Form der Besteuerung;
- II. Eingangszoll;
- III. Zigarettensteuer;
- IV. Steuersicherung;
- V. Strafbestimmungen;
- VI. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Zur Erzielung einer möglichststen Uebersichtlichkeit über den Gesetzesinhalt mag es sich empfehlen, Abschnitt für Abschnitt zu durchgehen. Wir werden dabei nicht weiter ausholen, als unbedingt nötig erscheint.

Der I. Abschnitt — Form der Besteuerung — enthält einen einzigen Artikel, der bestimmt, daß die fiskalische Belastung des Tabaks in zwei Varianten zu erfolgen habe. Wie schon bisher, wird auf Tabakfabrikaten, Rohtabak, Abfällen der Tabakfabrikation und den Materialien für die Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak ein Eingangszoll gemäß dem besondern Tarif erhoben. Ueber die Höhe desselben wird an anderer Stelle noch gesprochen werden.

Wir führen jährlich zirka 55,000 q Tabak ein, wogegen die Schweiz nur 5—6000 q produziert. Dieses Verhältnis muß nach Möglichkeit beibehalten und ein entsprechendes System der finanziellen Belastung des Tabaks gesucht werden. Die Inlandsproduktion darf nicht gesteigert werden, weil diese Tabake nur mit fremdem Gemisch zum Genuß gebracht werden können. Für sich allein sind sie nicht konsumfähig und eine obere Grenze von 6000 q wird das höchste sein, was zur Verwendung gebracht werden kann. Jeder Ueberschuß wäre unverkäuflich und hat man dafür schon Beispiele. Zweimal mußte der Bund mit Subventionen einspringen, um die schweizerischen Tabakbauer zu unterstützen. Der inländische Tabak wird nicht belastet, es sei denn, daß er auch als Zigarettentabak in kleinen Quantitäten Verwendung finden würde, was aber keine Rolle spielen kann.

Die Belastung der Zigarette sodann erfolgt in zwei Formen, einmal durch einen Eingangszoll auf dem zu ihrer Herstellung bestimmten Tabak und im weitern durch eine Fabrikationssteuer auf allen im Inlande gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten. Diese Steuer ist erst nach Ablauf einer bestimmten Frist nach der Fabrikation zu entrichten.

Der II. Abschnitt der Vorlage, der vom Eingangszoll handelt und die Art. 2—9 umfaßt, legt die Grundlagen der Zollerhebung fest. Wir haben es hier mit einem System zu tun, das eine Verzollung in drei Kategorien vorsieht und sich von andern Zollsystemen unterscheidet; es wird deshalb direkt als «Schweizersystem» bezeichnet. Man tastete Jahrzehnte lang herum, bis man schließlich auf dieses System verfiel, und gleich vorweg soll festgestellt werden, daß es sich glänzend bewährt hat und Erträge zu erbringen imstande war und noch weiter imstande sein wird, an die man ehemals gar nicht zu glauben wagte. Längere Zeit dachte man auch an ein Tabakmonopol; der Gedanke wurde indessen fallen gelassen, weil selbst die größten Monopolisten eine Annahme einer bezüglichen Vorlage durch das Schweizer Volk als ausgeschlossen betrachteten. Auch das sogenannte Bandenrolle-System wurde in Erwägung gezogen, jedoch ebenfalls fallen gelassen, weil man in andern Staaten damit keine guten Erfahrungen gemacht hat. Schließlich kam man auf das System der differenzierten Zölle, eben das Schweizensystem. Nach diesem Differenzial- und Progressiv-System haben wir heute unter Berücksichtigung der Qualität sowohl als der Verwendungsart und der Herkunft des Tabaks folgende Zollansätze:

Tabak für Zigarren . . .	Fr. 170, 220 und 280	pro q
Pfeifentabak	» 250, 300	360 pro q
Tabak für Zigaretten . . .	» 610, 800	1200 pro q

Im Hinblick auf die bereits erwähnten guten Erfahrungen, die man mit diesem System gemacht hat, kann keine Rede davon sein, dasselbe zu verlassen. Die künftigen Ansätze nach Annahme der Vorlage werden von den bisherigen nicht nennenswert abweichen und sich folgendermaßen gestalten:

Zigarrentabak	Fr. 175, 225 und 285	pro q
Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak	» 280 nach Bundesrat	pro q
	» 275 nach Ständerat	pro q
Zigarettentabak	» 780 und 1000	pro q

wobei bemerkenswert ist, daß den gelben Orienttabaken gegenüber dem bisherigen Ansätze von 1200 Fr. eine Erleichterung von 200 Fr. zugestanden wird.

Die verhältnismäßig bescheidenen Ansätze für den Zigarrentabak lassen sich besonders auch noch aus dem Gesichtspunkte rechtfertigen, daß Grund besteht, die stetig zurückweichende Zigarrenfabrikation nach Möglichkeit zu erhalten, da in ihr eine große Zahl von Arbeitskräften — zirka 6000 — beschäftigt werden kann, was beispielsweise bei der Zigarettenfabrikation nicht der Fall ist. Eine moderne Zigarettenmaschine produziert täglich eine halbe Million Zigaretten, woraus hervorgeht, wie wenig Arbeitskräfte hier gebunden werden können. Die scheinbare Erhöhung der Ansätze für Zigarrentabak um je 5 Fr. pro 100 kg wird reichlich wettgemacht durch verschiedene Vorteile, welche das kommende Gesetz den Zigarrenfabrikanten bringen wird. Für den Zoll auf Zigarettentabak darf mit einem Mehrbetrag von mindestens einer halben Million gerechnet werden.

Die bereits erwähnten guten Erfahrungen mit dem Schweizensystem konnten ohne weiteres den Gedanken nahelegen, auf dem erprobten Wege noch einen Schritt weiter zu gehen, um die Erträge auf der Belastung des Tabaks zugunsten der Alters-

Hinterlassenenversicherung über das bisherige Ertragnis von 20—22 Millionen Franken hinaus auf rund 30 Millionen zu bringen. Beim Eingangszoll hätte namentlich auf dem Tabak für Zigaretten und Luxuszigarren eine Erhöhung stattfinden müssen. Dahin ging ein Antrag Evéquoz im Ständerat und Ähnliches wurde auch in der nationalrätlichen Kommission zum Ausdruck gebracht. Es wird an anderer Stelle ausgeführt werden, weshalb dieser Weg nicht betreten werden kann und eine andere Lösung gesucht werden mußte.

Die Differenzierung der Zölle nach Qualität und Verwendungsart des Tabaks machte es selbstverständlich notwendig, vom Empfänger der Ware eine Verwendungsverpflichtung einzufordern, um die Bemessungsgrundlage für den Zollansatz gewinnen zu können. Form und Inhalt dieses Reverses werden von der Oberzolldirektion festgesetzt. Befürchtungen, es könnte diese Vorschrift zu unliebsamen Komplikationen führen, dürfen als ausgeschlossen betrachtet werden, weil die Tabakfabrikanten sie selbst als durchaus durchführbar und geboten erachten. Je nach der Verpackungsart des Tabaks findet Brutto- oder Nettoverzollung statt. Im weiteren enthält der II. Abschnitt Bestimmungen über die Ausnahmen von der Zollpflicht, die Zollzahlung und die Zollrückvergütung und -ermäßigung sowie die Errichtung von Privatlagern, alles Vorschriften technischer Natur, bei denen divergierende Auffassungen in der nationalrätlichen Kommission nicht zum Ausdruck gekommen sind. Mit unbedeutenden redaktionellen Änderungen wurde dem ständerätlichen Entwurf einmütig zugestimmt.

Der III. Abschnitt, der wichtigste der Vorlage, enthält die Bestimmungen betreffend die Zigarettensteuer. Aus der Zigarette sollen die Millionen herausgewirtschaftet werden, um, wie bereits betont, auf die notwendigen 30 Millionen für die Alters- und Hinterlassenenversicherung zu kommen. Diese Lösung drängt sich im Hinblick auf die Entwicklung unserer Tabakindustrie direkt auf. Daß der Verbrauch an Kau- und Schnupftabak zurückgegangen ist und man selten mehr einen Berufsschnupfer antreffen kann, wird jeder schon aus eigenen Beobachtungen bestätigen können. Bedauerlicherweise ist auch der Zigarrenverbrauch und damit die Arbeitsgelegenheit in diesem Fabrikationszweige kleiner geworden, während die Zigarettenindustrie, in welcher, wie bereits betont, die Maschine die Hauptrolle spielt, eine ganz unerwartete Entwicklung erfahren hat und sich allem Anscheine nach noch weiter entwickeln wird, indem in immer größerem Maße auch die Frauenwelt in den Genuß des Tabaks in Form der Zigarette eintritt.

Die Steuer wird von der einzelnen Zigarette bezogen, und zwar ohne Rücksicht auf das Herstellungsverfahren und die Herkunft des dafür verwendeten Materials. Es werden zwei Kategorien vorgesehen, eine Steuer von ½ Rp. für die Zigarette mit Detailverkaufspreis unter 7 Rp., die wir der Einfachheit halber «Volkszigarette» nennen wollen, und eine solche von 1 Rp. für die Zigarette mit Detailverkaufspreis von 7 und mehr Rappen, die kurzweg «Luxuszigarette» genannt werden mag. Diese Differenzierung empfiehlt sich aus sozialen Gründen, weil doch der Raucher von Luxuszigaretten als ein tragfähigeres Steuersubjekt betrachtet werden darf, als der Raucher von Volkszigaretten. Die Steuer — für ein Paket von

20 Volkszigaretten 10 Rp., für ein Paket von 20 Luxuszigaretten 20 Rp. — ist nicht so hoch, um einen Verbrauchsrückgang befürchten zu lassen. Wer gewohnt ist, eine bestimmte Marke Zigaretten von 1 Fr. 40 das Paket zu rauchen, wird seiner Marke nicht untreu werden, wenn er künftighin auch 1 Fr. 60 dafür entrichten muß. Die Preisfestsetzung ist nicht Sache der Behörden, sondern der Zigarettenfabrikanten und die scharfe Konkurrenz auf diesem Gebiete wird schon dafür sorgen, daß die Preise nicht übersetzt werden. Ebenso ist eine Ringbildung der Zigarettenfabrikanten direkt ausgeschlossen, weil sonst die Auslandszigarette den schweizerischen Markt bald erobern würde.

Ein Vorschlag, für die Steuerbemessung drei Kategorien zu bilden, fand in der nationalrätlichen Kommission keinen genügenden Anklang, wohl aber ein anderer Antrag, die Limite zwischen der Volkszigarette und der Luxuszigarette nicht beim Verkaufspreis von 7, sondern von 5 Rp. zu wählen. Man dachte schon bei der Vorberatung der Vorlage an die Grenze von 5 oder 6 Rp. Die Fabrikanten bestanden dann auf 7 Rp., weil dadurch die Fabrikationssteuer zwischen der blonden und der schwarzen Zigarette in ein richtiges Verhältnis gebracht werde. Der Vorschlag, die Grenze bei 5 Rp. zu wählen, unterlag in der Kommission mit 16 gegen 6 Stimmen; er wird aber bei Art. 12 als Minderheitsantrag wieder eingebracht und werden wir uns dann dort damit zu befassen haben.

Wird die Zigarettensteuer denjenigen Ertrag erbringen, den man von ihr erwartet? Die Frage darf ohne wesentliche Bedenken bejaht werden und damit nähern wir uns der Möglichkeit der Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung um einen bedeutenden Schritt. Darin lag ja überhaupt der Ausgangspunkt einer kräftigeren finanziellen Erfassung des Tabaks. Man hätte sich ja auch die Frage vorlegen können, ob die Erträgnisse aus der Tabakbesteuerung nicht zur Abtragung unserer immer noch großen Staatsschuld hätten verwendet werden sollen. Man sah davon ab. Mit einer gewissen Begeisterung beschlossen Räte und Volk, die ganze Tabaksteuer der Sozialversicherung zuzuwenden. Wer diese ernsthaft will, wird gerne auch bereit sein, in der kräftigeren Erfassung eines Luxusartikels die nötigen Mittel dafür aufbringen zu helfen. Eine Ablehnung der heutigen Vorlage wäre so ziemlich gleichbedeutend mit einer Negierung der Sozialversicherung. Nur mit tiefem Bedauern muß man heute allerdings zur Kenntnis nehmen, daß sich da und dort gegen die Sozialversicherung Stimmen eines nichtbegreiflichen Widerstandes erheben wollen. Das darf uns aber nicht hindern, dem großen Werke die Wege zu ebnen. Denn ein langes Hinauszögern oder Fallenlassen desselben würde in weiten Kreisen des Schweizervolkes eine Verzweiflungsstimmung auslösen, aus der heraus eher alles andere als eine allgemeine Volkswohlfahrt geboren würde.

Der IV. Abschnitt der Vorlage, der von der Steuersicherung handelt, enthält eine Anzahl Bestimmungen technischer Natur, die wahrscheinlich keine große Diskussion auslösen werden. Aber er enthält auch die sogenannte «Preisschutzklausel», d. h. die Vorschrift, daß die auf der einzelnen Zigarette oder auf dem einzelnen Zigarettenpaket aufgedruckten Kleinhandelspreise in der Abgabe an den letzten Verbraucher nicht unterboten werden dürfen. Die

Klausel, die unseres Erachtens zur Steuersicherung notwendig und tatsächlich harmloser ist, als man sie in gewissen Kreisen ansehen möchte, hat in der nationalrätlichen Kommission Anfechtung erfahren. Sie wurde indessen bei anfänglicher Enthaltung der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, die nachher dann aber ihre Zustimmung dazu erklärten, mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen. Mit Hinzurechnung der Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder erfolgte demnach die Annahme mit 17 gegen 5 Stimmen. Doch werden wir uns auch hier bei Art. 19, Ziff. 2, mit einem Minderheitsantrag zu befassen haben. Es soll auf diesen Punkt in besondern Ausführungen noch etwas weiter eingetreten werden.

Die Abschnitte V und VI, in welchen die Strafbestimmungen über Steuerhinterziehung und -gefährdung sowie die Uebergangs- und Schlußbestimmungen untergebracht sind, können in der Eintretensfrage zu besondern Erörterungen kaum Anlaß geben und werden auch in der Detailberatung einen größeren Zeitraum nicht beanspruchen, ebenso wenig wie der zu dem Gesetze gehörende Tarif.

In der ganzen Vorlage werden es namentlich zwei Punkte sein, die einer eingehenden Behandlung rufen werden, einmal die Frage, ob nicht in konsequenter Durchführung des SchweizerSystems die größere steuerliche Erfassung der Zigarette an der Grenze durch Zollerhöhung des verwendeten Materials erfolgen sollte, und sodann namentlich auch die Frage der Preisschutzklausel. Auf diese beiden Momente wird am besten schon in der Eintretensfrage eingetreten, um zu verhindern, daß in der nachherigen Diskussion noch Punkte berührt werden, die schon als genügend abgeklärt gelten dürfen. Was am einen Orte an Zeit in Anspruch genommen wird, kann dadurch an einem andern wieder eingebracht werden.

Würde der Versuch gemacht werden, aus der Belastung des Tabaks zirka weitere 10 Millionen, um die es sich, wie bereits ausgeführt, handelt, auf einer allgemeinen und alle Tabake umfassenden höheren Erfassung auf dem Zollwege an der Grenze einzubringen, wodurch auch der Pfeifen- und Zigarren-tabak wahrscheinlich mehr belastet und damit die Steuer zu einem Teile namentlich auch auf die wirtschaftlich schwächere Bevölkerung überwältigt würde, ganz abgesehen von einem unerwünschten Rückgang der Arbeitsgelegenheit in der Zigarrenfabrikation, so hätte eine solche Vorlage wahrscheinlich keine oder wenig Aussicht auf Annahme durch das Volk. Und das ist ein erster und wesentlicher Grund, diesen Weg nicht zu beschreiten. Ein weiterer wesentlicher Grund liegt sodann darin, daß bei einer den zirka 10 Millionen entsprechenden Zollerhöhung auf dem Zigaretten-tabak zwischen den verschiedenen verwendeten Tabaksorten ein solcher Unterschied entstünde, daß damit dem Betrage Tür und Tor geöffnet werden müßten.

Einige Beispiele vermitteln uns darüber sofort die nötige Klarheit. Die Zollbelastung der orientalischen Zigaretten-tabake müßte von 1200 Fr. pro 100 kg auf 1700 Fr. gebracht werden, die Belastung der dunklen Zigaretten-tabake von 610 auf 1300 Fr. Der geringste Zoll für Zigarren- und Pfeifentabake wird inskünftig 175 Fr. pro 100 kg betragen. Auf das Kilogramm berechnet, hätten wir somit zwischen der niedersten und der höchsten Belastung einen Unterschied von 1 Fr. 75 zu 17 Fr. So etwas würde tat-

sächlich nicht mehr begriffen. Das wäre aber noch das Wenigste. Viel, ja viel schlimmer wäre der Umstand, daß darin ein so großer Anreiz zur Verwendung von billig verzolltem Tabak zur Zigarettenfabrikation bestünde, daß mit einer bezüglichen Umgehung in der Verwendungsart der Tabake mit größter Wahrscheinlichkeit, ja fast mit Sicherheit gerechnet werden müßte. Denn schließlich kann man es den Tabakfabrikanten nicht verdenken, wenn sie auch noch Menschen mit menschlichen Schwächen sind.

Was wäre die logische Folge?

Man müßte jede Zigarren- und Zigarettenfabrik unter schärfste Polizeikontrolle stellen. Eine eigentliche Zollgendarmarie würde zur unumgänglichen Notwendigkeit. Die Schnüffelei nach Fabrikationsdefraudanten würde kein Ende nehmen. Die Industriellen würden sich für eine solche Einrichtung bedanken und gegen eine Vorlage mit derartiger Fabrikationsüberwachung mit Recht das Referendum ergreifen. Die Fabrikanten erklären sich übereinstimmend bereit, die kommende Belastung zu tragen, nicht aber Hand bieten zu wollen zu einem System der Schikane.

Diese Ueberlegung muß jedermann von der absoluten Unmöglichkeit der Einbringung von nahezu 10 Millionen auf dem Wege erhöhter Zollbelastung überzeugen. Von den rund 55,000 q Tabak, welche in der Schweiz verarbeitet werden, entfallen nur 13,000 q auf die Zigarettenfabrikation, so daß auch daraus hervorgeht, wie stark die Zollbelastung ausfallen müßte, um ein gleiches Resultat zu erzielen.

Damit drängte sich der Gedanke auf, das Schweizer-system in ungefähr bisherigem Umfange beizubehalten, die Mehrbelastung dagegen in der Form der Zigarettensteuer im Inlande, d. h. auf der fertigen Zigarette zu suchen, und zwar in der Weise, wie es schon entwickelt worden ist.

Was trägt die Steuer ein? In der bundesrätlichen Botschaft ist auf Tabelle 18 der gesamte Zigarettenkonsum auf 1200 Millionen Zigaretten pro Jahr veranschlagt. Diese Annahme bleibt unter der Wirklichkeit; man dürfte mit 1500 Millionen der Wahrheit näher kommen. Nehmen wir jedoch die gewählte Quantität vorläufig als Grundlage und berücksichtigen wir den Detailverkaufspreis, so kommen wir bei einer Annahme von 1170 Millionen Zigaretten unter 7 und 30 Millionen von 7 und mehr Rappen das Stück zu einem Gesamtergebnis von 6,15 Millionen Franken und unter Zurechnung des Mehrerträgnisses an der Grenze zu rund 7 Millionen. Mit diesem Mindestbetrag darf jedenfalls gerechnet werden.

Der verhältnismäßig bescheidene Anteil, den die Luxuszigarette an das genannte Erträgnis liefert, hat der Anregung gerufen, es in der Besteuerung bei einer Kategorie bewenden zu lassen. Sie mußte indessen aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden. Je mehr sich übrigens auch die Frauenwelt dem Zigarettegenuß zuwendet, desto mehr dürfte auch die Luxuszigarette im Umsatz eine Steigerung erfahren.

Es ist fast unnötig zu sagen, daß die Zigarette nicht beliebig groß gemacht werden darf, um damit die Steuer verringern zu können. Das zulässige Höchstgewicht für 1000 Zigaretten von weniger als 7 Rp. beträgt 1250 g und für 1000 Zigaretten von 7 und mehr Rappen 1500 g. Bruchteile dieser Gewichtseinheiten werden einer ganzen Einheit gleichgestellt. Damit findet eine allerdings minime, aber gerechtfertigte

Vergünstigung für die gelbe Zigarette statt, die meistens aus den höher zu verzollenden orientalischen Tabaken hergestellt wird.

Und nun kommen wir noch auf den Punkt zu sprechen, der sowohl im Ständerat wie auch in der nationalrätlichen Kommission am meisten zu reden gab, die Preisgarantieklausel.

Schicken wir da gleich voraus, daß sie sowohl von den Tabakfabrikanten als auch von den Detaillisten gebieterisch verlangt wird. Uebereinstimmend wird sie als eine Notwendigkeit zur Sicherung der Steuer und des reellen Handels bezeichnet. Diese Kreise, denen die Umsatzverhältnisse im Zigarettenhandel bekannt sind, verdienen gehört zu werden. Und wenn die Bundesversammlung ihre Beschlüsse auch nicht nach Volksmeinungen richten kann, so besteht doch auch kein Grund, die Einleitung eines Referendums gegen eine Vorlage ohne genügenden Grund zu provozieren, noch dazu eines Referendums, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein könnte, wenn ein großer Wirtschaftsverband einer kleineren Gruppe seine Unterstützung böte, um sie in einem illoyalen Konkurrenzkampfe nicht untergehen zu lassen.

Wie schon beiläufig erwähnt, wurde die Verfassungsmäßigkeit der Preisgarantieklausel in Zweifel gezogen. Aus diesem Grunde ließ das Finanzdepartement von bekannten und anerkannten Juristen ein Gutachten darüber ausarbeiten. Prof. Blumenstein bejahte die Verfassungsmäßigkeit ohne jeden Vorbehalt und Prof. Burckhardt für den Fall, daß sie zur Steuersicherheit als notwendig erachtet werden sollte. Der eine sagt also: «Man kann sie vorbehaltlos einführen; sie ist verfassungsmäßig» — und der andere: «Wenn man ihre Einführung als notwendig erachtet, so ist sie verfassungsmäßig». Ergo bietet nach beiden Gutachten die Verfassung jedenfalls kein Hindernis, sie einzuführen.

Was will man mit der Preisschutzklausel erreichen? Die Unterbindung des wilden Geschäfts, der Preisschleuderei, der man mit keinem andern Mittel beikommen kann, auch nicht mit einem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Man kennt die Mentalität, so vieler Leute, ihre Sympathie auch einem Schleuderer zu schenken, selbst wenn er offensichtlich eine Anzahl reeller Geschäfte zugrunde richtet, deren Gewissen auch nicht geweckt wird, wenn dieser selbe Schleuderer nach kürzerer oder längerer Zeit in einem Konkurse oder einem Nachlaßvertrage ein unrühmliches Ende findet. Die Rückwirkung solcher Unterbietungen auf die Möglichkeit der Steuerentrichtung liegt auf der Hand.

Gewiß läßt sich der eine oder andere Einwand gegen die Preisschutzklausel hören, wie solche Einwände ja gegen jede Neuerung vorgebracht werden können. Darum liegt uns jeder Gedanke ferne, den Gegnern der Klausel ihre Stellung übelnehmen zu wollen. Wir möchten sie bloß von der Notwendigkeit dieser Klausel überzeugen. Der Sprechende steht seit 40 Jahren in engster Beziehung mit dem Kleinhandelsstande. Er weiß, wie wenig man gegenüber Schleuderern mit den freien Maßnahmen ausrichten kann. Die Ehrlichkeit verlangt, daß der Detaillist die Zigarettenpakete oder einzelne Zigaretten zum angeschriebenen Preise verkaufe. Ja, verdient denn die Ehrlichkeit nicht Schutz! Man schaffe einen Präzedenzfall, wird behauptet, für weitere Eingriffe des Bundes in die Preisbildung. Wir halten es für

ausgeschlossen. Bei keiner andern Ware liegen die Voraussetzungen zu einer solchen Maßnahme so stark vor, wie beim Zigarettenhandel. Wir wüßten auch nicht einen Fall zu nennen, wo der Eingriff des Bundes in eine Wirtschaftsgruppe so groß wäre, wie hier. Und haben wir nicht auch auf andern Gebieten trotz der Handels- und Gewerbefreiheit, deren Wandlung wir bereits früher dargelegt haben, wirtschaftliche Bindungen vorgenommen? Gehören nicht hierher alle Versicherungen, die wir im Laufe der letzten Jahre auf Bundesboden eingeführt haben oder noch einführen wollen, selbst die Sozialversicherung. Und der Getreidepreis? Wird er nicht auch vom Bunde festgesetzt! Kurz, von Staates wegen sind im Gebiete der Preisbildung schon Eingriffe erfolgt, die sich weniger rechtfertigen ließen, als es bei der Steuererfassung der Zigarette der Fall ist, und an vielen Orten, wo der Staat nichts zu sagen hat, hat man auf freiwilligem Wege durch Kartelle sich der schlimmen Auswirkungen der Mißbräuche der schrankenlosen Handels- und Gewerbefreiheit zu erwehren gesucht.

Es wird sich bei Art. 19 der Vorlage jedenfalls noch Gelegenheit bieten, weitere Argumente zugunsten dieser Klausel anzuführen. Für einmal nur noch die Mahnung, der Vorlage aus doktrinären Gründen nicht Schwierigkeiten zu bereiten, wo man sie nicht mehr verstehen könnte.

Wir kommen zum Schlusse. Die Eintretensfrage wurde von der nationalrätlichen Kommission mit 25 gegen 1 Stimme, diejenige des Herrn Steinmetz, bejaht. Und wiederum mit allen gegen seine Stimme wurde die Vorlage auch in der Schlußabstimmung angenommen.

Und wenn die Sache uns auch alle einte,

• War er der Geist, der stets verneinte.

Herr Präsident, meine Herren! Namens der sozusagen einmütigen Kommission beantragen wir Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

M. Jobin, rapporteur de la majorité: La revision constitutionnelle votée le 6 décembre 1925 (art. 41^{quater}), adoptait le principe de l'assurance-veillesse et survivants; elle donnait à la Confédération le droit d'imposer le tabac en l'obligeant à verser au fonds des assurances, dites sociales, le montant des taxes douanières provenant de cet impôt, montant qui devait s'ajouter aux recettes que produirait la revision du régime des alcools, aujourd'hui réalisé.

Dans son volumineux message du 4 mai 1929 enrichi de tableaux statistiques et comparatifs des plus intéressants et fort instructifs, le Conseil fédéral constate qu'une politique financière prudente conseille de faire abstraction d'une subvention annuelle, par voie budgétaire au profit des assurances, et que l'examen minutieux de la situation fiscale de la Confédération ne permet pas d'effectuer, dans ce but, d'autres ressources que les droits sur l'alcool et le tabac.

En effet, les impôts directs sur la fortune acquise et le revenu, prélevés par la Confédération, les cantons et les communes ayant plus que triplé depuis 1913 (de 173 millions à 546), on ne pourrait les augmenter encore sans compromettre notre économie générale; il n'est pas d'avantage désirable d'exiger des versements supérieurs des articles d'alimentation courante, puisque toute majoration implique le

renchérissement du coût de la vie, plus que suffisamment élevé en Suisse.

En revanche, l'alcool et le tabac, articles de luxe, peuvent sans inconvénient ni danger, procurer une augmentation sérieuse de recette fiscale.

Si nous consultons le tableau statistique des charges fiscales du tabac à l'étranger et en Suisse (page 5 du message), nous voyons que, réduits en francs suisses, par tête de population, en 1927, sans qu'il soit survenu de changement notable depuis, il est perçu: en Allemagne 15 fr., en Angleterre 39 fr. 16, aux Etats-Unis 19 fr. 50, en Suède 14 fr. 40, en Norvège 18 fr. 13, en Danemark 9 fr., en France 19 fr., en Italie 22 fr. 32, en Autriche 38 fr. 40 et en Suisse 5 fr. 35.

Les droits encaissés actuellement, à la frontière, sur les tabacs bruts et manufacturés dépassent la somme de 20 millions par année. La quote-part du tabac au fonds des assurances étant fixée à 30 millions, le présent projet a pour but d'obtenir une recette complémentaire de 8 à 10 millions.

En considérant, toutefois, que la taxe douanière prélevée en Suisse sur le tabac est de 50 % environ, inférieure à celle de l'Etat le moins exigeant en la matière, le Danemark, et qui, appliquée chez nous, rapporterait 37 millions, il n'y a aucune exagération à escompter une recette totale de 30 millions.

Le message rappelle, non sans une pointe d'amertume, qu'en 1918, alors que le budget fédéral signalait un déficit de 250 millions, le tabac ne payait qu'un droit de 25 fr. les 100 kilos, soit 3 millions en tout, à peine 1 fr. par tête de population. Tandis que nos voisins tiraient de ce chef 10 à 15 et 20 fr. Le droit d'entrée fut porté à 75 fr. en janvier 1920; puis, à la date du 31 décembre de la même année, le Conseil fédéral décrétait une modification nouvelle au tarif, substituant à la taxe uniforme de 75 fr., appliquée indifféremment à tous les tabacs à la frontière, un taux différentiel et un taux progressif. Cette décision fut approuvée et ratifiée par l'arrêté fédéral du 24 juin 1921. Grâce au taux différentiel, il devenait possible de tenir compte de la capacité fiscale très variable des différentes utilisations du tabac, et la progression permettait d'imposer les tabacs fins plus lourdement que les tabacs ordinaires. Ainsi se préparait la voie à l'imposition de la cigarette, qui forme la partie principale du projet de loi, soumis à l'examen de ce Conseil, auquel le Conseil des Etats, qui avait la priorité, a donné son adhésion par 29 voix contre 4, après avoir apporté quelques changements acceptés par le Conseil fédéral.

Le projet maintient le système actuel, introduit en 1921, particulier à la Suisse, dont l'application jusqu'à ce jour a donné des résultats très satisfaisants. Il prévoit la perception à la frontière de droits sur tous les tabacs bruts et manufacturés et, à titre de complément, une taxe supplémentaire sur toutes les cigarettes fabriquées industriellement dans le pays. Comme par le passé, le tabac brut étranger sera contrôlé à la frontière et grevé d'un droit de douane gradué selon la qualité et la destination. Mais le tabac brut utilisé à la fabrication de la cigarette, sera frappé, en plus du droit d'entrée supérieur à ceux exigés pour le cigare et la pipe, d'une taxe spéciale, de un 1/2 ou 1 centime par pièce, selon le prix de vente au détail de la cigarette. Le prix de

vente est fixé par le fabricant, et celui-ci verse le montant de la taxe au fisc.

Le projet se compose de deux parties essentielles, distribuées en 6 chapitres: La première partie (chap. I et II) traite de la perception des droits de douane et la seconde (chap. III et IV) règle la perception de l'impôt sur les cigarettes. Les chap. V et VI prévoient les pénalités et les dispositions transitoires destinées à empêcher, autant que possible, la spéculation lors du changement de régime. Enfin le tarif des droits est annexé au projet et fait corps avec lui.

La Suisse importe, en moyenne, annuellement, 55,000 kilos de tabacs et la production indigène atteint 5000 à 6000 kilos. Pauvre en arôme, notre tabac est utilisé surtout pour la préparation des tabacs coupés pour la pipe, et le plus souvent encore mélangé à une meilleure sorte de tabac étranger. Il entre peu de tabac indigène dans la préparation du cigare et il est utilisé comme remplissage dans la cigarette. Les possibilités d'utilisation étant limitées, l'extension des cultures des tabacs ne paraît pas indiquée, d'autant plus que l'essai tenté en 1923 eut cette fâcheuse conséquence que l'excédent de 1800 kilos ne put être absorbé par notre industrie. La Confédération dut venir en aide aux producteurs.

L'impôt sur la cigarette comprend donc le droit prélevé à la frontière sur le tabac importé destinée à sa fabrication et une taxe de fabrication levée sur toutes les cigarettes préparées industriellement en Suisse. Quant à la cote d'impôt, elle est calculée d'après le prix de vente au détail et le poids de la cigarette. Est réputé prix de détail, le prix qui doit être imprimé sur le tube de la cigarette et sur l'emballage.

Le chap. II du projet confirme simplement la réglementation adoptée en 1924, actuellement en vigueur. Soit dit, en passant, que le Conseil fédéral avait envisagé, en 1893 déjà, la création d'un monopole du tabac; projet repris en 1915, mis de côté en 1916 en vue de l'introduction du système dit de la « banderole », abandonnée à son tour, à raison des résultats défavorables obtenus ailleurs, pour aboutir au projet du 2 mars 1917 par lequel le Conseil fédéral proposait au Parlement l'adoption du monopole du tabac. Ce monopole prévoyait une recette pouvant atteindre 15 millions. Mais les délibérations de la commission du Conseil national ayant démontré l'impossibilité d'obtenir une majorité en faveur du monopole, le Conseil fédéral se rallia au procédé de l'imposition à la frontière des tabacs bruts et manufacturés dont l'application, après quelques tâtonnements, inévitables, a donné des résultats dépassant les espérances, tant au point de vue du rendement fiscal qu'au point de vue des rapports de confiance établis entre la Direction générale des douanes et les industriels des tabacs — ce qui est à la louange de ceux-ci et de celle-là. Le projet adopte le procédé du dédouanement des feuilles de tabac sur la base du poids net, au lieu du poids brut présentement; il prévoit en outre l'installation d'entrepôts privés permettant la consignation des tabacs non dédouanés et par le fait de différer le versement des droits jusqu'au moment de la mise en œuvre de la matière première.

Le régime tarifaire classe les tabacs bruts en trois groupes; cette classification appréciée des fabricants est maintenue dans le chap. III du projet.

Le message (page 29) donne un tableau comparatif des droits de douane d'après le régime actuel et le nouveau, auquel nous empruntons les chiffres ci-après: Le taux applicable, par 100 kilos:

1^o Aux trois sortes de tabacs-types servant à la fabrication du cigare, et qui sont maintenus respectivement de 170 fr., 220 fr. et 280 fr. actuellement, est élevé de 5 fr. par type, soit 175, 225 et 285 fr.;

2^o Aux trois sortes de tabacs-types employés à la fabrication des cigarettes, fixé actuellement à 610, 800 et 1200 fr., et ramené à deux types seulement, sera respectivement de 780 et de 1000 fr.;

3^o Aux trois sortes de tabacs pour la pipe, à mâcher et à priser, qui est actuellement de 250, 300 et 360 fr., sera uniformément porté à 275 fr. (Conseil des Etats).

Il résulte de ce tableau que la fabrication des cigares est la moins frappée; mais ce traitement de faveur s'impose dans le but de sauvegarder le maintien et le développement d'une industrie qui se perfectionne de façon réjouissante, en occupant une main-d'œuvre de l'importance de 6000 personnes.

Le taux uniforme, réduit, appliqué au tabac pour la pipe ainsi qu'au tabac à mâcher et à priser, aura vraisemblablement pour effet d'augmenter l'importation des sortes supérieures de tabacs de ces catégories et d'améliorer ainsi la qualité du produit manufacturé.

Mais c'est à la cigarette que revient l'honneur de procurer la plus forte part de la recette complémentaire qui manque encore pour atteindre les 30 millions escomptés de l'imposition du tabac. L'innovation typique du nouveau régime proposé réside dans la taxe spéciale à prélever sur toutes les cigarettes fabriquées industriellement indépendamment du droit douanier à la frontière sur les tabacs employés à leur préparation.

Les deux facteurs déterminants pour la perception de cet impôt sont le prix de vente au détail et le poids de la cigarette. L'impôt comporte deux taux: le taux de un ½ centime que doit supporter la cigarette « dite populaire », soit celle dont le prix de vente au détail est inférieur à 7 centimes et le taux de 1 centime à verser par les cigarettes dont le coût est de 7 centimes et davantage. Cet impôt est dû par le fabricant qui, du reste, fixe également le prix de la marchandise. La concurrence entre fabricants et la possibilité d'ouvrir la frontière aux cigarettes étrangères autorisent à admettre que les prix demeureront dans les limites raisonnables.

La légitimité de la différence des deux taux n'a pas été contestée. Cependant son application pratique a provoqué la proposition de n'appliquer le taux du ½ centime qu'aux cigarettes dont le coût ne dépasse pas 5 centimes au lieu de 7. Notre Conseil en décidera.

Il ne semble pas qu'un impôt de 10 centimes par paquet de 20 cigarettes populaires ou de 20 centimes pour un paquet de 20 cigarettes de luxe soit de nature à indisposer le fumeur et à modifier ses habitudes ou ses goûts.

Nous renvoyons à la discussion des articles qui composent le chap. IV, l'examen des conditions de fabrication, d'imposition, des mesures de contrôle et d'exécution.

Constatons toutefois avec le message que le projet assure une imposition exacte et complète, donnant à l'administration la garantie d'une perception sûre et régulière des taxes fiscales par un procédé rapide, précis, qui, à l'usage, a dissipé complètement les appréhensions, les craintes, les préventions, faciles à comprendre d'ailleurs, des fabricants.

Le chap. V, « Dispositions pénales », soumet les infractions et délits douaniers à la loi sur les douanes, mais en réservant à des prescriptions spéciales du projet certaines infractions du régime des cigarettes. Quant aux « Dispositions finales et transitoires » du chap. VI, elles ont principalement pour but d'obvier aux spéculations excessives du genre de celles constatées lors des précédents changements de régime, en 1923 notamment, sans grand profit du reste pour les spéculateurs, et de stipuler que les cigarettes non conformes au projet, lors de sa mise en vigueur, ne pourront être introduites sur le marché qu'après versement de la taxe prévue. Un signe apparent, délivré par l'administration des douanes, devra être imposé sur les emballages des cigarettes importées et non vendues avant l'entrée en vigueur de la nouvelle loi.

Il nous reste à examiner les critiques soulevées par le projet. L'une d'elles s'adresse à la double imposition qui frappe le même objet: la cigarette, du fait du droit d'entrée sur les tabacs et de la taxe de consommation. M. Evéquo, rapporteur de la minorité de la commission, au Conseil des Etats, a proposé le renvoi du projet au Conseil fédéral dans le but d'obtenir le maintien du système actuel d'imposition uniquement à la frontière, en majorant les taux des tabacs servant à la fabrication des cigarettes et des cigares de luxe, de façon que la majoration soit de 10 millions pour atteindre les 30 millions demandés pour les assurances.

Il est certain qu'« a priori », en théorie, cette solution serait la plus simple. Mais tout ce qui est simple en théorie ne l'est pas toujours dans la pratique.

Le chef du Département des finances fit observer à M. Evéquo que le procédé de majoration des droits à la frontière avait d'abord été envisagé à la direction générale des douanes; mais, soumis à l'étude et à l'examen des fabricants, ceux-ci avaient répondu: « Ce n'est pas possible. Pourquoi? Ecoutez! Nous supportons déjà les intérêts intercalaires considérables entre le moment de l'importation des tabacs destinés à la cigarette, dont le prix est exceptionnellement élevé, et celui où le détaillant paie sa facture; pendant cet intervalle, souvent très long, nous avons besoin de crédits en banque onéreux; il est donc désirable et, à notre avis, équitable que les droits à verser sur les tabacs pour la fabrication des cigarettes ne soient pas exigés, en une seule fois, tout d'un coup, à la frontière, mais répartis en droits d'importation et en taxes de consommation, en ayant soin de rapprocher le plus possible le moment de la perception de l'impôt de consommation du moment où la vente s'effectue et où nous rentrons dans nos fonds. »

Cette augmentation nous semble des plus concluantes en faveur de la légitimité du système adopté par le projet.

Il saute aux yeux, en effet, qu'on ne peut raisonnablement exiger des fabricants l'avance de la somme énorme de 17 millions, soit le 300 % de la valeur

des tabacs pour la cigarette, déjà à la frontière. L'un ou l'autre industriel pourrait peut-être assumer sa part de cette lourde charge; mais le plus grand nombre d'entre eux n'est manifestement pas en situation de verser un impôt du triple de la valeur de la marchandise, alors qu'ils n'en pourront encaisser la contre-valeur que 18 mois ou 2 ans plus tard.

Bien plus, ces droits énormes inciteraient inévitablement à la fraude dans l'utilisation des tabacs, contrairement aux déclarations. Seule, une inquisition serrée, continue, inexorable, et fatalement tracassière, permettrait de la réprimer, et encore incomplètement. A la bonne entente actuelle se substituerait un régime de méfiance et d'aigreur sans profit pour le fisc et pour le fabricant.

Pour retirer, à la frontière, les 10 millions nécessaires aux assurances, le Conseil fédéral devrait élever le droit sur les tabacs orientaux clairs de 1200 fr. les 100 kilos à 1700 fr. et de 610 fr. à 1300 fr. le droit sur les sortes foncées. Le droit le plus bas — celui que paient les cigares et les tabacs pour la pipe — ne comporte que 175 fr. les 100 kilos; nous aurions l'écart dangereux de 1 fr. 75 à 17 fr. par kilo entre le prix inférieur et le prix supérieur.

Consultés sur le point de savoir si l'impôt sur la cigarette, ainsi que les mesures de contrôle qui en découlent, pouvaient se concilier avec l'art. 31 de la Constitution fédérale qui garantit la liberté du commerce et de l'industrie, M. le professeur Blumenstein se prononce affirmativement, tandis que M. Burkhardt formule la réserve que « la Constitution ne permet pas d'aller plus loin que ce qui est strictement nécessaire pour imposer raisonnablement le tabac ». Or, nous venons de le voir, les fabricants de tabac n'hésitent pas à déclarer que le prélèvement à la frontière, sur les tabacs à cigarettes, des droits permettant de recueillir la recette prévue pour les assurances est impossible, peu équitable et donc déraisonnable. Par conséquent, la mesure prise apparaît nécessaire et raisonnable conformément au postulat de M. Burkhardt.

Enfin, l'art. 31quater de la Constitution fédérale qui autorise la Confédération à prélever des impôts sur le tabac brut et manufacturé implique logiquement le droit d'employer les moyens utiles à cet effet, spécialement la taxe de consommation sur la cigarette que prévoit le projet.

Plus délicate est la clause de garantie du prix de vente de la cigarette (art. 12, al. 2), vivement combattue au Conseil des Etats et dont une minorité de notre commission propose la suppression au nom de la liberté du commerce et de l'industrie garantie par l'art. 31 de la Constitution fédérale. Cet article pose, en effet, solennellement, le principe de la liberté du commerce et de l'industrie.

Le législateur de 1874, héritier de celui de 1848, a pu croire et a cru, de bonne foi, que la liberté de commerce et de l'industrie, impliquant celle de la concurrence illimitée, étaient des vérités en quelque sorte dogmatiques de l'Evangile de Manchester.

Mais les abus de ce régime de liberté, qui ne furent pas étrangers aux troubles et aux émeutes de 1848 dans les pays de grande industrie en Europe ne devaient pas tarder à porter atteinte à l'art. 31 qui le garantissait. Et ce fut, en 1877, déjà l'acceptation de la loi sur les fabriques, considérée, à l'époque dans les milieux patronaux comme l'abomination de la

désolation et le présage de la ruine prochaine de l'économie industrielle de la Suisse, alors qu'en réalité, elle fut le point de départ d'un assainissement précurseur d'une ère de prospérité. Ainsi se vérifiait, à l'expérience, la vérité de la parole de Lacordaire déjà vieille de quelques décades, affirmant que, « dans la lutte entre le fort et le faible, entre le riche et le pauvre, c'est la liberté qui opprime et c'est la loi qui affranchit ». D'autres atteintes ont suivi et le texte actuel de l'art. 31 en question ne comporte pas moins de cinq dérogations officielles au principe établi.

L'avènement du syndicalisme symbolisant aux yeux des uns la socialisation des moyens de production dans le but de réaliser une répartition plus équitable des richesses, mais symbolisant aux yeux des autres, dont le nombre va croissant et se recrute dans tous les milieux et dans toutes les conditions de la société, la possibilité du retour à l'organisation professionnelle inspirée de l'idée corporative, du désir de voir attribuer par les pouvoirs publics, à la profession la compétence d'élaborer son statut, les conditions de son fonctionnement, les mesures de contrôle de la bienfaisance, de la qualité des produits manufacturés, la réglementation de la production et des prix et de prendre les sanctions utiles à la défense des intérêts de tous les membres de la profession et, par ricochet, de la collectivité elle-même, cet avènement du syndicalisme a porté au dogme — fantaisiste — de la liberté du commerce et de l'industrie un coup dont il aura peine à se remettre. Il se relèvera d'autant plus difficilement qu'à l'esprit syndicaliste s'ajoute la surindustrialisation de la plupart des grandes nations et de nombreuses et puissantes colonies, réduisant de plus en plus les possibilités d'écoulement des produits manufacturés et que, depuis la guerre, la liberté de la concurrence illimitée est en train de causer à certaines industries, naguère encore florissantes, plus de préjudice qu'elle ne leur a, jadis, procuré d'avantages. Si la liberté de commerce et d'industrie, si l'âme du commerce qu'on disait être la concurrence, ont pu être considérées comme vérités bienfaisantes, il y a soixante ans, elles ne le sont décidément plus aujourd'hui, car elles rendent plus de services aux gens sans scrupules qu'aux professionnels soucieux de la dignité, de l'ordre et de la loyauté en affaires.

Nous reconnaissons volontiers que la garantie des prix est difficile à résoudre, mais les abus du gâchage sont tels qu'il nous paraît d'autant plus nécessaire de multiplier les tentatives d'y remédier. Nous croyons qu'il est opportun que l'Etat intervienne, puisque, malheureusement, la profession n'est pas encore en mesure d'en interdire l'exercice à ceux qui la compromettent et s'en rendent indignes. Le gâchage est un procédé de commerce déloyal consistant à vendre la marchandise à un prix inférieur, même en-dessous du prix coûtant.

La liberté opprimante l'autorise, mais la loi libératrice se doit de la réprimer, afin de mettre le commerçant honnête à couvert de ses effets désastreux, sans compter que cette détestable pratique soulève des répercussions et des perturbations économiques de nature à compromettre la perception régulière de l'impôt. Il appartient à l'effort conjugué de l'Etat et du monde du commerce et de l'industrie, de faire l'impossible pour sa suppression. Entre le

gâchis que, de façon générale, la liberté du commerce et de l'industrie, la concurrence illimitée et la surproduction déterminent partout dans les affaires et les inconvénients inévitables sans doute que la profession organisée et armée des pouvoirs nécessaires comporte, des bons experts soucieux de l'avenir économique national se prononcent aujourd'hui de plus en plus nombreux pour cette dernière.

Nous ne saurions admettre que la liberté garantie par la Constitution fédérale à son art. 31 ait pour résultat final de protéger les parasites, les malfaisants, les termites, si j'ose dire, des affaires, au grand dommage des industriels et des commerçants consciencieux. L'initiative de l'inscription de la clause de garantie dans le projet du prix de vente revient du reste non pas au Département des finances ni à la direction générale des douanes, ni même aux fabricants, mais aux détaillants qui sont au nombre de 40,000.

Et voici la raison qu'ils donnent de leur revendication: « Nous sommes obligés, disent-ils, par la voix de leurs représentants, de verser au fabricant ou au grossiste le prix de la cigarette et l'impôt au moment de la livraison, impôt qui, pour de nombreuses sortes de tabacs, a atteint jusqu'à 300 % de la valeur de la marchandise. Il est juste que nous rentrions dans nos débours; et notre seule chance de les récupérer, c'est la garantie du prix de vente. A défaut de cette garantie du prix de vente, le projet devient absolument inacceptable, en ce qui nous concerne, à cause du gâchage qui est une plaie fréquente et une menace continuelle de ruine en cette catégorie de marchandises. »

Il faut reconnaître que le gâchage n'est point un vain et fallacieux épouvantail. Nos voisins, en Allemagne notamment, en ont fait et en font l'expérience. Ainsi le Reichstag votait en 1919 la clause de garantie du prix de vente des cigarettes. Puis, en 1925, il la modifia, en ce sens qu'il fut permis de vendre au-dessous du prix inscrit sur la banderole, dans le but évident de stimuler la consommation. En 1927 déjà, les autorités durent constater que non seulement un grand nombre de détaillants étaient ruinés, mais qu'une quantité d'ateliers et de fabriques avaient été contraints de suspendre leur exploitation, de se laisser absorber par des entreprises plus puissantes en moyens financiers. Le fisc allemand subit pour taxes arriérées de banderoles, en majeure partie irrécouvrables, une perte de 200 millions de marks. Aussi, voyons-nous aujourd'hui le commerce et l'industrie des tabacs, en Allemagne, multiplier les pétitions et les démarches pour obtenir du pouvoir législatif le rétablissement de la clause de garantie du prix de vente sanctionnée de pénalités sévères, dans la conviction que c'est l'unique moyen de lutter avec chances de succès contre l'avalissement des prix.

D'aucuns voient dans cette clause de garantie un précédent gros de dangers pour d'autres industries et commerces à l'avenir.

En voulant bien considérer qu'il s'agit, au cas particulier, de la vente d'un article frappé d'un droit de 300 % ad valorem, la plus grave atteinte à la liberté du commerce n'est pas dans l'obligation de respecter le prix de vente imprimé sur le tube de la cigarette, elle réside surtout dans la perception même de pareil impôt de 300 %.

Il en résulte que l'imposition du tabac ne ressemble aucunement à celle des autres marchandises qui paient du 3 ou 4 % en moyenne, et moins encore pour la majeure partie des matières premières. Cette particularité explique et justifie le traitement qui doit être réservé à la vente de la cigarette pour sauvegarder les intérêts légitimes des détaillants.

La liberté absolue du commerce et de l'industrie est devenue incompatible avec la conception de l'Etat moderne centralisateur que les uns préconisent, incompatible également avec les aspirations actuelles que les autres nourrissent et qui visent à faire reconnaître à la profession les attributions, les compétences naturelles, le droit d'élaborer son statut particulier afin de la fortifier et de lui permettre de remplir sa mission de défense et de protection des intérêts de ses membres, de tous les membres professionnels.

Ce fut une erreur, compréhensible, voire excusable, mais une erreur quand même, à notre avis, d'inscrire le principe de la liberté de commerce et d'industrie dans la Constitution, où il n'avait que faire, la suite des événements l'a tôt démontré. Il a surtout contribué à accélérer le mouvement centralisateur et à ralentir, à entraver, à rendre suspect l'idée salvatrice de la nécessité de l'organisation professionnelle. Parmi les considérations que je viens de présenter au sujet de l'art. 31 de la Constitution fédérale, vous aurez fait la discrimination nécessaire entre les idées qui correspondent à la mentalité de mes collègues de la majorité de la commission, et mes vues personnelles. Quel sera le montant de la recette totale que la nouvelle législation doit procurer ?

D'après le message (p. 38, tab. 18) les droits d'entrée sur les tabacs bruts et manufacturés rapportent 20 millions de francs actuellement.

La mise en vigueur du tarif joint au projet soumis à l'examen de notre Conseil garantit une recette au moins égale, probablement majorée d'environ un million, soit 21 millions de francs.

L'impôt spécial sur la cigarette peut être évalué à 7 millions de francs sur la base d'une consommation annuelle de 1200 millions de cigarettes, soit 1,170,000,000 de pièces, coûtant moins de 7 centimes et supportant une taxe de ½ centime, soit 5,850,000 fr., et 30 millions de pièces de 0,07 et davantage payant une taxe de 1 centime, soit 300,000 fr., ensemble 6,115,000 fr.; en ajoutant la plus-value correspondante des droits à la frontière, soit 800,000 fr., nous obtenons 6,915,000 fr.

Il ne sera pas permis aux industriels de fabriquer des cigarettes dépassant un certain poids. Le projet dispose en effet que le poids moyen par 1000 cigarettes sera de 900 g pour les sortes foncées à moins de 7 centimes et de 1300 g pour les sortes claires à plus de 7 centimes, différence compensatoire en faveur des cigarettes blondes réclamant des tabacs plus coûteux.

Le produit global de la nouvelle imposition, y compris la recette complémentaire de l'impôt spécial sur la cigarette, est évaluée à 27 millions de francs au minimum, sur la base d'une importation totale de 55,000 kilos pour la consommation indigène. Le message se croit autorisé à croire que les chances sont sérieuses de voir cette somme de 27 millions assez souvent dépassée.

Acceptons-en l'augure en considération du but à atteindre. En résumé, le projet assure une augmentation précieuse de recettes tout en ménageant le consommateur; il évite toute secousse nouvelle dans l'industrie du tabac, puisque la réglementation envisagée s'appuie sur des dispositions, dont la plupart ont fait leurs preuves.

L'acceptation du projet donne à l'industrie importante du tabac une stabilité favorable à son fonctionnement et à la conclusion des marchés à terme; enfin, l'administration des douanes est pourvue d'un personnel expérimenté; il suffira de transférer trois ou quatre fonctionnaires de la douane à Berne pour assurer la marche et le maniement du système d'imposition.

Nous faisons nôtres les conclusions du Conseil fédéral et vous recommandons, au nom de la grande majorité de la commission, l'entrée en matière.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 2. Dezember 1930.
Séance du matin du 2 décembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 761 hiervor. — Voir page 761 ci-devant.

M. Steinmetz, rapporteur de la minorité: A la commission des douanes, j'ai proposé le renvoi au Conseil fédéral du projet que nous discutons et par conséquent voté contre l'entrée en matière.

Vous me permettez donc, M. le président et Messieurs, de reprendre ici ma proposition. Le fait qu'à la votation finale tous ceux qui avaient voté au début l'entrée en matière ne se sont pas retrouvés et qu'au cours des séances une minorité s'est formée au sujet de l'art. 19 prouve que ce projet ne devait pas être admis sans de sérieuses retouches si le referendum et le rejet probable de la loi veulent être évités.

La base constitutionnelle de la loi n'est pas contestée ni contestable, en ce qui concerne l'imposition du tabac brut et manufacturé du moins: elle réside dans l'art. 41ter.

Les ressources financières qu'exige de la Confédération l'institution prochaine des assurances sociales doivent être produites par l'imposition plus forte de l'alcool et du tabac, ce qui est juste.

Il faut, d'après les calculs établis, que le tabac, à lui seul, rapporte environ 10 millions de plus qu'ac-

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.12.1930
Date	
Data	
Seite	761-770
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 885

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Il en résulte que l'imposition du tabac ne ressemble aucunement à celle des autres marchandises qui paient du 3 ou 4 % en moyenne, et moins encore pour la majeure partie des matières premières. Cette particularité explique et justifie le traitement qui doit être réservé à la vente de la cigarette pour sauvegarder les intérêts légitimes des détaillants.

La liberté absolue du commerce et de l'industrie est devenue incompatible avec la conception de l'Etat moderne centralisateur que les uns préconisent, incompatible également avec les aspirations actuelles que les autres nourrissent et qui visent à faire reconnaître à la profession les attributions, les compétences naturelles, le droit d'élaborer son statut particulier afin de la fortifier et de lui permettre de remplir sa mission de défense et de protection des intérêts de ses membres, de tous les membres professionnels.

Ce fut une erreur, compréhensible, voire excusable, mais une erreur quand même, à notre avis, d'inscrire le principe de la liberté de commerce et d'industrie dans la Constitution, où il n'avait que faire, la suite des événements l'a tôt démontré. Il a surtout contribué à accélérer le mouvement centralisateur et à ralentir, à entraver, à rendre suspect l'idée salvatrice de la nécessité de l'organisation professionnelle. Parmi les considérations que je viens de présenter au sujet de l'art. 31 de la Constitution fédérale, vous aurez fait la discrimination nécessaire entre les idées qui correspondent à la mentalité de mes collègues de la majorité de la commission, et mes vues personnelles. Quel sera le montant de la recette totale que la nouvelle législation doit procurer ?

D'après le message (p. 38, tab. 18) les droits d'entrée sur les tabacs bruts et manufacturés rapportent 20 millions de francs actuellement.

La mise en vigueur du tarif joint au projet soumis à l'examen de notre Conseil garantit une recette au moins égale, probablement majorée d'environ un million, soit 21 millions de francs.

L'impôt spécial sur la cigarette peut être évalué à 7 millions de francs sur la base d'une consommation annuelle de 1200 millions de cigarettes, soit 1,170,000,000 de pièces, coûtant moins de 7 centimes et supportant une taxe de ½ centime, soit 5,850,000 fr., et 30 millions de pièces de 0,07 et davantage payant une taxe de 1 centime, soit 300,000 fr., ensemble 6,115,000 fr.; en ajoutant la plus-value correspondante des droits à la frontière, soit 800,000 fr., nous obtenons 6,915,000 fr.

Il ne sera pas permis aux industriels de fabriquer des cigarettes dépassant un certain poids. Le projet dispose en effet que le poids moyen par 1000 cigarettes sera de 900 g pour les sortes foncées à moins de 7 centimes et de 1300 g pour les sortes claires à plus de 7 centimes, différence compensatoire en faveur des cigarettes blondes réclamant des tabacs plus coûteux.

Le produit global de la nouvelle imposition, y compris la recette complémentaire de l'impôt spécial sur la cigarette, est évaluée à 27 millions de francs au minimum, sur la base d'une importation totale de 55,000 kilos pour la consommation indigène. Le message se croit autorisé à croire que les chances sont sérieuses de voir cette somme de 27 millions assez souvent dépassée.

Acceptons-en l'augure en considération du but à atteindre. En résumé, le projet assure une augmentation précieuse de recettes tout en ménageant le consommateur; il évite toute secousse nouvelle dans l'industrie du tabac, puisque la réglementation envisagée s'appuie sur des dispositions, dont la plupart ont fait leurs preuves.

L'acceptation du projet donne à l'industrie importante du tabac une stabilité favorable à son fonctionnement et à la conclusion des marchés à terme; enfin, l'administration des douanes est pourvue d'un personnel expérimenté; il suffira de transférer trois ou quatre fonctionnaires de la douane à Berne pour assurer la marche et le maniement du système d'imposition.

Nous faisons nôtres les conclusions du Conseil fédéral et vous recommandons, au nom de la grande majorité de la commission, l'entrée en matière.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 2. Dezember 1930.
Séance du matin du 2 décembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 761 hiervor. — Voir page 761 ci-devant.

M. Steinmetz, rapporteur de la minorité: A la commission des douanes, j'ai proposé le renvoi au Conseil fédéral du projet que nous discutons et par conséquent voté contre l'entrée en matière.

Vous me permettez donc, M. le président et Messieurs, de reprendre ici ma proposition. Le fait qu'à la votation finale tous ceux qui avaient voté au début l'entrée en matière ne se sont pas retrouvés et qu'au cours des séances une minorité s'est formée au sujet de l'art. 19 prouve que ce projet ne devait pas être admis sans de sérieuses retouches si le referendum et le rejet probable de la loi veulent être évités.

La base constitutionnelle de la loi n'est pas contestée ni contestable, en ce qui concerne l'imposition du tabac brut et manufacturé du moins: elle réside dans l'art. 41ter.

Les ressources financières qu'exige de la Confédération l'institution prochaine des assurances sociales doivent être produites par l'imposition plus forte de l'alcool et du tabac, ce qui est juste.

Il faut, d'après les calculs établis, que le tabac, à lui seul, rapporte environ 10 millions de plus qu'ac-

tuellement, de là le projet de loi qui vous est soumis. Jusque là tout le monde est d'accord. Mais ce projet n'est pas une imposition du tabac en général, mais simplement et injustement l'imposition de la cigarette par le relèvement considérable des droits d'entrée sur le tabac et par l'innovation d'un impôt absolument nouveau, celui de la fabrication.

Pour ce dernier, le Conseil fédéral a éprouvé quelques scrupules sur sa base constitutionnelle. Il a consulté les juristes attirés de la couronne et accepté leurs thèses qui peuvent se résumer par la formule adoptée en 1914 par le gouvernement allemand à propos de la violation de la neutralité belge. Not kennt kein Gebot.

Comme argument juridique, il n'est pas plus convaincant que concluant. Quelle innovation et quel précédent dangereux que cet impôt de fabrication qui cependant pourrait s'éviter en se contentant de relever les droits d'entrée sur le tabac brut et manufacturé. Pourquoi ne pas augmenter les taux actuels dans une proportion qui maintienne la classification en usage, puisqu'elle donne satisfaction aux intéressés et cela jusqu'à ce que cette imposition augmentée produise les 10 millions de plus de recettes demandés au tabac?

Les fabricants ont accepté le contrôle et les formalités qu'imposent des taux variables suivant l'usage qui est fait d'une même qualité de tabac brut: une nouvelle augmentation du taux ne compliquerait en rien. Le Conseil fédéral, dans son message, page 11, reconnaît du reste que l'appoint complémentaire demandé au tabac pourrait être obtenu par le moyen d'une simple révision du tarif des douanes. Mais comme il prévoit cette révision en augmentant presque exclusivement les droits sur le tabac à cigarette, il craint l'incitation à la fraude, puisque le même tabac paie des droits très différents suivant qu'il est employé à la fabrication de la cigarette ou du cigare.

Mais tout relèvement de droits d'entrée quelconques ou même des taux d'impôts incitent à la fraude. Je n'ai pas encore vu pour cela que le fisc et la douane aient renoncé au tour de vis, qui en résulte et qui d'exceptionnel est devenu régulier.

Là vraie raison de renoncer à ce moyen simple de révision du tarif... c'est d'avoir un motif pour nous gratifier d'un impôt de fabrication. Une fois adopté ce sera là un précédent qui sera invoqué pour l'appliquer, afin d'augmenter les ressources financières de la Confédération, à toute fabrication des produits de marque, tels les cigares, le chocolat, les produits chimiques et pharmaceutiques et d'autres.

Quelques chiffres prouvent facilement l'inégalité de traitement entre les différentes branches de l'industrie du tabac manufacturé:

Si vous distinguez dans le tabac trois grandes catégories, soit 1^o celui pour la fabrication du cigare, 2^o celui pour la fabrication du tabac pour la pipe, 3^o celui pour la fabrication de la cigarette, vous constaterez que l'imposition très modeste, qui est demandée en plus aux tabacs pour la pipe et le cigare ne représente guère que 230,000 fr. sur la charge totale, alors que l'importation du tabac pour le cigare et la pipe est de 42,000 qm sur 56,000, au total, soit du $\frac{3}{4}$ de la totalité.

Or, ces trois quarts de l'importation totale rapportent actuellement à la Confédération 8,700,000

francs alors que le quart représenté par le tabac à cigarettes en rapporte 10,400,000 fr. Avec le nouveau projet vous accentuez encore cette différence et ces trois quarts de l'importation totale représentés par les tabacs pour le cigare et la pipe rapporteraient 8,900,000 fr., alors qu'un quart représenté par le tabac pour la cigarette rapporterait 17,170,000 fr.

En tenant compte de la qualité de tabac, la cigarette est frappée 6 fois plus que le tabac ou la pipe, ce qui représente une imposition de 300 %.

C'est ce qui permet au Conseil fédéral de reconnaître franchement qu'avec le nouveau régime proposé, une augmentation de prix du cigare ou de la pipe ne se justifierait pas, alors que pour la cigarette le prix du paquet de 20 pièces subirait une hausse de 9 à 15 cts., hausse qui sera bien entendu arrondie en-dessus pour le marchand.

Or, en quoi la cigarette est-elle plus un article de luxe que le cigare ou la pipe? Autrefois peut-être, alors que les tout jeunes gens seuls la fumaient, mais à présent vous la voyez à la bouche d'hommes de tous âges et de toutes conditions, sans oublier les femmes jeunes et mûres.

Le message du Conseil fédéral nous déclare simplement que les fabricants de cigares ne peuvent être chargés davantage, donc que c'est à la cigarette qu'est réservée de fournir la toute grosse part de la recette complémentaire demandée au tabac et comme ce sont les consommateurs qui paient en fin de compte, ce sont les fumeurs de cigarettes qui fourniront les 10 millions demandés en plus au tabac. Est-ce équitable? Nous ne le croyons pas. Il est vrai que la cigarette se fabrique à la machine, qui en produit en quantité, alors que le cigare se fait à la main et procure de ce fait plus de main-d'œuvre, mais en Amérique, m'a-t-on affirmé, il s'en fabrique déjà à la machine et comme en mécanique tout est possible, nous verrons sans doute diminuer fortement l'importance de cette main-d'œuvre d'ici à peu d'années.

N'oublions pas non plus qu'il faut 6 à 8 cigarettes pour faire l'équivalent d'un cigare.

Dans l'impôt de fabrication, le projet, dans l'espoir de devenir lui-même populaire, prévoit deux catégories de cigarettes, celle dite populaire, dont l'impôt sera de $\frac{1}{2}$ ct. par pièce, et celle considérée de luxe du prix de 7 cts. et plus payera 1 ct. Il semble que là on aurait pu prévoir une gradation plus accentuée et ménageant mieux la cigarette populaire, qui, du reste, à 6 $\frac{1}{2}$ cts. n'en est plus une.

Au reste, cette distinction entre cigarettes s'obtiendrait tout aussi bien par les droits d'entrée sur le tabac, mais c'est l'innovation, l'introduction d'un impôt de fabrication qui est voulue, parce qu'elle créera le précédent, dont tous les industriels devraient entrevoir le danger. Ce danger, les partisans du projet cherchent à le diminuer, à le masquer par le paravent de la garantie de prix qu'aura le consommateur et la suppression du gâchage de prix par les détaillants que croient obtenir ainsi les fabricants.

Quelle garantie a le consommateur du fait que le prix sera imprimé sur chaque cigarette? Pas d'autre que celle que le fabricant a bien acquitté l'impôt de fabrication. Cela est indifférent pour la plupart des fumeurs.

Quant au gâchage, fort regrettable, des prix, ce prix officiellement marqué sur la cigarette, le supprimera-t-il? C'est bien difficile à admettre.

Il y a 40,000 détaillants en Suisse; pour les surveiller et établir des contraventions, il faudrait une nuée de fonctionnaires nouveaux; le projet de loi n'en dit rien; ce serait donc la délation, exercée par la concurrence qui deviendrait fonction de la protection contre le gâchage des prix. Jolie perspective en vérité, et combien de chicanes, de haines, de procès ferait naître un système semblable.

Et où commence le gâchage?

En offrant une ou deux cigarettes d'un paquet ouvert à l'acheteur d'un paquet de même marque ou en offrant à l'acheteur d'un certain nombre de paquets de même marque un paquet en plus gratis. Ces procédés pratiqués dès longtemps constituent-ils du gâchage ou un cadeau? — et pourquoi si c'est du gâchage n'est-il pas tout aussi dangereux dans toute autre branche où il se pratique tout autant — c'est l'affaire de l'industriel de savoir se protéger contre ce méfait qui se produit et se produira toujours dans toutes les branches.

Je ne crois pas, Messieurs, en ce qui me concerne, que si l'impôt de fabrication n'est pas supprimé du projet de loi, l'industrie, en général, si gravement menacée par son extension à d'autres branches que celle de la cigarette puisse ne pas réaliser le danger inévitable auquel elle s'expose par cette innovation si dangereuse et alors c'est le referendum et très probablement le rejet de la loi; conséquence: retard dans la mise sur pied de l'assurance-vieillesse et survivants que, par le vote à une énorme majorité du peuple en faveur de l'art. 34^{quater} de la Constitution, nous avons le devoir d'instituer au plus vite.

Le Département des douanes a tout le matériel en mains pour amender son projet en fort peu de temps sur une base plus équitable; c'est pourquoi j'avais proposé à la commission son renvoi au Conseil fédéral et que je maintiens ici cette proposition.

Pour teminer, je tiens à affirmer que je n'ai aucun intérêt quelconque dans l'industrie du tabac, que je ne défends aucun intérêt spécial autre que ceux de l'industrie et du commerce et proteste contre un projet, qui poursuit l'ingérence de l'Etat dans une industrie depuis l'entrée de la matière première jusque dans le contrôle du prix de détail du produit manufacturé afin de pouvoir introduire un impôt spécial de fabrication pour un seul produit de la branche du tabac, en attendant de l'imposer à toute une série d'autres produits.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Schmid-Zürich: Die schweizerische Angestellten-schaft hat sich mit dieser Gesetzesvorlage einlässlich beschäftigt. Ich erlaube mir, einige Gedanken dazu auszuführen.

Mit der Zweiteilung der Belastung des Tabakes, wie sie nun vorgesehen ist, kann man einverstanden sein. Aber nicht einverstanden bin ich mit der Begründung dieser Zweiteilung. Man will sie damit begründen, daß man sagt, es müßte eine außerordentliche Komplikation entstehen, wenn man den Tabak wie bisher bloß durch die Zollorgane belasten würde, und es hätte dies zur Folge, daß eine große Zoll-gendarmerie den Fabrikanten und den Händler belästigen müßte. Der bisherige Grundsatz hat gelauret: «Differenzierte Zölle je nach Verwendung des Tabaks zur Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak oder Zigaretten», und in Verbindung damit herrschte der

Grundsatz der progressiven Zölle je nach Qualität. Infolgedessen sind jetzt schon im ganzen sechs verschiedene Positionen zur Verwendung gekommen (für die Zigarren zwei, für den Pfeifentabak zwei und für die Zigaretten ebenfalls zwei Positionen). Warum sollte es nicht möglich sein, mit diesen sechs Positionen auszukommen, ohne daß man eine Zigarettensteuer erhebt?

Wir haben also die feste Ueberzeugung, daß unsere Zollverwaltung auch diese Aufgabe leicht lösen könnte. Diejenigen Herren, die Gelegenheit haben, in der Geschäftsprüfungskommission die Zollverwaltung in der Nähe zu sehen, sind überzeugt, daß diese so ausgezeichnet funktioniert und eingerichtet ist, daß sie auch die Tabakbesteuerung vornehmen könnte ohne eine direkte Zigarettensteuer. Herr Böhi hat — meiner Meinung nach mit Recht — im Ständerat speziell wegen der Differenzierung der Zigarettensteuer gesagt: «Die Differenzierung der Besteuerung der Zigaretten ist nicht die notwendige Folge des Steuersystems, sondern sie ist eine gesuchte, künstlich konstruierte Grundlage für die Preisschutzklausel.» Worin liegt nun die Ursache, daß man dieses, wie Herr Böhi sagt, gesuchte, künstlich konstruierte System gefunden hat? In das feste Gefüge der Preise der Zigaretten- und Zigarrenhändler sind einige Detaillisten als Preisschleuderer in Zürich eingebrochen. Es ist dann eine Gegenwehr entstanden, die eine Heftigkeit und Brutalität entwickelte, die alles übertraf, was Syndikats- und Boykottbewegung zur Verfügung stellen können. Das Bundesgericht hat dann diese vom Händler- und Fabrikantenring angewendeten Methoden als mit den Grundsätzen der Handels- und Gewerbefreiheit unvereinbar erklärt. Jener Handel hat bekanntlich in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Nun haben aber die Händler gefunden: «wenn das Bundesgericht uns nicht schützt, dann wollen wir einen andern Weg gehen...» Sie verlangen jetzt die Unterstützung des Staates zur Verhinderung des Einbruches in ihr Preisgebäude, und man ist mit dieser Vorlage gewillt, sie in Form eines privaten Monopols zu geben. Ich glaube, der Staat will hier einer kleinen Gruppe von Bürgern Vorteile einräumen, die er bisher keinem anderen Bürger eingeräumt hat. Ich habe das Gefühl, das Privileg, das man mit dem Zugeständnis der Preisschutzklausel gewährt, stelle den größten Einbruch in die Handels- und Gewerbefreiheit dar. Trotz dem Gutachten von Prof. Blumenstein wird jedermann erkennen müssen, daß die Verfassung eine solche Ausschaltung der freien Konkurrenz nicht gestattet. Aber wir wissen ja: Gutachten und Statistiken sind da, um alles zu beweisen. Besonders auffallend und störend ist, daß man den Fabrikanten und Händlern bedingungslos einen Preisschutz gewähren will; denn der Bund hat bei der Preisfestsetzung nichts zu sagen. Er hat nur, wie Herr Thalman im Ständerat ausgeführt hat, als Staatsanwalt zu wirken, und denjenigen Händler, der einmal die Preise nicht einhält, mit Bußen bis zu 5000 Fr., ja bis zu 20,000 Fr. zu belasten.

Besonders auffallend ist aber auch der Standpunkt des schweizerischen Gewerbeverbandes, des Verbandes, der sich im allgemeinen doch zusammensetzt aus kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, Handwerkern, der sich immer gewehrt hat gegen die Macht des Großkapitals, gegen die Macht der Warenhäuser, gegen die Macht der Zusammenballung von Interessen.

Der gleiche Gewerbeverband ist es, der heute diese Preisschutzklausel, dieses private Monopol für eine kleine Gruppe von Bürgern forciert. Er hat in einem Schreiben bekanntlich u. a. folgendes ausgeführt: « In den leitenden Kreisen des schweizerischen Gewerbeverbandes ist man darüber einig, daß ohne die Preisschutzklausel der Bund mit der Zigarettensteuer schlechte Erfahrungen machen wird. Die gleiche Auffassung besteht auch im schweizerischen Zigarrenhändlerverband. Ohne heute zur Vorlage Stellung nehmen zu wollen, möchten wir doch zu bedenken geben, daß Sie auf die Unterstützung des Gewerbeverbandes nicht mit Sicherheit rechnen können, wenn die Preisschutzklausel nicht aufgenommen wird. » Ich glaube, Herr Evéquo hatte Recht, als er im Ständerate sagte: « Cette innovation est, en outre, souverainement injuste. Les fabricants de tabac ou de cigarettes fixeraient eux-mêmes les prix de ces cigarettes; mais une fois les prix fixés, l'Etat garantirait les prix.

Was würde der schweizerische Gewerbeverband oder einer seiner Hauptunterverbände, der schweizerische Baumeisterverband, sagen, wenn man für Zement, für die Bindemittel, für die Ziegel usw. ebenfalls staatlich garantierte Preise vorschreiben wollte! Wohin wird es führen, wenn man dieses Beispiel weiter befolgt. Unser verehrter Herr Bundespräsident Musy muß doch innerlich eine gewisse Angst vor der Entwicklung fühlen; denn er als Monopolgegner und als ausgesprochener Föderalist schlittert mit dieser Vorlage in den Etatismus hinein. Er wird es mir verzeihen, wenn ich das hier feststelle. Wenn wir die Entwicklung noch weiter verfolgen, müssen wir damit rechnen, daß in gewisser Zeit der Bäcker, der Metzger, der Milchwändler, der Kolonialwarenhändler, der Bierbrauer, der Hotelier und auch hoffentlich der Angestellte und Arbeiter Preisschutzklauseln erhalten werden, die letzte Gruppe natürlich sogenannte garantierte Mindestlöhne.

Gewiß braucht man nicht unbedingt gegen eine planvollere Gestaltung der Wirtschaft zu sein, und es ist schließlich eine Ermessensfrage, ob wir uns dem Prinzip der gebundenen Wirtschaft zuneigen wollen. Wogegen man sich aber auflehnen muß, das ist der Versuch, ganz einseitig zugunsten einer relativ kleinen Interessengruppe ein Prinzip einzuführen, das man mit größter Beharrlichkeit anderen, an Zahl und wirtschaftlicher Potenz viel bedeutenderen, Volkskreisen vorenthalten hat. Da erlauben Sie mir doch, daran zu erinnern, daß wir in der letzten Session ein sogenanntes Handelsreisendengesetz behandelt haben. Dort war keine Preisschutzklausel vorgesehen. Es war dort bloß der Grundsatz enthalten, daß man die entstehenden Spesen den betreffenden Bürgern ersetzen solle. Damals hat man aber erklärt: Das gehört nicht in dieses Gesetz hinein; denn es ist ein Polizeigesetz. Wir müssen Reinlichkeit in der Gesetzgebung haben! Was Sie hier machen, das ist aber keine Reinlichkeit in der Gesetzgebung. Das ist ein Zwang, auf diejenigen ausgeübt, die gern die Sozialversicherung hätten. Es wird gesagt, wenn man diese Preisschutzklausel nicht hineinnehme, dann werde das Referendum ergriffen, und dann leide die Sozialversicherung darunter. Darum wollen wir ebenfalls konstatieren: Da wird dem Staate von dritter Seite eine Konzession abgepreßt, die die gleichen Kreise mit Entrüstung zurückweisen würden,

wenn andere sie fordern würden. Ich möchte Herrn Tschumi, meinem verehrten Kollegen, in Erinnerung rufen, daß er sich bei der ersten Besprechung des Handelsreisendengesetzes vor ein paar Jahren sehr darüber entrüstet hat, als ich wagte, den Gedanken zu äußern, man sollte in jenem Gesetz einen gewissen Schutz gewähren. Freund Tschumi wird sich wahrscheinlich daran erinnern. Es ist hier verschiedentlich schon gesagt worden: Warum soll ein Bürger seine Ware nicht verkaufen können und verkaufen dürfen, wie er will? Das ist ja eigentlich gerade das A und O des Handels, daß ein Händler versucht, möglichst billig einzukaufen und auch möglichst billig zu verkaufen. Wenn Sie diese Möglichkeit ausschalten, schalten Sie den freien Handel aus und führen Sie die Planwirtschaft ein. Ich nehme an, daß die sozialdemokratische Fraktion speziell aus diesem Grunde der Vorlage beipflichtete. Sie zieht nun einmal am gleichen Stricke wie Herr Bundesrat Musy, aber wahrscheinlich aus ganz anderen Ueberlegungen.

Es werden verschiedene Schwierigkeiten auftauchen. Man muß sich fragen: Was entsteht, wenn der Händler in Konkurs gerät? Was entsteht bei Liquidationen? Was entsteht bei stockweisem, zwangsweisem Verkauf von Waren, und wie steht es mit dem Verkauf in den Restaurants und in den Hotels? Nehmen wir an, daß ein Concierge, der sich einen gewissen Stock von Zigarren und Zigaretten angeschafft hat, seine bisherige Stellung im Hotel aufgeben muß. Was entsteht dann? Es heißt da in der Vorlage, man werde in den Ausführungsbestimmungen die nötigen Vorschriften aufstellen. Ich habe das Gefühl, daß die Trakasserien bei dieser Art der Lösung ebenso groß oder größer sind, als wenn man überhaupt von der Steuer Umgang genommen hätte.

Ich möchte hier auch noch festhalten, daß man nicht etwa diejenigen, die gegen die Preisschutzklausel und infolgedessen auch gegen einen Hauptteil dieser Vorlage sind, als Gegner der Sozialversicherung hinstellen darf. Er sieht fast so aus, als ob man nicht gegen die Preisschutzklausel sprechen dürfe, weil man sonst die Sozialversicherung oder ihre Finanzierung gefährde. Diejenigen aber, die die Finanzierung gefährden, sind die Herren, die die Preisschutzklausel erzwingen wollen. Das ist speziell auch Herr Kollega Tschumi als Ehrenpräsident des schweizerischen Gewerbeverbandes. Sollte das Referendum doch von einer anderen Seite kommen, dann bitte, werfen Sie nicht den Stein auf diese andere Seite, sondern klopfen Sie an Ihre eigene Brust!

Ich schließe, indem ich erkläre, daß ich zum Gesetz stehe, aber bei einzelnen Artikeln noch Abänderungsanträge stellen werde, speziell bezüglich der Preisschutzklausel und eventueller Mitwirkung bei der Preisfestsetzung durch die Konsumenten. In diesem Falle sind die Konsumenten ja sehr zahlreich.

König: Nachdem durch den Antrag des Herrn Steinmetz Eintreten bestritten ist, und nachdem Herr Schmid zwar das Eintreten nicht direkt bestritten, aber verschiedene Vorbehalte angebracht hat, möchte ich mir einige Worte zur Unterstützung des Kommissionsantrages gestatten und mich mit Entschiedenheit für Eintreten auf die Vorlage aussprechen. Ich bin mit den Kommissionsreferenten der Meinung, daß sich das bisherige System ausgezeichnet

bewährt hat, und daß es sich deshalb in jeder Beziehung empfiehlt, dieses System nun auf einen definitiven gesetzlichen Boden zu stellen. Das ist ja der Hauptzweck, den die Vorlage verfolgt. Gegenüber den Kritiken, die in verschiedener Richtung angebracht worden sind, möchte ich dem Finanzdepartement und der Oberzolldirektion die Anerkennung aussprechen für die Energie und das Geschick, mit dem sie dieses schweizerische System durchgesetzt haben. Es waren dabei verschiedene Widerstände und Vorurteile von allen möglichen Seiten zu überwinden. Man hat dem System vorgehalten, es sei brutal, nicht anpassungsfähig, es könne der Leistungsfähigkeit der Raucher nicht angepaßt werden, auch der Ertrag werde nicht ergiebig ausfallen. Die Erfahrungen haben nun aber bewiesen, daß diese Vorurteile nicht gerechtfertigt waren. Es hat sich gezeigt, daß das schweizerische System, durch das die Steuer in der Hauptsache in Form des Zolles erhoben wird, sehr anpassungsfähig ist. Diese Anpassungsfähigkeit ist gelungen dank der Differenzierung der Zollansätze im doppelten Sinne, zunächst nach der Qualität der Ware. So ist es möglich, die größere Leistungsfähigkeit der bessersituierten Konsumenten in Betracht zu ziehen und sie auch etwas stärker zu belasten. Ferner hat man ja eine zweite Abstufung nach der Verwendungsart vorgenommen. Das hat ermöglicht, eine geringere Belastung für die Pfeifenraucher und Zigarrenraucher eintreten zu lassen, dagegen die Zigarettenraucher mit einer etwas stärkeren Belastung zu bedenken. Also, das System hat sich als anpassungsfähig erwiesen, ebenso als sehr einfach in der Durchführung. Es ist möglich, mit vier Beamten einen Ertrag von etwa 20 Millionen jährlich flüssig zu machen. Punkto Verhältnis der Erhebungskosten zum Ertrag der Steuer muß also dieses schweizerische System geradezu als ideal bezeichnet werden. Ich bin deshalb dafür, daß man, wenn man nun zur gesetzlichen Regelung kommt, zur Hauptsache das bisherige System im Bundesgesetz festlegt.

Wenn man aber von der Tabaksteuer noch einen Mehrertrag verlangt, dann bin ich allerdings mit dem Bundesrat der Auffassung, daß es nicht wohl möglich sein wird, auch diesen Mehrertrag einfach in Form einer weiteren Erhöhung der Zölle zu erlangen, sondern daß dann die Einführung einer besondern Zigarettensteuer der richtige Weg ist. Wir dürfen ganz zweifellos den Zigarren- und Pfeifentabak mit Rücksicht auf die Konsumenten, aber auch mit Rücksicht auf die Fabrikation der betreffenden Produkte, nicht weiter belasten. Es ist auch abstimmtaktisch von sehr großem Vorteil, wenn wir sagen können, für die Pfeifen- und Zigarrenraucher bleibe alles beim Alten, es trete keine weitere Belastung ein; dagegen ist eine weitere Belastung möglich und erträglich beim Zigarettenraucher. Auch hier ist es möglich, in einer ganz einfachen Form dieses Ziel zu erreichen, in Form einer Fabrikationssteuer im Sinne der Vorlage. Die Zigarettensteuer an sich wird ja eigentlich nicht stark bestritten, wohl aber die Preisschutzklausel, die im Zusammenhang damit vom Gesetz statuiert werden soll.

Was nun zunächst die Verfassungsmäßigkeit dieser Preisschutzklausel anbetrifft, stehen wir vor der Tatsache, daß sich zwei namhafte Juristen im großen ganzen übereinstimmend für die Verfassungsmäßig-

keit ausgesprochen haben. Der eine erklärt sie als wenigstens zulässig, mit der Verfassung vereinbar, während der andere sogar bestimmt für die Verfassungsmäßigkeit dieser Preisschutzklausel eintritt. Ich bin mit den betreffenden Autoren der Auffassung, daß, wenn man das Prinzip einer Steuer in die Bundesverfassung aufgenommen hat, man dann auch dem Gesetz die Mittel mitgeben muß, um diese Steuer tatsächlich durchzuführen. Ich habe mich auf Grund der längern Verhandlungen, die in dieser Sache gepflogen worden sind, überzeugt, daß in der Tat die Preisschutzklausel zur praktischen Durchführung des Gesetzes nötig ist.

Nun kommt für mich noch das Moment der Billigkeit dazu. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Vorlage, wie wir sie heute vor uns haben, einen außerordentlich weitgehenden Eingriff des Staates in die Sphäre der Privatwirtschaft darstellt. Sie bringt eine sehr starke finanzielle Belastung, damit sind verbunden alle möglichen Vorschriften über die Produktion, über den Handel, über den Verkauf von Tabakfabrikaten; die betreffenden Kreise müssen sich alle möglichen Maßnahmen der Kontrolle usw. gefallen lassen, lästige Dinge und große finanzielle Belastungen. Deshalb sage ich: Wenn sie nun eine Gegenforderung stellen, die ihren Interessen dient und die nach meiner Meinung sachlich berechtigt ist, so soll man das gebührend in Betracht ziehen und soll ihnen aus Gründen der Billigkeit hier entgegenkommen und die Preisschutzklausel mit in Kauf nehmen.

Ich möchte mich auch noch kurz zur Behandlung des inländischen Tabakbaues in der Vorlage äußern und möchte hier dem Finanzdepartement danken, daß es eine Formulierung, die in einem früheren Diskussionsentwurf enthalten war, und die die Möglichkeit einer Beschränkung des inländischen Tabakbaues vorsah, nun aus der definitiven Vorlage beseitigt hat. Ich kenne diese Verhältnisse des inländischen Tabakbaues einigermaßen aus eigener Beobachtung, indem ich in einer solchen Tabakbaugegend, im waadtländischen Broyetal einige Monate landwirtschaftlicher Praxis absolviert habe. Wir haben beim inländischen Tabakbau noch häufig das alte System des sogenannten Teilbaues. Ein größerer Bauer stellt ein Stück Land gepflügt und gedüngt zur Verfügung; der eigentliche Anbau wird von einer Kleinbauernfamilie besorgt, also das Setzen und die Pflege der Tabakpflanzen, die sehr viel zu tun geben und endlich die Ernte. Am Ende des Jahres wird schließlich der Ertrag zwischen den beiden Beteiligten in natura geteilt. Dieses System gibt die Möglichkeit, daß kinderreiche Kleinbauernfamilien beschäftigt werden können, die Mühe hätten, eine andere Beschäftigung zu finden. Insofern hat ganz gewiß die Erhaltung des inländischen Tabakbaues eine gewisse Berechtigung und muß auch in dieser Richtung als erwünscht bezeichnet werden. Denjenigen dagegen, die befürchten, es könnte eventuell der inländische Tabakbau zu stark ausgedehnt werden, glaube ich sagen zu dürfen, daß eine starke Ausdehnung des inländischen Tabakbaues nicht zu erwarten ist. Es ist in den Voten der Kommissionsreferenten bereits davon gesprochen worden, daß der Tabak ganz bestimmte Anforderungen an das Klima stellt, die bei uns nur in verhältnismäßig wenigen Gegenden erfüllt sind. Man hat auch davon gesprochen, daß die

Qualität der inländischen Erzeugnisse zu wünschen übrig lasse. Ich möchte meinerseits noch auf ein weiteres Moment hinweisen, das mir sehr wichtig zu sein scheint. Der Tabakbau verlangt außerordentlich viel Arbeitsaufwand. Und nun machen wir die Beobachtung, daß schon der Getreidebau, gerade aus dem Grunde, weil er viel Arbeit verlangt, sich nur mit großer Mühe durchsetzt und ausgedehnt werden kann. Der Tabakbau verlangt aber das Vielfache der Handarbeit wie der Getreidebau. Ich glaube also, speziell aus diesem Grunde sei nicht zu erwarten, daß sich der inländische Tabakbau zu stark ausdehnen könnte. Deshalb ist es nach meiner Meinung richtig, wenn man von einschränkenden Bestimmungen nach dieser Richtung in der Vorlage abgesehen hat. Dagegen begreife ich durchaus, daß die Oberzolldirektion das Bedürfnis hat, sich jährlich über den Stand der Kulturen und über die Ausdehnung der Anbaufläche zu orientieren, damit sie eventuell bestimmte Schlüsse daraus ziehen kann.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die Vorlage nach meiner Meinung gut ist. Sie ist sehr gründlich vorbereitet und gut ausgearbeitet, und es ist nur zu wünschen, daß sie möglichst bald in Kraft treten kann. Ich erlaube mir auch noch darauf hinzuweisen, daß wir geradezu verpflichtet sind, nun ein Ausführungsgesetz zu erlassen. Wir haben uns jetzt jahrelang mit Bundesratsbeschlüssen und mit dringlichen Bundesbeschlüssen auf diesem Gebiete beholfen. Das war nicht nur unvermeidlich, es war im Gegenteil richtig, daß man endlich zugegriffen und hier eine sehr wichtige neue Finanzquelle speziell für die Sozialversicherung erschlossen hat. Aber nachdem nun das Schweizervolk einen Verfassungsartikel, der die Möglichkeit einer Tabakbesteuerung in der Verfassung vorsieht, angenommen hat, ist es unsere Pflicht, das Ausführungsgesetz zu erlassen. Das ist ja eigentlich der Zweck dieser Vorlage.

Endlich muß auch noch gebührend beachtet werden, daß ja schließlich der Ertrag dieser Tabaksteuer der Finanzierung der Sozialversicherung dient. Ich bin persönlich ein eifriger Anhänger der Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung und zwar auf dem Boden derjenigen Vorlage, die vor den eidgenössischen Räten liegt. Auch von diesem Standpunkte möchte ich mit Entschiedenheit Eintreten befürworten.

Präsident: Sie werden mit mir einverstanden sein, wenn ich Sie ersuche, die Frage, die in Art. 19 geregelt ist, in der Hauptsache dort zu behandeln.

Wetti-Basel: Zwei Gründe sind es, die mich veranlassen, gegen Eintreten zu stimmen. Einmal die allgemeine Erwägung, daß neue indirekte Steuern durch die weitere Zollbelastung und durch die Spezialsteuer, die in dieser Vorlage vorgesehen ist, wiederum gefordert werden, welche indirekten Steuern ja die großen Massen belasten. Herr König hat soeben versucht, Ihnen diese Vorlage mundgerecht zu machen, und zwar mit der Begründung, daß sich das sogenannte Schweizersistem außerordentlich gut bewährt habe. Er hat wohlweislich nur von dem einen Teil gesprochen, nämlich von der Regelung der Tabakzölle. Da kann man von einem Schweizersistem reden und kann sich fragen, ob sich dieses System bewährt hat. Von dem andern Schweizersistem,

das nun wahrscheinlich erst später besprochen wird, nämlich von der Regelung der Zigarettensteuer, kann man sagen, daß es sich noch nicht bewährt hat, daß man darüber noch keine Erfahrungen gesammelt hat. Wenn ich auch in der ganzen Tendenz mit Herrn Steinmetz nicht einiggehe, so glaube ich doch, daß hier ein Mann gesprochen hat, der immerhin in der Lage ist, die praktische Seite und die praktische Abwicklung einer derartigen gesetzlichen Regelung zu überprüfen. Ich habe den Eindruck bekommen, daß er mit Recht darauf hinweist, daß sich hier große Schwierigkeiten herausstellen werden, nicht nur Schwierigkeiten in der Handhabung des Gesetzes, sondern eine Plagerei und Schnüffelei beim kaufenden Publikum, bei den Konsumenten, eine polizeiliche Regelung mit einem Wort, und, was bei der ganzen Zigarettensteuer das wichtigste ist, eine einseitige staatliche Unterstützung der Interessen der Fabrikanten und Händler und ein staatlicher Preisschutz, der sich zweifellos gegen die Konsumentenschaft wenden wird. Herr Tschumi hat nun allerdings in seinem Referat darauf hingewiesen, und es quasi als einen Erfolg gebucht, daß die Tabrikanten und die Händler, mit denen er in der Lage war, über diese neue Vorlage zu sprechen, mit dieser Vorlage zufrieden seien. Ich glaube ihm das ohne weiteres und will hinzufügen, daß sie auch allen Grund haben, zufrieden zu sein. Allein neben den Tabakfabrikanten und Händlern gibt es schließlich noch andere Leute. Das sind die breiten Massen der Konsumenten. Wenn man diese gefragt hätte, oder künftig fragen wird, so werden sie nicht mit diesem Gesetze zufrieden sein, und zwar im allgemeinen nicht, wie auch im speziellen nicht mit der Preisschutzklausel bei der Zigarettensteuer. Herr Tschumi hat sich dann in seinen historischen Betrachtungen auf die Argumente der Madame Pompadour gestützt und erweckt so fast den Eindruck, als ob die mehr oder weniger guten Witze der Madame Pompadour nun im 20. Jahrhundert zu den Volksparolen für das Schweizervolk werden sollten. Wenn man in dieser Richtung konsequent ist und nicht in der schönen, aber oft auch sehr unschönen Sprache der Madame Pompadour, je nachdem sie in diesem oder jenem Zirkel gesprochen hat, mit etwas derberen, volkstümlichen Worten sprechen will, so würden diese gesellschaftlichen Anweisungen der Madame Pompadour in der Schweiz ungefähr lauten: Sauft Schnaps und raucht wie die Türken, damit Ihr ein hohes Werk vollendet, nämlich die Alters- und Hinterbliebenenversicherung! Es ist Pflicht jedes anständigen Menschen, möglichst viel Schnaps zu saufen und möglichst viel Zigaretten, Zigarren und Pfeifen zu rauchen! Man könnte ja auch in dieser Beziehung eine Pflicht aufstellen, nicht nur, wie Herr Steinmetz gesagt hat, für die jungen und für die reiferen Frauen, Zigaretten zu rauchen, sondern auch noch die Säuglinge einzubeziehen, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß es ja zu ihrem ganz besondern Wohle dient, wenn sie schon in recht frühem Alter dafür sorgen, daß sie dann später die Alters- und Hinterbliebenenversicherung in vollem Maße genießen können.

Nun möchte ich mir noch einige Bemerkungen zur bundesrätlichen Botschaft gestatten, die hier etwas in Vergessenheit geraten ist. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß jede Verbrauchssteuer eine Verteuerung der Lebenshaltung nach sich ziehe. Es

geht nun aber meines Erachtens nicht an, daß man in bezug auf die fiskalische Erfassung des Tabaks durch die Form des Zolles und die Form der Spezialsteuer, wie sie hier vorgesehen ist, etwa sagen wollte, hier handle es sich nicht um eine Verbrauchssteuer. Ich bin der Auffassung, daß es sich hier um eine echte Verbrauchssteuer handelt und daß es zu weit gegangen ist, wenn man darauf hinweist, daß der Tabak ein Artikel sei, der unter allen Umständen als Luxus bezeichnet werden müsse. Das ist heute sicherlich nicht mehr in vollem Maß zutreffend, und es ist deshalb auch durchaus verständlich, wenn eine Differenzierung gemacht worden ist zwischen den gewöhnlichen Tabaken und Zigaretten und zwischen den Luxustabaken und -Zigaretten. Diese Verbrauchssteuern aber, die hier nun in vermehrtem Maße eingeführt werden und erhöht werden, soweit sie bestehen, bilden eine erhebliche Belastung. Herr Tschumi hat es unterlassen, als er die Liste der fiskalischen Belastung des Branntweins im Auslande und des Tabaks im Ausland, als er die vergleichende Liste der fiskalischen Belastung in der Schweiz erwähnte und die niedrigen Ansätze von 2 Fr. pro Kopf der Bevölkerung für Alkohol und 5 Fr. 35 pro Kopf der Bevölkerung für Tabak angeführt hat, hat es unterlassen, zu sagen, daß wir mit der neuen Maßnahme, mit der neuen Belastung des Alkohols, mit der neuen Belastung des Tabaks in eine ganz andere Reihenfolge bei denjenigen Staaten einrücken, die hier genannt worden sind. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß hier als abschreckendes Beispiel ausgerechnet diejenigen Staaten angeführt worden sind, die eine sehr hohe fiskalische Belastung von Alkohol und Tabak aufweisen.

Noch eine letzte Bemerkung in bezug auf die Botschaft des Bundesrates. Ich glaube, gerade an alle diejenigen, die angeblich noch nicht ganz die Programme und Postulate in bezug auf die Belastung des Besitzes aufgegeben haben, wäre die Mahnung zu richten, einmal nachzulesen, was eingangs der bundesrätlichen Botschaft in dieser Beziehung zur großen Beruhigung des Besitzes ausgeführt ist. Der Bundesrat hat hier einen Wechsel ausgestellt, meines Erachtens ohne Vollmacht der Bundesversammlung, und hat hier in fast kategorischer Weise erklärt, daß eine direkte Steuer auf dem Vermögen oder Erwerb kaum mehr ins Auge gefaßt werden könne. Er hat ferner erklärt, daß von der Uebertragung der Erbschaftssteuer auf den Bund künftighin keine Rede mehr sein könne. Ich habe gesagt, daß diese Darlegungen eine Beruhigung für den Besitz bedeuten. Ich unterstreiche, daß diese Zusicherungen, die hier gegeben worden sind, meines Erachtens weit über die Kompetenz des Bundesrates hinausgehen, und ich für meine Person und meine Partei möchte mit aller Entschiedenheit betonen, daß wir das Postulat der direkten Erfassung des Besitzes sowohl beim Vermögen als beim Einkommen nicht fallen lassen, sondern mit demselben immer wieder vor die Bundesversammlung und das Volk treten werden.

Bratschi: Ich gestatte mir namens unserer Fraktion einige Bemerkungen zum Eintreten anzubringen. Ich schicke voraus, daß die sozialdemokratische Fraktion die Finanzierung der Altersversicherung, wie sie jetzt vorgesehen ist, nicht als Ideal be-

trachtet. Auch unsere Partei hätte gern andere Wege betreten, und wir haben auch nicht unterlassen, entsprechende Vorschläge einzureichen. Auch wir sind der Meinung, daß der Besitz stärker hätte belastet werden sollen, um die Mittel flüssig zu machen, die notwendig sind für die Altersversicherung, und wir haben auch nach dieser Richtung unsere Vorschläge hier im Parlament und dem Volk unterbreitet. Es gab eine Zeit, wo auch andere politische Gruppen und Parteien sich mehr diesen Auffassungen angeschlossen hatten. Ich erinnere an die Initiative Rothenberger, die nicht aus unseren Reihen hervorgegangen ist, die aber zuletzt nur noch von unserer Partei verteidigt wurde. Ich möchte der Botschaft, soweit sie der Meinung Ausdruck gibt, daß die Zeit vorbei sei, wo der Bund den Besitz stärker belaste, in keiner Weise zustimmen und möchte auch für unsere Partei vorbehalten, daß wir zu gegebener Zeit neue Forderungen stellen werden, nach denen auch der Bund den Besitz stärker belasten wird.

Aber auch in bezug auf die Tabakbesteuerung sind wir der Ansicht, daß der Weg, den wir ursprünglich vorgeschlagen haben, nämlich des Monopols, besser und sicherer zum Ziele geführt hätte. Wir sind heute noch davon überzeugt, daß wir auf dem Wege des Monopols einen höheren Ertrag erzielt hätten, ohne daß der Konsument stärker hätte belastet werden müssen, so daß das Monopol als Ganzes als besser anzusehen ist als das System, das uns mit der Botschaft unterbreitet wird. Andererseits wissen wir aber, daß wir heute an das verfassungsmäßige Gebot gebunden sind, wenn es uns überhaupt daran gelegen ist, die Altersversicherung bald zu schaffen. In diesem Punkt weiche ich nun entschieden von meinem Vordredner, Herrn Welti, ab, der auch hier wieder, wie meistens seine Partei, in der Politik vollständig negativ bleibt und es ablehnt, der Botschaft zu folgen, und zwar aus gewissen prinzipiellen Erwägungen heraus, auch auf die Gefahr hin, daß noch Jahre oder Jahrzehnte lang die wichtigste Gegenwartsforderung der Arbeiterschaft nicht verwirklicht werden kann. Weil es uns daran gelegen ist, die Altersversicherung möglichst bald zu erwirken, treten wir auf diese Vorlage ein, da sie den einzigen zur Zeit gangbaren Weg darstellt, um die notwendigen Mittel zu beschaffen, um das Versicherungswerk möglichst rasch auch in Kraft setzen zu können.

Wir begrüßen es, daß die Botschaft den Pfeifentabak nicht wesentlich stärker belastet, als gegenwärtig. Allerdings sieht der Tarif vor, daß an Stelle der bisherigen drei Ansätze ein einziger geschaffen wird. Aber ich glaube, die Höhe des neuen Ansatzes sei derart, daß nicht mit einer wesentlichen Verteuerung dieses Tabaks gerechnet werden muß. Wir begrüßen das deshalb, weil der Pfeifentabak doch nach wie vor diejenige Tabaksorte sein wird, die für die wenig bemittelte Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, aber auch in der Landwirtschaft, als Genußmittel der Raucher konsumiert wird. Wir sind auch der Meinung, es sei richtig, daß die Zigarrenindustrie etwas geschont werde, und zwar im Hinblick auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie beschäftigt doch immerhin einige tausend Personen, was von der Zigarettenindustrie nicht gesagt werden kann. Wir glauben daher, wenn aus dem Tabak mehr herausgeholt werden muß als bisher, und das ist nach dem Finanzplan für die Altersversicherung unbedingt

notwendig, sei es richtig, daß die entsprechenden Mittel in erster Linie bei der Zigarette gesucht werden.

Im Ständerat ist ein Antrag gestellt worden, auf die Vorlage nicht einzutreten. Dieser Antrag ist hier wiederholt worden von Herrn Steinmetz. Die Vertreter dieses Antrages sind der Ansicht, daß die Mittel, die man aus der Zigarette herausholen will, ebensogut oder noch leichter und einfacher dadurch beschafft werden können, daß die entsprechenden Eingangszölle erhöht würden. Wir sind durchaus der Meinung, daß das auch denkbar wäre, glauben aber, daß dieser Weg des Eingangszolles nicht zu empfehlen sei. Die Gründe, die für die Rückweisung geltend gemacht werden, halten wir nicht für stichhaltig. Wir stimmen daher der Rückweisung auch nicht zu, sondern glauben, daß das System, das heute vorgeschlagen wird, richtiger sei. Wir können der Rückweisung aber auch deshalb nicht zustimmen, weil dadurch zwangsläufig eine weitere Verzögerung in der Behandlung der Vorlage eintreten müßte, was wieder sehr unerfreulich wäre; denn je länger die Steuer nicht erhoben werden kann, desto weniger Gelder werden für die Altersversicherung flüssig gemacht, desto weniger Aussicht ist vorhanden, die Versicherung möglichst rasch in Kraft setzen zu können. Unsere Fraktion stimmt also für Eintreten auf die Vorlage.

Der Herr Präsident hat uns gemahnt, über die Frage des Preisschutzes im Zusammenhang mit Art. 19 zu sprechen. Ich halte diese Frage für so wichtig, daß es doch nötig ist, sie bei der Eintretensdebatte zu erwähnen. Es ist ja diejenige Frage, die schon in der Kommission die breiteste Diskussion veranlaßt hat. Ich verspreche aber dem Herrn Präsidenten, die Ausführungen, die ich jetzt mache, beim Art. 19 nicht zu wiederholen und dort das Wort überhaupt nicht mehr zu verlangen.

Wir haben uns in der Kommission bei der Abstimmung über den Preisschutz der Stimme enthalten, in der Meinung, daß wir unsere Fraktion nicht binden wollten. Die Fraktion hat inzwischen das Geschäft behandelt und nach gründlicher Prüfung der Verhältnisse beschlossen, dem Preisschutz zuzustimmen.

Die Gründe, die vom Standpunkt der Handels- und Gewerbefreiheit gegen den Preisschutz geltend gemacht worden sind, konnten uns nie sehr großen Eindruck machen. Wir haben schon in der Kommission erklärt, daß nach unserer Auffassung die Handels- und Gewerbefreiheit überhaupt nicht mehr besteht. Bereits der Herr Kommissionsreferent hat darauf hingewiesen, was unter Handels- und Gewerbefreiheit heute zu verstehen ist. Tatsächlich ist es so, daß heute Handel und Gewerbe beherrscht werden von kartell- und trustähnlichen Gebilden, daß an Stelle der Freiheit in weitestgehendem Maße Unfreiheit und Gebundenheit getreten ist. Wir haben Preisabmachungen in weitestgehendem Maße, wir haben Produktionsbeschränkungen, wir haben eine Aufteilung des Marktes, kurz, von einer Handels- und Gewerbefreiheit, wie man sie in der Verfassung garantiert hat, ist in Tat und Wahrheit nicht mehr viel vorhanden. Insbesondere ist es der kleine Gewerbetreibende, der Grund hätte, sich über die heutige Art der Anwendung der Handels- und Gewerbefreiheit zu beklagen.

Sehr drastisch kommt die Unfreiheit bei den sogenannten Markenartikeln zum Ausdruck. Es gibt eine ganze Reihe von Waren, die unter dem Markenschutz

verkauft werden. Viele davon dienen dem Lebensunterhalt auch der breitesten Bevölkerungsschichten. Von größter Wichtigkeit sind bekanntlich auch die pharmazeutischen Produkte, die der Mensch im Krankheitsfall benötigt. Er befindet sich in diesem Falle in einer Zwangslage. Die pharmazeutischen Mittel werden ihm vom Arzte vorgeschrieben und er muß sie kaufen, wenn er Wert darauf legt, wieder gesund zu werden. Ursprünglich mag die Marke ein Qualitätsschutz gewesen sein. Das wird auch heute noch bis zu einem gewissen Grade zutreffen, aber in der Mehrzahl der Fälle ist die Marke nichts anderes als ein Preisschutz. Es werden drakonische Strafen ausgefällt gegenüber denjenigen, die den vorgeschriebenen Preis nicht einhalten. Solche Firmen dürfen nicht mehr beliefert werden, man schaltet sie ganz einfach aus Handel und Gewerbe aus.

Was hier mit dem Preisschutz für einen weniger wichtigen Artikel durch den Staat geschaffen werden soll, besteht also seit langem durch diejenigen, die sich für Handels- und Gewerbefreiheit und die strikte Anwendung des Verfassungsartikels 31 einsetzen. Die Preisschutzklausel ist uns von einem bestimmten Gesichtspunkte aus nicht unsympathisch, weil sie ein neuer Beweis dafür ist, daß die Einnischung des Staates in die Wirtschaft immer mehr zur Notwendigkeit wird und daß auch diejenigen Kreise, die politisch diese Prinzipien sonst nicht anerkennen, die sie theoretisch bekämpfen, sie in der Praxis anwenden müssen, um die eigenen Forderungen durchzusetzen, da gar kein anderer Weg dazu führen kann, weil man mit der privaten Initiative in der Wirtschaft nicht mehr durchkommt. Wir begrüßen es, daß auch der Gewerbeverband, der sonst nicht auf diesem Boden steht, hier sich dafür einsetzt, und daß auch Herr Bundespräsident Musy Prinzipien anzuwenden bereit ist, die sonst nur von unserer Partei empfohlen werden. Das Argument, daß der Staat in die Wirtschaft sich nicht einmischen soll, kann also auf uns keinen Eindruck machen. Wir finden es im Gegenteil in der Ordnung, daß er das tue, und wir sind überzeugt, daß die ordnende Hand des Staates in Zukunft in der Wirtschaft nach viel notwendiger sein wird, gleichgültig, ob die bürgerlichen Parteien es wünschen oder nicht.

Man kann sich an der Art und Weise stoßen, wie die Einnischung in diesem Falle geschieht. Die Preisschutzklausel, so wie sie uns unterbreitet wird, hat bedeutende Schattenseiten. Sie liegen zur Hauptsache darin, daß der Staat sich nicht zugunsten der Schwachen, der Konsumenten, einsetzt und sie gegen Ueberforderungen schützt, daß er nicht denjenigen straft, der zuviel verlangt, sondern mit Strafe bedroht, wer einen aufgeschriebenen Preis unterbietet. Hier haben wir ohne Zweifel etwas Stoßendes. Der Preisschutz, wie er hier vorgesehen ist, ist somit ein Element der Teuerung wie der erwähnte Markenartikel, ein Punkt, der die Zustimmung erschwert und der uns veranlaßt hat, sie ganz gründlich zu überlegen. Dieser Aeußerung muß aber sofort beigefügt werden, daß es sich bei der Zigarette nicht um einen lebenswichtigen Artikel handelt. Zigarettenrauchen muß man nicht zwangsläufig, man kann sich einrichten, wie man will, man kann viel oder wenig rauchen oder kann es auch ganz unterlassen. Es handelt sich um einen Artikel, auf den der einzelne nicht angewiesen ist. Das ermöglicht uns in diesem

Falle die Zustimmung. Wir möchten aber ausdrücklich den Vorbehalt anbringen, eine andere Stellung einzunehmen, wenn der Staat Preisschutzklauseln auf andere, lebenswichtige Artikel einführen wollte. Ich möchte indessen nicht erklären, daß der Staat bei keinem andern Artikel Minimalpreise garantieren könne; wenn er es aber bei lebenswichtigen Artikeln macht, dann darf es jedenfalls nicht zugunsten privater Interessen gehen, sondern nur zugunsten der Gemeinschaft. Hier geschieht es in der Hauptsache zugunsten eines bestimmten privaten Kreises, der Zigarettenhändler.

Ein weiterer Grund, der uns die Zustimmung zum Preisschutz ermöglicht, liegt im Zwecke der Vorlage. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß ohne Preisschutz das Gesetz bestimmte Gefahren laufen könnte. Wir legen großen Wert darauf, daß die Zigarettensteuer eingeführt werden kann als Mittel des Zustandekommens der Altersversicherung. Wir möchten daher nichts tun, was das Zustandekommen der Vorlage ernsthaft gefährden könnte. Angesichts dieser Gründe hat unsere Fraktion beschlossen, dem Preisschutz zuzustimmen.

Zum Schluß gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Im äußern Zusammenhang mit der Preisschutzklausel steht die Differenzierung der Steuer. Wir stimmen grundsätzlich dem Gedanken zu, daß die teure Zigarette etwas stärker belastet werden soll als die billige. Wir sind aber der Meinung, daß die Differenzierung nicht so aussehen sollte wie ein Vorwand für den Preisschutz. Nach der Vorlage ist das aber so. Die höhere Steuer von einem Rappen für Zigaretten von 7 und mehr Rappen Verkaufspreis bringt nach den Zahlen in der Botschaft jährlich 150,000 Fr. mehr ein oder ziemlich genau ein halbes Prozent der ganzen Tabakbesteuerung. Fiskalisch ist somit die Differenzierung zwischen teurer und billiger Zigarette vollständig bedeutungslos. Nach unserer Auffassung sollte man etwas weiter gehen, damit die Differenzierung einen höheren Betrag einbringt. Man darf die teurere Zigarette ganz gut etwas mehr belasten, als es nach der Botschaft geschehen soll. Wir behalten uns denn auch vor, bei Art. 12 entsprechende Anträge zu stellen. Ich will jetzt nicht dazu sprechen, sondern bei Art. 12 die Begründung zu einer andern Abgrenzung zwischen höherem und niedrigerem Steueransatz bei der Zigarette anbringen.

Unsere Fraktion stimmt für Eintreten, stimmt als Ganzes der Vorlage zu in der Meinung, daß damit ein wichtiger Schritt getan werde in der Richtung der Einführung der Altersversicherung.

M. Musy, président de la Confédération: Le principe de l'imposition du tabac n'est combattu par personne, je le constate avec satisfaction. M. Welte seul fait exception. Si je l'ai bien compris, il estime que nous avons tort d'imposer l'alcool et le tabac, parce que nous avons ainsi l'air d'inviter les Suisses à boire beaucoup de schnaps et à fumer beaucoup. Immédiatement après, M. Welte ajoute que l'on a bien fait de ne pas établir sur le tabac de qualité ordinaire une taxe élevée, le tabac n'étant plus aujourd'hui un objet de luxe. Je vous laisse le soin de coordonner ces deux déclarations contradictoires.

Au sein de la commission, M. le conseiller national Nicole avait déjà suggéré l'idée que les impôts directs devraient être développés davantage, tandis que les

impôts indirects, s'ils n'étaient pas supprimés, ne devraient en tout cas pas être aggravés. Je tiens à rappeler au Conseil qu'actuellement, la Suisse est de tous les pays celui où les impôts directs sont développés dans la proportion la plus forte et en même temps celui où les impôts indirects sont le moins lourds.

De 1913 à 1919, nous avons prélevé 10 milliards d'impôts sur le peuple suisse. C'est une somme énorme. Ces 10 milliards se répartissent comme suit: un peu moins de 3 milliards comme impôts indirects et un peu plus de 7 milliards comme impôts directs.

Pour 1919, nous avons environ 300 millions d'impôts indirects et un peu plus de 600 millions d'impôts directs. Vous constatez ainsi que nous avons pratiqué une politique fiscale largement démocratique. Chez nous, la fortune et le produit du travail sont, donc, imposés beaucoup plus que dans les autres pays, proportionnellement aux charges qui pèsent sur le consommateur.

J'espère que vous aurez trouvé le temps de lire ce que le Conseil fédéral a exposé aux pages 4 et 5 du message sur le tabac. Nous y faisons une comparaison entre le rendement de l'imposition du tabac en Suisse et dans les autres pays. L'Angleterre, par exemple, perçoit 2 milliards de francs, la France, l'Italie, l'Allemagne environ un milliard de francs or. Comme notre population est assez exactement le dixième de la population de la France, et comme nous fumons davantage par tête de population que les Français, notre recette devrait être égale au moins à un dixième de la recette française, si l'imposition était équivalente. Or, le dixième d'un milliard, c'est 100 millions.

Pendant la période de guerre, nous l'avons rappelé dans le message, le rendement était quelque peu inférieur à 3 millions. Hier soir, dans son excellent exposé, M. le président de la commission s'étonnait, non sans raison, qu'en 1918, alors que le déficit total était d'un quart de milliard, l'impôt sur le tabac n'ait rapporté que 1,800,000 fr. Il y a là incontestablement une lacune fiscale; le moment est venu de la combler.

Il ne faudrait pas croire que jusqu'à présent on n'ait pas cherché à imposer le tabac. Il y a plus de 60 ans que la question a été posée devant les Chambres. Nous allons très rapidement rappeler les principaux projets présentés. De cette façon, nous pourrions nous rendre compte que le problème n'est pas facile à résoudre. Le premier projet fut déposé par le conseiller fédéral Challet-Venel en 1869.

En 1871 et 1877, plusieurs députés suggérèrent l'introduction du monopole du tabac.

En 1895, MM. Milliet et Frey remettent au Conseil fédéral une étude sur le système du monopole se terminant par un projet dont le rendement était évalué à 6½ millions.

Au moment où la guerre éclate, en 1914, MM. Milliet et Frey procèdent à une nouvelle étude du projet de monopole, dont le rendement eût été de 15 millions de francs. — Une année après, le Département des finances publie un projet d'impôt de consommation sur les cigarettes, les cigares et le tabac pour la pipe. D'après les experts, cet impôt intérieur devait rapporter à peu près 15 millions.

En 1916, le projet est révisé. On constate que l'impôt de consommation ne peut pas rapporter les

15 ou 16 millions escomptés. On propose le système de la banderole, dont on attend un rendement d'environ 9½ millions.

En 1917, nouveau projet de M. Milliet. Cette fois, il s'agit de nouveau du monopole. Vous savez que la commission du Conseil national réunie à Vevey sous la présidence de M. Gaudard se prononça à une grosse majorité contre le projet. Il fallut donc chercher dans une autre direction.

M. Milliet fit une nouvelle étude et en 1920 il remit au Conseil fédéral un nouveau projet d'impôt intérieur sur le tabac.

Comme la situation financière, en 1920, était difficile, le moment paraissait venu de sortir de la période de la théorie. Nous avons proposé au Conseil fédéral de tripler les taxes sur le tabac perçues à la frontière. C'était une taxe assez rudimentaire: 25 fr. par 100 kilos, sans distinction des qualités fines ou ordinaires, soit environ le 5 % de ce que les autres pays prélevaient sur les qualités les moins imposées. Nous pouvions donc hardiment proposer de tripler les taxes. Le rendement s'éleva ainsi à 9 millions environ.

Amenés à chercher une solution pratique simple, lucrative, peu coûteuse de l'imposition à la frontière, nous avons examiné ensuite si l'on ne pourrait pas introduire un impôt progressif.

Nous avons pensé qu'il fallait faire une différence entre les qualités ordinaires et fines et, au fond, l'expérience a démontré que cela était parfaitement possible. Nous avons établi trois groupes de tabac: les qualités ordinaires, les qualités moyennes et les qualités fines et leur avons appliqué un taux progressif.

Les études des différents experts avaient encore attiré notre attention sur un autre point. Partout la cigarette est imposée beaucoup plus que le cigare et le tabac pour la pipe. Nous nous sommes demandé s'il ne convenait pas de tenir compte, au moins dans une certaine mesure, de cet exemple de frapper par conséquent un peu plus la cigarette, d'introduire en d'autres termes, dans le cadre de l'imposition à la frontière, un taux, non seulement progressif, mais aussi différentiel.

Le système proposé comprenait trois groupes: les qualités ordinaires, les qualités moyennes et les qualités fines, et, en outre, une différenciation entre tabacs affectés aux cigares ou à la pipe ou à la fabrication de la cigarette. Cette solution devait nous rapporter, non pas 9 ou 10 ou 15 millions au maximum, comme le portaient des projets beaucoup plus compliqués, mais une somme très supérieure, avec une méthode de perception beaucoup plus simple.

Les fabricants furent convoqués. A l'origine, ils se sont opposés au taux différentiel, pour les raisons invoquées tout à l'heure par l'honorable M. Steinmetz. Ils ont souligné notamment le caractère difficile et même tracassier d'un contrôle exercé dans les fabriques sur l'utilisation des tabacs qui auraient fait, à l'occasion du dédouanement, l'objet d'une déclaration formelle précisant qu'ils étaient destinés à la coupe ou au cigare. Les fabricants craignaient que ce système ne devint inquisitorial et, par conséquent, fort désagréable. Ils s'y sont résignés après beaucoup d'hésitation. Mais l'expérience a démontré qu'il ne comporte, en réalité, dans l'application qui en est faite, aucune difficulté insurmontable.

J'ai constaté avec une très grande satisfaction, lorsque le projet actuel a été soumis aux fabricants, que tous, sans exception, ont reconnu qu'ils s'étaient trompés au début, en exprimant des craintes excessives, et se sont déclarés prêts à ce que ce système qui, maintenant, avait fait ses preuves, soit fixé dans la loi.

Nous vous proposons en effet aujourd'hui un système qui, dans ses grandes lignes, ne signifie pas autre chose que la cristallisation de la méthode déjà appliquée depuis six à sept ans. Ce système a produit le rendement cherché.

Et cependant les tabacs, tant pour le cigare et la cigarette que pour la pipe, restent encore meilleur marché chez nous que dans tous les autres Etats. Nous constatons avec plaisir que les différentes majorations décidées n'ont pas eu comme conséquence un renchérissement de l'article pour fumeurs. Elles ont coïncidé, fort heureusement, je dois le dire, avec une réduction du prix des matières premières. Nous ne nous engageons pas dans une aventure fiscale. Nous proposons simplement, je le répète, la cristallisation d'un système qui a fait jusqu'ici, on peut le dire, brillamment ses preuves.

Toutefois, nous ajoutons un impôt nouveau, l'impôt intérieur sur la cigarette. Au Conseil des Etats, dans la dernière session, l'honorable M. Evéquo, en un discours fort bien tourné, s'est élevé, d'une façon générale, contre le système proposé. Il a invoqué les arguments qui ont été exposés tout à l'heure par M. Steinmetz. Il en a même esquissé quelques autres, sur lesquels je veux très rapidement revenir.

M. Evéquo nous disait, et M. König l'a répété tout à l'heure: « Au fond, il n'y a pas de majoration sur les cigares ni sur le tabac pour la pipe; toute la majoration porte sur la cigarette; cela n'est pas juste; on aurait dû majorer, au moins dans une certaine mesure, les tabacs destinés à la fabrication du cigare et à la coupe, afin de ne pas devoir charger autant la cigarette. L'impôt sur la cigarette est écrasant, et la taxe sur les autres articles, très minime. »

Messieurs, ce sont des arguments d'ordre économique qui nous ont empêché de majorer les taxes sur les tabacs destinés à la fabrication du cigare. M. König l'a déjà dit. J'y reviens. La fabrication de la cigarette n'est pas très intéressante au point de vue main-d'œuvre. J'évalue la consommation suisse à 1,500,000,000 cigarettes par année. La machine moderne perfectionnée arrive à fabriquer 60,000 cigarettes à l'heure, donc un demi-million de cigarettes par jour, soit 150 millions de cigarettes par an. 10 machines tout à fait modernes suffisent ainsi à couvrir les besoins en cigarettes du peuple suisse. Or, pour surveiller et assurer le service d'une machine, il suffit d'une ou deux personnes, tandis que les ouvriers ou les ouvrières les plus habiles n'arrivent pas à faire plus de 500 cigares par jour. On voit ainsi que la fabrication de la cigarette, au point de vue occasion de travail, est d'une importance économique beaucoup moins considérable que l'industrie du cigare.

En outre, il faut tenir compte de la perte résultant du déchet dans la fabrication du cigare. On peut l'évaluer à environ 30 % de la matière brute, qui est frappée du droit de douane dans sa totalité. En revanche, sur le tabac pour la cigarette, la perte

atteint environ le 5 %. Il faut donc ajouter à peu près un tiers à la taxe perçue sur le poids brut à la frontière pour avoir l'exacte quotité de l'imposition sur le cigare, soit sur le tabac qui rentre effectivement dans sa fabrication.

Nous avons examiné la situation des fabricants de cigares, tant en Suisse allemande qu'en Suisse romande. Ces industriels sont venus d'ailleurs nous l'exposer eux-mêmes. Ils nous ont déclaré nettement: « Vous êtes à la limite extrême du possible. » Cet argument d'ordre économique a joué un rôle déterminant dans la discrimination des taux que nous avons réservés à la cigarette et aux cigares, et bien qu'il ne soit pas d'ordre fiscal, je crois qu'il n'était point négligeable.

En ce qui concerne les cigarettes, M. Evéquoz, et après lui M. Steinmetz, nous ont tenu ce langage: « Pourquoi vous embarrassez-vous d'un impôt sur la cigarette? Contentez-vous de votre système de dédouanement, majorez plus ou moins à la frontière les taux prévus pour les tabacs destinés à la fabrication de la cigarette; si vous trouvez que les taxes de 680, 1000 et 1200 fr. par 100 kilos ne sont pas suffisantes, augmentez-les de 50 %. » Loin de moi la pensée de faire un reproche à MM. Evéquoz et Steinmetz d'avoir eu cette idée et de l'avoir exposée ici. Je dois dire que je l'avais eue avant eux.

Je l'ai fait examiner par la direction générale des douanes. Je ne conteste point que la solution de M. Steinmetz ne soit beaucoup plus simple que celle que nous présentons. Malheureusement, l'étude qui a été faite du système que nous avons d'abord l'intention de proposer au Conseil fédéral a démontré qu'il se heurte en réalité à des difficultés d'ordre pratique et d'ordre économique que nous n'avons pas pu résoudre. M. Steinmetz sait que, comme lui, je désire les solutions simples en matière fiscale. Pourquoi chercher le compliqué si on peut obtenir le même résultat avec des méthodes simples? Elles sont meilleur marché que les méthodes compliquées et leur coefficient de rendement est meilleur.

Les grosses fabriques auraient pu accepter notre système; par contre un tel système donnerait le coup de grâce aux fabricants de petite et moyenne production. Aussi ont-ils protesté contre un relèvement du taux dans les proportions nécessaires.

Leur premier argument peut s'énoncer ainsi: Si vous augmentez les taxes à la frontière de 50 ou de 100 %, nous serons obligés de payer le double des droits d'entrée actuels; au lieu de payer 610 fr. sur 100 kilos de tabac dédouané pour la cigarette ordinaire, nous devons payer 1300 fr.; pour les tabacs fins 1700 fr. au lieu de 1200 fr. Cette charge est trop lourde pour que nous la payions dès le moment du dédouanement. Nous sommes prêts à payer à la frontière à peu près la moitié de ce que vous voulez nous prendre, mais il faut nous permettre de nous acquitter du reste seulement au moment où nous vendons la cigarette. »

Les brasseurs nous avaient fait la même objection il y a quelques années. « Si vous prenez des taxes élevées sur le malt, disaient-ils, nous devons faire une avance considérable au fisc; les intérêts intercalaires s'ajoutent au capital. »

Le second argument, c'est le contrôle. L'honorable M. Steinmetz, et moi avec lui, nous avons peur d'un contrôle tracassier. Le peuple suisse, aussi

bien le consommateur que le fabricant, ne l'aime pas. La raison pour laquelle je me suis, en fin de compte, résigné à renoncer au système qui a votre préférence et aussi la mienne, c'est qu'il aurait nécessité l'introduction d'un taux différentiel allant de 300 à 1300 fr. sur les mêmes qualités, suivant qu'il s'agit de tabac affecté à la coupe ou à la fabrication des cigarettes. Cela aurait exigé dans les usines un contrôle journalier. Or, il ne faut pas exposer le contribuable à des tentations trop grandes. Si, dans la même fabrique, on fait la coupe et la cigarette (il y a un certain nombre de fabriques qui font les deux articles), on introduirait du tabac qui a payé 300 fr. et du tabac de même qualité qui a payé 1300 fr. Le danger de la confusion voulue est très grand. Si nous adoptons un taux différentiel très accentué, nous devons, de l'avis du directeur général des douanes, faire ce qu'on a fait dans certains Etats: introduire un contrôleur permanent dans les usines. C'est lui qui ouvrirait la fabrique le matin et la fermerait le soir, parce qu'il se dirait: « Je veux sortir le dernier d'ici; j'ai de bonnes raisons pour ne laisser personne. »

Ce système de contrôle, fatalement tracassier, se heurterait dans la pratique à une opposition considérable; et c'est la raison pour laquelle nous n'avons pas pu nous rallier à cette solution et sommes arrivés à proposer le système que vous connaissez: l'introduction d'un impôt intérieur sur la fabrication.

Il n'y a de difficulté à craindre ni au point de vue technique, ni au point de vue contrôle. Si nous avons pu nous arrêter là, tout aurait été pour le mieux dans le meilleur des mondes; malheureusement, une autre difficulté est intervenue.

M. le président ne m'en voudra pas si, en quelques mots, je fais la genèse de cette garantie de prix qui me semble être, en réalité, la seule disposition sur laquelle nous ayons de la peine à nous entendre.

Ce n'est pas nous qui avons proposé cette garantie de prix. Lorsque je l'ai vue venir, j'ai eu peur. J'ai dit: « Voilà une disposition sur laquelle nous aurons de la peine à faire l'unanimité dans ce Conseil et qui, si le referendum est demandé, pourrait, devant le peuple, fournir aux adversaires du projet des arguments extrêmement dangereux. »

Qui a demandé cette garantie de prix? Ce ne sont pas les fabricants; ceux-ci auraient plutôt désiré en faire abstraction. Elle a été demandée, à tort ou à raison, par les détaillants. Personnellement, je suis convaincu qu'elle n'aura pas l'efficacité qu'ils en espèrent, même si nous faisons le contrôle de la façon la plus stricte.

En quoi consiste cette garantie de prix? Elle signifie que le prix faisant règle pour le fisc est le même que celui qui fera règle pour le consommateur. Au moment où l'on fait la cigarette, on inscrit son prix de vente sur le tube. C'est sur ce prix que le fisc prélèvera l'impôt. A première vue, et même si l'on y réfléchit davantage, il n'y a pas de raison de faire deux prix, l'un pour le fisc et l'autre pour le consommateur; le prix qui fait règle pour l'un doit faire règle pour l'autre. Il sera fixé librement par les fabricants et par conséquent la concurrence subsistera.

Mais il y a eu un autre argument qui paraît être décisif. Au moment où le détaillant achète ses cigarettes, il doit payer la contre-valeur de la cigarette, y compris l'impôt, et cet impôt est très élevé. « Au fond, disent dès lors les détaillants, nous devenons

en quelque sorte des percepteurs fiscaux. Nous payons par avance l'impôt dû par le consommateur. Nous voulons bien faire cette avance, mais il est équitable que le fisc, qui nous y oblige, nous garantisse contre le risque de perdre cette somme.»

Devant cet argument, je me suis incliné. C'est d'une question de justice qu'il s'agit. Je sais que la garantie de prix a trouvé dans l'opinion publique un accueil peu enthousiaste. Je suis en présence de deux groupes opposés. Vous avez entendu M. le conseiller national Schmid dire: «Notre groupe agraire est contre cette garantie de prix; si cette mesure est prise, votre projet risque d'être soumis à la redoutable épreuve du referendum et, devant le peuple, le projet sera rejeté.»

D'un autre côté, vous avez entendu le président de la commission, qui est en même temps le tout puissant président d'une association suisse qui groupe un grand nombre de détaillants: l'Union des arts et métiers. Les détaillants nous disent: Si vous ne donnez pas la garantie de prix, nous ne pourrions pas accepter le projet, parce qu'il nous imposerait des risques que nous ne pouvons pas courir.

Il faut choisir entre ces deux groupes. Je me détermine pour la garantie de prix, non parce que les troupes qui sont derrière le général Tschumi sont plus considérables que celles qui suivent le général Schmid, mais parce qu'il y a en faveur de cette garantie de prix un argument d'équité que vous devez accepter. Nous n'avons pas le droit d'exposer celui qui nous fait l'avance du paiement de l'impôt à ne pas le recouvrer sur le consommateur.

Les Allemands se sont trouvés en présence de la même situation. La garantie de prix fut introduite en 1919. Puis, en 1925, sous la pression de gens qui invoquaient les mêmes arguments que M. Steinmetz et M. Schmid, la loi fut modifiée en ce sens qu'il fut permis de vendre au-dessous du prix déclaré. Au bout de quelque temps on a constaté que le gâchage avait ruiné un grand nombre de petits détaillants et que le fisc allemand avait perdu des sommes considérables. On a été alors obligé de reprendre les dispositions que l'on avait écartées à l'origine.

C'est en considération de ces faits que je crois devoir accepter la garantie de prix. Depuis 60 ans, on cherche une solution. Je crois que nous l'avons trouvée. Notre projet, dans sa majeure partie, a déjà subi la preuve de l'expérience. Reste cette innovation qui fait peur à quelques-uns: la garantie des prix. Je crois que nous devons l'accepter aussi. J'espère que le referendum ne sera pas demandé, car je suis certain que s'il est demandé, nous aurons beaucoup de difficulté à faire accepter par le peuple cet impôt sur la cigarette et le cigare. Dans les autres pays, où le peuple n'est pas appelé à se prononcer, c'est plus facile, mais dans une démocratie, où l'ensemble des fumeurs devrait être appelé à décider que dorénavant le cigare et la cigarette coûteraient un peu plus cher, un effort considérable serait nécessaire.

Je vous prie donc de vous rallier à la proposition du Conseil fédéral. Nous examinerons de nouveau cet art. 19 quand la discussion par article nous aura conduits jusque-là.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission
Für den Antrag Steinmetz-Welti

Mehrheit
Minderheit

Titel und Ingreß.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Titre et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Die fiskalische Belastung des Tabaks erfolgt durch Erhebung

Lit. a und b: Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Il est perçu, au titre d'impôt sur le tabac:

Pour les lettres a et b adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Gestatten Sie in erster Linie zu bemerken, daß sowohl die ständerätlichen als auch die Abänderungsanträge der nationalrätlichen Kommission nur ganz unbedeutende materielle Abweichungen vom bundesrätlichen Entwurf enthalten. Es handelt sich fast durchweg um formelle Aenderungen, mit denen sich der Rat wohl ohne weiteres einverstanden erklären kann. Wo Streichungen einzelner Artikelabschnitte erfolgt sind, handelt es sich jeweils um eine andere Einordnung des Stoffes.

Der erste Artikel ist so ziemlich der wichtigste des ganzen Gesetzes. Er bestimmt das System der Besteuerung des Tabaks, und wie ich Ihnen schon in der Eintretensfrage auseinandergesetzt habe, handelt es sich um das sogenannte «Schweizersystem», das auf dem Grundsatz der differentiellen Zölle beruht. Der Zollansatz bemißt sich nach der Qualität des Tabaks, d. h. der Tabaksorte, und nach seiner Verwendungsart. Den höchsten Zollansätzen unterliegen die Tabake zur Zigarettenfabrikation, während sich die Pfeifen- und Zigarrentabake in bescheidenen Grenzen halten.

Das Schweizersystem, wie es zurzeit in Anwendung steht, wurde durch Bundesbeschluß vom 4. April 1924 eingeführt. Es hat sich als außerordentlich entwicklungsfähig erwiesen, dürfte nun aber wohl beim Maximum seiner Fiskalleistung angelangt sein. Darin lag der Grund, daß man eine weitere Einnahme aus dem Tabak nicht weiter in einem nochmaligen Aufbau der Grenzzölle, sondern in einer besonderen Zigarettensteuer suchte.

Ich habe ebenfalls schon in der Eintretensdebatte dargetan, daß bei einer weiteren Zollbelastung, aus welcher 8—10 Millionen Franken herausgebracht werden müssen, die Zollansätze so stark auseinandergehen würden, daß man es kaum mehr verstehen könnte. Auch würde durch die große Kapitalinvestition in den Zöllen namentlich den finanziell weniger starken Fabrikanten der Betrieb unnötigerweise erschwert.

Zum vornherein soll festgestellt werden, daß die Fabrikanten mit dem in Art. 1 festgelegten Steuersystem einverstanden sind. Ueber den Inhalt der beiden Abschnitte habe ich mich schon in der Eintretensfrage ausgesprochen und will nun Gesagtes nicht wiederholen. Vor allem möchte ich auch nicht unnötigerweise den Inhalt der einzelnen Artikel in der Ausführlichkeit entwickeln, wie es im Ständerate geschah, wo es sich empfehlen mußte.

Unnötig findet die nationalrätliche Kommission den vom Ständerat angenommenen Eingang zum Art. 1. Er ist eine Wiederholung der Ziff. 6 des Art. 34quater der Bundesverfassung, der lautet: « Vom 1. Januar 1926 an leistet der Bund einen Beitrag in der Höhe der gesamten Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabaks an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. » Gleichsam in Ausführung dieses Artikels ist es ganz natürlich und logisch, einfach zu sagen: Die fiskalische Belastung des Tabaks erfolgt usw. oder auch nur die « Belastung ». Das mag dann die Redaktionskommission noch bestimmen.

Mit dieser Abänderung empfiehlt Ihnen die Kommission Zustimmung zum Ständerat.

M. Jobin, rapporteur: Les modifications adoptées par le Conseil des Etats et la commission de notre Conseil ne touchent pas le fond du projet du Conseil fédéral.

Cet article prévoit l'imposition du tabac sous les deux formes suivantes:

1° un droit d'entrée sur les tabacs manufacturés ainsi que sur les tabacs en feuilles et déchets de fabrication destinés à la fabrication des cigares, à la préparation de tabac pour la pipe, à mâcher et à priser, et

2° un droit d'entrée sur les tabacs en feuilles et les déchets destinés à la fabrication de cigarettes, complété par l'impôt de fabrication sur toutes les cigarettes préparées industriellement en Suisse.

Tandis que les droits sur les tabacs de la première catégorie continueront à être déterminés et prélevés à l'entrée en Suisse du tabac brut ou lors de sa mise en œuvre, la perception des taxes fiscales frappant la cigarette comportera deux opérations distinctes: le dédouanement d'importation qui se fera de la même manière qu'actuellement lors de l'entrée en Suisse des feuilles de tabac ou de leur mise en œuvre et la fixation du montant de l'impôt de fabrication dont le versement ne sera exigible qu'un certain temps après la fabrication des cigarettes.

D'après ce système, le versement des taxes est réparti sur un certain laps de temps, ce qui est à l'avantage des fabricants. La commission vous propose d'adhérer au Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 2 behandelt die Grundlagen der Zollerhebung. Die Zollansätze richten sich nach dem zum Gesetze gehörenden Tarif, der in den Nummern 2—7 (Seite 85 der Botschaft) einzelne typische Sorten von Rohtabaken aufzählt. Die bundesrätliche Vollziehungsverordnung, die in Ziff. 2 des Artikels vorgesehen ist, wird in Anlehnung an die heute geltende Ordnung die Rohtabaksorten erschöpfend aufzählen, wie sie den einzelnen Tarifnummern zugewiesen werden. Es wird dies der Fall sein für die zur Herstellung von Zigarren und Zigaretten bestimmten Rohtabake. Für die zur Herstellung von Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak bestimmten Rohtabake erübrigt sich eine besondere Aufzählung, weil für diese Tabake eine einzige Tarifnummer vorgesehen ist.

Wie Sie sehen, schlägt der Ständerat im Eingang der Ziff. 2 eine kleine redaktionelle Aenderung vor, ohne dieselbe auch in andern Artikeln zu berücksichtigen. Ihre Kommission holte diese Unterlassung nach; ich trete darauf nicht weitere ein.

Wir beantragen Zustimmung zum Ständerat.

M. Jobin, rapporteur: Art. 2, base de perception des droits de douane.

A l'importation, l'acquiescement des droits sur les tabacs en feuilles aux taux réduits des numéros 2 à 7 du tarif qui fait suite au projet ainsi que sur les déchets de fabrication prévus aux rubriques 8 à 11, est délivré par les bureaux que la direction générale des douanes désigne à cet effet et dont la liste est publiée officiellement.

En revanche, l'acquit des droits à l'importation des tabacs en feuilles d'après le n° 1 du tarif et des tabacs manufacturés d'après les nos 12 à 19 peut être délivrée par tous les bureaux de douane.

Nous vous proposons d'adhérer au texte du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

¹ Die Verzollung des Rohtabaks zu den ermäßigten Ansätzen des zu diesem Gesetz gehörenden Tarifs wird nur gegen Hinterlegung einer Verwendungsverpflichtung (Art. 18 des Zollgesetzes) gestattet. Die Verwendungsverpflichtung (Revers) umfaßt auch die Einhaltung der Vorschriften über den Handel mit Rohtabak und über die Herstellung von Tabakfabrikaten und den Handel mit solchen (Art. 18—21). Der Aussteller des Reverses hat überdies eine genügende Sicherheit in den durch Art. 66—72 des Zollgesetzes vorgesehenen Formen zu leisten. Form und Inhalt des Reverses sowie Art und Höhe der Sicherheitsleistung werden durch die Oberzolldirektion festgesetzt. Die Sicherheit haftet auch für alle infolge Uebertretung des vorliegenden Gesetzes oder der Zollgesetzgebung geschuldeten Bußen und Kosten, sowie für die Zigarettensteuer (Art. 13, 24—30).

² Für Abfälle aus der Verarbeitung der mit Zollbegünstigung eingeführten Tabakblätter in der einheimischen Zigarrenindustrie können je nach der Verwendungsart Zollnachzahlungen gefordert werden. Voraussetzungen und Höhe dieser Nachzahlungen sind in den Vorbemerkungen des zu diesem Gesetz gehörenden Tarifs (Ziff. IV) umschrieben.

Proposition de la commission.

¹ L'acquiescement de tabacs bruts aux taux réduits des numéros 2 à 7 du tarif afférant à la présente loi n'est autorisé que moyennant dépôt d'une déclaration de garantie quant à l'emploi de la marchandise (art. 18 de la loi sur les douanes). L'engagement requis (revers) implique également la stricte observation des prescriptions concernant le commerce du tabac brut, la fabrication et le commerce des tabacs manufacturés (art. 18 à 21). L'auteur de la déclaration est tenu de fournir en outre des sûretés suffisantes, dans les formes prévues aux art. 66 à 72 de la loi sur les douanes. La forme et le contenu de la déclaration, ainsi que la nature et le montant des sûretés à exiger, sont fixés par la direction générale des douanes. Les sûretés garantissent également le paiement des amendes et frais encourus pour contraventions à la présente loi ou à la législation douanière, ainsi que le paiement de l'impôt sur les cigarettes (art. 13, 24 à 30).

² Les déchets provenant de la mise en œuvre, dans l'industrie suisse du cigare, de tabacs en feuilles importés aux taux réduits, peuvent être soumis à un droit supplémentaire qui varie selon le genre de leur emploi. Les remarques préliminaires sur le tarif afférant à la présente loi précisent, sous chiffre IV, les conditions d'application et le taux de ce droit supplémentaire.

Tschumi, Berichterstatter: Der Art. 3 ist ebenfalls von großer Bedeutung; er handelt von der Verwendungsverpflichtung, dem Generalrevers, wie das Gesetz sagt, den der Empfänger des Tabaks betreffend dessen Verwendung ausstellen muß. Denn danach bemisst sich neben der Qualitätsberücksichtigung der Zollansatz. Der Aussteller des Reverses verpflichtet sich damit gegenüber der Zollverwaltung, den Rohtabak nur dem angegebenen Zweck gemäß zu verwenden. Es handelt sich hier nicht um eine der Tabakbesteuerung eigene, sondern um eine allgemeine Maßnahme des Zollrechts nach Art. 18 des Zollgesetzes und Art. 40 der zugehörigen Vollziehungsverordnung. Bei Widerhandlung würde er straffällig. Die Strafandrohung ist gleich in Ziff. 2 des Artikels aufgenommen, wird aber hier gestrichen und in den Strartikel 24 verwiesen, wo sie logischerweise hingehört.

Verschiedene Tabake können nach Belieben verwendet werden, als Zigaretten-, Pfeifen- oder Zigarrentabak. Als Zigarrentabak zahlen sie einen Zoll von 225 oder 285 Fr., evt. auch nur 175 Fr., als Zigaretten- tabak 780 Fr. Daraus ergibt sich, daß eine genaue Kontrolle über die Art der Tabakverwendung geführt werden muß. Wenn ein Fabrikant einen billiger verzollten Tabak an Stelle eines teurer zu verzollenden verwenden will, hat er eine Nachzahlung zu leisten, im umgekehrten Falle hat er Anspruch auf eine Zollrückvergütung. Solche Änderungen werden von der Oberzolldirektion erledigt.

Die Verwendungsverpflichtung behält ihre Gültigkeit, bis sie entweder vom Fabrikanten oder von der Zollverwaltung widerrufen wird. Gleichzeitig mit der Verwendungsverpflichtung hat der Bezüger des Tabaks für den mittleren Jahresverbrauch in seinem Betriebe Zahlungssicherheit zu leisten, entweder durch Bürgschaft oder Hinterlage von Wert- schriften.

Unwillkürlich gelangt man zu der Frage, ob die Durchführung der Kontrollvorschriften und der Zahlungsmodalitäten nicht Schwierigkeiten aller Art mit sich bringen könnten. Man darf sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen unbedenklich verneinen. Die Tabakfabrikanten, die sich den Vorschriften unterwerfen müssen, erklären sich damit einverstanden. Ueberhaupt hat das Schweizersistem nun all die Zeit seiner Anwendung nicht zu Friktionen oder Schikanen geführt.

Noch eine Bemerkung über den dritten Abschnitt dieses Artikels. Bei der Zigarrenfabrikation ergeben sich Abfälle verschiedener Art, wie Rippen, Abschnitte, Bruch usw. Bis zu einer gewissen Höchstmenge dürfen diese Abfälle zur Fabrikation von Pfeifentabak verwendet werden. Werden sie aber als Zigaretten- tabak verwendet, so unterliegen sie einer Zollnachzahlung gemäß dem zu dem Gesetze gehörenden Tarif.

Ich empfehle Ihnen namens der Kommission Zustimmung zum Ständerat unter Berücksichtigung der kleinen redaktionellen Abänderungen.

M. Jobin, rapporteur: Le dédouanement aux taux réduits des nos 2 à 7 du tarif est lié à la condition du dépôt, par le fabricant, à la direction générale des douanes d'une déclaration de garantie aux termes de laquelle l'intéressé prend envers l'administration divers engagements quant au commerce des tabacs bruts, des déchets de ceux-ci, et l'emploi des tabacs en feuilles, conformément aux indications contenues dans la déclaration d'importation. Le fabricant s'engage notamment à mettre les livres prescrits à la disposition de la direction générale des douanes pour contrôler la mise en œuvre des tabacs.

La déclaration demeure valable tant qu'elle n'est pas retirée soit par le fabricant, soit par l'administration des douanes.

Le fabricant doit fournir en outre des sûretés proportionnées à la quantité de tabac employée en moyenne par année dans son exploitation, au moyen d'un cautionnement ou d'un dépôt de papiers- valeur. Ces sûretés garantissent le paiement des créances douanières découlant éventuellement de la non-observation des engagements pris, en ce qui concerne l'emploi du tabac.

Il pourrait arriver en effet que du tabac déclaré et dédouané comme destiné à la fabrication des cigares soit employé à la préparation du tabac pour la pipe, ou que le tabac ayant payé le droit pour la pipe serve à la fabrication des cigarettes, sans que la direction générale des douanes soit avisée du changement et sans que la différence des droits d'entrée plus élevé pour le tabac destiné à la pipe que pour le cigare et pour la cigarette que pour la pipe, ait été acquittée.

Les sûretés garantissent également le paiement des droits de douane pour lesquelles un délai de versement (de 90 jours) est accordé ainsi que la rentrée de l'impôt sur la cigarette en tant qu'il s'agit du tabac destiné à cette fabrication.

La fabrication des cigares laisse des déchets: les côtes, rognures de feuilles, brisures, rognures de cigares qui, employés dans la préparation du tabac pour la pipe, et dans certaines limites peuvent être exemptés du droit; mais le droit supplémentaire prévu

au tarif est dû lorsque ces déchets entrent dans la composition de la cigarette.

Comme vous le voyez, le deuxième alinéa de l'art. 3 est renvoyé à l'art. 24.

Nous vous proposons l'adhésion au texte du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Antrag der Kommission.

¹ Der Zoll auf Rohtabak der Nummern 1 bis 7 des zu diesem Gesetz gehörenden Tarifs wird nach dem Eigengewicht, der Zoll auf Waren der übrigen Tarifnummern nach dem Bruttogewicht berechnet.

Rest: Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

¹ Le droit d'entrée se calcule sur la base du poids effectif pour les tabacs bruts rentrant dans les numéros 1 à 7 du tarif afférent à la présente loi, et sur la base du poids brut pour les autres numéros du tarif.

Chiffres 2 et 3. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, daß der schweizerische Zolltarif auf dem System der Bruttoverzollung beruht. Schon bei der Festsetzung der Zollansätze wird jeweilen dem Umstande Rechnung getragen, daß die Verpackung den gleichen Zoll bezahlt wie der Inhalt. Aus leicht verständlichem Grunde suchen die Importeure die Zollbelastung dadurch zu vermindern, daß sie eine möglichst leichte Verpackung wählen. Am besten ist das beim Bezüge ganzer Wagenladungen möglich. Der Großbezügler ist darum in der Lage, die Waren zum Nettogewicht hereinzubringen, während der Kleinbezügler den Zoll auf dem Bruttogewicht zu entrichten hat, was eine Ungleichbehandlung und damit eine Ungerechtigkeit bedeuten würde. Um sie auszuschalten, hat der Bundesrat auf Grund von Art. 8 des Zolltarifgesetzes die sogenannte Taraverordnung vom 24. August 1926 erlassen, deren Vorschriften für solche Fälle maßgebend sind. In dieser Taraverordnung wird u. a. für die einzelnen Warengattungen die Minimaltara in Prozenten des Nettogewichts festgesetzt. Sendungen, die diese Minimaltara nicht erreichen, können mit den in Art. 7 der in Rede stehenden Verordnung festgelegten Tarazuschläge belastet werden. Dieses Vorgehen ist außerordentlich kommod; denn die allgemeine Verzollung nach dem Nettogewicht würde ein Auspacken aller Waren nötig machen, womit Beschädigungen derselben und Verzögerungen in der Weiterexpedition nicht zu vermeiden wären.

Für Rohtabake gelten nun besondere Verhältnisse. Die amerikanischen Sorten (Kentucky, Virginia, Maryland, Burley usw.) pflegen in schwerer Verpackung versandt zu werden, die eine Tara von 12—14 % erreicht. Mit Rücksicht auf die bestehende Bruttoverzollung und die auf Rohtabaken lastenden

hohen Zollansätze wurden nun bereits unter der Herrschaft des gegenwärtigen Tabakzollsystems erleichternde Bestimmungen für in Faßpackung zur Verzollung gelangende Tabake eingeräumt. Es wurde verfügt, daß bei Fässern, bei denen die Tara mehr als 10 % des Bruttogewichtes ausmacht, ein Abzug von 10 % vom Bruttogewicht gestattet wird. Stellte sich die Tara auf weniger als 10 % des Bruttogewichtes, so wurde als Tara 1 % zum ausgewiesenen Nettogewicht geschlagen.

Um Frachtspesen und Zölle nach Möglichkeit zu reduzieren, wurden auf Anordnung der Tabakfabrikanten die Tabaksendungen in den europäischen Häfen der schweren Faßverpackung entledigt und der meist in Zylinderform festgepreßte Rohtabak in Packleinwand eingenäht. Diese Verpackung wurde von der Zollverwaltung toleriert, um so mehr, als auch feinere Orienttabake in ähnlicher Verpackung geliefert werden. Allein diese Umpackung bringt allerdhand Nachteile mit sich, so daß die Industrie mit Recht Nettoverzollung beanspruchen durfte. Diesem Begehren ist nun in Art. 4, Abs. 1, entsprochen.

Der zweite Absatz des Art. 4 soll gegen Mißbräuche der in Abs. 1 gewährten Nettoverzollung schützen. Es ist besonders zu betonen, daß nur die Tabake der Tarifnummern 1—7 nach dem Nettogewicht verzollt werden, während für die Waren der übrigen Tarifnummern das allgemeine System der Bruttoverzollung zur Anwendung kommt. Bei den letztgenannten Tarifnummern wäre öfters eine Feststellung des Nettogewichts gar nicht möglich. Sollte auch die Nettoverzollung eingeführt werden, so müßten die Zollansätze entsprechend erhöht werden. Um Härten zu vermeiden, wird eine Ausnahme vom System der Bruttoverzollung gemacht für Zigarren, deren Originalverpackung in Glaspokalen oder keramischen Gefäßen besteht.

Der vierte Absatz des Artikels endlich stellt eine Schutzbestimmung gegen Mißbräuche dar. Der fünfte Abschnitt wird gestrichen und in Art. 35, Abs. 2 a, untergebracht.

Wir empfehlen Ihnen auch bei diesem Artikel unter Berücksichtigung der kleinen redaktionellen Aenderung Zustimmung zum Ständerat.

M. Jobin, rapporteur: D'une manière générale, la loi sur le tarif des douanes prévoit l'acquiescement d'après le poids brut. Eu égard aux droits élevés sur les tabacs en feuilles et les emballages lourds qu'ils nécessitent, le projet admet le dédouanement d'après le poids net. L'ordonnance sur la tare, du Conseil fédéral, en date du 24 août 1926, détermine la portée des termes « poids brut, tare, poids net et poids effectif » des envois de tabac sous toutes ses formes. En tant que le calcul des droits d'entrée se fait sur la base du poids effectif — nos 1 à 7 du tarif — le déclarant doit établir l'exactitude du poids effectif. Les attestations des sortes de tabac émanant de légations et de consulats suisses sont acceptées comme pièces probantes; l'administration se réserve le droit de vérifier les poids.

Le projet prévoit aussi des allègements pour les tabacs manufacturés soumis à l'acquiescement d'après le poids brut, notamment pour les cigares importés

dans des bocaux de verre ou des récipients en matière céramique, comme c'est le cas pour ceux de la Havane et du Brésil; les droits peuvent être versés aux bureaux autorisés à cet effet, sur la base du poids effectif ou constaté officiellement, poids auquel s'ajoute la tare additionnelle. Dans ce cas, le matériel d'emballage est dédouané séparément. La même facilité est accordée au tabac pour la pipe et les cigarettes importées en boîtes de tôle ou de carton.

Les emballages dans lesquels la marchandise est habituellement vendue au fumeur sont seuls considérés comme emballages pour la vente au détail. Les tabacs manufacturés rentrant dans les numéros 15 à 19 du tarif (cigares, cigarettes, tabac à fumer et à cigarettes) importés dans des emballages qui ne répondent pas à l'ordonnance du Conseil fédéral, ont à supporter le droit supplémentaire prévu à l'art. 4 du tarif. Par exemple, en supposant que l'emballage normal pour la vente au détail des cigarettes soit fixé à 50 pièces, toutes les boîtes de 100 ou de 1000 cigarettes sont passibles du droit supplémentaire.

La commission recommande l'adhésion au texte adopté par le Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 5.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 5 handelt von den Ausnahmen von der Zollpflicht. Ausgenommen von derselben ist der Musterverkehr. Für den Verkehr mit Tabaksblättern werden erleichternde Verzollungsbestimmungen aufgestellt, wie solche übrigens auch schon heute gewährt werden. Hat der Musterempfänger eine Verwendungsverpflichtung hinterlegt, so werden für ihn je die niedrigsten Zollsätze in derjenigen Kategorie berechnet, in welcher der Roh-tabak Verwendung finden soll.

Im zweiten Absatz dieses Artikels wird der Tabak, der auf Grundstücken in der ausländischen Wirtschaftszone, deren Breite bekanntlich 10 km beträgt, gebaut wird, von der in Art. 14, Ziff. 23, des Zollgesetzes allgemein vorgesehenen Zollbefreiung ausgenommen. Unter der heute geltenden Ordnung mußte diese Zollbefreiung beispielsweise für im Veltlin angebauten Tabak gewährt werden. Im Hinblick darauf, daß schon in unserem Lande selbst eine Ueberproduktion an beschränkt verwendbarem Tabak besteht, ist es nicht erwünscht, italienische Tabake zollfrei zuzulassen. Andere Grenzzonen fallen nicht in Betracht.

Eine weitere Ausdehnung des schweizerischen Tabakbaues kann nicht befürwortet werden. Schon zweimal mußte der Bund wegen der Unverkäuflichkeit schweizerischer Tabake um finanzielle Hilfe angegangen werden.

M. Jobin, rapporteur: Le trafic des échantillons de tabac en feuilles fera l'objet de dispositions spéciales en vue d'en faciliter le traitement en douane. Sous réserve du dépôt de la déclaration requise du

Nationalrat. — *Conseil national. 1930.*

destinataire, les échantillons destinés à la fabrication des cigares, de tabac pour la pipe, à mâcher ou à priser, sont dédouanés au taux le plus bas prévu au tarif pour les feuilles de tabac servant à la fabrication des cigares.

Par contre, le taux le plus bas prévu pour les tabacs en feuilles destinés à la fabrication de cigarettes ou aux tabacs à cigarettes sera appliqué aux échantillons destinés à ces tabacs ou à cette fabrication.

L'art. 14, chiffre 23, de la loi sur les douanes stipule que les produits bruts des biens-fonds sis dans la zone limitrophe étrangère (10 km de profondeur au-delà de la frontière) qui sont cultivés par les propriétaires, usufruitiers ou fermiers, peuvent être importés en Suisse en franchise de douane, si le cultivateur est domicilié dans cette zone limitrophe et s'il importe ses produits lui-même ou par l'entremise de ses employés. En raison de l'extension prise par la culture du tabac dans certaines régions frontalières, la tolérance de l'article 44, chiffre 3, ne s'appliquera pas à cette culture.

Nous proposons d'adhérer au Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 6.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 6 handelt von der Zollzahlung. Regel machen hier die Bestimmungen der Art. 61, 62 und 64 des Zollgesetzes. Doch wird in Abweichung von der allgemeinen Ordnung bei der Verzollung von Roh-tabak gegen Verwendungsverpflichtung eine Zollstundung bis auf 90 Tage vorgesehen — natürlich gegen Leistung genügender Sicherheit.

Ist diese Ausnahmebehandlung gerechtfertigt? Wir glauben ja. Denn kein anderer Artikel ist so hoch belastet wie der Tabak. Die Tendenz geht dahin, die Steuer möglichst nahe an den Konsum heranzudrücken, womit den Tabakbezügern eine finanzielle Erleichterung geboten wird.

Damit läuft der Fiskus allerdings eine gewisse Gefahr, des geschuldeten Zollbetrages verlustig zu gehen. Um ihr zu begegnen, wurden die Abschnitte 2 und 3 aufgenommen. Für den Notfall bleibt immer noch die Haftung des Zollpfandes gemäß Art. 120—122 des Zollgesetzes, womit eine absolut genügende Sicherung der Einbringung der Zollbeträge gegeben ist.

M. Jobin, rapporteur: Les dispositions des art. 61, 62 et 64 de la loi sur les douanes font règle, mais un délai de 90 jours est accordé pour l'acquiescement des droits de douanes. Cette concession nous paraît justifiée en raison des droits si considérables perçus sur cette marchandise, à condition toutefois que les sûretés prévues à l'art. 3, paragraphe 1, aient été fournies. Enfin, le tabac importé et les produits manufacturés qui en ont été tirés servent de gage

jusqu'au versement des droits, conformément aux art. 120, 122 de la loi sur les douanes.

La commission vous recommande l'adhésion au texte du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 7.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 7 handelt von den Privatlagern. Wegen der hohen Zollansätze auf Roh-tabak muß der Fabrikant darnach trachten, die Zölle erst zu entrichten, wenn er den Tabak verarbeiten kann. Hierin kommt man ihm durch die Zulassung von Privatlagern entgegen. In denselben kann der Rohtabak bis zum Verbrauch unverzollt gelagert werden. Zuständig zur Erteilung der Bewilligung ist die Oberzolldirektion. Die Bewilligung hängt in erster Linie von der Bedürfnisfrage ab. Maßgebend ist da die örtliche Lage der Fabrik, in welcher der Tabak zur Verarbeitung kommen soll, ihre Entfernung vom nächstgelegenen Zoll-Lager, der jährliche Verbrauch an ausländischen Rohtabaken und schließlich auch die Solvenz des Fabrikanten. An Orten, wo Zoll-Lager bestehen, sollen Privatlager grundsätzlich nicht bewilligt werden.

Der Schlußsatz des Artikels nach dem bundesrätlichen Entwurf wird hier gestrichen und im Sammelartikel 35 aufgeführt.

Ganz allgemein möchte ich meine Anerkennung darüber aussprechen, daß man seitens der Zollorgane bestrebt ist, die Zahlungsmodalitäten für die Tabakbezüger im Sinne möglicher Erleichterung zu gestalten.

M. Jobin, rapporteur: L'autorisation d'ouvrir un entrepôt privé pour y loger les tabacs en feuilles est de la compétence de la direction générale des douanes. Celle-ci prend en considération, à cet effet, la situation locale de la fabrique, la distance qui la sépare du port franc public le plus proche, la consommation annuelle moyenne de tabacs bruts importés et la solvabilité de l'entreprise.

L'entrepôt privé répond à un besoin réel pour les maisons importantes. Il leur permet l'achat de lots considérables, lorsque les conjonctures de récoltes et de prix le permettent, sans les obliger à dédouaner la marchandise à son entrée en Suisse. Bien plus, le fabricant tient à pouvoir disposer d'un choix aussi varié que possible de sortes de tabacs afin d'avoir toute latitude et toutes facilités de procéder à des expériences et à des mélanges. L'entrepôt privé procure ces avantages, mais le titulaire d'un entrepôt privé doit s'engager à tenir une comptabilité de magasin exacte et l'administration doit pouvoir y avoir librement accès.

Nous recommandons l'adhésion au texte adopté par le Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 8.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 8 handelt vom Rückzoll. Bis zum Jahr 1921 konnte man ohne einen solchen auskommen, weil die Zollbelastung des Tabaks eine bescheidene war. Von da hinweg machte die starke Erhöhung der Zollansätze auf Rohtabak die Ausrichtung von Rückzöllen nötig. Es wurde diesem Bedürfnis durch die Rückerstattung des gesamten auf dem Rohprodukt entrichteten Eingangszolles unter Abzug von Fr. 25 pro 100 kg entsprochen. Nun sind Verhältnisse denkbar, daß bei dem genannten Abzug der Export überhaupt verunmöglichlicht würde. War unser Export in Tabakfertigfabrikaten vor dem Weltkrieg noch ziemlich groß, so stellen sich ihm nun namhafte Schwierigkeiten entgegen, denen durch die Rückzölle zum Teil abgeholfen werden kann. Es besteht noch ein nennenswerter Export schweizerischer Tabakfabrikate, speziell von Zigaretten. Er soll erleichtert werden durch eine weitgehende Rückerstattung des Eingangszolles auf Zigaretten-tabak. Art. 20 des Zollgesetzes ermächtigt grundsätzlich nur die Bundesversammlung zur Gewährung von Rückzöllen.

Für Tabakfabrikate erscheint die Gewährung von Rückzöllen im Gegensatz zu andern Waren absolut nötig, weshalb in diesem Art. 8, Abs. 1, die Sache grundsätzlich geordnet wird. Die Höhe und die Berechnungsart der Rückzölle sollen vom Bundesrat bestimmt werden.

M. Jobin, rapporteur: L'augmentation des charges fiscales sur le tabac après guerre a porté un coup sensible à l'exportation des tabacs manufacturés en Suisse; le relèvement énorme des droits d'entrée depuis 1920, a entravé aussi l'exportation. Il est inévitable de permettre à cette industrie d'exportation qui avait été si florissante antérieurement, de reconquérir quelque peu le terrain sur le marché mondial.

Le système des drawbacks peut y contribuer. L'octroi du drawback qui, sous déduction d'un modeste montant de 25 fr., prévoit le remboursement des droits de douane payés à l'importation est lié en principe à la condition que l'identité entre le tabac contenu dans le produit exporté et les feuilles de tabac importées soit dûment établie par des livres spéciaux de contrôle des articles d'exportation, les rapports de fabrication utiles, en plus des sûretés particulières.

Des facilités peuvent être accordées pour le paiement des droits dûs par les tabacs en feuilles à cigarettes destinées à l'exportation pourvu que ces tabacs soient déclarés comme tels à la frontière.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 9.

Antrag der Kommission.

¹ Für trockene Rippen endgültig verzollter ausländischer Tabakblätter, die bei der Zigarrenfabri-

kation in Abfall kommen, kann im Falle einer Wiederausfuhr oder einer einwandfrei nachgewiesenen Denaturierung ein Teil des bezahlten Eingangszolles zurückerstattet werden, wenn es die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse als gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Rückerstattungsquote wird durch den Bundesrat unter Berücksichtigung der Marktlage periodisch festgesetzt; die Quote darf jedoch 80 % des auf die Rippen entfallenden Zolles nicht übersteigen.

Rest: Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

¹ En cas de réexportation ou de dénaturation dûment constatée de côtes sèches provenant de la fabrication des cigares avec du tabac en feuilles étranger dédouané définitivement à l'importation, une partie du droit d'entrée acquitté peut être remboursée si les conditions économiques semblent le justifier. Le Conseil fédéral fixe périodiquement la cote de remboursement en tenant compte de la situation du marché; toutefois, la cote ne doit pas excéder le quatre-vingts pour cent du droit afférent aux côtes.

Pour le reste adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 9 handelt von der Zollrückerstattung und Zollermäßigung. Die Rippen der Tabakblätter sind für die Zigarrenfabrikation nicht verwendbar. Sie bilden ein Rohprodukt für die Pfeifentabakfabrikation. Auch zur Nikotingerinnung können sie Verwendung finden. Lieferanten und Abnehmer von Tabakrippen stehen des Rippenpreises wegen in einem steten Kampf. Die inländische Rauchtobakindustrie ist in der Regel nicht in der Lage, alle Tabakrippen der Zigarrenfabrikation aufzunehmen. Die Jahresproduktion 1929 an Tabakrippen stellte sich auf 6000 q, während die Rauchtobakindustrie davon nur 4800 q aufnehmen konnte. So mußte ein Absatz bei der einzigen in Betracht fallenden inländischen Nikotinfabrik oder im Auslande gesucht werden. So ist hier ein starker Rückzoll geboten; er wird vom Bundesrat festgesetzt, darf aber 80 % des auf die Rippen entfallenden Eingangszolles nicht übersteigen.

In Abweichung von dem allgemeinen Grundsatz, wonach der dem Gesetze beigegebene Tarif als Gesetzestext vom Bundesrat nicht abgeändert werden kann, bestimmt nun Absatz 3 ausnahmsweise, daß dem Bundesrat das Recht zustehe, den Zollansatz für rohe Tabakrippen, Tarifnummer 8, zeitweise zu ermäßigen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse das als angezeigt erscheinen lassen.

Ob im Einzelfalle die Voraussetzung der Gewährung eines Drawbacks vorhanden ist, entscheidet die Oberzolldirektion.

Wir empfehlen Ihnen die Annahme dieses Artikels in der ständerätlichen Fassung mit der kleinen redaktionellen Abänderung, die die nationalrätliche Kommission vorschlägt und die eine Verbesserung des Textes darstellt.

M. Jobin, rapporteur: La côté médiane des feuilles de tabac accuse parfois des dimensions et une consistance qui la rend impropre à la fabrication des cigares; mais elles peuvent en revanche, après avoir

été laminées et coupées menu, servir à la préparation du tabac pour la pipe, en les mélangeant avec des feuilles de tabac de qualité plus fines. Elles sont employées également pour la préparation à priser, du sulfate de nicotine et de nicotine.

La reprise des affaires dans la fabrication du cigare a contribué à augmenter les disponibilités en côtes, d'autant plus que l'extension de la culture du tabac en Suisse mettait des quantités suffisantes de tabac indigène à des prix relativement bas, puisqu'ils ne sont frappés d'aucun droit d'entrée, à la disposition de nos fabricants de tabac pour la pipe. D'où sensible réduction de l'utilisation des côtes dans la fabrication du tabac pour la pipe.

Les fabricants de cigares ont été amenés ainsi à chercher à écouler à l'étranger ou à une fabrique de nicotine du pays leur excédent des côtes.

Grâce au drawback, la chose est réalisable pour autant que l'impossibilité de la vente en Suisse est démontrée. Le Conseil fédéral fixe périodiquement le taux de remboursement en tenant compte de la situation du marché; mais ce taux ne doit pas dépasser le 80 % du droit acquitté pour les côtes.

Le Conseil fédéral peut aussi réduire temporairement le taux normal d'entrée sur les côtes fixé à 150 francs les 100 kg bruts, taux considéré comme protecteur pour la fabrication indigène des côtes.

Nous proposons d'adhérer au texte adopté par le Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 10.

Antrag der Kommission.

¹ Die Zigarettensteuer ist geschuldet für alle in der Schweiz gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten, ohne Rücksicht auf das Herstellungsverfahren und die Herkunft des verwendeten Materials.

Rest Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

¹ L'impôt sur les cigarettes est dû sur toutes les cigarettes fabriquées industriellement en Suisse, quels que soient le mode de fabrication et la provenance de la matière employée.

Pour le reste adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 10 handelt von der Zigarette als Steuerobjekt. Man könnte zunächst den Begriff « Zigarette » näher definieren. Der Präsident der ständerätlichen Kommission hat es im Ständerate getan, weshalb ich es nicht auch noch tun möchte. Ganz besonders muß aber betont werden, daß die Zigarette, die sich ein Raucher selbst von Hand dreht, der Zigarettensteuer nicht unterworfen ist. Erfasst wird nur die gewerbsmäßig hergestellte Zigarette — ohne Rücksicht auf das Herstellungsverfahren und die Herkunft des verwendeten Materials. Unter Berücksichtigung der kleinen Einschaltung im Antrag der nationalrätlichen Kommission empfehlen wir Ihnen Annahme des Artikels. Abs. 2 erscheint in Art. 35 wieder, in welchen alle Punkte einverwoben sind, die durch bundesrätliche Verordnung gelöst werden sollen.

M. Jobin, rapporteur: Sont réputées cigarettes au sens de la loi toutes cigarettes dans le sens commercial usuel du terme, c'est-à-dire les produits composés de tabac coupé, roulé en forme de cylindre enveloppés d'un tube de papier avec bout de papier, carton, liège, étoffe, etc.; de même les cigarillos, les cigarettes comprimées, les cigarettes antiasthmatiques, de camphre, de stramoine, de chanvre indien, médicinales, bref toutes les sortes de cigarettes contenant du tabac.

On entend par fabrication industrielle toute fabrication entreprise en vue d'obtenir un gain direct ou indirect par l'introduction de la marchandise dans le commerce.

Seules les cigarettes roulées par le fumeur lui-même pour son propre usage, ne sont pas soumises à l'impôt.

Nous vous recommandons le texte légèrement modifié proposé par votre commission.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 11 und 12.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Art. 11. ¹Für die Bemessung der Steuer wird auf den Kleinhandelspreis und auf das Gewicht der Zigarette abgestellt.

²Als Kleinhandelspreis gilt derjenige Preis der einzelnen Zigarette, der vom Hersteller der Zigarette gemäß den Bestimmungen von Art. 21, Abs. 5, auf der Zigarettenhülle und entsprechend auf der Verpackung anzubringen und zu dem die Ware, einschließlich der Steuer, im Kleinhandel an den Verbraucher abzugeben ist (Art. 19, Abs. 3).

³Als Gewichtseinheit gilt für Zigaretten mit einem Kleinhandelspreis von weniger als 7 Rappen ein Gewicht von höchstens 1250 Gramm auf 1000 Zigaretten, für Zigaretten mit einem höhern Kleinhandelspreis ein solches von höchstens 1500 Gramm auf 1000 Zigaretten. Bruchteile von Gewichtsüberschreitungen werden einer ganzen Einheit gleichgestellt.

⁴Abs. 4 wird Art. 20, Abs. 2.

Art. 12. Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Minderheit:

(Bratschi, Chamorel, Eymann, Gasser, Keel, Nicole, Nobs, Surbeck.)

Art. 12. Die Zigarettensteuer beträgt für jede Gewichtseinheit (Art. 11, Abs. 3):

- a) $\frac{1}{2}$ Rappen für das Stück bei Zigaretten, deren Preis im Kleinhandel (Art. 11, Abs. 2) weniger als 5 Rappen beträgt,
- b) 1 Rappen für das Stück bei Zigaretten, deren Kleinhandelspreis 5 Rappen und mehr beträgt.

Proposition de la commission.

Majorité:

Art. 11. ¹La cote d'impôt se calcule d'après le prix de détail et le poids de la cigarette.

²Est réputé prix de détail le prix par pièce qui doit être marqué sur le tube de la cigarette, ainsi que sur l'emballage, conformément aux dispositions de l'art. 21, 5^e alinéa, et auquel la marchandise doit

être livrée, impôt compris, aux consommateurs dans le commerce de détail (art. 19, 3^e alinéa).

³Est considéré comme unité de poids, pour les cigarettes dont le prix de détail est inférieur à sept centimes par pièce, un poids de mille deux cent cinquante grammes au maximum par mille pièces, pour les cigarettes d'un prix de détail plus élevé, un poids de mille cinq cents grammes au maximum par mille pièces. Les fractions d'unité sont assimilées à une unité entière.

Le 4^e alinéa est transféré à l'art. 20, comme 2^e alinéa.

Art. 12. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Minorité:

(Bratschi, Chamorel, Eymann, Gasser, Keel, Nicole, Nobs, Surbeck.)

L'impôt est fixé, pour chaque unité de poids (art. 11, 3^e alinéa), à:

- a) un demi-centime par pièce, pour les cigarettes dont le prix de détail (art. 11, 2^e alinéa) est inférieur à cinq centimes par pièce;
- b) un centime par pièce, pour les cigarettes dont le prix de détail est de cinq centimes ou plus par pièce.

Tschumi, Berichterstatter der Mehrheit: Art. 11 handelt von den Bemessungsgrundlagen für die Steuererhebung und steht mit Art. 12 im logischen Zusammenhang. Wir beantragen Ihnen deshalb, diese zwei Artikel im Zusammenhang zu behandeln, und dieser Antrag ist so gut motiviert, daß er ohne Widerspruch gutgeheißen werden wird.

Die sämtlichen in den Handel gebrachten Zigaretten haben eine charakteristische Bezeichnung, unter welcher sie bei den Rauchern bekannt sind, die «Marke». Die Zigarette ist — im Gegensatz zu der einheimischen Kopfzigarre — ein Markenartikel. Der Kleinhandelspreis wird von den Fabrikanten festgesetzt, was wohl bemerkt werden muß, und nicht etwa vom Bund, und, wie schön an anderer Stelle betont, ist die Konkurrenz auf diesem Gebiete so groß, daß ein Ueberborden in der Preisbildung direkt ausgeschlossen ist. Eingeschlossen in den Preis sind Warenwert, Fabrikationsspesen, Zoll und Steuer und eine angemessene Marge für den Grossisten und Detaillisten. Am Kleinhandelspreis sind durchschnittlich beteiligt: der Fabrikant mit 60 %, der Grossist mit 15 %, und der Detaillist mit 25 %. Um den scharfen Konkurrenzkampf bestehen und die Maschinen voll ausnützen zu können, muß das Bestreben des Fabrikanten dahin gehen, die Detailverkaufspreise möglichst niedrig zu halten. So wird der Steuerbetrag sicher nicht auf den Verbraucher allein abgewälzt, sondern wohl zum großen Teil vom Fabrikanten getragen. Daß auch die Ringbildung ausgeschlossen ist, habe ich schon in der Eintretensfrage genügend dargetan.

Ganz selbstverständlich muß im Interesse des Fiskus verhindert werden, daß der Steuerertrag durch Herstellung übermäßig schwerer oder langer Zigaretten geschmälert werden könnte. Das Höchstgewicht für Zigaretten unter 7 Rappen Verkaufspreis ist für 1000 Zigaretten 1250 Gramm, für Zigaretten von 7 und mehr Rappen 1500 Gramm. Es liegt

darin ein kleines Entgegenkommen für den hochverzollten orientalischen Tabak.

Der Detailverkaufspreis muß auf der Zigarettenhülse und entsprechend auch auf der Verpackung angegeben werden.

Die Fassung der Ziffer 3 im Antrag der nationalrätlichen Kommission ist etwas klarer, als die Fassung des Ständerates, weshalb wir Ihnen deren Annahme empfehlen. Soviel über Art. 11. Dessen 4. Abschnitt wird hier gestrichen und erscheint in Artikel 20, Ziff. 2.

Art. 12 handelt vom Steuermaß. Die Steuer beträgt für die Zigarette mit Kleinhandelspreis unter 7 Rappen $\frac{1}{2}$ Rappen pro Stück und 1 Rappen für die Zigarette von 7 und mehr Rappen Kleinhandelspreis. In der Eintretensdebatte haben wir für die beiden Kategorien die Ausdrücke «Volkszigarette» und «Luxuszigarette» gebraucht.

Im Gesetz stehen diese beiden Bezeichnungen nicht; für die Verhandlungen sind sie indessen bequemer.

Der Preis der eigentlichen Volkszigarette, die diesen Namen materiell verdient, beträgt heute 50—60 Rappen pro Packung von 20 Stück. Es bestand zunächst, wir bemerken es wiederholungsweise, die Absicht, die in Art. 12 gewählte Grenze von 7 Rappen bei 5 oder 6 Rappen festzusetzen. Allein im Laufe der Besprechung mit den Interessenten erklärten die Vertreter der hellen Zigarette, daß wenn die Grenze nicht bei 6,9, d. h. rund 7 Rappen gewählt würde, überhaupt alle hellen Zigaretten eine Steuer von 1 Rappen zu zahlen hätten, bei welcher Sachlage die helle Zigarette den Konkurrenzkampf mit der dunklen nicht mehr auszuhalten vermöchte. Die in Art. 12 gewählte Ordnung beruht demnach auf einem Kompromiß mit den Vertretern aller Fabrikantengruppen. Es ist zu befürchten, daß bei der Nichtachtung dieses Kompromisses die Vertreter der hellen Zigarette zu Gegnern der Vorlage werden könnten.

Nun ist ein Minderheitsantrag Bratschi und Konsorten da, die Linie doch bei 5 zu wählen. Welches wäre die finanzielle Konsequenz? Schätzungsweise kann der Ertrag der Zigarettensteuer bei der Grenze 7 minimal auf 7 Millionen veranschlagt werden, bei der Grenze 5 auf 8,1 Millionen.

Der Begründung des Minderheitsantrages möchte ich in meinen Ausführungen nicht vorgreifen.

Zur richtigen Durchführung des Steuerbezuges müssen in jedem Einzelfall der Oberzolldirektion Typenmuster der Zigaretten vorgelegt werden. Es ist diese Maßnahme nötig, da neben der Zigarettensteuer eine Kontrolle über die Verzollung an der Grenze ausgeübt werden muß. Man muß feststellen können, wieviel Tabak von jeder Sorte verwendet worden ist. Änderungen in der Zusammensetzung einer Marke sind zulässig, müssen aber im Interesse der Kontrolle der Oberzolldirektion angezeigt werden.

M. Jobin, rapporteur de la majorité: Font règle pour le calcul de l'impôt le prix auquel la cigarette est vendue au consommateur dans le commerce de détail et le poids de la cigarette.

Le prix de détail doit être marqué en chiffres lisibles sur le tube de chaque cigarette et sur l'emballage et l'unité de poids est celui de 1000 cigarettes à la sortie du séchoir. Mais ce poids est fort variable;

il oscille entre 800 et 1500 grammes par mille pièces suivant la longueur et l'épaisseur.

Nous vous recommandons l'adhésion au texte du Conseil des Etats, texte qui a été quelque peu remanié par votre commission.

Art. 12. Taux de l'impôt. Ainsi, l'impôt se calcule, comme nous venons de le voir, sur la base de l'unité de poids et du prix de vente au détail de la cigarette.

Jusqu'au poids de 1250 grammes par mille cigarettes, qui se vendent moins de 7 centimes la pièce, le taux de l'impôt est d'un demi centime par cigarette.

Les cigarettes qui se paient 7 cts et davantage la pièce acquittent un droit d'un centime pour autant que leur poids n'excède pas 1500 grammes par mille cigarettes.

Lorsque l'unité de poids est dépassée, l'impôt est doublé automatiquement.

Par exemple, la cigarette débitée au détail à 6 cts. qui accuserait un poids de 1300 grammes le mille au lieu de 1250 grammes serait assujettie à l'impôt de 1 ct. et non plus d'un $\frac{1}{2}$ ct.

Au cours de la discussion de cet article au sein de la commission, une proposition fut faite de ramener à 5 ou 6 cts. le prix de vente de la cigarette populaire soumise à la taxe d'un $\frac{1}{2}$ ct.; mais M. le chef du Département des finances rappela que lors de la conférence avec les représentants des fabricants de cigarettes utilisant les tabacs clairs autres que ceux d'Orient, ces industriels avaient déclaré que si toutes les cigarettes blondes étaient taxées à 1 centime, ils ne seraient plus en situation de soutenir la concurrence des cigarettes foncées. En conséquence, les taxes fixées à l'art. 12 résultent d'un compromis entre les divers groupes de fabricants, compromis dicté par le souci de maintenir leur place au soleil, au groupe de fabricants de cigarettes claires dont la marchandise vendue en dessous de 7 cts, ne doit verser un impôt que d'un $\frac{1}{2}$ ct.

Cependant, M. le conseiller national Bratschi et ses collègues du groupe socialiste, membres de la Commission n'en persistent pas moins à proposer de fixer à 5 centimes et non à 7 la limite d'imposition de un $\frac{1}{2}$ centime. Il en résulterait une recette supplémentaire de un million sans doute. Mais cet avantage compenserait-il l'inconvénient de la ruine de groupe intéressant des fabricants de la cigarette blonde dont nous venons de parler? La majorité de la commission ne l'a pas pensé et vous propose d'adhérer au texte du Conseil des Etats.

Bratschi, Berichterstatter der Minderheit: Ich möchte zunächst eine Berichtigung anbringen zur Vorlage des Bundesrates. Unter den Namen der Minderheit muß im französischen Text auch der Name des Herrn Chamorel beigefügt werden. Ich möchte das anbringen, um Herrn Chamorel nicht unrecht zu tun.

Wir stimmen grundsätzlich einer Differenzierung bei, wie ich bereits ausgeführt habe. Es stellt sich die Frage, ob man differenzieren soll in zwei oder drei Stufen. In der Kommission ist die Anregung gemacht worden, bzw. ein Antrag gestellt worden, in drei Stufen zu differenzieren. Vom Standpunkte der Steuergerechtigkeit aus hätten wir uns diesem

Antrag sehr gut anschließen können. Wir haben verzichtet im Hinblick darauf, daß daraus eine gewiß unnötige Komplikation hätte entstehen können und die Durchführung erschwert worden wäre. Daß aber differenziert wird, ist richtig. Es würde sicherlich nicht verstanden, wenn die Luxuszigarette gleich viel Steuer bezahlen würde wie die Volkszigarette, um diese beiden Bezeichnungen zu gebrauchen. Wenn wir bei zwei Stufen bleiben, stellt sich nur noch die Frage, wo die Grenze zu ziehen sei. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man in dieser Frage in guten Treuen zweierlei Meinung sein kann. Es ist eine reine Zweckmässigkeitsfrage, ob man die Grenze weiter oben oder weiter unten ziehen solle. Der Bundesrat und mit ihm der Ständerat und die Mehrheit der Kommission schlagen vor, daß 1 Rappen nur erhoben werden soll auf der Zigarette, die im Detailverkauf mehr als 7 Rappen per Stück kostet. Die Minderheit stellt sich auf den Boden, daß die höhere Steuer erhoben werden solle bereits von Zigaretten mit einem Detailverkaufspreis von 5 Rappen. Das entspricht einem Verkaufspreis von 1 Franken für die Normalschachtel mit 20 Stück. Wir sind der Auffassung, daß diese Grenze auch deshalb gezogen werden solle, um das Odium von der Differenzierung zu entfernen, daß sie nur ein Vorwand für den Preisschutz sei. Ich habe darauf schon in der Eintretensdebatte kurz hingewiesen.

Die Differenzierung, wie sie heute vorliegt, bringt einen Betrag von 150,000 Fr. ein. Die ganze Tabaksteuer und der Tabakzoll machen zusammen die Summe von 30 Millionen Franken aus. Die Differenzierung bringt also knapp $\frac{1}{2}$ % der ganzen Tabakbesteuerung. Sie ist also sicherlich fiskalisch so gut wie belanglos; vom fiskalischen Standpunkte aus könnte man sie ohne weiteres weglassen. Im Ständerat hat man zwar versucht, die Sache dadurch bedeutender zu machen, daß man den Ertrag auf 20 Jahre oder weiß ich wie viel Jahre summiert oder kapitalisiert hat und damit zu einer Summe gekommen ist, die sich sehen läßt. Ich glaube nicht, daß ein solches Vorgehen richtig ist.

Das finanzielle Ergebnis sollte unseres Erachtens größer sein. Nach den Berechnungen der Botschaft bringt die Vorlage bei Festsetzung der Differenz auf 7 Rappen im ganzen eine Einnahme von 6,15 Millionen. Würden wir die Differenz bei 5 Rappen ansetzen, so ergäbe sich eine Totaleinnahme nach den Berechnungen der Oberzolldirektion von 7 Millionen Franken. Diesen Berechnungen ist ein Zigarettenkonsum von 1,200,000,000 Stück zugrunde gelegt. Der Konsum ist aber heute schon bedeutend größer. Ich glaube, er beträgt 1,6 Milliarden und wird wahrscheinlich auch diese Zahl bald überschreiten. Somit würden die Einnahmen bei 7 Rappen Differenz höher als 6,15 Millionen Franken sein und die Einnahmen bei 5 Rappen Differenz mehr als 7 Millionen Franken betragen. In Wirklichkeit wird die Differenz auch größer sein als die 850,000 Fr., die aus den beiden Berechnungen hervorgehen und mindestens 1 Million ausmachen oder sogar überschreiten. Die Differenzierung würde nach unserem Vorschlage statt den 150,000 Fr., die sie jetzt einbringt, eine Summe von mindestens 1,200,000 Fr. einbringen, wenn wir auf den wirklichen Konsum abstellen, wie er heute ist und wahrscheinlich auch in nächster Zukunft sein wird. Dieser Betrag könnte

sich sehen lassen und ist auch eine materielle Rechtfertigung der Differenzierung. Der bemühte Eindruck, den die Differenzierung heute macht, daß sie nur eine Drapierung, ein Vorwand für den Preisschutz sei, würde hinfällig werden.

Warum ist nun gerade die Differenz von 7 Rappen gewählt worden? Sie kam natürlich auch nicht von ungefähr zustande. Wie man uns in der Kommission gesagt hat, ist sie hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl Fabriken geschützt werden wollten. Die Interessen einer Anzahl Fabrikanten sind bei dieser Grenzziehung berücksichtigt worden. Es handelt sich um den Kampf zwischen der sogenannten dunklen und der hellen Zigarette. Ich bin hier vollständig frei. Ich bin Aktionär weder bei der dunklen noch bei der blonden Zigarette; ich bin Konsument weder von blonden noch von dunklen Zigaretten, so daß ich vollständig frei sprechen kann. Die helle Zigarette ist die teurere. Warum sie viel teurer ist als die andere, möchte ich vorläufig nicht im einzelnen erörtern. Ich glaube nicht, daß alle diese Gründe nur auf das verwendete Material zurückzuführen sind. Es spielen auch andere Verhältnisse mit. Die Festsetzung auf 7 Rappen soll den Fabrikanten der blonden Zigarette den Konkurrenzkampf erleichtern. Ich bin der Auffassung, daß sich der Bund in diesen Konkurrenzkampf nicht einzumischen hat und daß er bei der Festsetzung der Steuer einzig und allein abstellen sollte auf den Verkaufspreis der Zigarette. Das ist absolut unparteiisch, das ist auch einfach und nach meiner Meinung gerechter als das, was in der Vorlage vorgeschlagen wird.

Es ist dabei auch zu erwähnen, daß die Differenzierung beim Eingangszoll zwischen den dunklen und hellen Tabaken in der neuen Vorlage verkleinert wird. Der Zoll für die hellen Tabake wird herabgesetzt und derjenige für die dunkeln etwas erhöht, so daß die bedeutende Differenz zwischen hellen und dunkeln Tabaken, die von den Fabrikanten der hellen Zigaretten beanstandet worden ist, reduziert wird. Also auch von diesem Gesichtspunkte aus kann man einer Differenzierung bei 5 Rappen unbedenklich zustimmen. Sobald man nur auf den Preis abstellt und mit der Botschaft von Volks- und Luxuszigaretten sprechen will, sind 7 Rappen Differenz unbedingt zu hoch. Eine Zigarette, die 7 Rappen kostet, wird sicherlich von den breiten Massen des Volkes nicht geraucht. Es handelt sich nicht um eine Volkszigarette, sondern um eine ausgesprochene Luxuszigarette. Wer für die Schachtel 1 Fr. 40 auslegt, kann unseres Erachtens einen Rappen pro Zigarette an Steuern bezahlen.

Es wird noch ein Einwand geltend gemacht gegen eine Aenderung des Art. 12. Es wird ins Feld geführt, daß sich der Bundesrat und die beratenden Behörden mit den Zigarettenfabrikanten geeinigt hätten. Ich bin durchaus einverstanden damit, daß der Bundesrat bei der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen mit den Interessenten Fühlung nimmt und mit ihnen Verhandlungen pflegt, um die Auffassungen der Interessenten kennen zu lernen. Er soll auch den Wünschen der Interessenten nach Möglichkeit Rechnung tragen. Das ist alles in Ordnung und liegt im Interesse des Zustandekommens eines Gesetzes. Das sollte aber nicht zu formalen Abmachungen führen, zu Abmachungen, deren Verletzung sofort

das Zustandekommen des Gesetzes verhindert. Dadurch würde das Parlament vollständig ausgeschaltet. Wir hätten nichts mehr zu tun, als den bereits getroffenen Abmachungen zwischen Bundesrat und Interessenten zuzustimmen. Oft ist es ja eine sehr kleine Zahl von Interessenten — es heißt, daß hier 15 Fabrikanten in Frage kommen. Ich kenne auch Fälle, wo der Bundesrat den Standpunkt eingenommen hat, den ich soeben vertreten habe, und wo er sich an Versprechungen und Verhandlungen, die vor den parlamentarischen Beratungen stattgefunden hatten, in keiner Weise gebunden gefühlt hat. Er erklärte damals ausdrücklich, daß er allerdings bereit sei, mit den Interessenten zu verhandeln, daß aber das Parlament in seinen Entscheidungen vollständig frei sein müsse. Entsprechende Erfahrungen konnte ich auch schon persönlich machen, nämlich bei der Beratung des Beamtengesetzes. Auch dort haben vorher zwischen dem Bundesrat und den betreffenden Organisationen Verhandlungen stattgefunden. Es sind gewisse Verständigungen herbeigeführt worden, aber im Parlament hat man sich nicht daran gehalten; man hat erklärt, daß das Parlament vollständig frei sein müsse. Auch der Bundesrat hat sich bei seinen Anträgen an das Parlament sehr frei und ungebunden gefühlt. Ich glaube, daß man auch im vorliegenden Falle nicht so weit gehen dürfe, zu erklären, der Bundesrat habe sich mit den in Betracht fallenden Fabriken verständigt, ergo müsse man dieser Verständigung zustimmen.

Es wäre sicher auch nicht richtig, wenn die betreffenden Fabrikanten sofort mit Referendumsdrohungen kommen und erklären würden, sofern sich das Parlament an Besprechungen, bei denen es selber gar nicht mitwirkte, nicht folge, ergreife man das Referendum, bekämpfe das Gesetz und suche es zu Fall zu bringen. Ein solches Referendum würde auch nicht im Interesse der betreffenden Fabrikanten liegen. Ich glaube, wenn man sich die Sache allseitig überlegt, haben die Fabrikanten alle Ursache, das Referendum nicht herbeizuführen.

Die Sache liegt so, daß man in guten Treuen den 7 oder 5 Rappen zustimmen kann. Es ist keine grundsätzliche Frage, sondern eine reine Ermessensfrage. Wenn man alle Gründe würdigt, die für oder gegen die 5 Rappen sprechen, so muß man diesen 5 Rappen den Vorzug geben. Ich möchte bitten, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Abstimmung. — Vote.

Art. 11.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 12.

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

Mehrheit
Minderheit

Art. 13.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 13 handelt vom Steuerschuldner. Als solcher gilt, wer Zigaretten aus verzollten, unter Reversvergünstigung eingeführten oder aus inländischem Tabak an Dritte zur gewerbmäßigen Herstellung von Zigaretten in Lohnarbeit auf seine Rechnung abgibt. Steuerschuldner kann somit sowohl der eigentliche Fabrikant sein, als auch ein Zigarettenhändler, der Zigaretten gewerbmäßig in seinem Geschäft in Handarbeit herstellen läßt. Mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang der Zigarettensteuer mit dem Eingangszoll ist bei der Einfuhr von Rohtabak zur Herstellung von Zigaretten die mutmaßliche Steuer sicherzustellen.

Im Falle Ablebens des Steuerschuldners haftet für einen noch schuldigen Betrag das Zollpfand und für den Fall, daß es nicht hinreichen sollte, die Erbschaft bis zu ihrem vollen Betrage.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 14.

Antrag der Kommission.

¹ Die Veranlagung der Zigarettensteuer erfolgt durch die Oberzolldirektion.

² Der Fabrikant hat monatlich der Zollverwaltung einen genauen Ausweis über die Art und Menge der von ihm hergestellten Zigaretten, sowie über die Menge des auf die einzelnen Tarifnummern entfallenden verarbeiteten Rohtabaks einzureichen.

³ Daneben hat er alle weiteren Auskünfte und Nachweise zu leisten, die zum Zwecke der Veranlagung von ihm verlangt werden.

Zif. 4 und 5 Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

La modification ne concerne que le texte allemand.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 14 handelt von der Steuerveranlagung. Unter der bisherigen Ordnung des Tabakzolles waren nur die Hersteller von Zigarren, Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak verpflichtet, die von der Oberzolldirektion vorgeschriebenen Fabrikationsbücher zu führen und ihr periodische Meldungen über Ein- und Ausgang von Roh-tabak, sowie über die Produktion von Halb- und Fertigfabrikaten zu erstatten. Dieser Verpflichtung waren die Hersteller von Zigaretten nicht unterstellt. Die Oberzolldirektion war daher über die numerische Produktion an Zigaretten nicht orientiert; sie mußte ihre Berechnungen lediglich auf Grund der verzollten Rohtabake aufbauen. Nur solche Zigarettenfabrikanten, welche für die Ausfuhr bestimmte Zigaretten herstellen, waren verpflichtet, über die Verwendung von Rohtabak und Produktion von Exportzigaretten periodisch Fabrikationsrapporte vorzulegen.

Mit dem neuen Tabaksteuergesetz unterstehen nunmehr die sämtlichen gewerbmäßigen Hersteller von Zigaretten der Meldepflicht an die Oberzolldirektion. Die Steuerveranlagung wird sich ausschließlich zwischen den Herstellern von Zigaretten und der Oberzolldirektion abwickeln. Monatliche Meldungen sind der Oberzolldirektion zu machen über den Eingang und Ausgang von inländischen und ausländischen Rohtabaken, dann über die Sorten

und Mengen des im Laufe des Meldemonats verarbeiteten Rohtabaks, sowie die Art und Menge der hergestellten Zigaretten, also eine Steuerdeklaration, die für den Aussteller verbindlich ist. Sie bildet die Grundlage der Steuerbemessung.

Die kleinen redaktionellen Abänderungen geben zu weitem Erörterungen nicht Anlaß. Wir empfehlen Ihnen Gutheißung des Artikels, dessen letztes Alinea in Art. 35 untergebracht wird.

M. Jobin, rapporteur: Sous le régime actuel, les fabricants de cigarettes qui n'importent pas de marchandises ne sont pas astreints à tenir la comptabilité spéciale imposée aux fabricants de cigares, de tabac à mâcher, à priser et de tabac pour la pipe. Il n'en sera plus ainsi. Les fabricants de cigarettes devront faire parvenir à la Direction générale des douanes les pièces justificatives concernant: l'entrée et la sortie des tabacs étrangers et des tabacs indigènes, les sortes et qualités de tabacs bruts mis en oeuvre pendant le mois auquel a trait le rapport de fabrication, enfin le genre et le nombre de cigarettes fabriquées pendant le mois auquel se réfère la déclaration d'impôt. La déclaration d'impôt engage la responsabilité de celui qui la délivre. Nous proposons l'adhésion.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 15.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 15 befaßt sich mit der Steuerbeschwerde. Der Steuerpflichtige muß das Recht haben, sich gegebenenfalls gegen eine ungerechtfertigte Einschätzung zu wehren. Die Fassung des Artikels gibt zu besonderen Erörterungen keinen Anlaß.

M. Jobin, rapporteur: Le contribuable peut recourir contre toute mesure de l'administration des douanes.

Les conditions et délais de recours ne nécessitent aucune observation.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 16.

Antrag der Kommission.

¹ Die Zigarettensteuer wird mit ihrer endgültigen Festsetzung vollstreckbar. Sie ist spätestens sechzig Tage nach der Mitteilung ihrer Festsetzung gemäß den Weisungen der Oberzolldirektion zu entrichten.

Rest Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

¹ L'impôt est exigible dès qu'il a été définitivement fixé. Il doit être payé au plus tard soixante jours après notification de la fixation, conformément aux instructions de la direction générale des douanes.

Pour le reste, adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Auch dieser Artikel, der von der Steuerzahlung handelt, gibt zu weitläufigeren Ausführungen ebenfalls keinen Anlaß. Nur im Punkte der Zahlungsfrist schlägt Ihre Kommission eine Abänderung vor. Der Zigarettenfabrikant wird je nach den Verhältnissen nach Ablauf von 45 oder 60 Tagen nach der Zustellung der Faktur an seinen Abnehmer bezahlt. Er müßte also bei einer Frist von 30 Tagen, wie sie in Al. 1 festgesetzt ist, die Steuer direkt vorschießen.

In Art. 13, Abs. 2, ist eine Sicherstellung der Steuer vorgesehen. Der Fiskus muß also nicht befürchten, zu Schaden zu kommen, wenn er eine Zahlungsfrist von 60 Tagen gewährt. Mit dieser einzigen Abänderung, die gerechtfertigt ist, wird Ihnen der Artikel zur Gutheißung empfohlen.

M. Jobin, rapporteur: Il n'y a lieu de relever dans cette disposition que la fixation à 60 jours, au lieu de 30 seulement admis par le Conseil des Etats, du délai de recours, délai qui ne court qu'à partir du jour où le contribuable a reçu notification du montant dû.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 17.

Antrag der Kommission.

Ziff. 1 und 2 Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

³ Das Rückerstattungsbegehren ist an die Oberzolldirektion zu richten, die unter Vorbehalt der Steuerbeschwerde gemäß Art. 15 darüber entscheidet.

Proposition de la commission.

Chiffres 1 et 2 adhérer à la décision du Conseil des Etats.

³ Les demandes de remboursement doivent être adressées, à la direction générale des douanes, qui statue sous réserve du recours fiscal prévu à l'art. 15.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 17 handelt von der Steuerrückerstattung. Zigaretten, die nicht in den Inlandskonsum übergehen, sollen von der Zigarettensteuer grundsätzlich enthoben sein. In Betracht fallen vor allem Zigaretten, die exportiert werden und für welche die Bestimmungen über den Preisaufdruck nicht zur Anwendung kommen. Die Steuerbefreiung für exportierte Zigaretten bedingt die Führung besonderer Fabrikationsbücher, wie es übrigens schon heute der Fall ist.

Aber auch für das Inland bestimmte Zigaretten können aus irgend einem Grunde zum Genuß untauglich werden, so daß deren Vernichtung notwendig wird. Die entrichtete Steuer muß in einem solchen Falle zurückerstattet werden, sofern die Vernichtung der Zigaretten unter der Kontrolle der Zollverwaltung vorgenommen wird.

Ist der Tabak unverkäuflicher Zigaretten noch anderweitig verwendbar, beispielsweise als Pfeifentabak, so steht dem nichts im Wege. Nur muß jede Manipulation unter Aufsicht der Zollorgane erfolgen.

Die nationalrätliche Kommission möchte das Rückerstattungsbegehren nicht an die Frist eines Jahres gebunden wissen und schlägt die Streichung der betreffenden Bestimmungen vor. Mit dieser

Abänderung empfehlen wir Ihnen Annahme des Artikels.

M. Jobin, rapporteur: L'impôt sur la cigarette est un impôt intérieur. Dès lors, l'impôt payé sera remboursé, sous certaines conditions, quand les cigarettes dont la taxe a été versée sont exportées. Ces conditions sont, notamment, la présentation du certificat douanier d'exportation, de la quittance d'impôt correspondante, des rapports de fabrication, éventuellement d'autres pièces permettant à l'administration des douanes de vérifier l'identité de la marchandise.

Le remboursement de l'impôt peut encore être accordé quand il s'agit de cigarettes reprises par le fabricant, par exemple, parce qu'elles sont invendables ou pour d'autres raisons, telles que mauvaises conditions de magasinage ou défaut de fabrication etc.

La marchandise doit, alors, être détruite, sous contrôle douanier. Et, si certaines parties sont cependant encore utilisables, elles en seront distraites sous contrôle douanier également, et l'impôt correspondant déduit du montant de la somme à rembourser.

Votre commission estime que le délai d'un an prévu pour le dépôt de la demande de remboursement peut être parfois insuffisant; elle vous propose de faire abstraction de tout délai.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 18.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Der Artikel regelt die Handelsvorschriften für den Rohtabak. Er legt im großen und ganzen die bisherige Ordnung fest; nur sind die entsprechenden Vorschriften auf die Fabrikanten von Zigarren, Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak beschränkt. Die Ordnung hat sich seit 10 Jahren bewährt und darf unbedenklich beibehalten werden. Fabrikanten und Händler haben sich vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der Oberzolldirektion anzumelden und sich über ihren Wohnsitz in der Schweiz und die Eintragung ins Handelsregister auszuweisen. Sie sind zu exakter Buchführung verpflichtet, über welche der Oberzolldirektion das Kontrollrecht zusteht. Wir empfehlen Ihnen die unveränderte Annahme der ständerätlichen Fassung.

M. Jobin, rapporteur: Cette disposition ne fait que confirmer le régime actuel, qui donne satisfaction. Pas d'autre observation.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 19.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Nationalrat. — *Conseil national. 1930.*

Minderheit:

(Sulzer, Cailler, Chamorel, Eisenhut, Steinmetz.)

Die Bestimmung betreffend die Garantie des Kleinhandels ist zu streichen.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Minorité:

(Sulzer, Cailler, Chamorel, Eisenhut, Steinmetz.)

Biffer le 2^e alinéa.

Antrag Schmid-Zürich.

(Falls der Preisschutzklausel zugestimmt werden sollte.)

Art. 19, Abs. 2. ... verbindlich. Zur Ueberprüfung der festgesetzten Preise kann der Bundesrat eine Kommission einsetzen, in der die Konsumenten angemessen vertreten sein müssen.

Proposition subsidiaire Schmid-Zürich.

(En cas d'adoption de la clause de garantie.)

Art. 19, 2^e alinéa. ... 5^e alinéa. Le contrôle des prix fixés pourra être confié par le Conseil fédéral à une commission dans laquelle il devra faire une place équitable aux représentants des consommateurs.

Tschumi, Berichterstatter der Mehrheit: Zu Artikel 19, wo aller Voraussicht nach die Diskussion noch einmal etwas stärker einsetzen wird, hat man sich schon in der Eintretensdebatte ziemlich weitläufig ausgesprochen. Feststellen wollen wir noch einmal, daß man die Verfassungsmäßigkeit des zweiten Abschnittes, der Preisschutzklausel, sowohl auf Grund des Art. 41ter als auch 34ter bejahen kann. Die Klausel wird nicht im Interesse des Fiskus verlangt; es ist eine strikte Forderung der Fabrikanten, denen zu gut bekannt ist, daß Preisschleuderei beim Zigarettenverkauf das ganze Steuersystem über den Haufen werfen müßte und die ehrlichen Detaillisten dem wilden Geschäft zum Opfer fallen würden.

Zu Abschnitt 1 des Art. 19 ist zu bemerken, daß zur Sicherung des Zollbezuges und der Zigarettensteuer der Oberzolldirektion die Befugnis eingeräumt werden muß, den Handel mit Zigaretten der Kontrolle zu unterwerfen. Die Verkäufer von Zigarren und Zigaretten tabak haben der Zollverwaltung auf Verlangen die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte und Nachweise zu geben, sowie den zuständigen Beamten zur Vornahme der nötigen Feststellungen Zutritt zu ihren Verkaufsräumen und Magazinen zu geben.

Was könnte bei Abschn. 2 eingewendet werden? Ja, wenn es im Kleinhandel nicht mehr Schleuderei und unlautere Existenzen geben darf, wird dann mit den Preisen nicht überbortet? Darauf ist die Antwort bereits gegeben worden. Befürchtungen sind im Hinblick auf die scharfe Konkurrenz im Zigarettengeschäft nicht am Platze. Uebrigens hat der Ständerat durch die Annahme des von Dr. Suter vorgeschlagenen Amendements das nötige Ventil geschaffen, um jeder übersetzten Preisbildung ent-

gegenzutreten, wenn doch einmal eine solche — was aber nicht zu erwarten ist — in die Erscheinung treten sollte.

Man mißt der Preisgarantieklausel eine Bedeutung bei, die ihr tatsächlich nicht zukommt. Seitens der Industrie spricht man von der Notwendigkeit, die Kosten der Lebenshaltung zu senken. Man könnte dann — so wird argumentiert — an eine Lohnsenkung denken und damit die Exportindustrien fördern. Ich habe jedes Verständnis für die Sorge um unsere Exportindustrie und unterschätze ihren Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben unseres Landes nicht. Ob nun aber gerade dadurch eine Verbilligung der Lebenshaltung und eine Lohnsenkung herbeizuführen wäre, daß die Zigarette einer wilden Konkurrenz anheimgegeben würde, möchte ich doch bezweifeln. Eine solche Behauptung aufstellen, wäre denn doch zu starker Tabak.

Mit dem Referendum drohen, geht nicht an. Wir müssen unsere Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen machen und nachher hat das Volk das Wort. Aber aus rein doktrinären Gründen ein Referendum gegen eine Vorlage provozieren, wäre doch auch kein Akt der Staatsklugheit, namentlich bei einem Gesetz, das fällt, sobald jemand die Mittel zur Durchführung eines Referendums bereit stellt.

Meine Herren Nationalräte, wir empfehlen Ihnen namens der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission auch bei diesem Artikel Zustimmung zum Ständerate.

M. Jobin, rapporteur de la majorité: Le premier alinéa soumet au contrôle de la direction des douanes non seulement ceux qui fabriquent la cigarette, mais dans certains cas, les grossistes et les détaillants qui placent et débitent des cigarettes et du tabac coupé.

Ce contrôle, et les mesures appropriées indiquées dans cet alinéa sont indispensables, de toute évidence, pour assurer la perception exacte des droits de douane.

A ceux qui s'inquiéteraient de cette immixtion, considérable certainement, de l'autorité dans le fonctionnement interne de ces entreprises, qu'il nous suffise de leur faire observer que du moment où les industriels intéressés ont pu s'en accommoder sans inconvénient, il n'y a pas lieu d'être plus difficile et plus chatouilleux qu'eux-mêmes. Rappelons, en outre, que l'imposition du tabac revêt un caractère tellement exceptionnel, du fait du prélèvement d'un droit allant jusqu'à 300 % de la valeur de la marchandise, qu'une application extensive de ces dispositions de contrôle administratif ne se conçoit pas. Une minorité de la commission propose la suppression du deuxième alinéa de l'art. 19 qui introduit la clause de garantie du prix de vente au détail de la cigarette. Nous ne voulons pas répéter ce que nous avons dit à ce sujet à l'occasion de la discussion sur l'entrée en matière. Le Conseil des Etats a adopté une disposition imposant au Conseil fédéral l'obligation de mettre hors de vigueur la clause de garantie et qui correspond au vœu exprimé par l'amendement de notre collègue M. Schmid de Zurich. Votre commission a adhéré à cette disposition et nous vous proposons le maintien du deuxième alinéa de l'art. 19, les troisième et quatrième alinéas donnent des indications qui se réfèrent à la non-application de la clause de garantie.

Sulzer, Berichterstatter der Minderheit: Im Namen einer Kommissionsminderheit beantrage ich Streichung von Art. 19, Abs. 2—4, welche von der staatlichen Preisgarantie handeln. Es ist in den Beratungen und insbesondere in der Kommission nachdrücklich betont worden, daß diese Vorlage rein fiskalischen Charakter habe. Wir teilen diese Auffassung. Aber die Bestimmungen des Art. 19 weichen nun von dieser Tendenz ab und betreten ein Gebiet der Wirtschaftspolitik, das ernste Bedenken ruft. Wir sind einverstanden mit der Struktur der ganzen Vorlage; wir anerkennen, daß dieselbe gut durchgearbeitet ist; wir sind einverstanden damit, daß der Ertrag aus dem Tabak, sei es durch den Zoll, sei es durch die Zigarettensteuer, auf ungefähr 30 Millionen Franken gesteigert wird; wir sind um so mehr damit einverstanden, weil dieser Ertrag ja der Sozialversicherung zugewendet wird. Aber den Art. 19, Abs. 2—4, der von der staatlichen Preisgarantie handelt, betrachten wir als einen Fremdkörper, der in keiner Weise in Beziehung zum Gesetz selbst steht oder zu stehen braucht und dessen Tendenz wir auf das entschiedenste bekämpfen.

Die Darlegungen der Botschaft über diese Preisgarantie sind in keiner Weise überzeugend, und auch die mündlichen Darlegungen, die uns in der Kommission und im Rate gegeben worden sind, vermögen uns nicht davon zu überzeugen, daß diese Bestimmung eine Notwendigkeit sei. Gestatten Sie mir, zu den Argumenten der Befürworter kurz Stellung zu nehmen.

In erster Linie bestreiten wir, daß diese Bestimmung auf Verfassungsmäßigkeit beruhe. Wir betrachten es als eine offenkundige Verletzung der Verfassung, wenn in dieser Weise legiferiert werden will. Nun haben die Kronjuristen erklärt, daß die Bestimmung verfassungsmäßig sei, wenn sie sich als notwendig erweise zur Sicherung des Steuerbezuges. Stellen wir uns einmal auf diesen Standpunkt und prüfen wir, ob diese Notwendigkeit vorliegt. Die Sicherung des Steuerbezuges wäre dann gefährdet, wenn der Preis, auf Grund dessen die Steuer entrichtet würde, nachträglich derart erhöht würde, daß er in die höhere Steuerkategorie einrücken müßte. Nun glaubt doch kein Mensch, daß das der Fall sein werde. Kein Mensch glaubt daran, daß die Möglichkeit einer nachträglichen Preiserhöhung über den Preis, der vorschriftsmäßig auf der Zigarettenhülse und auf der Verpackung aufgedruckt ist, vorliegen werde. Händler und Konsumenten werden dafür sorgen, daß der Preis nicht nachträglich erhöht werden kann. Niemand wird teurer verkaufen können, als dem Preis gemäß, der aufgedruckt ist, und damit fällt dieses Argument, das die Kronjuristen eventuell als dasjenige bezeichnet haben, das der Bestimmung die Verfassungsmäßigkeit verleihen würde, als haltlos vollständig dahin. Darum hat man nach andern Argumenten gesucht.

Man hat vor allem die hohe Belastung betont, die auf der Zigarette liege, und es damit begründen wollen, daß hier nun eine Preisgarantie vorgeschrieben werden müsse. Dabei hat man nicht unerheblich übertrieben. Wie hoch ist denn diese Belastung überhaupt? Sie rührt her einerseits vom Zoll, und dieser beträgt im Maximum auf den Tabaksorten, welche für die Zigarettenfabrikation in Frage kommen, 1000 Fr., d. h. 1 Rp. auf die Zigarette. Dazu kommt

die Steuer, welche für die überwiegende Zahl der Fabrikate einen halben Rappen beträgt, das macht zusammen anderthalb Rappen. Stellen Sie das einem mittleren Verkaufspreis von z. B. 6 Rp. gegenüber, so ergibt sich eine Belastung aus staatlichen Auflagen von rund 25 % des Verkaufspreises der Zigarette, und das ist meines Erachtens die maßgebende Belastung. Dieser gegenüber sind nun alle, die in der Fabrikation und im Handel tätig sind, einander vollständig gleich gestellt. Die Steuer fällt auf den Fabrikanten, ebenso der Zoll. Der Händler wird davon gar nicht direkt betroffen, und der Fabrikant seinerseits ist geschützt durch einen Zigarettenzoll von nicht weniger als 2000 Fr. per 100 kg. Das macht an sich schon rund 2 Rp. pro Stück, also einen Zoll, der reichlich Sicherheit dafür bietet, daß die inländische Industrie wird bestehen können. Wir erachten also auch dieses Argument für keineswegs stichhaltig.

Nun wird von der Preisschleuderei gesprochen, der man entgegneten wolle und aus der die Bestimmung hervorgegangen sei. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß der Preisschleuderei entgegnet werden, wo sie sich wirklich in mißbräuchlicher Weise geltend macht. Wenn wir das einmal wollen, dann wollen wir es auch mit wirksamen Mitteln tun. Aber dieses Mittel hier halten wir für ein durchaus unwirksames. Die Preisschleuderei hängt übrigens, wie die Botschaft selbst es etwas zart andeutet, zum Teil damit zusammen, daß die Marge, die dem Händler geboten wird, eine recht ausgiebige ist, so daß innerhalb dieser Marge eine gewisse Preisverbilligung durchaus Platz findet. Im übrigen muß man sich fragen: Wo beginnt überhaupt die Preisschleuderei? Man hat uns auf einzelne Fälle hingewiesen, wo Ostgalizier Zigaretten aufgekauft und dann billig in den Handel gebracht hätten, und hat auch beigelegt, daß das Schundware gewesen sei. Ich glaube, unsere Raucher sind Manns genug, um Schundware von der guten Ware zu unterscheiden. Im übrigen, wenn wir wirklich einer Preisschleuderei entgegentreten wollen, die wir mit Recht verurteilen, dann wollen wir das in der Vorlage über den unlauteren Wettbewerb versuchen, die ja im Studium liegt und den verschiedenen Kreisen des Landes bereits zur Prüfung zugegangen ist. Dort ist der Platz, um der Preisschleuderei entgegentreten; aber man soll nicht hier eine Gelegenheit benutzen, um das in einer Weise zu tun, die wir entschieden nicht billigen können.

Ich frage Sie: Ist der Staat wirklich dazu da, jede Preiskonkurrenz zu unterbinden? Es ist in der Kommission mit Recht betont worden, daß es ein Unikum sei, wenn der Staat Preise schützen solle, bei deren Bestimmung er ja in keiner Weise mitgewirkt habe. Soll der Staat den Händler hindern, sich mit weniger Gewinn zu begnügen, damit sein Geschäft zu beleben und gleichzeitig einer gesunden Tendenz nach Preisabbau zu folgen? Soll er dieser immer klarer erkannten Notwendigkeit des Preisabbaues mit gesetzlichen Mitteln und sogar mit hohen Strafen entgegentreten? Ich bitte Sie, sich diese Frage zu überlegen. Soll in einem Zeitpunkt, wo andere Staaten diese Notwendigkeit klar und bewußt erkennen, wo wir allen Grund haben, dieser Bewegung volle Beachtung zu schenken, bei uns das diametrale Gegenteil geschehen? Soll der Preis der

Tabakfabrikate stabil bleiben, während anerkanntermaßen die Weltmarktpreise des Tabaks außerordentlichen Senkungen und Schwankungen unterliegen? Ich glaube, wir haben Grund, diese ganze Frage auch etwas vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten, und da müssen wir der staatlichen Preisgarantie mit den größten Bedenken entgegentreten. Unser hohes Preisniveau ist derart, daß unsere Exportindustrie mehr und mehr mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Alles, was im Inlande geschieht, wird auf sie überwältigt. Der Absatz im Ausland wird immer schwieriger. Sie wissen, daß eine Krise besteht, die sich immer stärker ausdehnt. Da soll nun einer bestimmten Gruppe von Gewerbetreibenden ein Privileg zugehalten, eine Politik der Hochhaltung der Preise inauguriert werden in einem Augenblick, wo wir allen Grund hätten, an das Gegenteil zu denken.

Ich glaube, auch vom Standpunkt des Händlers selbst sehe die Sache keineswegs in jeder Beziehung rosig aus. Der Ständerat hat viel darüber gesprochen. Man hat darauf hingewiesen, daß eine Art Zwangsorganisation durch diese Preisgarantie entstehe, daß aber auch der Schnüffelei, der Denunziation Tür und Tor geöffnet werde und daß der Denunziation hohe Bußen und Strafen folgen können. Ob die Händler eitel Freude an dieser Bestimmung erfahren werden, dürfte somit noch keineswegs ausgemacht sein.

Was hindert übrigens die Händler, wenn sie es wollen, die Bestimmung zu umgehen? Was hindert den Händler, neben den verpackten Zigaretten in einer offenen Schale offene Zigaretten liegen zu haben und einem Käufer zu sagen: Bitte, probieren Sie einmal eine von diesen Zigaretten und stecken Sie sich eine weitere in Ihr Etui. Im übrigen kaufen Sie mir dieses Päckchen ab. Dann hat der Händler dem Käufer auf die 20 gekauften Zigaretten 2 geschenkt, macht 10 % Rabatt. Es ist also nichts einfacher, als durch ein kleines Geschenk — Geschenke erhalten bekanntlich die Freundschaft — der Bestimmung ein Schnippchen zu schlagen. Ich könnte auch auf andere Methoden hinweisen, die dasselbe Ziel erreichen. Ich will Ihnen aber noch ein kleines historisches Musterchen erzählen, wie man es machen kann. Als ich einmal in Bologna war und eine große Zeitung zu kaufen wünschte, bekam ich eine Zeitung in die Hand mit dem Titel « Il resto del Carlino », der Rest des kleinen Karls. Da ich selbst zur Gattung der Karle gehöre, interessierte ich mich dafür; was dieser Titel auf einer großen Tageszeitung zu bedeuten habe. Mir wurde folgende Erklärung zuteil: Dieser Karl war ein Potentat gewesen. Sein Bild figurirte auf einer kleinen Silbermünze der Bolognesergegend. Nun hatte eines Tages die hohe Obrigkeit von Bologna bestimmt, daß der Humpen Bier nur für einen Carlino verkauft werden dürfe, für nicht mehr und nicht weniger. In der Folge ging der Konsum stark zurück, weil die verehrliche Bürgerschaft fand, daß ein Carlino für einen Humpen Bier entschieden zuviel sei. Da die Wirtschaften beinahe leer waren, zerbrachen sich die Wirte die Köpfe, wie die Frequenz wieder zu steigern sei. Sie kamen auf den genialen Gedanken, eine Zeitung zu gründen und jedem, der einen Humpen Bier trinken würde, ein Exemplar gratis und franko in die Hand zu drücken. Man hat die Zeitung infolgedessen « Il resto del Carlino » genannt. Die Wirtschaften füllten sich wieder. Die

Wirkung war aber in anderer Richtung eine unerwartete. Das Blatt hat mehr und mehr an Boden gewonnen, hat alle andern Zeitungen überflügelt und ist schließlich zum größten Blatt von Bologna und seiner Umgebung geworden, alle andern Konkurrenten erdrückend. Es ist heute das größte und gelesenste Blatt. Sie sehen, daß die Preisschutzklausel für ein bestimmtes Gebiet auf einem andern Gebiete eigenartige Konsequenzen haben kann. Das gibt vielleicht den verehrten Herren Kollegen Journalisten unter uns und auf der Journalistentribüne einigermaßen zu denken.

Durch solche Umgehungen wird selbstredend die Autorität des Staates, der von Gesetzes wegen eine Preisschutzklausel einführen will, in keiner Weise gehoben. Man hat aber in der Diskussion auch noch auf andere Konsequenzen hingewiesen. Was im einen Fall als richtig erkannt wird, möchte sehr leicht auch auf andere Gebiete übertragen werden. Was hindert schließlich die Kaffeeverkäufer, zu verlangen, daß der Staat die Preise der Kaffeepäckchen als allgemein verbindlich erkläre? Warum sollen nicht auch die Zucker- oder Schokoladehändler und andere mit einem solchen Begehren kommen? Wir müssen uns diese Konsequenzen wohl überlegen.

Als letztes kommt die Referendumsdrohung. Ist es schön, überhaupt mit dem Referendum zu drohen? Ich glaube nicht. Ist es notwendig, daß wir von referendumpolitischen Bedenken sprechen und daß referendumpolitische Bedenken in einer so wichtigen Angelegenheit den Ausschlag geben? Sollen wir uns von diesen Bedenken imponieren lassen? Hand aufs Herz! Wenn wir von unserer Verfassung sprechen, dann bezeichnen wir das Referendum als eine Perle dieser Verfassung. Wenn wir aber Gesetze machen, dann bekommen wir es plötzlich mit der Angst zu tun, daß ein solches Gesetz dem Referendum unterstellt werden und unter Umständen fallen könnte. Diese Angst ist nicht begründet. Es handelt sich hier um eine Vorlage von großer Wichtigkeit. Wenn es sein muß, so mag das Volk darüber entscheiden. Unsere Pflicht wird es dann sein, das Volk sachlich aufzuklären, dafür einzustehen, daß die Belastung des Tabaks wirklich angenommen wird, und daß die ganze Gesetzesvorlage verstanden wird, dafür einzustehen, daß wir der Sozialversicherung diesen Tribut schulden. Das richtig belehrte Volk wird die Vorlage annehmen, aber ohne Preisgarantieklausel. Im übrigen haben wir uns dem Willen des Volkes einfach zu unterwerfen, möge sein Entscheid so oder anders lauten. Wenn man von referendumpolitischen Bedenken spricht, so scheint es nicht ausgeschlossen — ich habe zwar dafür keine bestimmten Anhaltspunkte, aber die Möglichkeit liegt gewiß vor — daß das Referendum auch gegen die Vorlage mit der Preisschutzklausel ergriffen werden könnte, denn soweit ich sehe, bestehen gegen die Preisschutzklausel in weiten Kreisen ernste und gewichtige Bedenken. Unser verehrter Herr Bundespräsident hat in der Kommission erklärt, er habe sich mit allen Mitteln gegen die Aufnahme dieser Klausel gewehrt, so daß er innerlich wohl kaum davon überzeugt sein wird, daß die Sache gut ist.

Alle diese Gründe sprechen gegen die Preisschutzklausel. Wir sind in keiner Weise gegen den berechtigten Schutz des Handels. Nichts liegt uns ferner, als der Händlerschaft Schaden zuzufügen. Nichts

liegt uns auch ferner, als etwas zu tun, was die Vorlage zu Fall bringen könnte. Unsere Haltung leitet sich nicht aus doktrinären Gründen ab, wie von Vertretern der Mehrheit gesagt worden ist. Aber mir scheint, wir hätten Anlaß, in einer solchen Frage grundsätzlich zu denken und zu entscheiden. Wir dürfen in die Vorlage nichts hineinbringen, was in keiner unmittelbaren Beziehung zu ihr steht und was wir als etwas Verwerfliches betrachten. Ce n'est que le premier pas qui coûte. Wir betrachten die Preisschutzklausel als untaugliches Mittel gegen die Schleuderei und als schweres Präjudiz mit unübersehbaren Konsequenzen. Wir betrachten sie als einen wirtschaftlichen Mißgriff, als einen staatlichen Eingriff, der letzten Endes zu einer Schwächung der Staatsautorität führen muß.

Aus allen diesen Gründen beantragen wir Ihnen, die Abs. 2—4 des Art. 19 zu streichen.

M. Cailler, rapporteur de la minorité: La minorité de la commission proposé de supprimer l'art. 19, notamment le second alinéa. Avant de justifier mes arguments, je tiendrais, pour dissiper toute équivoque, à déclarer que j'ai accepté de voter l'entrée en matière. Quel que soit le sort qui sera fait aux propositions de la minorité, je voterai la loi.

C'est dire que je n'ai en défendant les propositions de la minorité, aucune arrière-pensée d'arriver, par un moyen détourné, à faire échouer les assurances. Au reste, que vous acceptiez la suppression de la clause de la garantie ou que vous la mainteniez, les résultats économiques et financiers de la loi resteront les mêmes.

J'ai donc été surpris d'entendre, soit au sein de la commission, soit au sein de cette assemblée les arguments des rapporteurs de la majorité, qui ont fait donner la grosse artillerie.

On a même invoqué hier l'autorité du Père Lacordaire, qui eût été bien étonné de se trouver mêlé à pareils débats et l'on s'est placé sous son illustre patronage pour justifier la clause de garantie des prix.

Je ne prendrai pas un patronage aussi éminent et je me bornerai à invoquer les arguments mêmes que le président de la Confédération nous a donnés, soit à la commission, soit ici même, en faveur de la clause de garantie et je me servirai de ces arguments pour justifier les appréhensions de la minorité.

Dans son rapport à la commission, M. le président de la Confédération — c'est à la page 11 du procès-verbal — a déclaré: « Quant à la clause de garantie de prix, ce n'est qu'à la dernière extrémité que nous avons consenti à l'insérer dans notre projet. » On peut inférer de cette déclaration — et je suis persuadé que le président de la Confédération ne me contredira pas — que, jusqu'à un moment donné, on a vu avec une certaine crainte, au Département fédéral des finances, l'insertion de cette clause.

Qu'est-il arrivé pour qu'on ait changé d'opinion? Il est arrivé que les détaillants ont passé au bureau fédéral et ont exhalé leurs craintes et leurs plaintes et ont demandé, sinon exigé, cette clause de garantie, sous menace de referendum.

Voilà, Messieurs, quelle est la principale raison pour laquelle on s'est décidé à défendre la clause de garantie par des arguments, qui, à mes yeux, n'ont qu'une minime importance.

Je comprends fort bien les détaillants, je les approuve même de se défendre contre le gâchage. Car le gâchage est la crainte permanente et justifiée du commerce honnête. Il est évident que si, par des mesures spéciales, on arrive à diminuer ou à écarter ce fléau, nous ne pourrions qu'en être satisfaits. Mais nous estimons que les détaillants se font beaucoup d'illusions sur les résultats d'une pareille réglementation. Depuis de longues années les commerçants cherchent à mettre le gâchage dans l'impossibilité de nuire. Cet effort n'a abouti qu'à des résultats très médiocres et souvent n'a fait que provoquer l'éclosion d'autres systèmes. Le gâchage est fertile en inventions et, chaque jour, on les voit surgir sur les marchés sous des formes nouvelles.

Je crois donc, je le répète, que Messieurs les détaillants se font beaucoup d'illusions en croyant se mettre à l'abri de ce fléau par une clause de garantie de prix.

Cette clause de garantie aurait des conséquences beaucoup plus graves que l'on ne se l'imagine et ne serait qu'un premier pas dans une voie que nous devons éviter.

Pour justifier les arguments de la majorité; on a élevé les détaillants à la dignité d'employés fiscaux; ils font l'avance des fonds au fisc; s'ils n'ont pas une garantie suffisante, le fisc risque d'être mis à mal, nous a-t-on dit.

Je n'ai encore jamais vu, dans aucun pays, que le fisc ait été mis à mal. Je crois que c'est plutôt le contribuable qui se trouve dans cette situation. Toutefois, tel ne paraît pas être le cas ici, puisque, dans le système actuel du droit à la frontière et dans le système nouveau, comportant un impôt et un droit à la frontière, la situation est la même, sauf qu'évidemment le détaillant aura des sorties de fonds plus grandes, parce que la matière première sera d'un prix plus élevé, mais d'autre part il pourra compter sur des recettes beaucoup plus considérables. Il y aura donc seulement une période de transition, après laquelle l'équilibre ne tardera pas à s'établir.

On a dit encore qu'il s'agissait d'une mesure d'équité envers les détaillants, auxquels on ne pouvait pas demander de se faire les encaisseurs du fisc fédéral, sans leur donner la garantie d'un bénéfice convenable.

Nous sommes tous d'accord pour penser qu'un bénéfice convenable est le but que tout commerçant honnête doit chercher à atteindre. Mais quel est ce bénéfice convenable? Peut-on le déterminer par une loi? Je ne le pense pas.

Même si la clause de garantie est adoptée, l'égalité entre les négociants ne sera pas établie. Un négociant peut avoir plus ou moins de frais généraux. L'égalité ne sera jamais réalisée, même si l'on observe scrupuleusement partout — ce dont je doute — la clause de garantie.

Croyez-vous vraiment que ce prix positif réglé par la loi sera strictement observé?

Pour mon compte je me permets d'en douter et je pense que nombreux seront les cas où on trouvera le moyen de tourner cette obligation. Faudra-t-il mettre des gendarmes ou des agents pour surveiller la vente? Je sais bien qu'il n'en est nulle part question et que la Confédération n'a pas l'intention de se charger elle-même de la police de la loi. Mais alors ce sera l'ouverture à la délation, à l'espionnage, chose

terrible. Sans vouloir comparer ce qui se passe dans les pays à régime sec, je dis que nous glissons sur cette pente fatale de la délation, la délation qui ouvre la perspective à de nombreux procès, à des chicanes sans fin. Je ne crois pas que ce soit là le but de la loi. On ne peut chercher, ni vouloir un système aussi déplorable, aussi immoral dirai-je.

S'il fallait citer quelques exemples pour vous montrer que l'égalité de bénéfice n'existe pas entre négociants de différentes catégories, ce serait très facile, simplement même dans le domaine moral. Un simple petit retraité des C. F. F., par exemple, qui entreprend, pour entretenir ses loisirs, un petit commerce de cigarettes, avec sa cuisine dans son arrière-magasin, peut se contenter d'une petite clientèle, mais il ne pourra la garder que s'il offre certains avantages à ses acheteurs, tandis que le négociant qui se trouve de l'autre côté de la rue, qui a un beau magasin, qui a une charmante vendeuse, ajoutant son sourire au paquet de cigarettes qu'elle vend, ne sera pas dans la même situation. Vous créerez donc une injustice vis-à-vis du petit détaillant. Je pense que la clause de garantie profitera beaucoup plus aux grands magasins, aux grosses entreprises qu'aux petits négociants qui cependant ont le plus besoin de l'aide sociale.

Sur ce point-là, je crois vous avoir indiqué le danger de cette loi. Les commerçants se font une illusion profonde en demandant la clause de garantie.

On a cité l'exemple de l'Allemagne, mais, Messieurs, comparaison n'est pas raison. L'Allemagne a voulu d'abord établir ce système. Elle l'a ensuite annulé. Elle l'a rétabli. Mais est-ce que les conditions, en Suisse, sont les mêmes qu'en Allemagne? Heureusement pas. Le commerce allemand de détail du cigare et de la cigarette est un commerce où la concurrence dépasse de beaucoup tout ce que nous pouvons imaginer. Nous ne pouvons pas comparer l'Allemagne à la Suisse. Le détaillant allemand a toujours vendu ses produits beaucoup plus cher et avec un bénéfice plus grand que le détaillant suisse. Lorsque la crise allemande est arrivée, crise qui sévit encore, la diminution est venue. Ce n'est pas la clause de garantie qui l'a provoquée. Si je suis bien informé, la fabrication de la cigarette en Allemagne a diminué ces derniers temps jusqu'au 50 %. Ne prenons donc pas des comparaisons pour des raisons. Je suis persuadé qu'en Suisse la solidité de notre commerce sera aussi bonne qu'avant, même sans la clause de garantie. Du reste notre commerce est-il actuellement moins solide? Est-ce que nous avons eu plus de faillites dans le commerce de détail des cigarettes? Je ne le crois pas. Je ne sais pas qu'en Suisse les détaillants de cigares et de cigarettes traversent une crise telle qu'il faille craindre une diminution des résultats de l'impôt.

Tels sont les principaux motifs pour lesquels j'estime qu'il n'y a pas lieu d'insérer la clause de garantie dans la loi. D'ailleurs, on prépare une loi sur la concurrence déloyale. C'est alors qu'il serait préférable d'examiner les garanties qu'on pourra prendre pour éviter le gâchage, si l'on en trouve.

Mais la raison la plus forte et qu'il faut franchement avouer, celle qui justifie aux yeux de la majorité l'art. 19, c'est uniquement la crainte du referendum. On l'a dit ce matin. C'est la menace du referendum d'un côté ou de l'autre. Or je trouve qu'il est vrai-

ment déplorable que nous basions une discussion sur cette crainte du referendum. Si le referendum a lieu, le résultat sera peut-être déplorable, mais c'est le peuple qui aura pris ses responsabilités. Nous avons le referendum à la base de la Constitution et, je puis bien le dire, à la base de notre système démocratique. Certes, les Chambres ont leurs responsabilités, mais si le peuple demande le referendum, elles n'ont qu'à s'incliner, le peuple prend les siennes.

Voilà, Messieurs, quelle est la principale raison de mon attitude et je ne veux pas insister, quoiqu'il ne s'agisse point de la faire passer après les autres.

Mais je dis encore que nous nous orientons vers une mauvaise voie et qu'elle pourrait nous conduire bien plus loin que nous le pensons. Il est vrai qu'on a justifié aussi cette clause pour les tabacs, qui sont aussi très touchés, très chargés d'impôts, plus qu'aucune autre matière.

Mais, Messieurs, ne nous faisons pas d'illusion: quand on est entré dans une voie il est souvent difficile d'en sortir. Aussi verra-t-on — moi, je ne le verrai peut-être pas — venir des jours où, sur la demande des détaillants, d'autres garanties de prix seront introduites, d'autres prescriptions seront édictées. Le jour arrivera où vous aurez le macaroni fédéral qui aura son diamètre et sa longueur déterminés. Vous aurez votre ours de Berne d'une dimension uniforme et pour le même prix partout! (Rires.) Cela, c'est tuer l'initiative de l'industrie et du commerce. Ce nivellement a vraiment quelque chose qui me répugne. C'est le premier pas vers la rationalisation de tout et de toutes choses: nous mangerons tous la même chose; nous fumerons tous la même chose; tout et toujours pour le même prix! Est-ce une consolation? Est-ce un moyen de conduire et d'encourager l'industrie au progrès? Je ne le crois pas. C'est plutôt un moyen de la condamner à la stagnation. C'est ce que je vous prie de bien vouloir éviter, en supprimer purement et simplement la clause de garantie.

Schmid-Zürich: Ich kann mich sehr kurz fassen, da ich in der Eintretensdebatte meine Stellung zu Art. 19 schon bekanntgegeben habe. Die Herren Sulzer und Caillet als prominente Vertreter der Industrie haben Ihnen ausführlich die Gründe auseinandergesetzt, die gegen diesen Artikel sprechen. Nach meiner Auffassung sollte der Nationalrat Art. 19 unbedingt zurückweisen, denn wir beschreiten dadurch einen Weg, dessen Ende man nicht absehen kann.

Sollte Art. 19 jedoch angenommen werden, dann beantrage ich Ihnen die Zustimmung zu der Formulierung, die ich bei Ihrem Präsidenten eingereicht habe. Das Stoßendste an der Preisschutzklausel scheint mir zu sein, daß nach der Vorlage nur die Fabrikanten und Händler den Preis festsetzen könnten und daß der Staat dafür sorgen muß, daß die Preise eingehalten werden, ohne daß er dazu Stellung nehmen darf. Im Ständerat allerdings ist der Antrag Suter angenommen worden, der den Bundesrat ermächtigt, diesen Artikel eventuell außer Kraft zu setzen, wenn sich bei der Preisbildung Mißbräuche zeigen sollten. Allein glauben Sie wirklich, daß sich der Bundesrat mit der Preisbildung werde beschäftigen können? Wir haben auch bei der Getreideversorgung einen Artikel über die Preisbildung des

Brottes hineingenommen. Ich weiß nicht, ob sich der Bundesrat je mit der Preisbildung des Brottes beschäftigt hat. Ich fürchte, daß er dazu keine Zeit hatte und daß er auch nicht die Behörde sein kann, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Ich teile den Standpunkt von Herrn Ständerat Böhi, der sich zum Antrag Suter und anderen wie folgt äußerte: «Dieser Antrag ist nach meiner Ansicht gut gemeint, bringt aber keine befriedigende Lösung. Er will den Bundesrat schon im Gesetz beauftragen und ermächtigen, die Preisschutzklausel auf bestimmte oder unbestimmte Zeit außer Kraft zu setzen, wenn sie zu Mißbräuchen in der Preisbildung führen sollte. Ich halte es nicht für unbedenklich, in privatwirtschaftlichen Streitfragen eine Entscheidungsbefugnis in die Hand des Bundesrates zu legen.» Deshalb stelle ich den Antrag, daß eine besondere Kommission, in welcher auch die Konsumenten vertreten sind, über die Preisbildung konsultiert werden soll. Wenn Sie jedoch glauben, daß auch der Bundesrat sich mit der Sache zu beschäftigen habe, so will ich dagegen nichts einwenden, wenn Sie die Formulierung Suter stehen lassen und meinen Antrag dazu nehmen. Sie haben dann wenigstens noch ein besonderes Ventil, indem dann die Kommission bei der Preisbildung auch mitzureden haben wird.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, falls Sie den Art. 19 stehen lassen.

Präsident: Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn der Art. 19 noch heute vormittag erledigt werden könnte. Ich bitte daher alle, die dazu noch reden wollen, sich möglichst kurz zu fassen.

Nietlisbach: Ich will mich an die Worte des Herrn Präsidenten halten und mich in aller Kürze auf zwei Punkte beschränken.

Ich bin für Art. 19 und für die darin enthaltene Preisschutzklausel. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß mir diese Bestimmung prima vista auch sehr unsympathisch war; und erst nach Prüfung der Frage und insbesondere nach Prüfung der beiden Gutachten, und nachdem im Ständerat ein Amendement Suter angenommen worden war, das sich auch unsere Kommission zu eigen gemacht hat, bin ich zur Auffassung gekommen, daß im Ernst von einer Verletzung der Bundesverfassung nicht mehr gesprochen werden kann.

Herr Schmid-Rüdin hat heute morgen gesagt, dieser Art. 19 bedeute die Privilegierung eines einzelnen Berufsstandes. Davon kann doch gar nicht die Rede sein. Was Art. 19 vorsieht, ist nichts anderes als eine Schutzbestimmung für die Organe, welche zur Erhebung dieser Zigarettensteuer unumgänglich notwendig sind, zugunsten der Zigarettenhändler, durch welche die Erhebung der Tabak- und Zigarettensteuer erfolgen soll. Die Frage ist nur die, ob diese Maßnahme notwendig sei oder nicht. Auch die Gegner erklären, wie Herr Sulzer vorhin gesagt hat, wenn diese Maßnahme notwendig sei, dann könnten sie den Schlüssen der beiden juristischen Experten, Professor Blumenstein und Professor Burckhardt, zustimmen. (Sulzer: Es ist aber keine Notwendigkeit.) Da kann man doch am besten mit den Erfahrungen, die man in andern Ländern in der gleichen Sache gemacht hat, exemplifizieren. In Deutschland hat man in dieser Beziehung sehr interessante Feststellungen

gemacht. Im Gesetze von 1919 ist in Art. 45 folgende Bestimmung enthalten, die abzüglich des Amendements Suter dem Sinne nach mit der unsrigen identisch ist: « Im Kleinhandel dürfen Tabakerzeugnisse nur zu dem der Versteuerung zugrunde gelegten und auf der Zigarette angegebenen Kleinverkaufspreis verkauft werden. » Dieses Gesetz wurde im Jahre 1925 revidiert, und zwar in dem Sinne, daß der Art. 45 nunmehr sagte: « Im Kleinhandel dürfen tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse nicht teurer als zu dem auf dem Steuerzeichen aufgedruckten Kleinverkaufspreis verkauft werden. » Was waren die Folgen der Revision, die darin bestand, daß man wohl die Limite nach oben bestehen ließ, nach unten sie aber aufhob? Es wurde sofort festgestellt, daß im deutschen Zigarettenhandel Schleuderpreise einsetzten, und zwar so, daß sie sich zum Nachteil des Fiskus auswirkten, der jährlich eine Mindereinnahme von wenigstens 50 Millionen Reichsmark verzeichnete. Diese Erfahrungen nötigten das deutsche Ministerium schon zu Beginn des Jahres 1928, also erst drei Jahre nach der Durchführung der Revision, wieder vor den Reichstag zu treten und wenigstens versuchsweise wieder bis Ende 1930 auch die Limitierung nach unten zu verlangen, wie sie im Gesetze von 1919 vorgesehen war.

Die ganz gleichen Erfahrungen, wie Deutschland sie mit dieser Revision gemacht hat, bewogen auch in der Schweiz den Gesetzesredaktor, den Bundesrat, diesen Art. 19 ins Gesetz aufzunehmen. Es ist interessant: Es haben sich da in Zürich drei Firmen niedergelassen, von denen zwei sowohl das zürcherische Handelsgericht wie das Bundesgericht beschäftigt haben, die Firmen Moses Horn, Schwaiger und eine, die bemerkenswerterweise den Namen Schmuklerski trägt. Sie haben sich dort an der Bahnhofstraße niedergelassen und Zigaretten zu den Gesteungskosten abgegeben, nicht etwa um keinen Profit zu machen, sondern um sämtliche Kleinhändler zu ruinieren und nachher die Preisbildung monopolweise in ihre Hände zu bringen. Ich glaube, mit dieser Feststellung erledigt sich auch die Frage, ob hier die vielgepriesene Handels- und Gewerbefreiheit in Gefahr stehe.

Es war für mich interessant, als Pionier der Handels- und Gewerbefreiheit Herrn Kollega Schmid-Rüedin auftreten zu sehen, denn ich erinnere mich gut, ihn auch schon gehört zu haben bei Gelegenheiten, wo er solchen Eingriffen des Staates in das Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit nicht so energisch Opposition machte. (Schmid: Beispiele!) Wenn es sich um Angestellteninteressen handelt. Ich könnte Ihnen viele nennen. Ich will mich darauf aber nicht einlassen. Wie viele Breschen sind übrigens im Laufe der Jahrzehnte in diese Handels- und Gewerbefreiheit schon geschlagen worden! Unser ganzes Zollwesen bedeutet ja eigentlich den größten Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit; Stempel- und Couponssteuer oder Getreideordnung, sind das etwa Ausflüsse der Handels- und Gewerbefreiheit? Aber hier geht es nicht an, sie anzurufen, weil es sich da um die Verhinderung einer Maßnahme handelt, die nicht die Ausübung der Handels- und Gewerbefreiheit, sondern ihren Mißbrauch bedeutet. Unserer ganzen Rechtsordnung liegt doch der Rechtssatz zugrunde: Der offenbare Mißbrauch eines Rechtes findet keinen Rechtsschutz. Das ist ein Satz, der das ganze öffentliche und private Leben beherrscht. Hier ein Beispiel.

Im Zivilgesetzbuch ist die Bestimmung getroffen: Wenn der Grundeigentümer auf ein Nachbargrundstück Aeste seiner Bäume überhängen läßt, so ist der Nachbar berechtigt, ihm zur Beseitigung eine Frist zu setzen und sie selber zu kappen und zu behalten, wenn jener diese kurze Frist nicht innehält. Diese Bestimmung ist nicht etwa an eine Beschränkung bezüglich der Jahreszeit gebunden, sondern unbedingt; aber doch hat die Gerichtspraxis mit Recht gesagt, daß so etwas nicht zur Unzeit geschehen dürfe; nicht z. B. wenn die Früchte zu reifen beginnen. Warum? Weil das eben offenbar den Mißbrauch eines Rechtes bedeutet. Gleichfalls sage ich: Wenn ein privater Zigarettenhändler im Namen der Handels- und Gewerbefreiheit irgendwo auftritt und zu Schleuderpreisen, also vorübergehend zu seinem Schaden verkauft, nur um andere, ehrliche Kaufleute zu ruinieren und sie, die die Organe für die Erhebung der Zigarettensteuer sind, zu beseitigen, so ist das ein offenkundiger Mißbrauch eines Rechtes, nämlich der Handels- und Gewerbefreiheit, der keinen Rechtsschutz verdient. Darum empfehle ich Ihnen ohne Bedenken Zustimmung zu Art. 19, wie ihn die große Mehrheit der Zolltarifkommission vorschlägt.

M. Musy, président de la Confédération: Je crois nécessaire, à propos de cet art. 19, d'indiquer le point de vue du Conseil fédéral.

Si nous avons réussi à éviter de considérer l'impôt sur la cigarette comme un impôt spécial, nous aurions supprimé du même coup l'obstacle auquel nous nous heurtons. Mais cela n'est pas possible. La totalité de l'impôt étant prélevée à la frontière, nous avons dû prévoir un impôt spécial.

Ceux d'entre vous qui connaissent les conditions de production du tabac en Suisse doivent reconnaître que notre loi fiscale doit tenir compte, dans la mesure du possible, de la production indigène. Au fond, le système que nous vous présentons est le système de la liberté de culture. Le cultivateur n'est pas touché. Dans le premier projet, de 1869, celui de Challet-Venel, la liberté de la culture indigène était supprimée. Il n'y a pas d'autres limites à l'extension de la culture que la possibilité d'absorption. Nous savons, comme MM. les rapporteurs l'ont dit hier, que la récolte dépassera 5000 ou 6000 qm. Eh bien, le cultivateur aura de la peine à trouver preneurs et l'année d'après, il sera obligé de réduire sa production. Mais depuis quelques années, on cultive en Suisse, particulièrement dans le canton du Tessin, avec succès, un Burley qui peut servir à la fabrication de la cigarette. Je n'ai pas peur de la concurrence des tabacs de la Broye fribourgeoise ou vaudoise; ce sera, comme M. Schmid l'a dit, 5000 à 6000 qm qui échapperont au fisc. Mais nous ne savons pas encore ce qui adviendra avec les tabacs légers. Je suis très heureux que nous puissions développer la culture indigène, mais tout de même elle ne doit pas se développer à tel point qu'elle mette en danger l'efficacité de notre système. Ceux qui sont le mieux à même de nous donner des conseils éclairés sur le développement probable des tabacs clairs, nous disent: « On peut en introduire une certaine proportion dans la cigarette, mais cette utilisation sera quand même limitée. » Le système que nous vous proposons maintenant, l'introduction d'un impôt spécial sur les cigarettes, nous permettra d'atteindre, au moins

dans une certaine mesure, ce tabac clair qui serait de production indigène. Les tabacs bruts servant à la fabrication de la cigarette, qui nous viennent de l'étranger, seront frappés deux fois: une fois à la frontière et une fois à l'intérieur par la perception du droit spécial sur la cigarette. Par contre, les tabacs indigènes clairs qui serviront à la fabrication de la cigarette ne seront atteints que par l'impôt intérieur. Ainsi, le système que nous vous présentons tient le mieux compte de l'intérêt qu'il y a à ne pas nuire à la culture indigène.

Comment fallait-il organiser cette imposition de la cigarette? Fallait-il prévoir un taux unique, disons un demi-centime ou un centime sur toutes les cigarettes sans distinction quant à la qualité et au prix, ou fallait-il au contraire appliquer le système de la progression, disons du double ou du triple, qui consisterait à frapper davantage les cigarettes chères et un peu moins les cigarettes bon marché?

Nous avons examiné la question de très près. Au point de vue fiscal, nous aurions pu proposer un taux unique: un demi-centime ou un centime; la différence pour le fisc n'eût pas été très considérable. Mais, au point de vue de la justice fiscale, il nous a paru qu'il n'était pas juste de frapper la cigarette ordinaire, la cigarette populaire, si vous voulez, de la même taxe que la cigarette qui se paie 2 fr. ou 2 fr. 50 la boîte; celle-là peut tout de même supporter une imposition plus forte que les cigarettes à dix sous le paquet. C'est la raison pour laquelle nous avons estimé qu'il fallait appliquer différents taux. Evidemment, l'introduction du système du double prix appelle l'application d'un contrôle. Le fabricant qui vend une boîte de 20 cigarettes 1 fr. 30, devra payer un demi-centime d'impôt par cigarette, soit 10 centimes par boîte. Mais s'il la vend 1 fr. 40, l'impôt sera d'un centime par pièce ou de 20 centimes par boîte. Il est donc nécessaire que le fisc contrôle si le fabricant ajuste effectivement ses prix de vente aux prix déclarés, servant de base pour la perception de l'impôt. Chacun reconnaîtra que l'on ne peut pas permettre de vendre une boîte de cigarettes au consommateur à un prix supérieur à celui qui a servi de base à la perception du droit. A la commission, tout le monde a été d'accord pour reconnaître que cette mesure était nécessaire.

Comment s'exercera ce contrôle? Nous exigeons que le fabricant inscrive sur la cigarette le prix de vente, de telle sorte que l'impôt soit prélevé sur le prix inscrit sur la cigarette. Les fabricants ont déclaré que l'inscription du prix sur la cigarette n'offre aucune difficulté. Il n'y a qu'une matrice à ajouter à la machine, de façon à imprimer automatiquement ce prix.

Vient ensuite la grosse difficulté. L'Etat intervient et donne la garantie que personne ne pourra vendre à un autre prix que celui qui est inscrit sur le tube de la cigarette.

On prétend que c'est une ingérence dans la fixation des prix. C'est une erreur: lorsque nous disons que la cigarette doit être vendue au prix inscrit sur le tube, nous ne nous ingérons point dans la fixation des prix. Cette fixation reste complètement libre. Le fabricant pourra imprimer sur le tube de sa cigarette le prix qu'il voudra. Celui qui fait du Maryland y inscrira peut-être 3 centimes. Tel autre inscrira 2½, 5 ou 10 centimes. La seule chose que nous exigeons c'est que l'on inscrive un prix et que l'on se

tienne à ce prix. La concurrence continue à subsister entre fabricants et chacun tâchera de fixer le prix le plus bas, afin que le consommateur lui donne la préférence au lieu de consommer un article plus cher.

On nous dit que c'est un gros privilège que nous accordons aux vendeurs de cigarettes. Je reconnais que nous créons une situation particulière pour le détaillant de cigarettes, une situation qui n'existe pas pour d'autres commerçants. Mais cette situation est justifiée par le fait que la cigarette paie un impôt tellement élevé qu'elle ne peut plus être considérée comme un article ordinaire.

Que prélevons-nous sur la cigarette? La quantité de tabac brut servant à la fabrication de la cigarette n'atteint pas le tiers de la masse utilisée pour la fabrication du cigare. Or, le cigare ne nous rapportera que 6 millions et la cigarette 18 millions. Par conséquent, avec trois fois moins de tabac, la cigarette paiera trois fois plus d'impôt. Dans ces conditions, il est clair que la cigarette doit supporter une charge particulièrement considérable.

La plupart des marchandises (je ne parle pas des matières premières — semi manufacturées) paient 3, 4, 5 % ad valorem. Pour le tabac à cigarettes nous avons 300 % et même au delà. Est-ce qu'on peut encore parler de liberté du commerce quand le fisc intervient et prélève sur un article à titre d'impôt trois fois la valeur de cet article? Il faut bien tenir compte de cette circonstance. Alors, on n'est plus enclin à généraliser et à dire: Si nous commençons à introduire ce régime exceptionnel pour la cigarette, il n'y a pas de raison pour qu'on ne le continue pas et qu'on ne l'étende pas aux autres articles, car le tabac est le seul article sur lequel l'Etat prélève un impôt de 300 % ad valorem.

Je tenais à souligner cela de façon qu'on ne s'effraie pas trop du fait que nous appliquions un régime spécial au commerce d'un article soumis à un régime fiscal extraordinaire.

Quand nous avons prévu que l'impôt sur la cigarette allait être introduit sur une base relativement élevée, les détaillants sont venus et nous ont dit: « Nous ne nous opposons pas au prélèvement de cet impôt, nous voulons même vous servir de percepteurs, puisque c'est nous, en réalité, qui devons faire aux fabricants l'avance de l'impôt. Cependant, nous ne voulons pas être exposés à ne pas retrouver cet argent. » Les détaillants ont fait état des expériences allemandes, dont je vous ai entretenu tout à l'heure.

Je ne cherche pas, dans le cas particulier, à faire de la politique habile. Mon devoir est d'essayer d'être juste. Je n'ai pas peur du referendum et ne veux pas enlever au peuple la possibilité de se prononcer. Mais je dis en toute franchise que pour tous ceux qui désirent l'introduction de l'imposition du tabac et la réalisation de l'œuvre des assurances, il doit être souhaitable que l'épreuve du referendum soit épargnée à ce genre d'impôt. En effet, tous les impôts sont difficiles à faire accepter dans une démocratie où le peuple a le dernier mot. Je n'en veux pour preuve qu'un fait: Jusqu'à il y a quelques années, l'impôt sur le tabac rapportait 3 millions par an, alors que les autres pays la France, l'Allemagne, l'Italie, percevaient régulièrement un milliard de francs or.

Vous avez connaissance des projets successifs qui ont vu le jour depuis 1869. Il y en a près de deux douzaines. Je les ai cités tout à l'heure. Ils se sont

tous heurtés à des obstacles infranchissables. Le seul obstacle qui reste maintenant c'est la garantie de prix.

Je crois que la mesure demandée par les détaillants ne les garantira pas des risques autant qu'ils s'imaginent. Mais elle leur apportera tout de même une certaine sécurité. Pour moi, la question se posait comme suit: Pouvons-nous, devons-nous, est-il nécessaire de leur accorder cela? Nous n'avons pas fait de la haute politique; nous ne nous sommes pas préoccupés de mesurer les chances du referendum, pour ou contre. Nous avons simplement constaté qu'il y avait là une question de justice fiscale. Et surtout, l'expérience allemande m'a convaincu de la nécessité de faire quelque chose en faveur de ceux qui, d'après notre système, auront l'obligation de faire l'avance de l'impôt.

M. Cailler a rappelé tout à l'heure que j'avais dit, au sein de la commission du Conseil national, que je ne m'étais résigné qu'à la fin à accepter cette solution. Oui, j'avais toujours espéré que les fabricants, d'accord avec les marchands, les détaillants, trouveraient un autre système de garantie que celui qu'ils suggéraient. Ils avaient eux-mêmes exprimé cet espoir. Ce n'est que lorsque les experts chargés de l'étude de cette question ont déclaré qu'ils ne trouvaient pas d'autres moyens que celui-là pour protéger les vendeurs contre le gâchage, ce n'est qu'à ce moment-là que j'ai proposé au Conseil fédéral d'accorder la garantie de prix et que le Conseil fédéral, comme moi, sans enthousiasme, a accepté cette solution.

Maintenant, nous ne pouvons pas faire autrement que de l'accepter également. Si nous la supprimions, nous nous aliénerions les détaillants, non seulement pour des raisons d'ordre politique, mais parce qu'ils s'estimeraient lésés de se voir imposer un risque sans aucune garantie. Ils nous diraient: « Nous étions prêts à faire au fisc l'avance des sommes qui lui reviennent; mais, comme vous ne voulez plus nous garantir contre le risque de gâchage, contre les pertes éventuelles sur ces avances, nous votons contre la loi. »

Pour moi, c'est une question de justice. Encore une fois, je n'ai pas cherché à faire de la politique habile, mais simplement à être juste.

C'est pourquoi, ajoutant les quelques arguments que je viens d'esquisser à ceux qui ont été avancés par MM. les rapporteurs de la commission et tout à l'heure aussi avec beaucoup d'habileté par M. Nietlisbach, je me joins à eux pour vous demander d'accepter cette solution.

M. le conseiller national Schmid, lui, nous suggère d'insérer à cet art. 19 un alinéa complémentaire. Vous vous souvenez que M. le conseiller aux Etats Suter a proposé une adjonction, suivant laquelle le Conseil fédéral serait cependant tenu de suspendre l'application de cette disposition pour une durée déterminée ou indéterminée dans les cas où il y aurait des abus dans l'application des prix. Votre commission s'y est ralliée. Le Conseil fédéral également. Il n'y a donc pas de divergences sur ce point.

Mais M. Schmid voudrait ajouter encore que le contrôle des prix fixés pourra être confié par le Conseil fédéral à une commission. Je redoute un peu cette adjonction, pour les raisons suivantes. J'ai déclaré tout à l'heure que nous entendions abandonner aux

fabricants la liberté de fixer les prix, ne voulant pas entraver entre eux le jeu de la concurrence. Cela, c'est l'important. C'est ici surtout que l'intérêt du consommateur ne doit pas être exposé par une entrave au jeu de la réduction des prix. Charger le Conseil fédéral du soin de contrôler les prix fixés par le fabricant, ce serait lui confier la très délicate mission de s'ériger en juge sur la question de savoir si les prix de 5, 6, 3 et 4 centimes inscrits par le fabricant sur la marchandise correspondent en réalité à la valeur effective du tabac contenu dans le tube de la cigarette. Je considère que ce serait une atteinte à la libre concurrence qui doit exister entre fabricants; par conséquent, je crois que vous serez bien inspirés de ne pas suivre M. le conseiller national Schmid dans la direction où il voudrait vous conduire. Cela pourrait avoir une répercussion aussi dans le monde des consommateurs, se retourner contre le but poursuivi par M. Schmid et, comme conséquence, paralyser le jeu de la concurrence entre les différentes fabriques. Par conséquent, je vous propose d'adhérer purement et simplement à la solution du Conseil, des Etats.

Meili: Ich würde sehr gerne auf weitere Diskussion verzichten, aber als Mitglied der Kommission bin ich zu ganz wenigen Bemerkungen verpflichtet. Ich habe mich in der Kommission bei diesem Artikel der Stimme enthalten, nicht etwa deshalb, weil ich damals noch keine Ueberzeugung gehabt habe, sondern aus Respekt vor meinem Fraktionskollegen, der Präsident der Kommission war. Ich habe mir vorgenommen, die Sache in der Fraktion zu besprechen und mich, je nach dem, eventuell einem Mehrheitsbeschluß der Fraktion anzuschließen. Diese Gelegenheit war mir nun benommen. Gestatten Sie mir deshalb ganz kurz meine Stellungnahme zu kennzeichnen. Ich halte mit Herrn Sulzer und Schmid und mit den Herren Ständeräten Böhi und Suter die Sache für gefährlich. Es handelt sich nicht um eine gute und auch nicht um eine notwendige Sache. Wir haben doch bisher in unserem Rate nicht in dieser Richtung reglementiert. Wir haben im Gegenteil darnach getrachtet, die Preise zu mäßigen. Wir haben eine Preisbildungskommission eingesetzt, um zu untersuchen, ob nicht in dieser und jener Branche die Detailpreise zu hoch seien. Hier will die Kommissionmehrheit es aber umgekehrt machen. Sie wissen, daß der Großhandelsindex stark zurückgegangen ist, daß aber der Kleinhandelsindex in diesem Rückgang bedeutend hintennachhinkt, wiederum ein Beweis, daß es wahrscheinlich doch nicht so ist, daß der Handel diejenige Gruppe ist, die besondern Schutzes bedarf. Ich habe gewiß Verständnis für den Handel, aber ich glaube, er hat den staatlichen Schutz nicht nötig, vielleicht am wenigsten von allen Gruppen. Der Handel hat während des Krieges sehr bedeutende Gewinne gemacht und sich ein wenig daran gewöhnt, und ist nun schwer davon abzubringen. Das ist im übrigen menschlich. Er nimmt so viel als möglich. Wir aber müssen konstatieren, daß er viel zwischen Erzeuger und Verbraucher herausnimmt (30, 40, 50, 60, 70 und noch mehr Prozente der Erzeugungskosten). Wir sind also bisher immer der Meinung gewesen, daß der Handel zu viel erhalte.

Wollen wir nun einem allerdings kleinen Teil dieses Zwischenhandels staatlichen Schutz gewähren? Ich glaube, das geht zu weit. Wenn nun bezüglich

dieser Spezialität — der Zigaretten — gesagt wird, daß hier ein Schutz notwendig wäre, daß hier eine ausserordentlich starke Konkurrenz eingesetzt habe, dann wird es ungefähr so sein wie auf andern Gebieten, wo eine große Konkurrenz ist. Es ist entweder ein gutes oder ein leichtes Geschäft. Wenn wir nun dieses Geschäft durch den Preisschutz noch besser oder leichter machen, werden sich noch mehr Elemente zudrängen und der Einzelne wird wieder mehr konkurrenziert und hat so wiederum nicht viel von diesem Preisschutz. Am meisten fürchte ich die Konsequenzen. Wir haben auch zu viel Wirte. Die meisten verdienen nicht gerade viel, besonders auf dem Lande. Wollen Sie nun aus den gleichen Gründen auch Mindestpreise für Wein festsetzen, weil der Wirt auch eine staatliche Steuer bezahlt? Müßte er auch geschützt werden? Mit der Zeit werden die Begehren weitergehen. Diese und jene Gruppe wird kommen und sagen: « Wir haben den Preisschutz gerade so gut nötig wie die Zigarettenhändler. » Man verweist auf die Landwirtschaft. Auch wir hätten Preisschutz. Gewiß! Aber was das Getreide anbetrifft, ist zu sagen, daß es sich doch um eine Aktion zugunsten der Landesversorgung handelt. Das ist eine allgemeine Aktion. Hinsichtlich der Milch möchte ich entgegenhalten, daß das eine vorübergehende Maßnahme ist, die wir bald wieder abbauen zu können hoffen, die wir später nicht mehr brauchen. Sonst haben wir diesen Preisschutz nirgends (ausgenommen für Heilmittel). Es ist nicht eine bloße Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, deren wir noch andere haben, wie Herr Nietlispach es darzustellen beliebt, sondern etwas ganz neues, was uns dieser Preisschutz der Zigaretten bringt. Er ist meines Erachtens umso weniger gerechtfertigt, als der Bund zu diesen Preisen gar nichts zu sagen hat. Er muß einen Preis schützen, auf den er keinen Einfluß hat. Das scheint mir nicht ungefährlich, aber auch nicht durchführbar. Man braucht nur auf die schenkungsweise Verabfolgung hinzuweisen, die Herr Sulzer erwähnt hat, um einzusehen, daß jedem Händler die Möglichkeit offen steht, seinen Kunden noch irgend etwas zuzuhalten.

Wir sollten also in diesem Gesetz nicht etwas ganz Neues schaffen, das zu großen Konsequenzen führen könnte. Wenn Schutz nötig ist, dann bringe man das in einem besondern Gesetze unter. Das ist ja vorgesehen im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Wenn wir auch noch einige, vielleicht zwei oder drei Jahre auf dieses Gesetz warten müßten, so hätte das nicht viel zu sagen. Inzwischen würde man nur Erfahrungen sammeln.

Am meisten verwundere ich mich über das Verhalten der Sozialdemokraten. Diese sind doch sonst immer bei denen, die verbilligen wollen. In der Tat haben sie in der Kommission auch zuerst in dieser Richtung vorgestoßen und Opposition gemacht, haben aber dann doch offenbar nach und nach gemerkt, daß das ja eigentlich in der Richtung ihres Programmes liege, in der Richtung der Verstaatlichung. Das ist mir wiederum ein Grund zu Bedenken. Darum schließe ich mich, weil ich es in der Kommission nicht getan habe, ausdrücklich der Minderheit an.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 3. Dezember 1930. *Séance du matin du 3 décembre 1930.*

Vorsitz: — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 770 hiervor. — Voir page 770 ci-devant.)

Sulzer, Berichterstatter der Minderheit: Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht lange in Anspruch nehmen, aber ich sehe mich genötigt, kurz auf das gestrige Votum des Herrn Kollegen Nietlispach zu replizieren, der auf meine Aeußerungen zur Frage der Preisgarantie und im besondern zur Kernfrage, nämlich zur Frage der Verfassungsmäßigkeit Bezug genommen hat.

Ich habe betont, daß die Kronjuristen erklärt hätten, die Preisgarantie sei dann verfassungsmäßig, wenn sie zur Sicherung des Steuerbezugs als notwendig erscheine. Herr Kollege Nietlispach hat nun aus meinen Aeußerungen hierzu einen unrichtigen Schluß gezogen, den ich genötigt bin, richtig zu stellen. Er hat zwei Dinge miteinander verglichen, die nicht miteinander verglichen werden können, weil sie ganz verschieden liegen, nämlich die Verhältnisse in unserem Lande im Sinne der jetzt vorliegenden Gesetzesvorlage und die Verhältnisse in Deutschland.

Bei uns liegen die Dinge so, daß die Steuer vom Fabrikanten entrichtet werden muß, und zwar auf Grund des aufgedruckten Preises. Eine Umgehung der richtigen Steuer könnte nur dann eintreten, wenn der Preis nachträglich, und zwar vom Händler, erhöht würde, insbesondere dann, wenn durch diese Erhöhung der Preis in die höhere Steuerkategorie hinaufrücken würde, wenn also eine Zigarette, die mit einem Preise unter 7 Rp. vorgesehen ist, nachträglich zu einem Preise über 7 Rp. verkauft würde. Praktisch ist das vollständig ausgeschlossen. Kein Mensch wird glauben, daß der Händler die Zigarette teurer verkaufen kann, als auf jedem einzelnen Stück und auf der Verpackung aufgedruckt ist. Damit fällt also dieser Grund ohne weiteres dahin.

Eine Herabsetzung des Preises aber hat mit dieser Sache gar nichts zu tun.

Ganz umgekehrt liegen die Verhältnisse in Deutschland. Dort ist die Steuer eine Umsatzsteuer, also eine Steuer, die der Händler, nicht der Fabrikant, entrichten muß, und zwar berechnet sie sich auf Grund des tatsächlich erzielten Umsatzes, auf Grund des Wertes, zu dem er verkaufte. Es ist ohne weiteres klar, daß nun eine Herabsetzung des Preises dazu führt, daß der Umsatz entsprechend kleiner wird, daß also auch die Steuer entsprechend geringer ausfällt. In diesem Sinne hat deshalb dort der Staat ein Interesse daran, daß der Preis nicht niedrig, sondern

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.12.1930
Date	
Data	
Seite	770-802
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 886

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

dieser Spezialität — der Zigaretten — gesagt wird, daß hier ein Schutz notwendig wäre, daß hier eine ausserordentlich starke Konkurrenz eingesetzt habe, dann wird es ungefähr so sein wie auf andern Gebieten, wo eine große Konkurrenz ist. Es ist entweder ein gutes oder ein leichtes Geschäft. Wenn wir nun dieses Geschäft durch den Preisschutz noch besser oder leichter machen, werden sich noch mehr Elemente zudrängen und der Einzelne wird wieder mehr konkurrenziert und hat so wiederum nicht viel von diesem Preisschutz. Am meisten fürchte ich die Konsequenzen. Wir haben auch zu viel Wirte. Die meisten verdienen nicht gerade viel, besonders auf dem Lande. Wollen Sie nun aus den gleichen Gründen auch Mindestpreise für Wein festsetzen, weil der Wirt auch eine staatliche Steuer bezahlt? Müßte er auch geschützt werden? Mit der Zeit werden die Begehren weitergehen. Diese und jene Gruppe wird kommen und sagen: « Wir haben den Preisschutz gerade so gut nötig wie die Zigarettenhändler. » Man verweist auf die Landwirtschaft. Auch wir hätten Preisschutz. Gewiß! Aber was das Getreide anbetrifft, ist zu sagen, daß es sich doch um eine Aktion zugunsten der Landesversorgung handelt. Das ist eine allgemeine Aktion. Hinsichtlich der Milch möchte ich entgegenhalten, daß das eine vorübergehende Maßnahme ist, die wir bald wieder abbauen zu können hoffen, die wir später nicht mehr brauchen. Sonst haben wir diesen Preisschutz nirgends (ausgenommen für Heilmittel). Es ist nicht eine bloße Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, deren wir noch andere haben, wie Herr Nietlispach es darzustellen beliebt, sondern etwas ganz neues, was uns dieser Preisschutz der Zigaretten bringt. Er ist meines Erachtens umso weniger gerechtfertigt, als der Bund zu diesen Preisen gar nichts zu sagen hat. Er muß einen Preis schützen, auf den er keinen Einfluß hat. Das scheint mir nicht ungefährlich, aber auch nicht durchführbar. Man braucht nur auf die schenkungsweise Verabfolgung hinzuweisen, die Herr Sulzer erwähnt hat, um einzusehen, daß jedem Händler die Möglichkeit offen steht, seinen Kunden noch irgend etwas zuzuhalten.

Wir sollten also in diesem Gesetz nicht etwas ganz Neues schaffen, das zu großen Konsequenzen führen könnte. Wenn Schutz nötig ist, dann bringe man das in einem besondern Gesetze unter. Das ist ja vorgesehen im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Wenn wir auch noch einige, vielleicht zwei oder drei Jahre auf dieses Gesetz warten müßten, so hätte das nicht viel zu sagen. Inzwischen würde man nur Erfahrungen sammeln.

Am meisten verwundere ich mich über das Verhalten der Sozialdemokraten. Diese sind doch sonst immer bei denen, die verbilligen wollen. In der Tat haben sie in der Kommission auch zuerst in dieser Richtung vorgestoßen und Opposition gemacht, haben aber dann doch offenbar nach und nach gemerkt, daß das ja eigentlich in der Richtung ihres Programmes liege, in der Richtung der Verstaatlichung. Das ist mir wiederum ein Grund zu Bedenken. Darum schließe ich mich, weil ich es in der Kommission nicht getan habe, ausdrücklich der Minderheit an.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 3. Dezember 1930. *Séance du matin du 3 décembre 1930.*

Vorsitz: — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 770 hiervor. — Voir page 770 ci-devant.)

Sulzer, Berichterstatter der Minderheit: Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht lange in Anspruch nehmen, aber ich sehe mich genötigt, kurz auf das gestrige Votum des Herrn Kollegen Nietlispach zu replizieren, der auf meine Aeußerungen zur Frage der Preisgarantie und im besondern zur Kernfrage, nämlich zur Frage der Verfassungsmäßigkeit Bezug genommen hat.

Ich habe betont, daß die Kronjuristen erklärt hätten, die Preisgarantie sei dann verfassungsmäßig, wenn sie zur Sicherung des Steuerbezugs als notwendig erscheine. Herr Kollege Nietlispach hat nun aus meinen Aeußerungen hierzu einen unrichtigen Schluß gezogen, den ich genötigt bin, richtig zu stellen. Er hat zwei Dinge miteinander verglichen, die nicht miteinander verglichen werden können, weil sie ganz verschieden liegen, nämlich die Verhältnisse in unserem Lande im Sinne der jetzt vorliegenden Gesetzesvorlage und die Verhältnisse in Deutschland.

Bei uns liegen die Dinge so, daß die Steuer vom Fabrikanten entrichtet werden muß, und zwar auf Grund des aufgedruckten Preises. Eine Umgehung der richtigen Steuer könnte nur dann eintreten, wenn der Preis nachträglich, und zwar vom Händler, erhöht würde, insbesondere dann, wenn durch diese Erhöhung der Preis in die höhere Steuerkategorie hinaufrücken würde, wenn also eine Zigarette, die mit einem Preise unter 7 Rp. vorgesehen ist, nachträglich zu einem Preise über 7 Rp. verkauft würde. Praktisch ist das vollständig ausgeschlossen. Kein Mensch wird glauben, daß der Händler die Zigarette teurer verkaufen kann, als auf jedem einzelnen Stück und auf der Verpackung aufgedruckt ist. Damit fällt also dieser Grund ohne weiteres dahin.

Eine Herabsetzung des Preises aber hat mit dieser Sache gar nichts zu tun.

Ganz umgekehrt liegen die Verhältnisse in Deutschland. Dort ist die Steuer eine Umsatzsteuer, also eine Steuer, die der Händler, nicht der Fabrikant, entrichten muß, und zwar berechnet sie sich auf Grund des tatsächlich erzielten Umsatzes, auf Grund des Wertes, zu dem er verkaufte. Es ist ohne weiteres klar, daß nun eine Herabsetzung des Preises dazu führt, daß der Umsatz entsprechend kleiner wird, daß also auch die Steuer entsprechend geringer ausfällt. In diesem Sinne hat deshalb dort der Staat ein Interesse daran, daß der Preis nicht niedrig, sondern

hoch gehalten werde. Es ist also etwas ganz anderes als in unserer Vorlage. — « Si duo faciunt idem, non est idem. » — Ich möchte daher nochmals ausdrücklich feststellen, daß gemäß unserer Vorlage die Sicherung des Steuerbezuges in keiner Weise mit der Preisgarantie zusammenhängt, daß die Preisgarantie dafür in keiner Weise notwendig ist und daß somit die Voraussetzung, die der Kronjurist an die Verfassungsmäßigkeit geknüpft hat, nicht erfüllt ist. Die Verfassungsmäßigkeit muß also von diesem Gesichtspunkte aus unbedingt verneint werden.

Welti-Basel: Sie haben gestern mit großem Interesse die Ausführungen der Herren Sulzer und Cailler gehört, die mit großer Sach- und Fachkenntnis auseinandergesetzt haben, in welcher Art und Weise nach Annahme der Preisschutzklausel der sog. legitime und auch der illegitime Handel in der Lage seien, dem Gesetze ein Schnippchen zu schlagen. Ich glaube, diese Argumente sind nicht leicht zu nehmen, sondern haben eine gewisse Bedeutung, und man sollte ihnen Gehör schenken.

Ich möchte den Herren auch dafür danken, daß sie hier so offen darauf aufmerksam gemacht haben, wie schmähsch es sich ausnehme, wenn man aus referendumpolitischen Gründen eine derartige Angst an den Tag legt, wie sie der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit gezeigt haben.

Ich habe aber das Wort zum Art. 19 hauptsächlich deswegen verlangt, um Stellung zu nehmen gegen die Ausführungen des Sprechers der sozialdemokratischen Fraktion, des Kollegen Bratschi. Dieser hat darauf hingewiesen, die Preisschutzklausel sei den Sozialdemokraten nicht unsympathisch, sie beweiße, daß die ordnende Hand des Staates nötig sei, die ordnende Hand des Staates, die in die Privatwirtschaft eingreifen müsse. Es sei höchstens zu diskutieren, in welcher Art und Weise das zu geschehen habe. Ich will mich nicht lange über die sozialdemokratischen Illusionen und Theorien über die ordnende Hand des kapitalistischen Staates aussprechen. Ich will nur darauf hinweisen, um welchen Staat es sich da handelt und um welche Wirtschaft. Mir scheint das Wesentliche zu sein, zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten der Staat hier eingreifen soll. In dieser Beziehung möchte ich daran erinnern, daß wir ja die gleichen Worte vor noch nicht allzu langer Zeit schon einmal gehört haben, als Herr Fenk die weise Hand des Veterinärarnotes rühmte, die es verstehe, die Grenze zur richtigen Zeit zu schließen. Auch damals konnte man fragen, zu wessen Gunsten diese weise Hand in die Dinge eingegriffen habe. Wir haben feststellen können, daß es zu Ungunsten der großen Massen der Arbeiter und der Konsumenten geschehen ist. Die ordnende Hand des Staates, nach der Herr Bratschi ruft, wird auch bei dieser Preisschutzklausel nicht eingreifen zugunsten der Konsumenten, sondern zugunsten der Kartelle und Trusts. Die ordnende Hand des bürgerlichen Staates wird also unter Befürwortung durch Herrn Bratschi und seine Parteifreunde die kapitalistischen Interessen der Tabaktrusts und -kartelle schützen. Es schien mir nötig, das hier festzustellen.

Im übrigen beantrage ich Ihnen, den Art. 19 zu streichen.

Grünenfelder: Ich sehe mich veranlaßt, einige Bemerkungen zu machen insbesondere deswegen, weil gegen Schluß der gestrigen Diskussion der Eindruck erweckt wurde, als ob es sich darum handle, einzig den Zigarettenhändlern oder, sagen wir, der Kaufmannschaft, einen besondern Vorteil zu sichern aus dem Gedanken heraus, damit das Referendum zu vermeiden. Es sind dann auch im Verlaufe der Diskussion im Ständerate wie auch hier Gründe vorgebracht worden für und gegen die Verfassungsmäßigkeit von Art. 19, Abs. 2, von denen eine Reihe nicht wohl Stich halten kann. Dazu gehört der Hinweis auf eine ganze Reihe von Bestimmungen der Bundesverfassung, durch welche die Handels- und Gewerbefreiheit expressis verbis eingeschränkt worden ist. Es ist nun aber dort, namentlich in Art. 31 a bis e, gesagt, daß die und die Vorbehalte gegenüber der Handels- und Gewerbefreiheit gemacht werden. Dort werden also in der Verfassung selbst die Ausnahmen von der Handels- und Gewerbefreiheit festgestellt. Eine ähnliche Bestimmung finden wir in Art. 31ter an und für sich nicht. Kann man daraus etwa schließen, es gelte Art. 31 ganz uneingeschränkt und Art. 41ter habe sich einfach nach dem Grundsatz der reinen Handels- und Gewerbefreiheit zu richten? Dem kann nun keineswegs so sein; denn sonst wäre es geradezu unmöglich, überhaupt ein Gesetz über die Zigarettenbesteuerung zu schaffen. Nicht nur die Steuer selbst ist gegen die Handels- und Gewerbefreiheit gerichtet, sondern insbesondere auch die Maßnahmen, die vorgesehen sind, um diesem Gesetz überhaupt zur Durchführung zu verhelfen. Nehmen Sie vorab den Abs. 1 des Art. 19. Dort ist eine Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit gegenüber den Zigarettenfabrikanten und auch gegenüber den Händlern festgelegt, indem dort Kontrollmaßnahmen vorgeschrieben sind, die sehr weit gehen. Von der Zeit an, da der Rohtabak an die Grenze kommt bis zu dem Moment, da der Fabrikant die Zigarette an die Großhändler verkauft, steht er unter ständiger Kontrolle. Das ist eine Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit. Nun hat man dieses System der Kontrolle in Art. 19, Abs. 2, weiter ausgedehnt, damit aber zugleich auch einen Grundsatz festgelegt, dessen Verfassungsmäßigkeit bestritten ist. Wir müssen uns über folgendes klar sein: das Gesetz schreibt allgemein vor, daß der Preis der Zigarette auf dem Umschlag gedruckt bekanntzugeben sei. Das ist dann die Unterlage für die Besteuerung. Ist es nun zulässig, zu verbieten, unter dem auf dem Paket angegebenen Preis zu verkaufen? Wir sind darüber einig, daß, wenn diese Vorschrift erforderlich ist, um den Zweck des Gesetzes, seinen Erfolg zu sichern, dann die Verfassungsmäßigkeit ohne weiteres gegeben ist. Das hat auch Professor Burckhardt in seinem Gutachten, das in der Botschaft angegeben ist, ausgeführt.

Wir können natürlich nicht, und darin stimmen wir sogar mit Herrn Welti überein, bloß aus referendumpolitischen Gründen einen Grundsatz in das Gesetz hineinnehmen, der verfassungswidrig ist. So ist die Verfassung nicht auszulegen; sonst brauchen wir überhaupt keine. Aber von all den vielen Gründen, die angeführt worden sind über die Verfassungsmäßigkeit und über die Zweckmäßigkeit und Billigkeit gegenüber den Zigarettenhändlern, scheint mir einer von Wichtigkeit zu sein, sogar von ausschlag-

gebender Wichtigkeit, der Umstand nämlich, auf den Herr Dr. Schöpfer im Ständerat hingewiesen hat und den gestern Herr Dr. Nietlisbach erwähnt hat: die Erfahrungen in Deutschland. Dort hatte man ursprünglich auch eine Preisschutzklausel. Die Bestimmung lautete fast wörtlich wie bei uns. Als sie hiernach aufgehoben worden war, haben die Steuerbehörden die Wahrnehmung gemacht, daß dem Deutschen Reiche zufolge dessen etwa 30 Millionen Mark verloren gegangen sind. Damit ist nun natürlich noch nicht strikte bewiesen, daß dieser Zustand auch bei uns eintreten werde. Es kommt ja darauf an, wie das Gesetz ausgestaltet ist. In Deutschland aber sind viele kleine Existenzen zugrunde gegangen. Die gesamte Produktion ging schließlich auf zwei große Konzerne zurück, damit man überhaupt Ordnung in die Sache bringen konnte. Wenn nun derartige Gefahren für unsere Gesetzgebung betreffend die Besteuerung der Zigaretten drohen, dann ist die Verfassungsmäßigkeit einer Bestimmung, welche diesen Uebelständen und diesen Gefahren begegnet, aus Art. 41ter ohne weiteres gegeben. Das Mittel, das dazu erforderlich ist, um das Gesetz vollziehbar zu machen, ihm zum Erfolg zu verhelfen, muß grundsätzlich als verfassungsmäßig anerkannt werden, denn man muß, wenn man dem Bunde das Recht gibt, eine Steuer zu erheben, ihm auch das Recht geben, die nötige Einschränkung von Freiheiten, deren Auswirkungen dem Vollzug des Gesetzes entgegenstehen, zu verfügen. Das ist ein Grund, der es rechtfertigen kann, aus Art. 41ter, aus dem Steuerrecht des Bundes heraus, selbst die Verfassungsmäßigkeit von Ziff. 2 dieses Art. 19 abzuleiten.

Nun bietet zudem Art. 34ter dem Art. 41ter, dem Steuerartikel, die Hand. Art. 34ter bestimmt ganz allgemein, daß der Bund berechtigt sei, über das Gewerwesen gesetzliche Bestimmungen aufzustellen. Herr Sulzer hat gestern mit Recht ausgeführt, daß wir auf Grund jener Bestimmung in der Lage seien, im Bunde gegen den unlauteren Wettbewerb einschränkende Bestimmungen zu erlassen. Darüber besteht kein Zweifel. Es soll auch ein Vorentwurf einer Expertenkommission bereits bestehen, der natürlich, weil er erst in jenem Stadium ist, noch nicht vor das Parlament gelangen konnte. Daß derartige Maßnahmen im Interesse des Gewerbes, generell gesprochen, notwendig sind, in weitem Rahmen, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Nun hat man hier gestern unwidersprochen, wie auch schon im Ständerat, dargetan, daß gelegentlich insbesondere in den Großstädten Preisschleudereien stattfinden oder zu Unterpreisen Angebote gemacht werden, welche als unlauterer Wettbewerb auf diesem Spezialgebiet zu taxieren sind. Wenn dem so ist, dann ist ohne weiteres die Berechtigung, schon in dieses Gesetz eine Schutzbestimmung gegen den unlauteren Wettbewerb aufzunehmen, gegeben. Es ist zwar vielleicht nicht alles unlauterer Wettbewerb, was sich an Unterangeboten zeigt; aber auffällige Dinge sind es immerhin, die im Ständerat erzählt worden sind, daß nämlich große Quanten zu Spekulationszwecken zusammengekauft werden, um in einer Stadt den ordentlichen Handel geradezu zu ruinieren oder schwer zu schädigen und nachher über sich den Konkurs erklären zu lassen, vielleicht nach Beseitigung gewisser Geldmittel, die ein Weiterleben ermöglichen. Es bestehen noch andere Mittel, die,

wie mir scheint, ausgesprochen den unlauteren Wettbewerb charakterisieren, in Verbindung mit einer Schädigung der Konsumentenschaft. Es ist beispielsweise denkbar, daß eine Fabrik folgenden Trick macht: Sie deklariert ihre schlechte Ware zu einem höheren Preis, als dem wahren Wert eigentlich entsprechen würde, und sie zahlt die entsprechende Steuer von einem halben oder einem ganzen Rappen; diese kalkuliert sie zum vornherein ein. Um den Absatz zu fördern, verkauft sie nachher en gros und an den Kleinhandel diese zu 6, 7 oder 8 Rappen deklarierten Zigaretten zu 4, 5 oder 6 Rappen und macht ihr Geschäft gleichwohl. Das ist eine Erscheinung, die im heutigen Wirtschaftsleben durchaus möglich ist. Wenn wir aber die Bestimmung aufnehmen, daß unter dem deklarierten Preis nicht verkauft werden dürfe, so schaffen wir damit einen Schutz des Konsumenten und zugleich ein Mittel gegen die schmutzige Art und Weise der Konkurrenzierung.

Also, aus Art. 34ter der Bundesverfassung, der dem Bund die Kompetenz gibt, über das Gewerwesen allgemeine gesetzliche Bestimmungen aufzustellen, läßt sich die Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen von Art. 19, Abs. 2, der Preisschutzklausel, sehr wohl ableiten, ohne mit den Regeln der Logik in Widerspruch zu kommen. Herr Sulzer hat gestern ausgeführt, in dieses Gesetz wolle man nicht eine derartige Ausnahmebestimmung aufnehmen. Es wäre in der Tat angenehmer, wenn man sie nicht hier in diesem Spezialgesetz niederlegen müßte. Aber, Herr Sulzer: Wenn es morgen möglich ist, in einem besondern Ausführungsgesetz zu Artikel 34ter Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb zu erlassen, dann ist es auch heute schon möglich. Die Frage ist ursprünglich allerdings von den Zigarrenhändlern aufgeworfen worden, nicht vom Departement oder Bundesrat. Das erweckt nun natürlich den Eindruck, als ob es etwas sei, das die Händler erzwingen wollen, nach der Regel: do ut des, d. h. ich akzeptiere das Gesetz, oder ich verzichte auf das Referendum, wenn ich die Preisschutzklausel bekomme. Auf diesen Handel dürfte man natürlich nicht eingehen. Aber ich glaube, Ihnen dargetan zu haben, daß es gute Gründe gibt, welche für die objektive Wünschbarkeit wie auch für die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung sprechen. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Frage doch nicht so außerordentlich wichtig ist; denn wir müssen beachten, daß auch der Konsument an dieser Bestimmung nicht als an einer lebenswichtigen Frage interessiert ist. Es handelt sich schließlich doch nur um einen Luxusartikel, den man gelegentlich als Vergnügungsmittel gern hat, aber nicht absolut haben muß. Infolgedessen bestehen bei Vorliegen von verfassungsmäßigen Gründen für die Aufnahme einer solchen Bestimmung um so weniger Bedenken, als diese Geschäfte und diese Manieren, die wir durch diese Preisschutzklausel treffen, uns ohnehin nicht sympathisch sein können.

Tschumi, Berichterstatter der Mehrheit: Meine Absicht geht nicht dahin, die Diskussion wesentlich zu verlängern, allein es sind einige Unrichtigkeiten behauptet worden, die doch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Herren Kollegen Sulzer und Cailler ausgeführt haben, es handle sich bei der Schutzklausel um eine Politik der Hochhaltung der Preise, so ist

das nicht richtig, sondern es ist eine Politik der Einhaltung der Preise. Wenn Herr Cailler sodann sagt, die Schutzklausel sei unmoralisch, so stellt er damit die Dinge auf den Kopf. Nicht die Schutzklausel ist unmoralisch, sondern die Schleuderei, gegen die sich die Schutzklausel richtet.

Sodann möchte ich mich zum Antrag des Herrn Kollegen Schmid aussprechen. Dieser Antrag will dem Bundesrat eine Bevormundungskommission vorsezen. Ich glaube nicht, daß er angenommen werden dürfe, und stelle den Antrag, ihn abzulehnen. Bei diesem Anlaß möchte ich doch bemerken, daß Kollege Schmid meine Ausführungen beim Handelsreisendengesetz falsch verstanden hat. Ich habe nie ein Wort gegen die Sicherung der Spesen gesprochen, sondern nur gesagt, das Gesetz werde nicht leisten, was man von ihm verlangt.

Und nun ein letztes Wort. Es ist hier vielfach gesagt worden, der Kleinhandelsstand sei in sehr guten Verhältnissen. Das ist nicht richtig, der Kleinhandelsstand steht heute leider in einem harten Existenzkampf. Wenn Sie ihn noch weiter hinabstoßen, werden Sie ganz sicher nicht etwas tun, was der Volkswohlfahrt dient. Ich habe hier eine Eingabe des deutschen Tabakvereins an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in welcher er gebeten wird, er möchte den Kleinhandelsstand nicht zugrunde gehen lassen und es möchte das Tabakgesetz nicht in der Form, wie es vorgeschlagen worden sei, angenommen werden, da sonst Tausende von Kleinhandelsleuten arbeitslos werden. So liegen die Dinge. Ich weiß, daß gegen die Vorurteile ein schwerer Kampf zu führen ist. Bei vielen Leuten herrscht das Vorurteil, es werden im Kleinhandel doch riesige Gewinne realisiert. Es ist nicht richtig. Noch einmal empfehle ich Ihnen namens der großen Mehrheit der Kommission die Annahme der Schutzklausel.

M. Jobin, rapporteur de la majorité: Pour parer à des abus éventuels, notamment dans la fixation des prix, le Conseil des Etats a adopté une disposition imposable au Conseil fédéral l'obligation de mettre hors de vigueur la clause de garantie. Notre commission adhère à cette disposition et avec la majorité de la commission, nous proposons le maintien du deuxième alinéa de l'art. 19.

Abstimmung. — Vote.

Eventuell: — Eventuellement:

Für den Antrag Schmid-Zürich	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Definitiv: — Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit	Minderheit

Art. 20.

Antrag der Kommission.

Ziffer 1. Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

² (Bisher Art. 11, Abs. 4.) Wer Zigaretten gewerbsmäßig herstellt, hat, bevor die Ware in den Handel gebracht wird, der Oberzolldirektion ein genaues Verzeichnis der von ihm hergestellten Arten, mit Angabe der Gewichtsverhältnisse, der Bezeich-

nung (Marke) und des dafür bestimmten Kleinhandelspreises einzureichen und gleichzeitig entsprechende Typenmuster vorzulegen. Seine Angaben dienen als Grundlage für die Festsetzung der Steuer. Es darf davon weder bei der Herstellung der Ware noch bei den Abmachungen mit dem Abnehmer über den Verkaufspreis im Kleinhandel abgewichen werden. Jede Aenderung an Beschaffenheit, Bezeichnung und Kleinhandelspreis der Zigaretten ist, bevor diese in den Handel gebracht werden dürfen, der Oberzolldirektion anzuzeigen.

Proposition de la commission.

Chiff. 1. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.
² (Précédemment art. 11, 4^e al.) Quiconque se livre à la fabrication industrielle de cigarettes est tenu, avant d'introduire la marchandise dans le commerce, de remettre à la direction générale des douanes un état exact des sortes de cigarettes fabriquées, d'en indiquer le poids, la dénomination (marque) et le prix de détail, et de soumettre en même temps les échantillons-types correspondants. Ses indications servent de base à la fixation de l'impôt. Il ne peut y être dérogé ni en cours de fabrication, ni lors des accords passés avec les intermédiaires au sujet du prix de vente au détail. Chaque modification des propriétés, de la désignation et du prix de détail des cigarettes doit être annoncée à la direction générale des douanes; tant que cette communication n'a pas été faite, il n'est pas permis d'introduire la marchandise dans le commerce.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 20 handelt von den allgemeinen Fabrikationsvorschriften und enthält — mutatis mutandis — ähnliche Vorschriften wie Art. 18. Als zweiter Abschnitt hat man aufgenommen, was bisher in Art. 11, Abs. 4, untergebracht war, weil es logischerweise hierher gehört. Unter Berücksichtigung dieser Stoffanordnung empfehlen wir Ihnen Annahme des Artikels.

M. Jobin, rapporteur: Cet article renferme des dispositions analogues à celles de l'art. 18.

Le deuxième alinéa reproduit simplement le texte détaché de l'art. 11 au quatrième alinéa, il m'appelle aucune observation.

Angenommen. — Adopté.

Art. 21.

Antrag der Kommission.

Ziffern 1, 2, 3, 4 Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

⁵ Im Inland gewerbsmäßig hergestellte Zigaretten müssen auf der Hülse die gesetzlich geschützte Marke, sowie den Kleinhandelsstückpreis der Zigarette und auf der Packung den entsprechenden Kleinhandelspreis aufgedruckt oder aufgestempelt tragen. Zigaretten, deren Marke nicht gesetzlich geschützt ist, haben, nebst der Marke und dem Kleinhandelsstückpreis der Zigarette, auch die Firma oder die Reversnummer des Fabrikanten aufgedruckt oder aufgestempelt zu tragen (Art. 11, Abs. 2). Bei Zigarillos (Deckblatt und geschnittene Einlage aus Tabak, ohne Umblatt) sind diese Bezeichnungen auf der Kleinhandelspackung anzubringen. Für Zigaretten, die zur Ausfuhr bestimmt sind, kann unter

den in der bundesrätlichen Verordnung festzusetzenden Bedingungen vom Aufdrucke des Kleinhandelspreises Umgang genommen werden.

Proposition de la commission.

Chiffres 1, 2, 3, 4 adhérer à la décision du Conseil des Etats.

⁵ Les cigarettes fabriquées industriellement en Suisse doivent porter sur leur tube, en caractères imprimés ou apposés au moyen d'un timbre, le prix de détail par pièce et la marque déposée, ainsi que, sur leur emballage, le prix de détail correspondant. Les cigarettes dont la marque n'est pas déposée doivent porter, en caractères imprimés ou apposés au moyen d'un timbre, en plus de la marque et du prix de détail par pièce, la raison sociale ou le numéro de la déclaration de garantie du fabricant (art. 11, 2^e alinéa). Pour les cigarillos (couverture en tabac et intérieur en tabac coupé, sans sous-cape), ces indications doivent être portées sur l'emballage destiné à la vente au détail. Moyennant observation des conditions stipulées dans l'ordonnance du Conseil fédéral, il n'est pas nécessaire de marquer le prix de détail sur les cigarettes destinées à l'exportation.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 21 handelt von den besondern Fabrikationsvorschriften. Deren Absicht geht dahin, die Verwendung von billig verzolltem Tabak zur Zigarettenfabrikation zu verhindern. Der Präsident der ständerätlichen Kommission hat sich darüber in erschöpfender Weise ausgesprochen, und ich darf es mir versagen, weitläufiger zu werden. Der Hinweis auf Art. 11, Abs. 2, was in der sechstuntersten Zeile in Klammer steht, hat keinen Zweck und wird in der endgültigen Redaktion wegfallen.

M. Jobin, rapporteur: Cet article a principalement pour but d'empêcher que des tabacs à faibles droits d'entrée ne soient utilisés pour la fabrication de la cigarette, contrairement à la déclaration de destination.

Il n'appelle pas d'observations particulières.

Le renvoi entre parenthèses à l'art. 11, 2^e alinéa ne répondant plus à rien, sera supprimé dans la rédaction définitive du texte de la loi.

Angenommen. — *Adopté*.

Art. 22.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 22 handelt von den Erhebungen über den Inlandsanbau von Tabak und ist trotz seiner Kürze einer der wichtigsten Artikel der Vorlage. In den Ländern, in denen der Tabak besteuert wird, ist die Inlandskultur nicht frei. Ursprünglich bestand auch in der Schweiz die Absicht, den Inlandstabak ebenfalls zu besteuern, wozu Art. 41ter der Bundesverfassung dem Bunde das Recht geben würde. Allein dagegen erheben sich ernsthafte Bedenken sowohl bei der Bevölkerung der

tabakbauenden Landesgegenden, als auch aus parlamentarischen Kreisen. Sie veranlaßten den Bundesrat, vom Versuche einer Besteuerung des im Inland gebauten Tabaks abzusehen. Auf Grund des Art. 22 wird es möglich sein, anhand statistischer Angaben über den Anbau und den Ertrag von Inlandstabak eine zuverlässige Uebersicht erhalten zu können. Wir haben schon an anderer Stelle ausgeführt, daß die Inlandsproduktion 6000 q nicht übersteigen sollte, da sonst die Verwendbarkeit derselben in Frage gestellt würde.

Zur Zigarettenfabrikation eignen sich die inländischen Tabake nicht. Dafür kann einzig der im Tessin angebaute Burley in Frage kommen. Er bezahlt aber 5 Fr. Steuer per kg; was für den Fiskus einen genügenden Schutz bildet.

M. Jobin, rapporteur: L'article dispose que les cantons à culture de tabac devront fournir à la Direction générale des Douanes les données statistiques voulues sur l'importance des plantations et des récoltes. A cet effet, le moment venu, la Direction générale des douanes se mettra en rapport avec les autorités cantonales pour déterminer les indications requises.

Angenommen. — *Adopté*.

Art. 23.

Antrag der Kommission.

¹ Dem Betroffenen steht das Recht zu, gegen Maßnahmen und Verfügungen der Oberzolldirektion im Sinne der Art. 18bis Art. 21 beim Zolldepartement Beschwerde zu führen, unter Vorbehalt der Weiterziehung an den Bundesrat.

² Die Beschwerdefrist und die Frist für die Weiterziehung betragen dreißig Tage. Die Fristen beginnen mit dem Tage, an dem der Betroffene Kenntnis von der Maßnahme oder Verfügung bzw. von dem Beschwerdeentscheid erhält.

Ziffer 3 Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

¹ Celui qui est frappé par les mesures ou les décisions prises par la direction générale des douanes en vertu des art. 18 à 21 a le droit de recourir au département des douanes, sous réserve de recours au Conseil fédéral.

² Le délai pour les recours en première instance et les recours à une instance supérieure est de trente jours. Il court dès le jour où la mesure est parvenue à la connaissance de l'intéressé ou, s'il s'agit d'une décision sur recours, dès sa notification.

Chiffre 3, adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Art. 23 handelt von der Beschwerde gegen Maßnahmen und Verfügungen der Steuersicherung, die in das freie Ermessen der Oberzolldirektion gestellt sind. Infolgedessen sind zur Beurteilung weder die Zollrekurskommission noch das Verwaltungsgericht zuständig, sondern in letzter Instanz der Bundesrat. Der bundesrätliche Entwurf sah als einzige Beschwerdeinstanz den Bundesrat vor. Der Ständerat beschloß, um im Rahmen des Art. 22 des Verwaltungsrechtspflegesetzes zu blei-

ben, als Zwischeninstanz noch das Zolldepartement einzufügen, und Ihre Zollkommission schließt sich dem Beschlusse an, allerdings in etwas abgeänderter Fassung und unter Ansetzung einer Rekursfrist an den Bundesrat von 30 Tagen. In dieser abgeänderten Fassung beantragen wir Ihnen die Guttheißung dieses Artikels.

M. Jobin, rapporteur: Cet article prévoit la possibilité de recourir contre les décisions de la Direction générale des douanes rendues pour assurer une imposition exacte. Il s'agit ici de recours contre des mesures laissées à la libre appréciation de la Direction générale des douanes. Ces recours ne relèvent, en conséquence, ni de la Commission des recours en matière de douanes, ni du tribunal administratif, mais du Département des douanes et, en dernière instance, du Conseil fédéral. Le projet ne prévoyait que le recours au Conseil fédéral, le Conseil des Etats a jugé à propos d'introduire le Département des douanes comme instance intermédiaire. Le délai de recours est de 30 jours.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 24—30.

Anträge der Kommission.

Art. 24. ¹ Bei Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes, finden soweit Zollbeträge in Frage kommen, die Bestimmungen der Art. 73 bis 108 des Zollgesetzes Anwendung.

² Insbesondere wird jede der gemäß Art. 3, Abs. 1, ausgestellten Verpflichtung zuwiderlaufende Verwendung des aus dem Auslande eingeführten Tabaks nach Art. 74, Ziff. 11, des Zollgesetzes bestraft.

Art. 25, 26, 27, 28, 29, 30 Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Propositions de la commission.

Art. 24. Adhérer à la décision du Conseil des Etats. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Art. 25, 26, 27, 28, 29, 30. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Mit Art. 24 beginnen die Strafbestimmungen. Sie geben uns nur zu allgemeinen Erörterungen Anlaß und es empfiehlt sich darum für diese Artikel (24—30) eine globale Behandlung. Ihre Kommission ist in gleicher Weise vorgegangen.

Die Fiskaldelikte zerfallen in zwei Gruppen: Eigentliche Zolldelikte und Widerhandlungen gegen die Vorschriften betreffend die Zigarettensteuer.

Wo der dem Bund geschuldete Zoll hinterzogen oder gefährdet wird, handelt es sich um gewöhnliche Zolldelikte und kommen einfach die Art. 73—108 des Zollgesetzes zur Anwendung. Diese Ordnung ist in Art. 24 festgelegt.

Ganz selbstverständlich bedürfen in diesem Gesetze einer besonderen Ordnung die Verletzungen der Vorschriften betreffend die Zigarettensteuer. Dabei kommen 3 verschiedene Gruppen von Tatbeständen in Betracht:

Zunächst die Steuerhinterziehung, womit sich Art. 25 befaßt. Sie ist charakterisiert durch eine Schädigung der Fiskalinteressen des Bundes, die daraus resultiert, daß dem Bund eine ihm geschuldete Steuer infolge des Verhaltens des Steuerpflichtigen entgeht. Wie bei den Zolldelikten genügt hier jede Handlung, die diese Wirkung auslöst, gleichviel, ob dazu eine besondere Absicht der Schädigung vorhanden ist. Dagegen wird dem Angeschuldigten der Nachweis vorbehalten, daß ihn kein Verschulden trifft, namentlich daß er alle Sorgfalt darauf verwendet hat, gemäß Abs. 2 die Vorschriften über Steueranwendung und Steuersicherung zu befolgen. Diese Vorschrift stimmt mit Art. 75, Abs. 3, des Zollgesetzes überein. Das Strafmaß ist demjenigen bei Zolldelikten nachgebildet, d. h. es wird eine Buße bis zum 20-fachen Betrag der hinterzogenen Steuer verhängt.

Eine qualifizierte Art der Steuerhinterziehung ist der Steuerbetrag. Ein solcher liegt vor, wenn zur Herbeiführung der Steuerhinterziehung wissentlich Mittel betrügerischer Art verwendet werden, wie Gebrauch unrichtiger Belege, falsche, unvollständige oder irreführende Eintragungen in den Geschäftsbüchern usw. Hier kann die angedrohte Buße um die Hälfte erhöht und überdies Gefängnisstrafe und als Zusatzstrafe dauernde oder zeitweilige Entziehung der Rechte aus dem Revers gemäß Abs. 3 des Art. 20 verhängt werden.

Unabhängig von der Hinterziehungsstrafe wird immer auch die hinterzogene Steuer selbst nachgefordert. Ihre Festsetzung erfolgt im gewöhnlichen Wege durch Verfügung der Oberzolldirektion, wobei der Rekurs an die Zollrekurskommission offen ist.

Im weitern kommt in Betracht die Steuergefährdung, von welcher Art. 26 handelt. Sie charakterisiert sich als mißlungener Versuch der Steuerhinterziehung, führt aber zu keiner fiskalischen Schädigung, weil die gefährdende Handlung rechtzeitig entdeckt wird. Es kann darum die Bußenbemessung nicht auf einen entzogenen Steuerbetrag abstellen, weshalb eine feste Buße im Rahmen von 100 bis 20,000 Fr. vorgesehen ist.

Art. 27 handelt von den Widerhandlungen gegen die Steuersicherheit. Man hat es hier nicht mit einer Steuerforderung des Bundes zu tun, sondern mit einer Verletzung der zur Steuersicherung aufgestellten Vorschriften betreffend den Handelsverkehr und die Fabrikation. Als Strafe ist auch hier eine feste Buße vorgesehen.

In Art. 28 regelt die Vorlage die Deliktiskonkurrenz. Eine Deliktiskonkurrenz wird nur mit Zolldelikten gemäß Art. 74 des Zollgesetzes vorkommen. Eine unrichtige Gewichtsangabe beispielsweise bei der Einfuhr von Tabak stellt ein Zolldelikt gemäß Art. 74, Ziff. 7, des Zollgesetzes dar, kann aber zugleich auch eine Hinterziehung der Zigarettensteuer mit sich bringen, indem dann der Fabrikant nichtkontrollierten Tabak verarbeitet und die daraus gewonnenen Zigaretten nicht versteuert.

In Übereinstimmung mit Art. 85, Abs. 1, des Zollgesetzes kommt in diesem Falle die auf das schwerste der begangenen Vergehen angedrohte Strafe zur Anwendung.

Art. 29 handelt von der Anwendung der Bestimmungen des Zollgesetzes betreffend das Strafver-

fahren. Die Strafverhängung erfolgt im Wege der administrativen Verfügung (Art. 91) des Zollgesetzes. Nur wenn der Angeschuldigte gegen eine solche Einsprache erhebt oder das Zolldepartement die Voraussetzungen zur Verhängung von Gefängnisstrafe als erfüllt erachtet, wird die Beurteilung den ordentlichen Strafgerichten der Kantone, bzw. durch Verfügung des Bundesrates dem Bundesstrafgericht überwiesen.

In analoger Weise ist auch Art. 100 des Zollgesetzes anwendbar, der den Geschäftsinhaber für Bussen und Kosten solidarisch haftbar erklärt, die seinen Beauftragten, Angestellten, Lehrlingen oder Dienstboten wegen einer von ihnen begangenen Widerhandlung gegen das Gesetz auferlegt werden. In einem solchen Falle kann nach Abs. 2 dem Geschäftsinhaber die auf Grund des Reverses zugestandene Zollvergünstigung zurückgezogen werden.

In Art. 30 behandelt die Vorlage die Ordnungsverletzungen. Sie sind Widerhandlungen gegen Anordnungen der Oberzolldirektion und ihrer Organe, soweit sie keinen der in den Art. 25—27 genannten Tatbestände betreffen. Sie werden mit Ordnungsbusen bestraft, für deren Bemessung die Vorschriften in Art. 105—108 des Zollgesetzes in Frage kommen. Gegen solche Entscheide der Zollorgane ist die ordentliche Beschwerde gemäß Art. 15, Abs. 3, und 23 zulässig.

Ihre Kommission empfiehlt Ihnen bei allen Strafbestimmungen Zustimmung zum Ständerat. Einzig in Art. 24 beantragt sie zwei kleine redaktionelle Aenderungen, die keiner weiteren Erörterungen bedürfen.

M. Jobin, rapporteur: Ces délits fiscaux se divisent en deux groupes: délits douaniers proprement dits et infractions aux prescriptions relatives à l'impôt sur les cigarettes.

Le fait d'éluder ou de compromettre un droit de douane dû à la Confédération constitue le délit douanier ordinaire auquel les art. 73 à 108 de la loi sur les douanes est applicable.

Il était indispensable de frapper de sanctions spéciales les infractions aux prescriptions relatives à l'impôt sur les cigarettes et qui constituent trois groupes de faits.

Le 1^{er} groupe d'infractions comprend la fraude de l'impôt (art. 25) à l'égard de la Confédération: impôt éludé.

Comme pour les délits douaniers, le fait de la soustraction suffit; il n'est pas nécessaire que l'inculpé ait agi avec une intention dolosive. Cependant, celui-ci peut exciper de sa bonne foi et plaider non coupable en prouvant qu'il n'a pas commis de faute et qu'il a apporté toute son attention à l'observation des prescriptions réglementaires, ainsi que le prévoit déjà l'art. 75, al. 3, de la loi sur les douanes.

Les sanctions sont d'ailleurs celles appliquées aux délits douaniers (Art. 75, al. 1 de la loi sur les douanes).

Il y a aggravation de fraude lorsque, pour éluder l'impôt, il est fait usage sciemment de pièces inexactes, inscriptions fausses ou incomplètes dans les livres de comptes. Dans ce cas l'amende peut être cumulée avec l'emprisonnement, d'une durée fixée à six mois par le Conseil des Etats. Amende et emprisonnement auxquels peut même s'ajouter, dans les cas

particulièrement graves, le retrait, à titre permanent ou temporaire de l'approbation accordée à la déclaration de garantie de l'art. 20.

La condamnation à l'amende ne dispense pas du paiement de l'impôt éludé qui est établi de la manière habituelle par décision de la direction générale des douanes avec recours à la commission de recours des douanes, et cette liquidation sert de base à la fixation de l'amende.

La tentative avortée d'éluder l'impôt, mais qui ne se traduit par aucun préjudice fiscal à raison de sa découverte à temps constitue « l'impôt compromis » de l'art. 26. La peine ne pouvant être calculée d'après le droit éludé, il est prévu que l'amende sera de fr. 100 au minimum et de 20,000 fr. au maximum.

L'article 27 n'appelle aucune observation.

Le concours d'infractions prévu à l'art. 28 ne se produira, dans la règle, qu'avec les délits douaniers dans le sens de l'art. 74 de la loi sur les douanes, comme par exemple dans le fait de fournir, pour du tabac importé, des indications inexactes de poids (chiffre 7 de cet article 74).

Mais il peut arriver, en même temps, que le fabricant mettant en œuvre du tabac non contrôlé ne paie pas l'impôt à la frontière pour les cigarettes fabriquées avec ce tabac, la peine applicable est alors celle qui est prévue pour le plus grave des délits commis, en concordance de l'art. 85 de la loi sur les douanes.

La procédure pénale de l'art. 29 se règle d'après les dispositions de la loi sur les douanes concernant les délits douaniers qui prévoit, en principe, leur liquidation par voie administrative (art. 91 loi sur les douanes). Mais quand l'inculpé forme opposition ou quand le Département des douanes estime que la peine d'emprisonnement doit être appliquée, le cas doit être déféré soit à la juridiction pénale ordinaire des cantons, soit à la cour pénale fédérale, par décision du Conseil fédéral (Constitution fédérale art. 95 et 91 de la loi sur les douanes).

L'art. 100 de cette même loi sur les douanes est également applicable au patron déclaré solidairement responsable des amendes et frais auxquels ses mandataires, employés, apprentis ou domestiques pourraient être condamnés pour infractions douanières; et le deuxième alinéa de l'art. 29, envisage même le retrait de l'autorisation prévue à l'art. 25, al. 3, au fabricant quoique la peine principale n'ait pas été prononcée contre lui.

L'art. 30 s'occupe des contraventions aux mesures d'ordre qu'il y a lieu de distinguer des délits proprement dits en matière d'impôt. Les contraventions aux dispositions prises par l'administration des douanes et ne se rapportant pas aux art. 25 à 27 du projet sont punies d'amendes infligées conformément aux prescriptions analogues des art. 105 à 108 de la loi sur les douanes, amendes contre lesquelles le condamné peut recourir au Département des douanes, puis au Conseil fédéral (art. 23).

Votre commission vous propose d'adhérer au Conseil des Etats, en ce qui concerne les art. 24 à 30 sous réserve de la modification rédactionnelle au 1^{er} alinéa de l'art. 24.

Angenommen. — Adoptés.

Art. 31, alt 33.

Antrag der Kommission.

¹ Auf Rohtabak, Tabakfabrikate und Abfälle der Tabakfabrikation finden die Abfälle des Tarifs und die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung, sofern diese Waren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur endgültigen Verzollung gelangen.

Rest Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

¹ Le tabac brut, les tabacs manufacturés et les déchets de tabac manufacturé sont soumis aux taux du tarif et aux dispositions de la présente loi, en tant que ces marchandises sont présentées au dédouanement définitif après l'entrée en vigueur de cette loi.

Pour le reste adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Bei den Uebergangs- und Schlußbestimmungen hat der Ständerat eine andere Reihenfolge der Artikel beschlossen, der ohne weiteres beigepflichtet werden kann, und wir beantragen Ihnen, die Artikel in derjenigen Reihenfolge zu behandeln, wie sie nachher im Gesetze erscheinen werden. Demgemäß beginnen wir nach dem bundesrätlichen Entwurf mit Art. 33, der zu Art. 31 wird.

Es ist eine sattsam bekannte Tatsache, daß bei jeder Aenderung des Zolltarifes Spekulationen einsetzen, sofern die neue Ordnung der Dinge gegenüber der alten größere Lasten bringt. Die Zollpflichtigen suchen sich dann noch vor Torschluß zu den alten Ansätzen einzudecken. Das ist menschlich und löst deshalb weiter keine Verwunderung aus. Ganz besonders konnte diese Erscheinung anlässlich der Erhöhungen der Tabakzollansätze in den Jahren 1921 und 1923 beobachtet werden. Noch heute finden sich Vorräte von den damals spekulativ eingeführten Tabaken vor.

Die Wiederkehr solcher Erscheinungen muß nach Möglichkeit verhindert werden. Das ist der Zweck des Art. 31. Die in Abs. 2 desselben vorgesehene Zollnachzahlung wird Spekulationen verhindern. Diese Zollnachzahlung betrifft:

1. Die bisher zu 610.— Fr. verzollten Zigarettentabake, die im neuen Tarif mit 780.— Fr. belastet werden;
2. die bisher zu 800.— Fr. verzollten Zigarettentabake, die im neuen Tarif mit 1000.— Fr. belastet werden;
3. den bisher zu 170.— Fr. verzollten italienischen Kentucky der Klasse D zur Pfeifentabakfabrikation.

Die Nachzahlung ist zu leisten, wenn die Zolldifferenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Zoll mindestens 30.— Fr. pro 100 kg beträgt.

Die Vorschrift, wonach die Kleinhandelspackungen von eingeführten Zigarettentabaken mit einem besondern Merkmal zu versehen sind, stellt eine Maßnahme zur Sicherung der Zigarettensteuer dar.

Eine Zollrückvergütung auf Tabaken, die höher verzollt worden sind, als zu den neuen Ansätzen, kommt nicht in Frage. Es würde dies Orienttabake betreffen. Allein Vorräte unverarbeiteter Orienttabake dürften im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes kaum noch in nennenswerten Quantitäten vorhanden sein.

M. Jobin, rapporteur: Le Conseil des Etats a introduit dans ce chapitre un ordre nouveau des articles auquel il y a lieu d'adhérer sans hésitation.

L'art. 31 (ancien art. 33) se rapporte au dédouanement. Il stipule que les marchands de tabac qui seront au bénéfice d'une déclaration de garantie au moment de l'entrée en vigueur de la nouvelle loi seront dispensés de s'annoncer à la direction générale des douanes, à moins que cette déclaration ne soit pas conforme aux prescriptions du nouveau régime d'imposition du tabac. De même les maisons qui, jusqu'ici n'étaient pas tenues de déposer des sûretés, devront en fournir. Et c'est le cas de quiconque se livre à la fabrication industrielle des cigarettentabacs.

Le supplément de droits égal à la différence entre le taux actuel et celui du nouveau tarif dont le versement est prévu en tant que cette différence ne dépasse pas 30 fr. pour 100 kgs brut, ne s'appliquera qu'à quelques sortes de tabac, par exemple le Maryland pour cigarettentabacs (dont le droit d'entrée passe de 610 à 700 fr. les 100 kg.) et les brisures de tabac d'Orient dont le taux actuel de 800 fr. les 100 kg est porté à 1000 fr., le Kentucky italien, classe D destiné à la fabrication du tabac pour la pipe, dont le droit est relevé de 170 à 275 les 100 kg. ainsi que les tabacs italiens des classes 3 à 5 du monopole italien, tirées des graines orientales ainsi que les brisures des tabacs d'Orient, qui paieront 1000 fr. les 100 kg. au lieu de 800 fr. actuellement. Le droit supplémentaire sera perçu sur la base d'un inventaire soumis à vérification qui devra être versé dans les 90 jours après l'entrée en vigueur de la nouvelle loi.

Pour éviter la spéculation sur les approvisionnements en cigarettentabacs étrangers au moment du changement de régime, l'art. 34, al. 2, prend un certain nombre de précautions qui méritent l'approbation et dont, en somme, les fabricants se trouveront bien.

Il n'y aura pas de remboursement des droits versés sur les tabacs importés, dont les taux sont dans le nouveau tarif, inférieurs aux taux actuels. Les tabacs d'Orient entreraient seuls en ligne de compte; mais les approvisionnements bruts de ces tabacs seront en bien faible quantité lors de l'entrée en vigueur de la loi.

Angenommen. — Adopté.

Art. 32, alt 34.

Antrag der Kommission.

Ziffern 1, 2 und 4 Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

³ In diesem Inventar sind diejenigen Zigarettentabacs anzuführen, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes nach Maßgabe der Bestimmungen in Art. 21, Abs. 5, hergestellt wurden. Die Steuer für diese Zigarettentabacs wird gemäß Art. 14 durch die Oberzolldirektion festgestellt. Sie ist spätestens sechzig Tage nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zahlbar.

Proposition de la commission.

Chiffres 1, 2 et 4. Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

³ Sur cet inventaire, les cigarettes fabriquées conformément aux dispositions de l'art. 21, 5^e alinéa, avant l'entrée en vigueur de la présente loi, seront indiquées à part. L'impôt dû sur ces cigarettes est

fixé par la direction générale des douanes sur la base de l'art. 14. Il est payable au plus tard soixante jours après l'entrée en vigueur de la présente loi.

Tschumi, Berichterstatter: Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes hat jeder gewerbsmäßige Hersteller von Zigaretten ein Inventar aufzunehmen, um die einschlägigen Fabrikationsbücher und Kontrollbelege in Ordnung bringen zu können. Die Oberzolldirektion muß die nötigen Unterlagen haben, um sich für jedes Fabrikationsgeschäft ein Bild des Standes machen zu können, gleichsam eine Materialbilanz.

In diesem Inventar sind folgende Posten aufzuführen:

1. Der vorhandene Vorrat an Rohtabak, ausgetrennt nach Sorten, respektive Tarifnummern;
2. der vorhandene Vorrat an fertigen Zigaretten, hergestellt unter der Herrschaft der bisherigen Bestimmungen, unter Angabe der Preis- und Gewichtsverhältnisse;
3. die Produktion der steuerpflichtigen Zigaretten, die bereits vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes hergestellt wurden.

Um während der Uebergangszeit nicht konforme Zigaretten verkaufen zu können, werden besondere Verschlusszeichen abgegeben.

Die im Abs. 3 vorgesehene Zahlungsfrist von dreißig Tagen beantragt die Kommission auf sechzig Tage zu erhöhen, einmal um einem Bedürfnis entgegenzukommen und Uebereinstimmung mit andern Fristansetzungen zu schaffen.

M. Jobin, rapporteur: Afin d'éviter toute perturbation dans l'exploitation des fabriques et dans le service des clients, le projet autorise les fabricants à commencer, dès avant l'entrée en vigueur de la nouvelle loi, la préparation et la livraison de cigarettes conformes aux nouvelles prescriptions. Cette facilité est indispensable pour que, dès l'entrée en vigueur du nouveau régime, les détaillants soient pourvus de cigarettes réglementaires.

Les stocks de cigarettes non conformes aux exigences fiscales nouvelles pourront, cependant, être introduits encore dans le commerce, après la mise en vigueur de la législation nouvelle, moyennant certaines conditions.

Au moment de la promulgation du nouveau régime, les fabricants de cigarettes devront remettre à la Direction générale des douanes un inventaire complet comprenant:

1. le stock de tabacs bruts dédouanés, destinés à la préparation des cigarettes classés suivant le n° 1 du tarif;
2. le stock de cigarettes fabriquées sous le régime actuel avec indication de prix et de poids;
3. le stock des cigarettes conformes aux exigences de la loi nouvelle, mais fabriquées avant l'entrée en vigueur de celle-ci.

La direction générale des douanes fixe le montant de l'impôt pour les cigarettes fabriqués sous le régime actuel et en informe le contribuable. En même temps, elle remet à ce dernier les étiquettes et des bandes de fermeture sur lesquelles le montant d'impôt correspondant est imprimé.

Le délai de versement de l'impôt fixé à 30 jours par le projet a été porté à 60 jours par la commission.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 33, alt 35.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Die gleichen Bestimmungen, die Art. 32 für die gewerbsmäßigen Hersteller solcher Zigaretten enthält, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes seinen Vorschriften nicht entsprechen, jedoch noch gegen Entrichtung der Zigarettensteuer unter Kenntlichmachung durch ein Verschlusszeichen in den Handel gebracht werden können, gelten auch für die Großhändler von Zigaretten.

Zigaretten tabak mit einer Schnittbreite bis zu 1 mm, dessen Verpackung den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entspricht, ist 3 Monate nach Inkrafttreten desselben vom Verkauf ausgeschlossen. Es wird dem Hersteller von Zigaretten gestattet, solche Tabake durch Umpacken oder durch Ergänzung durch Aufschriften binnen der genannten Frist den neuen Bestimmungen anzupassen. Ausdrücklich darf bemerkt werden, daß diese Frist von Fabrikanten und Händlern als genügend bezeichnet wird.

M. Jobin, rapporteur: Mesures assurant une imposition exacte.

Les dispositions de l'art. 32 sont applicables aux grossistes.

Les cigarettes d'une coupe de 1 mm et au-dessous dont l'emballage ne serait pas conforme aux dispositions de la nouvelle loi, ne pourront plus être vendues, trois mois après l'entrée en vigueur de celle-ci. Il y a lieu de constater que ce terme a été reconnu suffisant par les intéressés.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 34, alt 36.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 35, alt 31.

Antrag der Kommission.

¹ Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

² Er stellt durch Verordnung die zu dessen Vollziehung nötigen Vorschriften auf und bestimmt die Maßnahmen, die zur Sicherung des Tabakzolles und der Zigarettensteuer nötig sind. Insbesondere regelt er

a) . . .

Rest Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Tschumi, Berichterstatter: Beim Durchgehen des Gesetzes haben Sie bemerken können, daß der Bundesrat bei einzelnen Artikeln die nähere Ordnung der Dinge jeweils einer zudienenden Verordnung überwiegt. Dagegen vertrat der Ständerat die Auffassung, daß diese Verordnungsbestimmungen besser in einen einzigen Artikel unterzubringen seien. So finden Sie denn in Art. 35, einer Art Sammelartikel, zusammengefaßt, was sich vorher in den Art. 4, 7—10, 14 und 17 zerstreut findet. Die Aufzählung der vom Bundesrat zu treffenden Maßnahmen finden sich in Abs. 2 dieses Artikels aufgezählt. Zu weiteren Bemerkungen ist kein Anlaß vorhanden. Wir empfehlen Ihnen Annahme des Artikels in der ständerätlichen Fassung.

M. Jobin, rapporteur: Entrée en vigueur et exécution.

Cet article énumère les prescriptions que le Conseil fédéral devra édicter pour assurer l'application de la loi.

Par une décision à laquelle votre commission vous propose d'adhérer, le Conseil des Etats a estimé qu'il était préférable de réunir en un seul article, les renvois aux mesures d'exécution à prendre par le Conseil fédéral qui avaient été inscrits notamment dans les art. 7, 10, 14 et 17.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 36, alt 32.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — *Adopté.*

Tarif.**Antrag der Kommission.**

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Tschumi, Berichterstatter: Der Tarif besteht aus zwei Abteilungen, A. Vorbereitungen zum Tarif, und B. dem Tarife selbst.

Bei den Vorbereitungen handelt es sich um Ausführungen zolltechnischer Natur. Die Ziffern 1—3 umschreiben die Zollbehandlung der verschiedenen Tabake. Diese Bestimmungen sind schon im geltenden Tarif enthalten und wurden der neuen Ordnung angepaßt.

Neu ist die Ziffer IV, welche die in Art. 3, Abs. 3, der Vorlage vorgesehene Zollnachzahlung bei der Weiterverwendung von Abfällen der mit Zollbegünstigung eingeführten Tabakblätter zur Zigarrenfabrikation regelt. Soweit es sich um normale Ab-

fälle handelt, ist grundsätzlich keine Nachzahlung zu leisten. Dagegen ist eine künstliche Herstellung von Abfällen nicht ohne Belastung zulässig.

Ausdrücklich darf noch bemerkt werden, daß die Fabrikanten sich mit dieser Ziffer IV ebenfalls einverstanden erklären.

Wie bisher umfasst der Tarif selbst drei Gruppen, einmal die Rohstoffe in den Tarifnummern 1—7, sodann die Halbfabrikate in den Tarifnummern 8—11 und schließlich die Fabrikate in den Tarifnummern 12—19.

In der ersten Gruppe (Rohstoffe) werden die Tabakblätter wieder in zwei Unterabteilungen unterschieden, in Tabake, die ohne Verwendungsverpflichtung zur Einfuhr gelangen, und solche mit Verwendungsverpflichtung, Tabake, die zur Herstellung von Pfeifentabak, Zigarren Zigaretten und Zigaretten tabak verwendet werden. Für Zigarren und Zigaretten werden die Tabake überdies noch nach Sorten unterschieden und je nach Qualität progressiv belastet. Für Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak, welch letzterer übrigens keine wesentliche Rolle mehr spielt, wurde an Stelle der bisherigen drei Klassen ein Einheitszollansatz eingeführt.

Bemerkenswert ist, daß bei den Tarifnummern 1—7 die bisherige Bruttoverzollung durch die Nettoverzollung ersetzt wird. An Stelle der drei bisherigen Ansätze von 250, 300 und 360 Fr. für die Pfeifentabake tritt ein einziger, 275 Fr., wie vom Ständerat beschlossen. Mit den Zigarrenfabrikanten wurde, worauf sie sich nun berufen, ein Zoll von 270 Fr. vereinbart. Sie fügen sich aber nunmehr in den Ansatz von 275 Fr.

Für die Halbfabrikate und die Fabrikate wurde die Bruttoverzollung beibehalten, jedoch erleichternde Bestimmungen namentlich für schwere Verpackungen vorgesehen. Ganz selbstverständlich mußte für Zigaretten und Zigaretten tabak eine Erhöhung vorgesehen werden, die der Zigarettensteuer entspricht.

Mit diesen wenigen Bemerkungen empfehlen wir Ihnen die Annahme des zum Gesetze gehörenden Tarifs.

M. Jobin, rapporteur: Le tarif. Il se divise en deux parties: a) les remarques préliminaires; b) le tarif proprement dit.

Les remarques préliminaires concernant le tarif sont la reproduction de celles du système actuel, complétées et adaptées au nouveau régime d'imposition.

Seule est nouvelle la disposition qui figure sous le chiffre romain IV, relative aux suppléments de droit dont le paiement est prévu à l'art. 3, al. 3 de la présente loi pour le cas où des déchets provenant de feuilles de tabac destinées à la fabrication de cigares et dédouanés aux taux réduits sont encore utilisés. Cette disposition a été approuvée par les fabricants.

Le tarif lui-même est divisé, comme actuellement, en trois groupes:

1^o les matières nos 1 à 7; 2^o les produits mi-fabriqués nos 8 à 11; 3^o les produits finis nos 12 à 19.

Parmi les matières premières on distingue: a) les feuilles de tabac annoncées pour l'importation sans preuve de l'emploi (n^o 1 du tarif) et b) celles qui sont déclarées pour le dédouanement contre preuve de l'emploi (nos 2 à 7 du tarif), à la fabrication de cigares de tabac pour la pipe, de cigarettes ou tabac à cigarettes.

Dans le groupe des cigares et des cigarettes, on classe les feuilles de tabac d'après la sorte et on leur applique les droits d'entrée progressifs suivant la qualité.

Quant au tabac pour la pipe, à mâcher et à priser, les trois classes actuelles de feuilles de tabac à 250, 300 et 360 fr. ont été réunies en une seule de 275 fr., sur le désir exprimé par les fabricants de tabac pour la pipe. Cet avantage ne causera aucun préjudice appréciable au fisc, mais contribuera à améliorer la qualité du tabac à fumer.

Nous rappelons qu'en ce qui concerne les nos 1 à 7 du tarif le dédouanement d'après le poids net a été substitué au dédouanement d'après le poids brut.

Le dédouanement d'après le poids brut est maintenu pour les produits mi-fabriqués et finis; cependant quelques allègements, nous l'avons constaté au passage, sont prévus dans le projet en faveur des marchandises importées dans de lourds emballages.

La taxe sur la cigarette entraîne nécessairement une augmentation correspondante de droit d'entrée sur le tabac à cigarettes et sur les cigarettes finies provenant de l'étranger.

Et nous terminons en vous recommandant d'accepter avec le Conseil des Etats le tarif joint au projet de loi.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble.

Für Annahme des Gesetzentwurfes	Große Mehrheit
Für Ablehnung	Minderheit

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2623. Voranschlag des Bundes für 1931. Budget de la Confédération pour 1931.

Botschaft des Bundesrats vom 31. Oktober 1930.
Message du Conseil fédéral du 31 octobre 1931.

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des chapitres.

Berichterstattung. — Rapport général.

Keller, Berichterstatter: Der Bundesrat begleitet seinen diesjährigen Voranschlag mit einer einlässlichen und sehr interessanten Botschaft, was mir meine Aufgabe erleichtert und mir gestattet, mich kurz zu fassen.

Der Bericht des Bundesrates geht über den Rahmen einer gewöhnlichen Budgetbotschaft hinaus; er erörtert und erläutert nicht nur Fragen, die mit

dem Voranschlag direkt im Zusammenhang stehen, er berührt vielmehr darüber hinaus noch einige weitere wichtige allgemeine und grundsätzliche Probleme, immerhin ohne dazu klar und deutlich Stellung zu nehmen. So finden wir im Bericht des Bundesrates Ausführungen über den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, ferner Ausführungen über das wichtige Subventionsproblem in seinen verschiedenen Formen und schließlich auch Ausführungen über die Auswirkung der öffentlichen Lasten auf die Volkswirtschaft. Es wäre sehr verdienstvoll, wenn alle diese Probleme einmal nach allen Richtungen grundsätzlich untersucht und auch abgeklärt würden. Ohne auf Einzelheiten näher einzutreten, darf wohl die Vermutung ausgesprochen werden, daß eine gründliche Untersuchung dieser Probleme vielleicht da und dort zu einer Korrektur oder wenigstens Modifikation einzelner im Bericht enthaltener Ausführungen führen würde.

So glaube ich z. B. persönlich nicht, daß die im Berichte enthaltene, etwas einseitige Darstellung des Finanzausgleiches einer objektiven Kritik in allen Teilen standzuhalten vermöchte. Die Rolle des Bundes bei diesem Finanzausgleich erscheint im Bericht doch vielleicht in etwas zu hellen Farben, während der Anteil der Kantone daran etwas unterschätzt ist. Der Bund ist bei diesem Finanzausgleich nicht der allein Gebende, und die Kantone sind dabei auch nicht die allein Empfangenden. Geben und Empfangen beruhen hier auf Gegenseitigkeit. Auch die Kantone haben dem Bunde gegeben. Sie haben ihm sogar recht viel gegeben: sie haben ihm einen großen Teil ihrer Selbständigkeit, ihrer Souveränität, geopfert, und zwar gerade auf dem wichtigen Gebiete der Finanzen. Sie haben ihm nach und nach alle die Einnahmequellen, die sie zum Teil schon für sich fruktifiziert hatten, überlassen, aus denen der Bund nun schöpft und seinen großen Haushalt bestreitet und seine vielen Wohltaten erweist. Wenn nun beim Uebergang dieser ursprünglich kantonalen Finanzquellen auf den Bund eine billige und gerechte Lösung in der Weise gefunden worden ist, daß den Kantonen bescheidene Anteile am künftigen Ertrag derselben vorbehalten wurden, so geht es jedenfalls nicht an, diese Anteile dann nachher als besondere Leistungen und Wohltaten des Bundes gegenüber den Kantonen hinzustellen. Das scheint mir etwas zu weit zu gehen und auch mit den Tatsachen und der Entwicklungsgeschichte dieser Einnahmequellen nicht wohl vereinbar zu sein. Ich glaube auch nicht, daß man mit Grund behaupten kann, daß diese Anteile, über welche die Kantone frei verfügen können, ihre Selbständigkeit gefährden. Sie stärken im Gegenteil ihre Selbständigkeit, sie mehren ihre Leistungsfähigkeit und ermöglichen ihnen, die ihnen noch verbleibenden Aufgaben besser zu erfüllen, als es ihnen ohne diese Anteile möglich wäre. Der Appell an die Kantone, sie möchten doch auch an ihre Selbständigkeit denken, wird deshalb kaum einen großen Eindruck auf sie machen, und jedenfalls wird er kaum dazu führen, daß sie auf diese Anteile an den Bundeseinnahmen verzichten. Die Kantone haben ihren Haushalt nun auf diese Einnahmen eingestellt, und sie sind auch darauf angewiesen.

Gleich wie der Finanzausgleich haben auch die Subventionen im Bericht nach meiner Ansicht eine etwas allzu fiskalische Beurteilung erfahren. Diese

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.12.1930
Date	
Data	
Seite	802-812
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 887

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Schneider, Schüpbach, Spychiger, Steiner, Surbeck, Tschudy, Vonmoos, Wagner, Walther-Luzern, Weber-Kempton, Weibel, Weisflog, Welti-Rheinfelden, Wetter, Widmer, Winiker, Wuillamoz, Z'graggen. (104)

Mit «Nein», d. h. für Zustimmung zum Beschluß des Ständerats, stimmen die Herren:

Votent «non», c'est-à-dire pour l'adhésion à la décision du Conseil des Etats, MM.:

Abt, ab Yberg, Ast, Benninger, Bertschinger, Bonnet, Boschung, Bredaz, Bujard, Burri, Cailler, Carnat, Celio, Chamorel, Dähler, Dénéreaz, Dollfus, Eigenmann, Eisenhut, Favarger, Gafner, Gelpke, Germanier, Gnägi, Gottret, Grand, Guntli, Häberlin, Hadorn, Heller, Hoppeler, Jeker, Jenny-Worblaufen, Jobin, Joß, König, Kuntschen, Leuenberger, Mäder, Mayor, Meili, Mermod, Miescher, Moser-Luzern, Moser-Schaffhausen, Müller-Großhöchstetten, Müller-Schmerikon, de Muralt, Nietlisbach, Oehninger, Perrier, Pfister-Frauenfeld, Pitton, Polar, Reichling, Scherer-Basel, Schmutz, Seiler, Siegenthaler, Stähli-Bern, Stähli-Siebenen, Steinmetz, von Streng, Stuber, Sulzer, Torche, Tschumi, Ullmann, Vallotton, Weber-Graßwil, von Weber, Wunderli, Zimmerli, Zschokke.

Der Stimme enthält sich Herr:
S'abstient de voter M.:
Welti-Basel. (1)

Herr Präsident Sträuli stimmt nicht.
M. Sträuli, président, ne prend pas part au vote. (1)

Abwesend sind die Herren:
Sont absents MM.:
Censi, Eugster, Hofstetter, Logoz, Odinga, Waldvogel, Walter-Olten, Troillet. (8)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Vormittagssitzung vom 18. Dezember 1930.
Séance du matin du 18 décembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Sträuli.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 761 hiervor. — Voir page 761 ci-devant.

Vorlage der Redaktionskommission vom 16. Dezember 1930.
Projet de la commission de rédaction du 16 décembre 1930.

Beschluß des Ständerates vom 18. Dezember 1930.
Décision du Conseil des Etats du 18 décembre 1930.

Tschumi, Berichterstatter: Im Text der Redaktionskommission ist noch eine einzige kleine Inkongruenz zu beheben. Um zum Ausdruck zu bringen, daß die Beschwerdefrist nicht mit dem Tage beginnt, an dem der Betreffende Kenntnis von der Verfügung erhält, hat der Ständerat die Formel gewählt: «Die Fristen beginnen von dem Tage an ...» statt «mit dem Tage ...» Man hat sich, weil die Sache ja so gemeint war, ohne weiteres dieser ständerätlichen Fassung anschließen können.

Das war in Art. 23 der Vorlage. Nun hat man dann aber übersehen, die gleiche Aenderung auch in Art. 15 anzubringen. Ich möchte darum nachholen, daß auch in Art. 15 gesagt wird: «Die Fristen beginnen von dem Tage an ...»

Das ist die einzige kleine Unebenheit, die noch zu beheben ist. Im französischen Text ändert sich dadurch nichts.

Angenommen. — Adopté.

Schlußabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Gesetzentwurfs	91 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1930
Date	
Data	
Seite	973-973
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 904

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin sténographique de l'Assemblée fédérale

Herbst-Session — 1930 — Session d'automne

9. Tagung der 28. Amtsdauer — 9^{me} session de la 28^e législature

Bezugspreis: In der Schweiz jährlich 12 Fr., die Postgebühr eingerechnet; im übrigen Postvereinsgebiet 16 Fr.
Bezug ausschliesslich durch die Expedition Buchdruckerei Fritz Pochon-Jent, in Bern.

Abonnements: Un an: Suisse 12 frs., port compris. Union postale 16 frs.

On s'abonne exclusivement auprès de l'office expéditeur, l'imprimerie Fritz Pochon-Jent, à Berne.

Vormittagssitzung vom 23. September 1930.
Séance du matin du 23 septembre 1930.

Vorsitz: — Présidence: Hr. *Meßmer*.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 4. Mai 1929 (Bundesblatt I, 533). — Message et projet de loi du 4 mai 1929 (Feuille fédérale I, 529).

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten.

Minderheit:
(Evéquo)

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten. Sie wird an den Bundesrat zurückgewiesen mit der Einladung, eine der beiden folgenden Lösungen vorzuschlagen:

1. Beibehaltung des bisherigen Systems, d. h. Erhebung der Tabaksteuer in der Form von Taxen, die an der Grenze bezogen werden, und Regelung dieser Zölle in der Weise, daß ihr Gesamtergebnis die 30 Millionen erreicht, die für die Versicherungen verlangt werden, wobei für die Zölle auf dem Tabak, aus dem die gewöhnlichen Zigarren hergestellt werden, die niedrigsten Ansätze beibehalten werden sollen.

2. Wenn der an der Grenze bezogenen Steuer eine interne Verbrauchssteuer überlagert werden soll, so soll sie so geordnet werden, daß sie nicht nur die Zigarette trifft, sondern auch die Zigarre, deren

Verkaufspreis 10 Rp. übersteigt. Eine staatliche Garantie der Verkaufspreise soll nicht platzgreifen.

Propositions de la commission.

Majorité:

Passer à la discussion des articles.

Minorité:
(Evéquo)

Il n'est pas entré en matière sur le projet présenté. Celui-ci est renvoyé au Conseil fédéral avec invitation de proposer l'une des deux solutions suivantes:

1. Maintenir le système actuel, c'est-à-dire percevoir l'impôt sur le tabac, sous forme de taxes prélevées à la frontière, et régler ces droits de manière que le produit total atteigne les 30 millions qui sont demandés pour les assurances, tout en maintenant au tarif le plus bas, les droits sur les tabacs destinés à fabriquer les cigares ordinaires.

2. Si l'on veut superposer un impôt de consommation intérieur à l'impôt perçu à la frontière, organiser cet impôt de manière qu'il atteigne non seulement la cigarette, mais aussi le cigare dont le prix de vente dépasse 10 cts. et cela sans intervention de l'Etat pour la garantie du prix de vente.

Berichterstattung. — Rapport général.

Schöpfer, Berichterstatter der Mehrheit: Der Bundesrat unterbreitet uns das Bundesgesetz über die Besteuerung des Tabaks. Die Tabakbesteuerung ist in zwei Formen vorgesehen,

einmal in der Form des Eingangszolles auf dem aus dem Auslande eingeführten Rohtabak, auf den Tabakfabrikaten und auf den Abfällen der Tabakfabrikation und

zweitens in der Form einer Zigarettensteuer, d. h. einer Fabrikationssteuer auf den im Inlande hergestellten Zigaretten, ohne jede Rücksichtnahme auf die Herkunft des dazu verwendeten Tabaks.

Die verfassungsrechtliche Grundlage, nach der man bei jedem Gesetz in erster Linie zu forschen hat, beruht auf folgenden Bestimmungen der Bundes-

verfassung. Einmal auf dem Art. 41ter der Bundesverfassung, der dem Bunde das Recht gibt zur Besteuerung des rohen und verarbeiteten Tabaks. Nach welchem Besteuerungssystem das geschehen soll, wie die Besteuerung zu organisieren ist, darüber steht in der Verfassung kein Wort. Das alles ist somit Sache der Gesetzgebung; sie kann alles anordnen, was zur Veranlagung der Steuer und zu ihrer sichern Einbringung notwendig ist. Das wollen Sie bitte festhalten, weil über diesen Punkt wahrscheinlich schon in der Eintretensfrage eine Debatte entstehen wird.

In zweiter Linie gründet sich die Gesetzgebung auf den Art. 34quater, der die Grundlage schafft für die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Dort heißt es gegen den Schluß zu: «Vom 1. Januar 1926 an leistet der Bund einen Betrag in der Höhe der gesamten Einnahmen auf der fiskalischen Belastung des Tabaks an die Alters- und Hinterbliebenenversicherung.» Auch hier wird ganz allgemein ohne irgendwelche Bestimmung über die Besteuerungsart oder Besteuerungsorganisation von der «fiskalischen Belastung» des Staates gesprochen.

In dritter Linie stützt sich die Gesetzgebung auf den Art. 31, der die Handels- und Gewerbefreiheit gewährleistet, dann aber die eidgenössischen Zölle vorbehält und sagt, daß alle Maßnahmen, die der Bund zur Erhebung seiner Grenzzölle trifft, von der Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit ausgenommen seien. Ueber die Beziehungen unseres Gesetzes zu Art. 31 wird dann noch verschiedenes zu sagen sein.

Letzten Endes beruht die verfassungsrechtliche Grundlage unserer Vorlage auf den Art. 28 und 29 der Bundesverfassung, wodurch das Zollwesen als Sache des Bundes erklärt wird. Der Bund hat das Recht, Einfuhr- und Ausfuhrzölle zu erheben, wobei jedoch bestimmte Grundsätze zu beachten sind. Von diesen Grundsätzen fällt für uns in Betracht, daß Gegenstände des Luxus, wie z. B. der Tabak, mit den höchsten Taxen belegt werden dürfen.

Die Vorlage ist in sechs verschiedene Abschnitte eingeteilt, denen der Tarif über die Tabakzölle nachfolgt. Der erste Abschnitt handelt von der Form der Besteuerung. Die Zollabgabe hat in bisheriger Weise im Zeitpunkt der Einfuhr der Ware in die Schweiz zu erfolgen. Für die Erhebung der auf der Zigarette lastenden Abgabe dagegen wird eine Teilung vorgenommen: Die Zollabgabe in bisheriger Weise und die Fabrikations- oder Zigarettensteuer. Diese Zigarettensteuer muß vom Fabrikanten erst nach Ablauf einer bestimmten Frist nach der Fabrikation bezahlt werden.

Im zweiten Abschnitt folgen dann die Bestimmungen über den Eingangszoll. Es werden hier die Grundlagen der Zollerhebungen festgelegt. Dann sind Bestimmungen darüber enthalten, daß der Empfänger der Ware erklären muß, wie er die Ware verwendet. Das ist eine Notwendigkeit bei dem schweizerischen System, wie wir es einführen: Bestimmungen über die Bemessungsgrundlage der Zölle, Bestimmungen, wie die Zollzahlung zu erfolgen hat, in welchen Fällen Zollrückvergütung stattfindet usw.

Im dritten Abschnitt wird die Zigarettensteuer behandelt. Es wird hier festgestellt, daß für die Steuer zwei Ansätze bestehen, ein billiger Ansatz

von einem halben Rappen für die billige, die Volkszigarette, und ein höherer Ansatz von einem Rappen für die teurere Zigarette, eine Unterscheidung, die sich aus sozialen Gründen direkt aufdrängt und die übrigens auch auf allen andern Gebieten der Gesetzgebung im Bunde und in allen Kantonen sich durchgesetzt hat. Aus dem dritten Abschnitt ist auch ersichtlich, daß die Preisfestsetzung nicht etwa Sache der Behörden, des Bundes ist, sondern Sache der privaten Fabrikanten. Das wird recht oft verwechselt. Der Bund hat über die Preisfestsetzung nichts zu sagen, im Gegensatz z. B. zur Getreideordnung, wo der Bund die Preise festsetzt.

Der vierte Abschnitt behandelt die Frage der Steuersicherung. Da kommt die schwierigste Frage der ganzen Vorlage zur Diskussion, die sogenannte Preisschutzklausel, wonach nicht nur Maximalpreise gesetzlich gebunden werden, sondern auch Minimalpreise. Ich werde mir erlauben, über diese Frage speziell einige Ausführungen zu machen.

Ein fünftes Kapitel behandelt die Strafbestimmungen, die Folgen der Steuerhinterziehung und der Steuergefährdung, und ein sechstes Kapitel ordnet die Uebergangs- und Schlußbestimmungen der ganzen Vorlage. Anschließend daran kommt der Zolltarif über die Tabakzölle.

Die ganz generelle Aufgabe und das Ziel der Tabakbesteuerung bestand darin, weitere 10 Millionen Franken zugunsten des Fonds für die Sozialversicherung zu bekommen. 10 Millionen müssen notwendigerweise aus der Besteuerung des Tabaks zugunsten der Sozialversicherung herauspringen. Ich möchte nicht gerade sagen, daß sich die Frage so stellt: Versicherung und Tabaksteuer, oder Ablehnung der Versicherung und der Tabaksteuer. Allein das muß festgestellt werden, daß, wer die Sozialversicherung will, auch bereit sein muß, die Mittel hierfür zu beschaffen und wenn er das will, dann muß er auch der Vorlage zustimmen, weil diesmal kein anderer Weg nach Rom führt.

Der erste Gedanke in der Verfolgung des Zieles aus der Besteuerung weitere 10 Millionen herauszuwirtschaften, der sich der Oberzolldirektion und dem Departement aufdrängte, ging dahin: kann das bisherige Zollsystem, das sich, wir dürfen es anerkennen, glänzend bewährt hat, durch Erhöhung der Ansätze ausgebaut werden. Heute ist Ihnen ein Antrag von Herrn Kollege Evéquoz ausgeteilt worden, der Nichteintreten beantragt. Sein Antrag geht vom Grundgedanken aus, das bisherige System beizubehalten. Wenn ich daher einige Ausführungen darüber mache, warum das bisherige System des Ausbaues der Zölle an der Grenze nicht beibehalten werden kann, so richten sich diese Ausführungen gleichzeitig auch gegen den Antrag des Herrn Evéquoz, den ich Ihnen schon jetzt abzulehnen beantrage.

Die Idee, das bisherige gutbewährte Zollsystem durch die Erhöhung der Ansätze einfach auszubauen, mußte aus wirtschaftlichen und technischen Gründen fallen gelassen werden. Sie müssen bei der Verwendung des Tabaks immer unterscheiden zwischen der Verwendung des Tabaks für die Zigarre, für die Pfeife oder für die Zigarette, weil der Tabak steuerlich anders behandelt wird, je nach seinem Verwendungszweck; die Ansätze sind ganz verschieden. Wirtschaftlich hätte eine Mehrbelastung des Tabaks für die Zigarre und die Pfeife eine Ueberwälzung der

Zölle auf den Konsumenten gebracht. Vielleicht wäre in Verbindung damit auch ein Rückgang im Verbrauch dieser Produkte eingetreten. Die Zigarren- und Tabakindustrie hätte ein solches Gesetz sicherlich und mit den besten Gründen zu Fall gebracht; wenn wir heute beschließen, was Herr Evéquoz verlangt, und wenn der Bundesrat seine Vorlage einfach auf der Erhöhung der Zölle ausbaut, unbekümmert darum, ob der Tabak zur Zigarettenfabrikation oder als Pfeifentabak oder zur Zigarrenfabrikation verwendet wird, dann bin ich totsicher überzeugt, daß dieses Gesetz vom Volke verworfen werden wird. Es ist ein totgeborenes Kind. Der Konsum würde zurückgehen, und Fabrikanten und Arbeiterschaft in der Zigarrenfabrikation, die beide stark geschädigt würden, werden darum das Gesetz bodigen.

Das sind aber nicht die einzigen Gründe; es gibt auch noch technische Gründe. Auch in technischer Beziehung ist dieses System unmöglich. Das wird sich Ihnen sofort aufdrängen, wenn ich Ihnen folgendes mitteile. Die Zollansätze für die hellen Zigaretten mit den Orienttabaken hätten, um die 10 Millionen Zollertrag herauszubekommen, von 1200 auf 1700 Fr. pro Zentner erhöht werden müssen, und die dunklen Zigaretten tabake müßten, um das Ziel, das dem Gesetzgeber vor Augen schwebt, zu erreichen, von 610 auf 1300 Fr. pro Zentner erhöht werden. Zwischen den Zollansätzen für Zigarren- und Pfeifentabake und den Zollansätzen für Zigaretten tabake bestände somit ein außerordentlich großer Unterschied. Der geringste Zoll für Zigarren- und Pfeifentabake würde 175 Fr. betragen und der höchste Zigarettenzoll 1700 Fr. Behalten Sie die beiden Ziffern im Gedächtnis; auf das Kilogramm ergäbe sich ein Unterschied, der zwischen 1 Fr. 75 auf der einen Seite und 17 Fr. auf der andern Seite liegt. Also je nach der Verwendungsart, die der Tabak findet, hätte er pro Kilogramm 1 Fr. 75 oder 17 Fr. zu bezahlen. Nun stellen Sie sich vor: wir haben in der Schweiz Fabriken, welche nicht nur Pfeifentabake verarbeiten, sondern in den gleichen Räumen auch Zigaretten und auch noch Zigarren fabrizieren, also in der gleichen Fabrik drei Produkte herstellen. Liegt da nicht der Anreiz zu irgendwelchen Betrügereien so in greifbarer Nähe, daß man sich sagen muß: das würde zwangsläufig und notwendigerweise zu Betrügereien führen? Ganz sicher würde der billige Tabak, der mit einem außerordentlich niederen Zoll belastet ist, für jene Produkte Verwendung finden, auf deren Rohtabak eine große Steuer liegt. Der eine oder andere wird zwar antworten: dem kann man durch genügende Kontrolle entgegentreten. Jawohl, das kann man. Aber dann müßte man direkt eine zollpolizeiliche Ueberwachung in allen Tabakfabriken einführen, welche Raucht abake, Zigarren und Zigaretten fabrizieren, und direkt vom frühen Morgen bis zum späten Abend Zollpolizisten hineinstellen, damit die Arbeit überwacht und dafür gesorgt werde, daß wirklich auch die teuren Zigaretten tabake für die Zigaretten verwendet werden und daß, und das ist schließlich die Hauptsache, die weniger teuren Tabake auch nur für die Zigarren oder für die Pfeife verwendet werden. Stellen Sie sich vor, was die Industrie sagen würde, wenn man ihr so einen Zollgendarmen in die Fabrik hineinstellte, der vom Morgen bis zum Abend herumläuft und beobachtet, ob die Tabake wirklich in richtiger und versprochener

Weise Verwendung finden! Das würde eine so schikanöse Behandlung unserer Tabakindustrie bedeuten, daß sie sich mit Recht dagegen auflehnen würde. Das sind also die technischen Gründe, welche meiner Auffassung nach jeden überzeugen sollten, daß der Ausbau des bisherigen Systems und die Gedanken, von denen Herr Kollege Evéquoz ausgeht, gar nicht durchführbar sind. Auf diesem Wege geht es also nicht.

Departement und Oberzolldirektion haben aber noch andere Wege einzuschlagen versucht. Der erste Gedanke war: Ausbau des bisherigen Systems, Ausbau der Zölle. Das geht aber nicht. Der weitere Gedanke, auf den sie verfielen, war der Monopoldanke. Allein Sie wissen ja, daß seinerzeit der Ruf durch unser Land ging: «Ohne Monopöler befindet sich der Schweizer wöhler». Auch der Monopoldanke ist in einer Botschaft des Bundesrates zum Ausdruck gekommen. Die Botschaft ging an den Nationalrat, aber schon in der nationalrätlichen Kommission mußte man sich überzeugen, daß sich gegen das Tabakmonopol ein solcher Widerstand zeigen würde, daß man das Monopol von vornherein einfach hat fallen lassen.

Da kam man auf ein drittes System: auf die sogenannte Fabrikatsteuer oder, mit andern Worten, auf die Banderole. Auch das hat sich anhand der Erfahrungen, die man im Ausland machte und anhand der Studien, welche hier darüber angestellt wurden, nicht als das beste und zweckmäßigste System erwiesen.

Sodann landete man schließlich bei dem sogenannten Schweizersystem. Es beruht auf dem Grundsatz der differenziellen Zölle, wie ich Ihnen bereits ausgeführt habe und der progressiven Zölle, differenziert je nach der Verwendung des Tabaks zur Herstellung von Zigarren, Pfeifentabaken oder Zigaretten und progressiv nach dem Grundsatz: höhere Zölle je nach der Qualität der Tabaksorten. Darauf beruht das Schweizersystem. Die besseren, teuren Sorten zahlen höhere Zölle als die billigeren, minderwertigen Sorten. Das ist das Charakteristische unseres Systems. Und dieses System bedeutet nicht etwa etwas Neues; es ist in unserem Lande bereits seit 10 Jahren eingeführt und funktioniert seit 1921. Im Juni 1921 erteilten die eidgenössischen Räte diesem uns vom Bundesrat vorgeschlagenen System die Genehmigung. Es hat sich seither gut bewährt und ist darum nun auch dem neuen Gesetz, das wir heute beraten, zugrunde gelegt worden. Ein bisher gut bewährter Grundsatz soll also durch die Vorlage gesetzlich sanktioniert werden. Die differenzielle Behandlung richtet sich also, das möchte ich noch einmal festnageln, nach der Verwendungsart des Tabakes. Die Zigarette erträgt eine höhere Belastung als die Zigarre und der Pfeifentabak. In der Folge sollen die Tabake, welche eingeführt und zur Zigarettenfabrikation verwendet werden, eine höhere Zollbelastung finden als die andern Tabake, die für die Zigarren- und Pfeifentabakfabrikation eingeführt werden. Das Progressivsystem stuft ab je nach der Qualität des eingeführten Tabakes. Die feineren Tabake zahlen mehr als die billigeren Sorten.

Zu dieser Zollbelastung nach dem schweizerischen Tabakzollsystem kommt nun noch die Besteuerung der einzelnen Zigaretten hinzu. Sie können folgenden Ueberlegungen entnehmen, wie man auch wieder

zwangsläufig und fast naturgemäß dazu kommt, die einzelne Zigarette zu besteuern. Aus einer relativ kleinen Stoffmenge von Rohtabak wird eine sehr große Zahl von Zigaretten hergestellt. 13,000 Meterzentner Rohtabak ergeben rund 1200 Millionen Zigaretten; die Zahl ist zwar nicht genau, aber als Faustregel kann man festhalten: 100 kg Rohtabak ergeben rund 10,000 Zigaretten, oder ein Kilogramm Rohtabak ergibt 1000 Zigaretten, vielleicht etwas weniger, aber das spielt keine Rolle. Ist es da nun verwunderlich, daß man auf den Gedanken kam, auf die einzelne Zigarette eine kleine Steuer zu legen? Der Gedanke, scheint mir, mußte sich geradezu aufdrängen. Dabei galt es aber, das bisherige Tabakzollsystem beizubehalten. Das wollen wir nicht preisgeben, weil es sich ja innerhalb 10 Jahren glänzend bewährt hat, zuverlässig ist und sich gut eingeführt hat. Auf dem Wege, daß man einerseits das bisherige glänzende System der Tabakverzollung beibehalten wollte und daß sich andererseits die Besteuerung jeder einzelnen Zigarette geradezu aufdrängte, kam man dann zu demjenigen System, wie es in der Vorlage, die wir heute in Angriff nehmen, niedergelegt ist.

Aus der Vorlage ergibt sich, daß die Zollansätze für die Rohtabake zur Herstellung von Zigarren- und Pfeifentabak sozusagen unverändert bleiben. Bei den hellen Orienttabaken für die Zigarette tritt, wenn Sie das Gesetz annehmen, eine Ermäßigung der Zölle von 1200 Fr. auf 1000 Fr. ein, bei den dunklen Zigaretten tabaken, den Marylandtabaken, die man ja heute hauptsächlich verbraucht, ergibt sich eine Erhöhung von 610 Fr. auf 780 Fr. Mit diesen Maßnahmen hat man einen jahrelang andauernden Streit zwischen den hellen und dunklen Tabaken und Zigaretten erledigt. Die Fabrikanten der dunklen Zigaretten erklärten sich mit der erhöhten Belastung der dunklen Tabake einverstanden, sofern die Zigarettensteuer in gleicher Weise alle Zigaretten treffe, ohne Rücksicht auf Farbe und Qualität. An diesem Grundsatz sollte man daher nicht rühren. Wollte man daran rühren, so müßte man ja die Orienttabake im Zoll wieder erhöhen, was wiederum die Handelsverträge mit Griechenland und der Türkei berühren würde und ganz unangenehme Konsequenzen haben könnte.

Nun sollte dieses Steuersystem an der Preisschutzklausel scheitern! Das System des Preisschutzes besteht darin, daß es inskünftig gesetzlich verboten ist, Zigaretten zu einem anderen Preise als dem auf der Packung oder der Zigarette aufgedruckten zu verkaufen. Künftig wird auf der Packung oder auf jeder einzelnen Zigarette der Preis aufgedruckt. Der Händler darf dann nur zu diesem Preis verkaufen. Es wird nun gesagt, diese Bestimmung verstoße gegen den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit, Art. 31 der Bundesverfassung. Jedermann, wird erklärt, könne sein Eigentum verkaufen wie er wolle; er könne es auch verschenken oder vertauschen; der Staat könne nach der Verfassung keinen Preis vorschreiben, und der Bürger dürfe dem Staat auch niemals die Kompetenz zu einer solchen Preisfestsetzung einräumen. Diese Argumentation kann Ihre Kommission nicht als richtig anerkennen, wenigstens nicht in dieser weiten Auslegung. Im Wandel der Zeiten hat die Handels- und Gewerbefreiheit verschiedene Stadien durchgemacht. Als

man in den Jahren 1848 und 1874 die Grundsätze der Handels- und Gewerbefreiheit in die Bundesverfassung aufnahm, sah man diese Freiheitsrechte als eigentliche Lebensgrundsätze an. Man glaubte, daß man mit diesen Grundsätzen niemals in Widerspruch kommen dürfe, und daß alles, was damit in Widerspruch stehe, von vornherein zu verwerfen sei. In diesem Sinne erging auch die Praxis des Bundesrates und des Bundesgerichtes bis etwa ins Jahr 1880 hinein. Allein dann änderte es sich. Unter der alten Praxis hat man alle gewerbepolizeilichen Maßnahmen verboten, man hat sogar jede Besteuerung verboten, die einen Gewerbebetrieb erschweren könnte. Die Bundesversammlung hat es seinerzeit sogar abgelehnt, einen Muster- und Modellschutz und einen Patentschutz einzuführen. Man betrachtete es in jener Zeit als einen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit, wenn z. B. einer der von ihm fabrizierten Zigarre nicht mehr den Namen «La Rosa» beilegen dürfe, weil ein anderer vor ihm einer Zigarre den gleichen Namen gegeben hatte. Wie hat sich das alles im Laufe der Zeiten geändert! Man kam zur Ueberzeugung, daß der Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit nicht mehr im Sinne des ausgesprochenen Liberalismus der Jahre 1848 und 1874, nicht mehr im Sinne des «laissez aller» interpretiert werden dürfe. An die Stelle der selbstgewählten Freiheit trat der staatliche Zwang. Die Sonderinteressen des Einzelnen werden ganz allgemein nach staatspolitischen Grundsätzen den Interessen der Gesamtheit untergeordnet. Diesem Grundsatz muß sich auch die Handels- und Gewerbefreiheit beugen. Ich glaube, wir alle, die wir in diesem Saal sitzen, werden es erleben, daß diese neue wirtschaftliche Mentalität, der Geist der Bindung nach verschiedenen Richtungen, sich noch viel tiefer ins Volksbewußtsein eingraben werde, als es schon jetzt der Fall ist. Es gibt ja keine Steuermaßnahme ohne Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit. Denken Sie nur an die direkten Steuern. Man hat eine Kontrolle der Buchführung und eine Auskunftspflicht eingerichtet. Oder denken Sie an den Zoll. Gibt es denn einen unverschämteren Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit als die ganze Zollgesetzgebung? Ich muß eine genaue Kontrolle über meine Waren führen. Wenn ich ein Privatlager benutzen will, so muß ich schon heute allerlei Formalitäten erfüllen. Und wie ist es bei der Stempelabgabe? Da begnügt man sich nicht etwa mit einem Emissionsstempel, mit einem Umsatzstempel. Man mutet den Banken, den Effektenhändlern und den Versicherungsgesellschaften eine ganz komplizierte Kontrolle zu über jede Quittung, über jede emittierte Obligation, ja sogar über jeden Coupon. Die Entwicklung der Freiheit zur Gebundenheit zeigt sich in unserer modernen Zeit auch noch auf anderen Gebieten. Liegt nicht vielleicht auch eine staatliche Bindung in der ganzen Sozialversicherung? Das einzelne Individuum ist nicht mehr frei, wie es vorher war. Liegt sie nicht auch in der Unfall- und Krankengesetzgebung? Die Gesunden und die Jungen müssen den Kranken und den Alten helfen. Oder denken Sie an unsere Getreideversorgung. Der Preis des Inlandgetreides wird vom Staate bestimmt, und der Bund ist gezwungen, dem Landwirt das Inlandgetreide zu diesem Preise abzunehmen. Es sind viele hier, welche diesem Gedanken zugestimmt haben, die nun heute bei der neuen Vorlage wiederum sagen:

« Wir wollen nichts davon wissen; der Staat hat sich nicht in die Preisbildung einzumischen, dem steht der Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit entgegen. » Und der schweizerische Fleischpreis? Wird er nicht auch beeinflusst durch die Bestimmungen des Veterinärarnotes über das Verbot der Ochsen-einfuhr? Auch da ist eine gewisse Bindung vorhanden, die mit dem starren Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit nicht im Einklang steht. Bis jetzt haben wir nur von den staatlichen Bindungen gesprochen. Es gibt aber noch zahlreiche Formen der Bindung im privatwirtschaftlichen Leben. Man braucht da nur hinzuweisen auf die Milch- und Käsepreise. Die werden allerdings nicht von Staatswegen bestimmt, aber von Verbänden, die vom Staat anerkannt sind. Es ist ja ein altes geflügeltes Wort, daß der Käsepreis den Milchpreis mache. Also auch da Eingriffe. War es früher anders bis zum Zementkampf mit den Zementpreisen, mit den Preisen der Ziegel, mit dem Preise des Bieres? Alle diese Preise werden durch die Vertrustung der betreffenden Industrien nicht mehr frei bestimmt. Es sind Bindungen vorhanden, welche sich die Privatwirtschaft notgedrungen selbst auferlegte. Also auf der einen Seite staatliche Bindung und auf der andern Seite privatwirtschaftliche Bindung, so daß der Begriff der Handels- und Gewerbefreiheit, der jetzt vorgeschoben werden will, zur Bekämpfung unseres Systems ein ganz anderer geworden ist als er selbst noch im Jahre 1874 war.

Verstößt die sogenannte Preisschutzklausel gegen die Handels- und Gewerbefreiheit? Ich habe Ihnen gezeigt, wie sehr sich im Laufe der Zeit der Begriff der Handels- und Gewerbefreiheit gewandelt hat. Nach Art. 11 des vorliegenden Gesetzes hat der Fabrikant den Detailpreis auf der Ware anzugeben. Dieser Preis ist für die Abgabe der Zigaretten an den Verbraucher im Detailhandel verbindlich. Wenn der Detailpreis weniger als 7 Rp. per Zigarette beträgt, muß der Fabrikant einen halben Rappen Steuer bezahlen, ist der Preis mehr als 7 Rp., so beträgt die Steuer einen Rappen. Ist diese Regelung im Einklang mit Art. 31 der Bundesverfassung? Die Frage wurde von zwei Experten begutachtet. Diese Gutachten, das eine von Herrn Prof. Blumenstein und das andere von dem bekannten Kronjuristen des Bundesrates, Herrn Prof. Burckhardt, liegen bei den Akten. Beide Experten sind ganz unabhängig voneinander nahezu zum selben Resultat gekommen. Sie sind einig darin, daß bei der Beurteilung der Frage nicht nur Art. 31, sondern auch Art. 41ter gewürdigt werden müsse, man komme mit Art. 31 allein nicht aus.

Prof. Blumenstein erklärt, daß Art. 41ter, der dem Bunde das Recht der Besteuerung von rohem und verarbeitetem Tabak gibt, durch den Art. 31 in keiner Weise eingeschränkt werde. Herr Prof. Burckhardt geht nicht so weit, er sagt, die Besteuerung des Staates dürfe nur nicht zum Vorwand genommen werden, um die Freiheit des Handels und des Gewerbes zu beschränken. Wenn aber die Tabaksteuer ohne Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit nicht durchgeführt werden könne, mit andern Worten, wenn das von uns gewählte System das beste, das zweckmäßigste, das vernünftigste sei, so lege ich es aus, und so legt er es übrigens auch aus in seinem Gutachten, dann seien die Einschränkungen der Preisschutzklausel nicht

verfassungswidrig. Wenn man sich also auf die etwas reserviertere Stellung des Gutachtens Burckhardt zurückziehen möchte, so muß man die Frage entscheiden, ob das Steuersystem des Entwurfes das einzig vernünftige, gute und sichere sei. Will man sich auf den Boden von Herrn Prof. Blumenstein stellen, so braucht man diese Frage nicht zu beantworten, es ist nur nötig, daß der Preisschutzklausel eine steuerrechtliche Funktion innewohnt. Das trifft zweifellos zu, weil sich die Steuer nach dem Preise selbst richtet. Der Preis auf dem Paket Zigaretten oder der Aufdruck des Preises auf der Zigarette selbst ist bereits eine Funktion der Steuerbehörde, er ist eine Station der Veranlagung der Steuer, er ist eine steuerrechtliche Maßnahme. Nach der Auffassung von Prof. Blumenstein genügt das, weil Art. 31 dem Art. 41 keinerlei Schranken auferlegt.

Sei dem wie ihm wolle, so glaube ich, bewiesen zu haben, daß das gewählte System das beste, das einzig richtige und das zuverlässigste ist für die Steuererhebung der Zigarette; wenn man sich auf diesen Boden stellt — das ist eine Ermessensfrage, der eine hat die, der andere eine andere Ansicht, ich selbst bin bis ins innerste Fältchen des Herzens davon überzeugt, daß das vom Entwurf gewählte System das einzig richtige ist, — dann hält die Preisschutzklausel auch vor dem Gutachten des Herrn Prof. Burckhardt stand, dann braucht man keine Verfassungsskrupeln mehr zu haben. Ich betrachte also die wichtigste Frage der Preisschutzklausel in unserem Entwurf als gelöst und glaube, daß keine Verfassungsbestimmung der Verordnung entgegenstehe.

Es wird sich vielleicht im Laufe der Eintretensdebatte noch Gelegenheit bieten über diese oder jene Frage sich auszusprechen. Ich glaube aber, ich habe Sie lange genug in Anspruch genommen und möchte Ihnen namens der Kommission beantragen, auf die Vorlage einzutreten.

M. Evéquo, rapporteur de la minorité: J'ai eu l'honneur de déposer la proposition de ne pas passer à la discussion des articles, mais de renvoyer le projet au Conseil fédéral pour que celui-ci en présente un autre reposant sur de nouvelles bases.

J'aurais préféré pouvoir formuler dans le cours de la discussion des amendements qui auraient, sur tels ou tels points, modifié le texte proposé par le Conseil fédéral. Mais j'ai pu me convaincre de l'impossibilité de procéder de la sorte. En effet, le projet du Conseil fédéral forme un tout compact, difficilement modifiable sans renverser l'édifice tout entier. Même la question de la garantie du prix — question qui donnera certainement lieu à quelques controverses dans cette assemblée — fait partie intégrante du système élaboré par le Conseil fédéral. S'il pouvait y avoir dans vos esprits quelque doute à ce sujet, je n'aurais qu'à donner connaissance — pour ceux qui ne l'ont pas encore vue — d'une lettre, en date du 18 novembre 1929, adressée au Conseil fédéral par l'Union suisse des arts et métiers. En voici la teneur:

« Die Stellungnahme des Schweizerischen Handels- und Industrievereins zur Frage des Preisschutzes für Zigaretten gibt uns zu folgenden Ausführungen Anlaß.

« In den leitenden Kreisen des Schweizerischen Gewerbeverbandes ist man darüber einig, daß ohne Preisschutzklauseln der Bund mit der Zigaretten-

steuer schlechte Erfahrungen machen wird. Die gleiche Auffassung besteht auch im Schweizerischen Zigarrenhändler-Verband; nach seiner Ansicht werden ohne die in Rede stehende Klausel eine Anzahl Zigarrenhändler einer illoyalen Konkurrenz erliegen und dann auch nicht mehr in der Lage sein, dem Bund das ihm zukommende Betreffnis abzuliefern...

Et cette dernière phrase, la plus importante:

« Ohne heute zur Vorlage betreffend die Zigarettensteuer schon definitiv Stellung nehmen zu wollen, möchten wir doch zu bedenken geben, daß sie auf die Unterstützung des Gewerbeverbandes nicht mit Sicherheit rechnen kann, wenn die Preisschutzklausel nicht aufgenommen wird. »

Messieurs, c'est clair. Si la clause de garantie des prix n'est pas acceptée, les marchands ou plutôt les fabricants de cigares, et tout spécialement de cigarettes, se déclarent adversaires du projet qui nous est présenté.

Je crois donc pouvoir affirmer que toutes ces questions sont connexes et se tiennent et que, par conséquent, ceux qui ne peuvent pas accepter le système dans son ensemble, ceux particulièrement qui ne peuvent pas accepter la garantie du prix de vente, ceux-là n'ont pas la ressource de présenter, en cours de route, des amendements. Ils sont obligés de recourir à la forme que j'ai donnée à ma proposition, à savoir le renvoi du projet au Conseil fédéral.

Je tiens à vous dire tout de suite que je n'ai pas du tout fait cette proposition avec l'espoir d'un succès quelconque. Je l'ai présentée par acquit de conscience. Je sais que les opinions sont faites et que le sort de ma proposition est réglé; mais je vous demande cependant l'autorisation de la justifier.

Et d'abord, Messieurs, je répons tout de suite à une objection. En rompant cette unité qu'on rencontre si souvent au Conseil des Etats, a-t-on dit, on pourrait compromettre le sort de l'imposition du tabac et, par contre-coup, mettre en danger le sort des assurances sociales, puisqu'il en est — ils sont peut-être nombreux parmi nous — qui n'adopteront les assurances sociales qu'avec la certitude que le monopole de l'alcool, d'une part, et l'impôt sur le tabac, d'autre part, serviront, du moins dans une grande proportion, à les financer. Je crois cette objection mal fondée. Et, d'abord, vous avez remarqué que, dans la proposition que j'ai eu l'honneur de déposer, j'ai eu soin de dire tout particulièrement que, quel que soit le système adopté, il faut que ce système permette au fisc de toucher la somme approximative de 30 millions, demandée par les assurances.

Je reconnais avec vous tous que, demander aux fumeurs un sacrifice aussi fondé que celui de consentir à un impôt pour aider à financer les assurances sociales, est une exigence très légitime de l'Etat; je le reconnais d'autant plus, Messieurs, que c'est un impôt de luxe dont tous les Etats bénéficient et dans une proportion, pour la plupart, bien supérieure à celle demandée dans notre pays, même si l'Etat perçoit les 30 millions en question.

Mais, Messieurs, j'ai l'impression, d'une part, que les consommateurs ne se laisseront pas imposer dans la forme proposée par le Conseil fédéral et que, d'autre part, un grand nombre de citoyens n'admettront pas ce système qui consiste à créer, à côté de l'impôt perçu à la frontière, un impôt de consommation intérieure; d'autres, enfin, n'admettront pas non

plus cette intervention de l'Etat dans la fixation des prix. Je dis donc, que si l'on réunit en faisceau ces différentes oppositions au système proposé par le Conseil fédéral, il y a bien des chances que la majorité du peuple, s'il est consulté, renverse l'édifice que vous aurez élevé et alors, la situation des assurances sera bien plus compromise que si nous nous mettons d'accord tout de suite pour établir un système d'impôt qui soulève moins d'objections, moins de complications et surtout moins de difficultés.

La question de l'imposition du tabac est pendante depuis bientôt 40 ans. Successivement furent examinés le système du monopole pur et simple, celui de la banderole et d'autres encore, qui furent abandonnés.

Le système de la banderole n'est, en réalité, pas autre chose que le système proposé par le Conseil fédéral, mais limité à la cigarette. Au lieu de la banderole, vous imposez l'obligation d'imprimer sur le tube de la cigarette le prix de celle-ci et sur chaque pièce vous percevez un impôt différent suivant le prix. C'est donc incontestablement un impôt de consommation basé sur le prix de détail.

En 1920, on a abandonné la voie des discussions théoriques pour entrer dans la voie des réalisations. Les droits sur le tabac ont été relevés, à cette époque, de 25 à 75 fr., mais tous les tabacs étaient soumis à un taux uniforme, quelles que soient leur qualité et leur destination.

On n'a pas tardé à remarquer que ce système était défectueux et, en 1921, intervint alors une seconde modification, bien plus importante que la première, parce qu'elle a introduit le taux différentiel et progressif suivant la qualité et la destination du tabac. C'était là, je le reconnais, une idée très heureuse qui a permis, jusqu'à aujourd'hui, de percevoir, sans difficulté et sans trop d'opposition, un impôt sur le tabac dont le rendement a atteint approximativement 20 millions de francs par an. Ce taux différentiel permet précisément de tenir compte de la capacité fiscale très variable des multiples utilisations du tabac. Parmi ces utilisations, celles de la cigarette, je le reconnais, supporte une charge plus forte que le cigare et le tabac pour la pipe. Ce système, que je reconnais juste, appliqué depuis tantôt 10 ans, a produit d'excellents résultats: comme je le disais tout à l'heure, et c'est par 20 millions et plus que l'on a compté les recettes de la Confédération par cette imposition du tabac.

Le tabac paie aujourd'hui, d'après ce système différentiel et progressif, les taxes suivantes: le tabac pour cigares: 170 fr., 220 fr. et 280 fr. les 100 kg, suivant les qualités de tabac; le tabac pour la pipe: 250, 300 et 360 fr., toujours suivant les qualités de tabac; et, enfin, le tabac destiné aux cigarettes paie 610, 800 et 1200 fr. les 100 kg.

Vous voyez donc, Messieurs, que, déjà lorsqu'on a appliqué ce système, on s'est rendu compte que la cigarette pouvait supporter une charge fiscale beaucoup plus forte que les autres produits et c'est pour cette raison qu'on a imposé ces taux différentiels considérables.

Tel est le système actuel. La proposition que j'ai eu l'honneur de déposer a pour but principal de demander au Conseil fédéral de maintenir ce système d'imposition, tout en majorant les taux pour le tabac servant à fabriquer les cigarettes et le tabac servant

à la fabrication des cigares de luxe, de façon que la majoration soit de 10 millions, pour atteindre les 30 millions demandés pour les assurances.

On demande donc à l'impôt sur le tabac 10 millions de plus. Ces 10 millions, d'après le projet du Conseil fédéral, doivent se répartir approximativement d'après les données ci-après.

On fume en Suisse 1 milliard 200 millions de cigarettes par année et sur ce chiffre 30 millions seulement sont des cigarettes de luxe au-delà de 7 cts. la pièce; 1100 millions sont des cigarettes au-dessous du prix de 7 cts., c'est-à-dire des cigarettes populaires, comme M. le président de la commission les appelait tout à l'heure. Par conséquent, le sacrifice que vous demandez doit se calculer de la manière suivante.

Puisque vous proposez de taxer à 1 ct. les cigarettes supérieures à 7 cts. et à $\frac{1}{2}$ ct., celles dont le prix est inférieur à 7 cts., ce milliard et 200 millions de cigarettes produiront, au taux que vous proposez de fixer, la somme de 5,800,000 fr. 30 millions de cigarettes à 1 ct., cela donne 30,000 fr. 1100 millions à $\frac{1}{2}$ ct. donnent 5,500,000 fr.; par conséquent, c'est 5,800,000 que vous demandez à l'impôt spécial de consommation sur la cigarette, et, sur ce chiffre, vous demandez 5,5 millions de francs à la cigarette populaire et seulement 300,000 fr. à la cigarette de luxe.

Cette somme n'est pas suffisante, puisque vous voulez arriver à une majoration de 10 millions. Où puisez-vous cette différence approximative de 5 millions? Vous devez la puiser dans l'augmentation des droits perçus à la frontière et alors voici la question que je pose: Vaut-il la peine, pour ces 5,8 millions selon les calculs du message, de créer cet impôt spécial de consommation intérieure sur la cigarette? Ou bien n'est-il pas infiniment plus simple de demander cette augmentation aux droits perçus à la frontière? Je ne crois pas que l'on puisse démontrer que cette plus-value bouleverse le système lui-même. Si l'on a pu percevoir jusqu'à présent 20 millions et plus, on doit pouvoir, dans les mêmes conditions, percevoir le complément nécessaire.

Vous admettez, avec moi, qu'il est extraordinaire et même choquant de voir introduire, d'une part, une majoration des droits à la frontière et, d'autre part, encore un impôt spécial de consommation sur la cigarette. Ces impôts de consommation sont-ils vraiment populaires? Vous vous souvenez sans doute qu'il a été question, à un moment donné, de créer un impôt de consommation sur la bière. Mais cette idée a été abandonnée, entraînée qu'elle a été par une formidable impopularité et l'on a été obligé de revenir, pour l'impôt sur la bière, au système de l'imposition de la matière première à la frontière.

En ce qui concerne le tabac, est-il possible de continuer à appliquer le système actuel, qui a fait ses preuves et qui donne le rendement que vous savez? M. le président de la commission a dit tout à l'heure que c'était impossible et que, si l'on adoptait des taux différentiels trop grands, on se heurterait aux abus, que cela inciterait les fabricants de tabac à commettre des fraudes. C'est la seule objection, au fond, que l'on fait à la continuation et au développement du système aujourd'hui en vigueur.

La question que nous devons donc nous poser est celle-ci: Ce système est-il possible ou bien n'est-ce là qu'une théorie inapplicable en pratique? Le mes-

sage du Conseil fédéral répond lui-même à cette question. Voici ce qu'il dit à la page 11:

«L'appoint complémentaire de 7 à 8 millions pourrait certainement être obtenu par le moyen d'une simple révision du tarif douanier et cela de la manière suivante:

1. Pour les raisons exposées ci-dessus, les droits d'entrée des numéros 1 à 3 du tarif actuel, relatifs aux tabacs bruts pour la fabrication du cigare, ne subiraient pas de modification importante;

2. Les numéros 4 à 6 du tarif concernant les tabacs destinés à la coupe, pour la pipe, seraient remplacés par une rubrique unique au taux uniforme de 280 fr. par 100 kg.,

Et enfin aux numéros 7 à 9 du tarif appliqué aux tabacs pour la cigarette, on substituerait 2 rubriques. Les trois taux 610, 800 et 1200 fr. seraient remplacés par deux taux qui devraient être portés, l'un à 1300, l'autre à 1600 fr. Ce relèvement sur les tabacs bruts destinés à la production de cigarettes fournirait une augmentation de recettes importantes.»

Par conséquent, il n'est pas exact de venir dire que l'application du système éprouvé jusqu'à présent est impossible, alors même que les différences de taxes seront plus considérables.

Je n'ai pas besoin de dire que ces taux qui sont énoncés ici par le Conseil fédéral le sont à titre explicatif, mais qu'il serait possible, si on le voulait bien, de réduire le taux maximum de 1600 fr. pour les cigarettes si, d'autre part, on introduisait dans le tarif relatif au tabac pour le cigare un certain droit pour les cigares de luxe, tout en laissant des taux plus bas pour les cigares populaires.

La seule raison que l'on oppose à la continuation du système actuel par la majoration des taux, c'est donc que ce système créera des abus: les fabricants ne résisteront pas à la tentation de frauder le fisc en employant du tabac, pour lequel ils auront payé un droit inférieur, à des utilisations appelant un droit supérieur.

Tout cela se réduit à une question de surveillance. Mais cette surveillance, elle existe déjà maintenant. Ecoutez ce qu'en dit le Conseil fédéral dans son message (page 17) pour justifier son intervention dans les fabriques de tabac, de façon qu'elles ne puissent pas frauder le fisc:

«Les taux inférieurs prévus pour les tabacs bruts destinés aux cigares et à la pipe ne sont accordés que contre la preuve de leur emploi. On exige le dépôt d'une déclaration de garantie. Le droit de contrôler la comptabilité du fabricant est, en outre, réservé. La comptabilité de fabrication introduite par la direction générale des douanes dans l'industrie des cigares et du tabac pour la pipe s'est révélée très utile et efficace. Elle est, dans certains cas, indispensable, tant au point de vue du contrôle douanier qu'à celui du contrôle de fabrication. Du reste, une comptabilité de fabrication appropriée existe déjà dans la plupart des grandes fabriques de cigarettes. Il ne reste qu'à généraliser cet usage et à l'introduire dans toutes les fabriques. Les petites exploitations seront autorisées à adopter un système de comptabilité plus simple. Les fabricants savent par expérience qu'un contrôle peut être suffisant sans devenir tracassier.»

Comme vous le voyez aujourd'hui, avec le système en vigueur, la Confédération a organisé tout un système de contrôle dans le dessein d'empêcher que les

fabricants utilisent pour des fabrications déterminées, des tabacs ayant payé un droit inférieur. La situation reste exactement la même si nous maintenons le système actuel avec la majoration des droits. Il suffira d'accentuer peut-être un peu la surveillance: une surveillance énergique pour permettre d'éviter et surtout de réprimer les fraudes.

A ce contrôle, on pourrait ajouter des clauses pénales, atteignant tous ceux qui auront fraudé le fisc. Pour éviter le seul écueil qu'a signalé M. le président de la commission, il suffira donc d'organiser une surveillance suffisante, avec des clauses pénales adéquates pour que les fabricants ayant commis une fraude fiscale ne soient pas tentés de récidiver. Sans doute — je suis le premier à le reconnaître — tout ce contrôle est fort tracassier. Cependant, le contrôle que nous exerçons maintenant et que nous exercerons tout de même à l'avenir — puisque les deux impôts sont indépendants l'un de l'autre et se superposent — toute cette tracasserie, dis-je, est bien accentuée avec le système proposé par le Conseil fédéral. En maintenant, purement et simplement, le système actuel avec la majoration des taux, vous supprimez, du même coup, le contrôle de l'Etat sur la fixation du prix; vous supprimez le contrôle sur l'obligation de mettre un timbre imprimé sur toutes les cigarettes; vous supprimez également ce point extrêmement discuté qui fait corps avec le système du Conseil fédéral, à savoir la garantie du prix de vente minimum. Le système connu jusqu'à aujourd'hui n'offre pas de difficultés notables. La preuve en est que dans le public on n'a pas entendu de récriminations sérieuses contre cet impôt du tabac dans la forme où il a été perçu.

Le système que vous proposez est beaucoup plus compliqué. Il comprend une superposition de deux impôts sur le même produit, la cigarette. Donc, un impôt extrêmement peu sympathique, un impôt de consommation intérieure, à côté de l'impôt général sous la forme des droits à la frontière.

Le projet du Conseil fédéral soulève, en outre, des objections sérieuses: la première est la question constitutionnelle. Je ne veux pas m'étendre longuement sur ce sujet. Peut-être qu'à l'occasion de la discussion sur la garantie des prix, cette controverse sera-t-elle reprise par l'un ou l'autre de nos collègues. Vraiment, lorsqu'on lit le texte de l'art. 41ter de la Constitution: « La Confédération est autorisée à prélever des impôts sur le tabac brut et manufacturé », on se demande si on a bien le droit d'aller jusqu'ou le Conseil fédéral veut nous mener. La seule manière de voir qui soit juste, c'est celle qu'a soutenue M. Burkhardt et qui consiste à dire: L'art. 41 ne vous permet pas d'aller plus loin que ce qui est strictement nécessaire pour permettre à la Confédération la perception d'un impôt raisonnable sur le tabac. Tout autre pas en avant est une violation formelle de l'art. 31 de la Constitution qui garantit la liberté du commerce et de l'industrie.

Lorsque vous avez soumis au peuple l'art. 41ter de la Constitution, si vous lui aviez dit que vous alliez porter atteinte à l'art. 31 de la Constitution (remarque en passant que cet art. 41ter ne dit pas du tout que l'art. 31 est modifié par l'adoption de l'art. 41ter; il reste par conséquent intact tant qu'un texte ne l'a pas modifié), si vous aviez dit au peuple que vous aviez l'intention de modifier l'art. 31 de la Constitu-

tion; si vous lui aviez dit que vous vouliez superposer plusieurs impôts, un à la frontière et un de consommation intérieure; si vous lui aviez dit que vous vouliez faire donner à l'Etat le rôle de garantir aux fabricants que leurs produits ne seront pas vendus au-dessous d'un certain prix, vous auriez eu de la peine à obtenir de la majorité du peuple suisse le vote de l'art. 41ter.

Cette question de l'imposition intérieure se heurte encore à une autre objection des plus sérieuses.

Le message (page 24) en parlant de la production indigène du tabac — c'est une chose que nous pouvons tous constater — nous dit que cette production n'est pas très importante.

Nous savons également par le message et surtout par les explications verbales complémentaires de M. le conseiller fédéral Musy, que le tabac indigène peut servir, dans une certaine proportion, non seulement à la fabrication des cigares, mais aussi des cigarettes. Percevoir des droits à la frontière, c'est favoriser la culture indigène; mais percevoir un droit de consommation à l'intérieur, frappant aussi bien le produit cultivé dans le pays que le produit importé, c'est nuire à la production indigène.

Or, l'agriculture — c'est une vérité sur laquelle il est superflu d'insister — passe par une crise intense et qui sait si la culture du tabac, dans certaines régions de notre pays, au Tessin, en Valais, ne pourrait pas devenir une source importante de revenus? Autrefois, la république du Valais possédait non seulement de vastes champs de tabac dans la plaine du Rhône, mais aussi une manufacture de tabac et de cigares qui a eu une période de prospérité. On l'appelait la ferme du Valais et c'est d'elle que date la fabrication du cigare du Valais et du tabac en grosses coupures qui sont encore, heureusement, appréciés de bien des fumeurs. Qui nous dit que ces temps soient définitivement révolus? Qui nous dit que les vastes plaines du Rhône rendues à la culture par l'endiguement et par les canaux d'assainissement, plaines qui attendent encore la culture apte à leur donner toute leur valeur, ne trouveront peut-être pas dans le tabac la culture qui leur convient?

Il ne faut donc pas d'avance, par des mesures fiscales prenant la forme d'un impôt de consommation, contrecarrer les initiatives qui pourraient apporter de nouvelles ressources à l'agriculture. Il ne faut pas détruire d'un côté ce que nous avons tant de peine à édifier de l'autre, au prix de nombreuses subventions.

Ce nouvel impôt de consommation est donc non seulement anticonstitutionnel, parce qu'il viole l'article 31 de la Constitution, mais il est aussi inopportun au point de vue économique.

Cette innovation est, en outre, souverainement injuste. Les fabricants de tabac ou de cigarettes fixeraient eux-mêmes les prix de ces cigarettes; mais, une fois les prix fixés, l'Etat garantirait les prix. A mon avis, c'est illogique et anormal. Il semble que si l'Etat garantit le prix, c'est-à-dire garantit que ce prix sera effectivement réclamé et payé, si l'Etat déclare: « Vous, consommateurs, vous commettez un délit si vous achetez des cigarettes à un prix inférieur à celui qui figure sur le tube », il semble, dis-je, que l'Etat devrait aussi, dans ces conditions, garantir à l'acheteur, tout d'abord que le prix réclamé par l'Etat correspond bien à la valeur de la marchan-

dise, majorée, bien entendu du gain justifié du fabricant et du vendeur. Et ensuite, si l'Etat interdit de vendre au-dessous du prix fixé, il semble qu'il serait logique que l'Etat empêchât de vendre au delà d'un prix normal.

Si l'Etat garantit au fabricant qu'il retirera toujours de sa fabrication un bénéfice fixé, il serait logique que l'Etat protège également le consommateur.

On a dit à la commission: « quant à la protection du consommateur, elle n'est pas nécessaire; la concurrence se charge de ses intérêts ». Or, depuis un certain nombre d'années, nous assistons à tant de constitutions de syndicats et de trusts de tout genre qu'il n'est plus possible, je crois, de dire aujourd'hui que la concurrence en elle-même suffit à protéger le consommateur.

Si vous voulez garantir le consommateur, il faut lui assurer la garantie de la qualité de la marchandise et lui garantir que le marchand n'abusera pas.

Si vous vouliez adopter le principe de l'intervention de l'Etat pour la garantie des prix sur d'autres produits, vous trouveriez sans doute beaucoup d'adhérents. Prenons un exemple. Le producteur de vin retire 80 cts. le litre de sa production et celle-ci est vendue au consommateur 4, 5 ou 6 fr. Proposez donc l'intervention de l'Etat pour que l'on fasse une répartition équitable entre le producteur et l'intermédiaire. Ici, il s'agit du producteur paysan qui peuple une grande partie de la Suisse et que vous ne pouvez pas abandonner. Proposez donc que l'Etat intervienne dans le commerce du vin de la même façon que vous le proposez en ce qui concerne la cigarette, c'est-à-dire que l'Etat garantisse au viticulteur un minimum de prix et, je le répète, vous aurez beaucoup d'adhérents. Mais vous ne direz pas que ce n'est pas là de l'étatisme et que ce n'est pas marcher à grands pas vers la nationalisation des produits.

Il me semble donc que la mesure proposée, en raison des considérations que je viens d'exposer, est absolument inacceptable.

Enfin, je dis que cet impôt de consommation se superposant à un autre est souverainement antipathique et impopulaire.

Comme je vous l'ai démontré, les cigarettes paient par rapport aux cigares un impôt considérablement plus élevé aujourd'hui déjà par la perception des droits à la frontière. J'ai donné les chiffres, je n'y reviens pas. Si l'on ajoute à cela un impôt de consommation uniquement sur les cigarettes, on commettra une véritable injustice. La cigarette est surtout fumée par la jeunesse. Il y a peut-être quelques pères au cœur un peu dur qui diront: « Tant mieux si on empêche les jeunes gens de fumer. » A la vérité, la cigarette est fumée surtout par la jeunesse et par les femmes. Est-il juste de réclamer ces 5,8 millions de cette catégorie de la population? La jeunesse est précisément la classe qui a le moins de ressources; quant aux dames, je n'ai pas besoin de vous dire que ce serait souverainement manquer de galanterie si, par un moyen détourné, on cherchait à les empêcher de fumer et de se procurer ce plaisir dont les hommes usent avec tant de satisfaction. Même les adversaires les plus acharnés de l'égalité des droits de la femme par rapport à ceux de l'homme doivent admettre que les femmes ont le droit de jouir de ce plaisir de fumer de temps en temps une cigarette. Voulez-vous

supprimer pour elle cette jouissance? Voulez-vous engager les femmes à renoncer à la cigarette pour fumer le cigare? Je ne le pense pas. Ce serait souverainement inélégant. Vous atteignez donc la femme et si, comme elle en a l'habitude, elle se plaint que les hommes font trop souvent des lois en leur faveur, cette fois au moins, elle aura parfaitement raison.

Ce ne sont ni les fabricants, ni les commerçants qui paieront les 7 ou 8 millions d'impôts dont le fisc a besoin. Il faudrait être bien naïf pour le supposer. Ce seront les consommateurs.

A la page 38 du message du Conseil fédéral, on trouve les majorations qui vont atteindre la cigarette pour produire ces 5,5 millions.

Les cigarettes fabriquées avec le Maryland paieront 13 cts. par boîte ou paquet de 20 pièces; celles fabriquées avec le tabac de Virginie paieront 9 cts.; celles fabriquées avec l'Orient. ord. 15,1 cts. et celles fabriquées avec l'Orient. fines 13,9 cts.

On peut dire que la cigarette vendue à 7 cts. et en-dessous verra son prix majoré, uniquement par l'impôt nouveau, de 15 cts. par boîte. Il est à craindre également que les fabricants ne profitent de l'occasion pour majorer quelque peu la vente de leurs produits, de sorte qu'il n'est pas téméraire de dire que la conséquence de l'impôt spécial sur la cigarette sera d'augmenter de 20 cts. le prix du paquet de cigarettes, ce qui est un impôt considérable par rapport à la valeur de l'objet vendu.

C'est en raison de toutes ces considérations que je vous fais la proposition de renvoyer l'affaire au Conseil fédéral pour nouvel examen, afin de voir s'il ne serait pas possible de trouver un autre système, soit sous la forme de la continuation du système actuel — ce qui me paraît avant tout préférable —, soit sous la forme d'une répartition plus équitable de l'impôt intérieur entre la cigarette et le cigare. Lorsque je parle de cigares — vous l'avez vu par le texte de ma proposition —, j'exclus d'emblée tous les cigares dits populaires, tous les « petits bouts » à 10 cts. Je ne sais pas comment vous pensez que le peuple va accepter cette situation. Vous imposez la cigarette que fume le peuple surtout et vous n'imposez pas le gros cigare fumé par les hommes riches ou aisés! (M. Schöpfer: Nous payons des droits d'entrée.) Vous payez des droits de douane, mais vous les payez dans une proportion moins grande que la cigarette que vous voulez frapper. Je le comprends, M. Schöpfer est un de nos très aimables fumeurs et je comprends qu'il fasse un geste indigné à l'idée d'une augmentation sur les cigares. Il n'est pas moins vrai que l'impôt sur la cigarette est bien plus élevé et je trouve que cela est parfaitement injuste. Si vraiment le Conseil fédéral ne peut pas revenir purement et simplement au système actuel, s'il veut absolument créer cet impôt de consommation souverainement impopulaire à tous points de vue, je voudrais que le Conseil fédéral examinât s'il ne serait pas possible de frapper également de cet impôt de consommation tous les cigares de luxe. Vous auriez ainsi supprimé cette injustice créée par le projet qui nous est présenté et qui frappe uniquement la cigarette essentiellement populaire sans toucher le cigare de luxe.

Je vous recommande encore une fois la proposition que j'ai eu l'honneur de vous présenter.

Allgemeine Beratung. — Discussion générale.

Böhi: Ich habe in der Kommission einen Standpunkt eingenommen, der sich weder mit demjenigen der Mehrheit der Kommission, noch mit dem Antrag des Herrn Evéquo auf Nichteintreten deckte. Ich stehe grundsätzlich auf dem Boden der bundesrätlichen Vorlage, d. h. der Besteuerung der Zigaretten. Herr Evéquo möchte dagegen die Besteuerung des Tabaks zur Hauptsache an die Landesgrenze verlegen, d. h. die Steuer in Form von Einfuhrzöllen erheben. Ich denke, der Vertreter des Bundesrates wird des nähern auseinandersetzen, welche Gründe gegen diese Art der Tabaksteuererhebung sprechen. Schon die Botschaft weist darauf hin, daß es im Wesentlichen zwei Gründe sind. Einmal müßte eine noch weitere Verteuerung des Tabaks an der Grenze auf den Verbrauch an Zigarren einschränkend wirken. Das wäre im Interesse der einheimischen Tabakindustrie zu bedauern, weil die Zigarrenfabrikation viel Handarbeit braucht, während die Zigarettenfabrikation hauptsächlich maschinell erfolgt. Ginge der Verbrauch an Zigarren zurück, so bestände die Gefahr der Verminderung des Beschäftigungsgrades und damit der Arbeitslosigkeit. Vor dieser Gefahr müssen wir aber gerade in der heutigen Zeit auf der Hut sein. Das andere, was gegen die Erhöhung des Tabakzollens an der Grenze spricht, ist die Gefahr, — ich erlaube mir den Ausdruck, — einer unerwünschten Erhöhung des inländischen Tabakbaues, der durch einen zu großen Zollschutz unerwünschte Dimensionen annehmen könnte. Herr Evéquo scheint mit dieser Gefahr nicht zu rechnen; aber ich verweise auf eine Tatsache, die auf Seite 21 der bundesrätlichen Botschaft erwähnt ist. Im Jahre 1925 wurde im Broyetal so viel Tabak angebaut, daß die schweizerische Tabakindustrie nicht mehr in der Lage war, die gesamte Produktion an Inlandstabak zur Verarbeitung zu übernehmen; denn der inländische Tabak ist eben nur in beschränktem Maße verwendbar. Damals mußte Bundeshilfe eintreten. Sie wurde durch Beschluß des Bundesrates vom 3. März 1926 auf dem Darlehensweg geleistet. Durch Vertrag vom 8. März 1926 zwischen dem Eidgenössischen Zolldepartement und der Association des Planteurs de Tabacs de la Vallée de la Broye in Payerne gewährte die Eidgenossenschaft der genannten Association ein zinsfreies Darlehen von 1,2 Millionen Franken, rückzahlbar innert zwei Jahren, um der Association den Ankauf der Tabakernten von 1923 bis 1925 zu ermöglichen. Die Tabakbauern des Broyetales mußten sich dabei verpflichten, im Jahre 1926 keinen Tabak anzupflanzen. Wenn der inländische Tabakbau allzu sehr ins Kraut schießen sollte, wie das bei einer großen Zollerhöhung leicht möglich wäre, wäre es auch möglich, daß wiederum Bundeshilfe eintreten müßte. Ich glaube aber, wir haben nachgerade genug an den Bundeshilfen, die jetzt schon geleistet werden müssen, für die Kartoffelverwertung durch die Alkoholverwaltung, für die Obstverwertung durch das neue Alkoholgesetz, für die Verwertung der Produkte des Wein- und Getreidebaues, der Milchwirtschaft u.s.f. Wir wollen nicht noch einen neuen Zweig der inländischen Produktion, der ja zur Landesversorgung nicht unbedingt notwendig ist, künstlich züchten, um ihm nachher Bundeshilfe leisten zu müssen.

Diese zwei Momente also, die Gefährdung der

einheimischen Tabakindustrie und die Gefahr einer unerwünschten Ausdehnung des inländischen Tabakbaues, sprechen gegen das von Herrn Evéquo empfohlene Prinzip einer noch weiteren Erhöhung des Tabakzolls an der Grenze, und deshalb kann ich seinem Antrag auf Nichteintreten nicht beistimmen. Ich gehe aber mit ihm in einem Punkte seines Antrages einig, nämlich mit seinem Schlußsatz: «Eine staatliche Garantie des Verkaufspreises soll nicht Platz greifen». Darin weiche ich von der Mehrheit der Kommission ab. Ich hätte die Begründung meines Standpunktes eigentlich auf die Detailberatung versparen und dort dann einfach eine Modifikation der Art. 19 und 12 beantragen können. Aber die Preisschutzklausel ist schon vom Herrn Berichterstatter und von Herrn Evéquo in ihre Eintretensvoten berührt worden und ist so wichtig, daß ich glaube, mich über diese Frage schon jetzt aussprechen zu sollen.

Ich bin also gegen die Preisschutzklausel und gegen die damit in Verbindung stehende Differenzierung der Zigarettensteuer von $\frac{1}{2}$ Rappen und 1 Rappen. Nach meiner Ansicht müssen diese beiden Dinge miteinander behandelt werden. Man hat in der Kommission lang über die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Preisschutzklausel gesprochen. Die Begeisterung für diese Erfindung war bei den Mitgliedern der Kommission nicht groß; aber schließlich hat die Kommission die Klausel doch geschluckt aus Furcht, daß sonst die Vorlage verloren sei. Es hieß: die Tabakindustriellen sind einverstanden mit der Vorlage, wenn sie die Preisschutzklausel enthält; wird diese ausgemerzt, dann wird die Vorlage von den Tabakindustriellen bekämpft, und die Vorlage ist verloren. Diese Argumentation hat Eindruck gemacht, und ihr ist die Annahme der Klausel zu verdanken. Aus Kreisen des Gewerbes sind dann aber auch andere Stimmen laut geworden, die erklären: Wenn die Preisschutzklausel in der Vorlage bleibt, dann ist diese unannehmbar. Ob nun die Chancen für die Vorlage größer sind bei Annahme oder bei Ablehnung der Klausel, wage ich nicht zu entscheiden. Ich glaube auch, diese Erwägung sollte für den Ständerat nicht in erster Linie ausschlaggebend sein.

Noch ein Wort zur Verfassungsmäßigkeit. Der Herr Kommissionspräsident hat bereits erwähnt, daß hierüber zwei Gutachten von, ich glaube man darf sagen: zwei Kronjuristen des Bundesrates vorliegen, von den Herren Professoren Blumenstein und Burckhardt. Zu welchem Resultate kommen sie? Herr Prof. Blumenstein bejaht die Verfassungsmäßigkeit, ich möchte sagen, unbedingt. Herr Burckhardt bejaht sie bedingt, bedingt nämlich in der Weise, daß er sagt: Wenn die Tabaksteuer, die in Art. 41ter der Bundesverfassung ihre konstitutionelle Grundlage hat, ohne die Preisschutzklausel nicht durchgeführt werden kann, dann ist diese verfassungsmäßig, und dann müssen die Rücksichten auf die Handels- und Gewerbefreiheit zurücktreten; wenn die Tabaksteuer sich aber auch ohne Preisschutzklausel durchführen läßt, dann ist sie verfassungswidrig. Er sagt weiter, über die Frage ob die Preisschutzklausel notwendig sei oder nicht, fehle ihm die Detailkenntnis; das müßten die politischen Behörden prüfen und entscheiden. Ich gehe mit dem Gutachten des Herrn Burckhardt einig und erlaube mir, die Frage der Notwendigkeit der Preisschutz-

klausel zur Durchführung der Tabakbesteuerung kurz zu untersuchen. Dabei möchte ich nicht mit juristischen Erwägungen, sondern einfach mit Zahlen argumentieren.

Ich bitte Sie, im Anhang zur bundesrätlichen Botschaft Tabelle 18 auf Seite 56 aufzuschlagen. Da finden Sie folgende Berechnung des Steuerertrages: Der ganze Zigarettenkonsum wird auf 1200 Millionen veranschlagt, wie auch Herr Evéquoz und der Herr Berichterstatter angegeben haben. Hievon haben 1170 Millionen einen Verkaufspreis von unter 7 Rp. und bringen $\frac{1}{2}$ Rp. Steuer ein, zusammen also 5,850,000 Fr.; die übrigen 30 Millionen im Verkaufspreis von 7 Rp. und darüber, mit einer Steuer von 1 Rp. pro Stück, bringen 300,000 Fr. ein, zusammen also 6,150,000 Fr. Das ist der Ertrag nach der bundesrätlichen Vorlage. Lassen wir die Differenzierung fallen, und besteuern wir alle Zigaretten nur mit $\frac{1}{2}$ Rp., so macht das für die zweite Gruppe 150,000 Fr. aus, es gehen also von den 6,150,000 Fr. 150,000 Fr. ab, und wir kommen auf die runde Summe von 6 Millionen. Also eine Differenz von 150,000 Fr. auf 6 Millionen, das macht den 40. Teil oder 2,5 % der ganzen Steuer! Ich glaube, das ist nicht zu widerlegen. Ich frage nun: Ist dieses Plus von 150,000 bei einer Steuererhebung, die von den Zigaretten allein 6 Millionen Franken und von den übrigen Tabaken im Wege des Zolles noch weitere 24 Millionen, im ganzen also 30 Millionen ergeben soll, eine Notwendigkeit zur Durchführung der Tabakbesteuerung? Ich glaube das nicht. Das ist ein so winziger Bruchteil, eine so unwesentliche Summe, die gar keine Rolle spielt im Verhältnis zum ganzen Steuerertrag von 30 Millionen oder auch nur zu den 6 Millionen aus der spezifischen Zigarettensteuer, daß ich den Schluß ziehen und sagen muß: diese Differenzierung mit ihrem Ertrag von nur 150,000 Fr. ist wirklich nur ein Vorwand, um die Preisschutzklausel einführen zu können. Die Differenzierung ist nicht die notwendige Folge des Steuersystems, sondern sie ist eine gesuchte, künstlich konstruierte Grundlage für die Preisschutzklausel.

Man hat auch gesagt, die Differenzierung erfülle eine soziale Funktion; aus sozialen Gründen müsse man einen Unterschied zwischen den Zigaretten von 7 Rp. und solchen, die billiger sind, machen. Ich glaube, auch das ist mehr ein Schein- als ein wirklicher Grund. Wenn man aus sozialen Gründen Unterschiede im Steueransatz machen wollte, müßte man solche auch bei der Zigarre machen. Denn an Zigarren werden viel teurere Exemplare geraucht als bei den Zigaretten. Ich weiß zwar als Nichtraucher nicht, wie teuer die besten Marken sind, aber es gibt jedenfalls solche, von denen man füglich sagen kann: Das ist großer Luxus, und dieser würde eine schwerere Mehrbesteuerung rechtfertigen als den halben Rappen, mit dem man die teureren Zigaretten belegt. Also mit der sozialen Begründung der Steuerdifferenzierung ist es nicht weit her.

Man hört auch etwa Stimmen, die sagen, die vorgeschlagene Preisschutzklausel präjudiziere die staatliche Preisbildung auf andern Gebieten, und das sei doch nicht gerade wünschenswert. Der Herr Kommissionspräsident hat mit Recht erwähnt, wir hätten solche staatliche Preisbildungen bereits bei Getreide, Milch, Fleisch usw. Aber ich frage den Herrn Präsidenten: Sind das glücklich gewählte

Beispiele, um Freunde zu werben für weitere staatliche Preisbildungen? Der Preis für Inlandgetreide, der jetzt 20 Fr. für den q über dem Weltmarkt steht? Dann die Zwangsorganisation in der Milchwirtschaft, die einen zu hohen Milchpreis festhalten will und damit die Anpassung an den Weltmarkt und den Absatz verhindert? Damit komme ich auf meine alte Klage zurück, daß diese Zwangsorganisationen den freien Handel unterdrücken, indem der freie Handel mit 15 Fr. Käseexportgebühren belastet wird, während der organisierte Unionshandel nur 2 Fr. bezahlen muß, eine Verletzung der Handels- und Gewerbefreiheit, die ich, obschon sie der Bundesrat wiederholt sanktioniert hat, immer noch nicht verwinden kann. Dann die Regulierung der Vieheinfuhr durch Schließen und Oeffnen der Grenze weniger nach seuchenpolizeilichen Gesichtspunkten als nach der Rücksicht, ob der Fleischbedarf und der Fleischpreis im Inlande höher oder niedriger ist. Das sind Beispiele staatlicher Preisregulierung, die nicht geeignet sein, dürften, Bedenken zu zerstreuen, die man gegen eine neue staatliche Preisbildung oder Preisschutzmaßnahmen hat. Es ist ja ganz richtig, wie der Herr Präsident gesagt hat: Der Bund setzt nicht den Preis für die Zigaretten fest; der Preisansatz ist den Fabrikanten freigestellt; der Bund sagt nur, der Preis müsse angegeben werden, und je nach diesem Preise wird die Steuer erhoben. Aber ich sage: es wird da wegen eines Mehrbetrages von 150,000 Fr., ein größerer Apparat eingeführt, der zur Durchführung der Tabaksteuer nicht nötig ist, und der, wenn man auf das Gutachten von Herrn Prof. Burckhardt abstellt, als liquid verfassungswidrig bezeichnet werden muß. Ich glaube aber, mit dem Moment der Verfassungswidrigkeit weniger Eindruck zu machen als mit dem Hinweis auf die praktische Bedeutungslosigkeit der Differenzierung. Daß mit ihr auch eine gewisse polizeiliche Belästigung des Detailhandels verbunden ist, daß die Gefahr der Umgehung des Verbotes besteht, indem man durch Schenkung oder Gratifikationen eine Preisermäßigung eintreten lassen kann; daß die Gefahr der Denunziation droht, ja mit diesem notwendig zusammenhängt, das alles will ich nur nebenbei erwähnen. Man hat aber gewiß kein Bedürfnis nach vermehrter Polizeiaufsicht und vermehrten polizeilichen Eingriffen im Gebiete des Handels und Verkehrs.

Das sind die Gründe, die mich veranlassten, in der Kommission gegen die Preisschutzklausel zu stimmen. Ich will aber sagen, daß ich gegen eine gewaltige Mehrheit unterlegen bin. Ich habe mich dann in der Schlußabstimmung enthalten. Herr Evéquoz stimmte gegen Eintreten, die andern Mitglieder stimmten für die Vorlage. Ich glaube, die Sache sei von solcher Bedeutung, daß ich hier auch meinen Minderheitsstandpunkt vertreten durfte. Ich stimme also mit der Mehrheit der Kommission für Eintreten, behalte mir aber vor, bei der Detailberatung Modifikationsanträge zu stellen.

Thalmann: Gegen das System des Gesetzes möchte ich keine Opposition machen, obschon hier die Kritik des Herrn Evéquoz doch einiges Gewicht zu haben scheint. Ich bezweifle auch, daß es nicht möglich sein sollte, zu den 20 Millionen Franken nach dem bisherigen System noch 50 % mehr an der Grenze zu erheben. Wenn ich recht unterrichtet bin,

hat man in den Behörden und den beteiligten Industriekreisen darum auch den Gedanken ernsthaft erwogen, die Sache auf dem Wege des Zolles zu regeln. Noch in der letzten Zeit hat man ab und zu davon gehört, es solle vielleicht doch noch ein Systemwechsel von der Inlandsabgabe zum Zollsystem stattfinden. Aber wie gesagt, ich möchte gegen das System nicht Einspruch erheben, um so weniger als mir die Lösung, die hier gefunden worden ist, direkt elegant zu sein scheint. Man kann schon sagen, daß, wenn man einmal dazu übergeht, durch behördliche Kontrolle die Betriebe auf ihre Steuerpflicht derart zu prüfen, wie das hier notwendig ist, die Formulierung eines so einfachen Systems wie es vom Departement vorgeschlagen wird, nach welchem mit vier bis fünf Beamten die ganze Steuer veranschlagt und erhoben werden kann, eine recht schöne Leistung bedeutet.

Ich wende mich aber dagegen, daß das Bekenntnis zu diesem «Schweizersystem» ohne weiteres zur Folge habe, daß in keinem einzigen Artikel noch irgendetwas geändert werden dürfe, ohne daß man das System zerstörte. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Referenten, der erklärt hat, der Preisschutz gehöre einfach zum ganzen System, bin ich der Meinung, daß der Preisschutz mit dem fiskalischen System gar nichts zu tun hat. Das Gesetz bleibt fiskalisch unberührt, wenn wir den Preisschutz weglassen. Wer hat denn den Preisschutz verlangt? Nicht etwa die Oberzolldirektion oder der Departementsvorsteher. Diese haben vielmehr erklärt, daß sie gerne darauf verzichten. Aber die Herren Industriellen haben ihn verlangt. Diese offene Erklärung der Bundesorgane beweist Ihnen, daß eine Notwendigkeit des Preisschutzes zur Veranlagung oder Erhebung der Steuer nicht besteht. Das kann auch ohne weiteres mathematisch bewiesen werden. In Zukunft soll bestraft werden, wer Zigaretten unter dem Preise verkauft. Dann kommt der Staatsanwalt und klagt den Verkäufer ein. Ein Unikum, das wir bisher in der Schweiz noch nicht gehabt haben. Wir haben bisher nie gehört, daß jemand bestraft wurde, weil er seine Ware zu billig verkaufte. Die ganze Kasuistik, die der Herr Referent über andere Preisbestimmungen vorgebracht hat, liegt ja auf einem ganz anderen Gebiete. Gewiß sind schon Preise festgesetzt worden; aber noch nie hat man den Staatsanwalt hinter jemanden geschickt, der seine Ware zu billig verkauft hat. Das hat man nur in diesem Gesetz gemacht, und zwar lediglich deshalb, weil die beteiligten Fachkreise es verlangten und erklärten: «Wir machen dem Gesetz Opposition, wenn Ihr uns nicht diese Konzession macht!» Wir dürfen hier ja offen reden. Es ist unbestreitbar, daß man nur aus referendumspolitischen Gründen den Preisschutz ins Gesetz aufgenommen hat. Setzen Sie den Fall, eine Schachtel Luxuszigaretten, die einen Rappen Steuer pro Stück bezahlt, wird zum gleichen Preise verkauft wie die Volkszigaretten, also unter dem angeschriebenen Preis. Der Fiskus ist nicht geschädigt, nur der Steuerpflichtige hat den doppelten Betrag bezahlt, er hätte für die Volkszigaretten nur den halben Preis bezahlen sollen. Deshalb braucht man niemand zu bestrafen. Die Behauptung, aus steuerlichen Gründen müsse der Preisschutz eingeführt werden, ist also zweifellos nicht richtig. Es ist auch behauptet worden und

gerade auch in einem Briefe, den Herr Evéquoz Ihnen zur Kenntnis gebracht hat, wenn man nicht die Preisschleuderei der galizischen Händler unterbinde, gehe das ganze Gewerbe zugrunde, und dann könnten auch keine Steuern mehr bezahlt werden. Das stimmt nicht; denn Steuern werden soviel bezahlt als Zigaretten geraucht werden. Der Fiskus wird schon zu seinem Gelde kommen und wenn er selbst die Bestände liquidieren müßte. Der Konsum bedingt den Umfang der Steuer, und es ist anzunehmen, daß der Konsum nicht zurückgeht.

Es ist schwer, den Ausgang einer Abstimmung zu prophezeien. Ich habe aber doch die Hoffnung, daß trotz der Drohung der Tabakinteressenten das Gesetz auch ohne Preisschutz durchgebracht werden sollte. Man hat die Alkoholvorlage durchgebracht, man sollte auch dieses Zigarettensteuergesetz durchbringen, welches ja in Wirklichkeit für den Konsumenten eine äußerst bescheidene Belastung bringt. Die Industrie würde sich nach meiner Meinung den falschen Finger verbinden, wenn sie in der Frage der Alters- und Hinterlassenenversicherung wegen dieser Preisschutzgeschichte eine Kampagne gegen das Gesetz entfachen wollte. Die Stimmung könnte sich dann so kehren, daß schließlich die Monopolfreunde zunehmen würden. Also wegen des Referendums habe ich keine großen Befürchtungen.

Sei dem aber, wie ihm wolle, jedenfalls geht die Sache nicht so, wie sie vorgebracht wird, aus Verfassungsgründen, aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gerechtigkeitsgründen. Der Inhalt des Gutachtens Burckhardt ist bereits von den beiden Vordnern Evéquoz und Böhi behandelt worden. Ich konstatiere bloß, daß fiskalisch der Preisschutz nicht notwendig ist, und daß damit aus dem Gutachten Burckhardt hervorgeht, daß der Preisschutz verfassungswidrig ist. Daran ändern die sehr interessanten Ausführungen des Herrn Ständerates Schöpfer über die Entwicklung der Praxis in bezug auf Art. 31 der Bundesverfassung nichts. Dieser Artikel gilt nach wie vor. Richtig ist nur soviel, daß dieser Artikel schon einige Male verletzt worden ist. Die Verletzungen haben den Artikel aber nicht beseitigt. Es ist gut, daß er noch gilt. Mit den vorgeschlagenen Preisfestsetzungen verfolgt ja allerdings der Bundesrat, nach der Meinung vieler zu Unrecht, seit einer langen Reihe von Jahren die Politik der Hochhaltung der Preise. Der Preisschutz gehört in das gleiche Kapitel wie die verschiedenen Maßnahmen zur Hochhaltung der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Ueber diese Frage will ich mich hier nicht weiter verbreiten, es würde zu weit führen. Hier sei aber festgestellt, daß die Bewilligung des Preisschutzes in der vorgesehenen Form an eine einzelne Branche eine Ungerechtigkeit bedeutet gegenüber andern und die Privilegierung eines einzelnen Standes. Man hat zwar erklärt, durch die ausnahmsweise Besteuerung des Tabaks würde diese Branche besonders hergenommen, so daß es sich rechtfertige, ihr etwas zum Ausgleich zu bieten. An und für sich könnte ein gewisses Aequivalent durch eine außerordentliche Erschwerung begründet werden. Aber man darf jedenfalls nicht als Aequivalent eine Ausnahme von Verfassungsgrundsätzen bewilligen. Uebrigens ist die Belastung nicht unerträglich. Wenn die Steuern nicht ganz auf den Verbraucher abgewälzt würden, wäre ohnehin das ganze Gesetz ungerecht, denn wir

haben kein Recht, von der Zigarettenindustrie, von den Zigarettenfabrikanten und den Händlern ein besonderes Opfer zu verlangen. Das wird tatsächlich auch nicht verlangt.

So kommt also ein Stand und sagt, es gibt zwar in der ganzen Schweiz sonst keinen solchen Preisschutz, aber wir werden das Referendum ergreifen, wenn ihr uns allein diese Konzession nicht macht. Ich will nicht so weit gehen, für das Zementsyndikat oder die Bierbrauer ebenfalls den Staatsanwalt zu reklamieren für den Fall, daß die Preise des Zementsyndikates nicht eingehalten werden oder daß das Glas Bier unter einem bestimmten Preis verkauft wird.

Wenn man ohne Verletzung der Verfassung an einen Preisschutz gehen wollte, so könnte das nur allgemein auf dem Gebiete der Markenartikel geschehen. Fragen Sie in den Kreisen der Markenartikelfabrikanten und -Händler nach, so werden Sie konstatieren, daß dort oft der Wunsch nach dem Preisschutz bei Markenartikeln geäußert wird. Es soll nach der Meinung dieser Leute nicht nur die gewöhnliche Markenrechtsverletzung bestraft werden, sondern der Inhaber eines Markenschutzartikels soll auch das Recht haben, dem Wiederverkäufer seines Artikels zu sagen: Du darfst meinen Markenartikel bei Gefahr der Bestrafung für den Fall der Zuwiderhandlung nur zu dem und dem Preis weiter verkaufen. Darüber wäre vielleicht zu reden bei einer Revision des Markengesetzes. Jetzt kann man jedenfalls nicht eine Branche herausgreifen und sagen: Die Zigarettenmarke allein wird so geschützt, die andern Marken dagegen erfahren eine andere Behandlung. Ich behaupte, es werde leider bei der Gesetzgebung im Bunde des öfters so vorgegangen, daß wichtige grundsätzliche Fragen nicht ex professo behandelt werden, sondern daß auf irgendeinem andern Gebiet Lösungen für den Spezialfall getroffen werden. So ist es auch hier wieder gegangen. Man erklärt den Zigarettenfabrikanten: Eure Markenartikel genießen den Preisschutz, über die andern Marken reden wir überhaupt nicht.

Diese Gründe haben mich zum grundsätzlichen Gegner des Preisschutzes bei den Zigaretten gemacht. Ich weise Sie dazu noch auf die Konsequenzen hin, damit Sie so recht sehen, wie unrichtig der Gedanke des Preisschutzes ist. Nehmen Sie an, ein Händler habe einen großen Posten Zigaretten gekauft. Später ist er aus irgendeinem Grunde gezwungen, die Ware unter dem Preise zu liquidieren, sei es daß er in Zahlungsschwierigkeiten gerät und er sich Geld verschaffen muß, sei es, daß der Artikel nicht geht und er damit abfahren will, sei es, daß die Ware beschädigt wird. Nach der Vorlage sind für den Fall des Verkaufs unter dem offiziellen Preis besondere Vorschriften auf dem Verordnungswege in Aussicht genommen. Man hat mir gesagt, man denke an eine eidgenössische Kommission, wahrscheinlich aus den beteiligten Industrie- und Handwerkskreisen. Stellen Sie sich deren Funktionieren vor. Wenn irgendein kleiner Händler in Maloja in Zahlungsschwierigkeiten kommt und seinen Zigarettenstock verkaufen will, muß diese Kommission zusammengetrommelt werden, damit sie bestimme, ob die Zigaretten unter dem Preise verkauft werden dürfen. Dieser Fall ist nicht konstruiert, das geht nachher so. Der Entscheid steht dann tatsächlich einer eidgenössischen Kommission

zu; wenn sie nein sagt, so darf der Kaufmann nicht billiger verkaufen, auch nicht, um Schulden zu decken. Der Mann muß zuerst bankerott werden, vorher darf er den Verkauf unter Preis ohne Einwilligung der eidgenössischen Kommission nicht vornehmen.

Ich befürchte, wie Herr Evéquoz, daß die Stimmung für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung viele Herren Kollegen dazu führen wird, die Vorlage unverändert anzunehmen, weil sie glauben, mit ihrer Kritik das Versicherungswerk zu gefährden. Ähnliches sagt man uns aber bei allen möglichen Gelegenheiten. Man präsentiert uns Gesetze, die man uns damit empfiehlt, weil der Endzweck gut sei, müsse man alles Mögliche schlucken. In diesem Falle wäre es nicht nötig. Man muß den Tabakinteressenten sagen, «die Verfassung gilt für euch wie für alle anderen, wir können euch den Preisschutz nicht bewilligen». Man kann ein warmer Anhänger des Versicherungsgedankens sein, und ich gehöre auch dazu, aber man darf doch nicht auf Detailkritik verzichten und alles annehmen, was, wie dieser Preisschutz — entschuldigen Sie den Ausdruck — gegen den gesunden Menschenverstand spricht.

Wenn Herr Böhi bei Art. 19 den Antrag auf Streichung stellen wird, werde ich mich daher anschließen. Im übrigen teile ich seine Auffassung über das Gesetz im allgemeinen und stimme ebenfalls für Eintreten.

M. Musy, président de la Confédération: Il me paraît superflu de dire que la question est intéressante. Elle a soulevé une discussion qui ne m'a pas étonné. Je l'attendais. J'ai passé moi-même par tous ces états d'esprit.

En 1920 déjà, lorsque j'ai pris la direction du Département des finances, je suis immédiatement arrivé à la conviction que l'imposition du tabac devait donner davantage. J'ai pensé que nous pouvions, par un système simple et rapide, percevoir à la frontière d'importantes sommes sur le tabac. Nous y sommes arrivés petit à petit, par certaines modifications et suivant un développement très rationnel.

Nous avons abouti au système que nous vous présentons maintenant à titre définitif. Vous êtes tous d'accord en ce qui concerne les droits perçus à la frontière sur les produits manufacturés étrangers, et sur tous les produits bruts. Où nous divergeons, c'est sur l'imposition complémentaire à l'intérieur, ne frappant que la cigarette.

Au fait, le problème n'est pas si facile à résoudre: il suffit de se souvenir que depuis 40 ans on en cherche la solution. Il y a plus de 40 ans, en effet, que le conseiller fédéral Chalet-Venel présenta aux Chambres une solution, qui échoua. Pendant la période de guerre, alors que l'on avait un grand besoin d'argent, on s'est contenté de maintenir un système suranné, qui n'apportait à la Confédération qu'une recette moyenne de 2 à 3 millions, représentant ainsi une imposition inférieure à un franc par tête de population, tandis que celle des autres pays atteignait déjà une moyenne de 10, 15, même 20 fr.

En 1920, considérant, d'une part, l'insuffisance de l'imposition et, d'un autre côté, la nécessité d'obtenir de nouvelles recettes, j'ai immédiatement cherché le moyen d'arriver rapidement à une augmentation du rendement.

M. Evéquoq a fait allusion au taux différentiel. Il n'y avait pas de doute que, même les qualités de tabac tout à fait ordinaires, devaient payer à la frontière un droit supérieur à 25 fr. par 100 kg. Nous avons proposé au Conseil fédéral de passer de 25 à 75 fr., sans faire de différence entre les qualités, c'est-à-dire sans distinguer entre les tabacs pour cigarettes, pour la coupe, ou pour cigares. Je me suis réservé déjà alors la faculté d'introduire un impôt progressif et, d'un autre côté, par l'introduction d'un système différentiel, la possibilité de frapper davantage les tabacs affectés à la fabrication de la cigarette, un peu moins les tabacs réservés à la coupe et moins aussi les tabacs affectés à la fabrication du cigare.

La première expérience ne s'est heurtée à aucune difficulté. Tout le monde a admis l'augmentation du taux de 25 à 75 fr. C'était encore beaucoup moins qu'ailleurs.

Mais lorsque, deux ans plus tard, nous avons envisagé l'introduction du système progressif, on nous a dit: « L'essai a été tenté dans d'autres pays; il n'a pas réussi. » L'Angleterre a le système de l'imposition globale. On fait une différence quant à la densité. Le tabac plus sec paie un droit plus élevé. Mais il n'y a pas de différence basée sur la qualité et l'emploi.

Le système que nous avons présenté était à la fois progressif et différentiel. Les fabricants se sont inquiétés à l'origine, mais après deux ans d'expérience, l'opposition disparut; on put songer à rendre le système définitif. Constatant qu'il donnait les 20 millions demandés, que le consommateur ne s'en trouvait pas mal et que les fabricants et les détaillants l'acceptaient comme solution définitive, le Conseil fédéral n'a pas hésité à vous préconiser un régime auquel, dans certains milieux, on a donné le nom de système suisse.

Aujourd'hui, nous estimons que 20 millions sont insuffisants. Il faut que le tabac nous donne davantage. Les assurances exigent 30 millions. M. Evéquoq a dit que le tabac et l'alcool doivent couvrir une large partie des dépenses des assurances. Je vais plus loin; je déclare que le tabac et l'alcool doivent assurer la totalité de la couverture financière des assurances.

Le budget de la Confédération, avec le développement que nous constatons dans les dépenses et avec l'éventualité d'une réduction de recettes ne supporterait pas l'inscription d'une somme destinée aux assurances. L'assurance-vieillesse doit être alimentée totalement et exclusivement par le produit de l'impôt sur le tabac et l'alcool. Vous verrez, lorsque nous discuterons le budget au mois de décembre, le développement des subventions à l'instruction professionnelle, à l'école primaire, à l'assurance-maladies, l'assurance-accidents. Toutes ces subventions, dont les conditions sont fixées dans les lois vont en augmentant et l'on ne peut les réduire à moins de modifier les taux de base contenus dans les lois. Au point de vue financier, il est donc impossible d'alimenter les assurances par un prélèvement sur les recettes ordinaires. Il faut demander au tabac et à l'alcool la totalité de ce qui est nécessaire.

Dans tous les autres pays, le tabac et l'alcool apportent au fisc une recette telle qu'une simple portion de cette somme suffit à alimenter les assurances dans la mesure où l'Etat s'y intéresse. Il n'y

a donc pas lieu d'être inquiet de ce que la Confédération ne peut consacrer aux assurances que les recettes du tabac et de l'alcool. On pourrait plutôt s'inquiéter de ce que l'Etat consacre la totalité de cette recette aux assurances.

Je voudrais insister sur cet aspect du problème qui, au point de vue de notre politique budgétaire, me paraît avoir une importance particulière.

Il faut 30 millions. Est-ce trop? Evidemment, non. Cela fait en moyenne 7 fr. par tête de population. Or, le tabac rapporte 15 fr. en Allemagne, 20 fr. en France, 30 fr. en Angleterre. Nous demandons au contribuable un sacrifice qu'il peut parfaitement accepter, de l'avis unanime.

Reste à s'entendre sur le moyen de prélever ce complément. Point de divergences sur le principe fondamental de la perception à la frontière. Mais M. Evéquoq ne peut pas se rallier à l'impôt complémentaire. « Si vous voulez augmenter cette recette, dit-il, vous n'avez qu'à augmenter à la frontière les droits sur le tabac pour les cigarettes et pour les cigares. Vous aurez de la sorte 10 millions sans avoir cette complication de l'impôt intérieur et surtout en évitant cette garantie de prix qui est très désagréable. »

L'idée de M. Evéquoq nous est venue à tous. J'y ai songé dès qu'il a paru nécessaire d'augmenter la recette. « Nous avons un pressoir, me disais-je, il n'y a qu'à donner un tour de vis et nous aurons nos 10 millions. Il suffit d'augmenter nos droits à la frontière dans la mesure nécessaire. On frappera surtout la cigarette, un peu moins le tabac pour la pipe et pour le cigare. » Le taux différentiel n'est pas une nouveauté. Les fabricants, à l'origine, avaient eu des doutes au sujet de la possibilité de l'appliquer. La pratique a démontré que les difficultés étaient moins grandes qu'ils ne l'avaient entrevu.

Pendant, dans le cadre du système actuel déjà, la différenciation considérable entre les tabacs qui sont destinés à la cigarette et celui réservé aux cigares, demande un contrôle très serré. Les mêmes tabacs qui, destinés à la fabrication des cigares, ne paient que de 170 à 280 fr., et 275 en moyenne s'ils sont destinés pour la coupe, paient de 610 à 800 fr., quand ils sont destinés à la cigarette; par conséquent, comme l'a dit M. Schöpfer tout à l'heure, sous le régime actuel, la menace de fraude est déjà considérable. Des fraudes se sont effectivement produites; j'espère que ceux qui ont été punis se rappelleront la somme qu'ils ont dû verser: elle a été très considérable et ils ne récidiveront pas à l'avenir.

Dans ces conditions, Messieurs, il ne paraît pas possible d'augmenter encore cet écart pour obtenir un supplément de 10 millions. Il y a actuellement un écart de 400 à 600 fr. par 100 kg entre les taux minima des tabacs à cigares et ceux des tabacs à cigarettes. Si l'augmentation des recettes devait être produite par la majoration des taux de douane, cet écart serait porté à 1500 fr. par 100 kg. Est-il possible, dans une usine qui fabrique en même temps, dans les mêmes locaux, des cigarettes, des cigares, du tabac pour la coupe, est-il possible de laisser introduire, en même temps et sans contrôle les diverses qualités de tabac qui devraient payer 300 fr. si elles sont destinées à la coupe ou à la fabrication du cigare, ou jusqu'à 1700 fr. si elles sont réservées à la cigarette?

A la réflexion, une telle différence paraît être incontestablement une tentation trop grande, à moins de se résigner à imiter certains pays, qui ont créé le poste de contrôleur permanent dans l'usine, le contrôleur y arrivant le premier le matin et en partant le dernier le soir, de façon que les utilisations soient faites conformément aux déclarations faites à la frontière, aux taxes payées au moment du dédouanement.

Un tel système, désagréable, nécessairement tracassier, cesserait promptement d'être praticable. L'administration des douanes, qui a une grande habitude de ces taux différentiels et de la surveillance à exercer dans leur application est convaincue qu'une extension des différences allant jusqu'à 100 %, nécessaire si l'on veut augmenter la recette de 10 millions, n'est pas possible, à moins, encore une fois, de mettre le contrôleur à l'usine et de l'y laisser du matin au soir.

M. Evéquoze a fait une suggestion. « Répartissez votre taxe, vos majorations, autrement, dit-il; prenez un peu moins sur les cigarettes; soyez galants et courtois à l'égard des dames; prenez un peu plus sur les cigares, sur les bouts tournés en particulier. »

Est-ce possible? Est-ce que nous pouvons demander quelque chose de plus aux fumeurs de cigares, de tabac pour la pipe, pour demander moins aux fumeurs de cigarettes et réduire ainsi l'écart du taux différentiel? Ceux qui ont fait partie de la commission des experts ont pu se rendre compte que tout le monde avait examiné cette question avec le maximum d'attention. Mais les considérations fiscales n'entrent pas seules en ligne de compte. Il y en a d'autres, d'ordre économique.

M. Evéquoze envisage une augmentation de l'impôt sur les cigares fins. Il oublie que le cigare fin étranger paie déjà 1000 fr. par 100 kg. poids brut, soit plus de 10 cts. d'impôt par pièce. Je défie quiconque de fumer chez nous un cigare de l'étranger sans avoir payé au moins 10 cts. d'impôt par pièce.

Je ne voudrais pas que l'exposé de M. Evéquoze vous laisse l'impression que le cigare fin ne paie rien. Il paie beaucoup, au contraire, comme les cigarettes fines étrangères.

Pouvons-nous frapper davantage les tabacs bruts destinés à la fabrication des bouts tournés indigènes? Nous avons pris contact avec les fabricants. Vous savez dans quelles conditions s'est développée la fabrication du cigare suisse pendant la guerre. Tout allait bien, au début, parce qu'on pouvait exporter; les fabriques étrangères ne fournissaient plus dans la même mesure qu'auparavant. La Suisse a pu exporter des quantités énormes de tabac. Si dans cette période de guerre, soit dit entre parenthèses, on avait eu le système actuel, on aurait pu réaliser aisément 30 millions sur les cigarettes. — Mais aujourd'hui, si vous examinez la situation des manufactures de cigares d'Argovie, du Tessin, de Berne, et de Vaud, vous constaterez, que les fabriques de cigares, de bouts tournés, ont une peine énorme à équilibrer leurs dépenses; elles ont des difficultés considérables par le jeu de la concurrence, et malgré la protection douanière.

La fabrication des cigarettes, est peu intéressante au point de vue économique, parce qu'elle fournit peu de travail à la main d'œuvre indigène. Je crois qu'on arrive maintenant à produire jusqu'à 400,000

cigarettes par jour, simplement à l'aide d'une machine, actionnée par une seule femme. Au contraire on ne peut pas confectionner les cigares à la machine; ils sont tous faits à la main, y compris les brissagos et les cigares ordinaires. L'industrie du tabac occupe ainsi des milliers d'ouvriers. Au moment où nous avons établi les taxes fiscales sur les différentes espèces et qualités de tabacs, nous avons évidemment tenu compte de la situation des fabriques de cigares, de bouts tournés et de cigares ordinaires. Des considérations d'ordre économique nous ont amené à la conclusion qu'il est impossible de frapper davantage la coupe et le cigare. Nous avons déjà fait une simplification. Précédemment, nous avions trois taux pour le cigare et trois pour la pipe. A l'avenir, nous n'aurons plus qu'une seule position pour la coupe, mais nous garderons les trois positions pour le cigare.

M. Evéquoze a commis une grave erreur de chiffres. Il a dit: « D'après votre combinaison, vous voulez obtenir 3 à 4 millions de plus à la frontière. Il restera à peu près 5 ou 6 millions à prendre à l'intérieur. Prenez-les donc aussi à la frontière et vous n'aurez pas besoin de frapper la fabrication intérieure. »

Cette considération est importante et je dois y insister. M. Evéquoze dit que d'après le système que nous proposons, nous allons trouver un complément de 3 à 4 millions à la frontière. Or, l'application des taux contenus dans l'arrêté ne donnera comme impôt à la frontière que 700,000 fr. de plus et non 3 à 4 millions. Nous voulons prendre le solde ailleurs, parce que nous ne pouvons pas le trouver à la frontière.

Voici comment M. Evéquoze calcule: en prélevant sur 1200 millions de cigarettes $\frac{1}{2}$ ct. par cigarette ordinaire et 1 ct. par cigarette fine, cela fait 5 ou 6 millions. Les 3 ou 4 millions qui manquent seront donc prélevés à la frontière. Mais nous ne sommes pas liés définitivement par le chiffre de 1200 millions de cigarettes énoncé dans le message. Nous sommes certains, maintenant, que ce chiffre sera dépassé. L'année dernière, la consommation des cigarettes en Suisse, n'a pas été de 1200 millions, mais de 1,6 à 1,7 milliard. En 1930, la consommation sera probablement de 1,8 à 1,9 milliard. L'accroissement est continu. On fume moins la pipe, moins de cigares, mais davantage de cigarettes. Au point de vue fiscal, il importe de jeter son filet là où passe le poisson; nous devons imposer la grosse consommation. M. Evéquoze peut se tranquilliser. Par l'imposition de la cigarette, à raison d'un demi centime pour les cigarettes ordinaires et de 1 ct. pour les cigarettes fines, ce n'est pas 5 ou 6 millions que nous obtiendrons, mais 9 à 10 millions. (M. Evéquoze: Je me suis basé sur le message.) Le message a mentionné 1200 millions de cigarettes à titre d'exemple; sur cette base, on obtiendrait 6 millions de plus. Nous savons aujourd'hui, par la consommation actuelle, que le supplément sera de 10 millions et non pas de 6 seulement. Je répète: à la frontière, par le jeu des modifications présentées, 700,000 fr. de plus; à l'intérieur: l'impôt sur la cigarette d'après les normes que j'ai indiquées tout à l'heure: 10 millions.

M. Evéquoze nous dit: « Prenez le tout à la frontière. » A quoi les fabricants nous objectent: que ce n'est pas possible; ils doivent déjà supporter des intérêts intercalaires considérables entre le moment où ils importent leur tabac et celui où le détaillant

paie sa facture; dans l'intervalle parfois très long, il leur faut demander des crédits en banque et payer des intérêts relativement élevés; ils demandent, par conséquent, qu'on rapproche la perception de l'impôt de consommation du moment où la vente s'effectue et où ils rentrent dans leurs fonds.

Si nous demandons aux fabricants de nous faire l'avance d'un demi-centime par cigarette ordinaire et d'un centime par cigarette fine, nous leur prenons un impôt de deux à trois cents pour cent ad valorem. Les détaillants et fabricants consentiraient à faire cette avance, mais à la condition d'être sûrs de retrouver leur argent; c'est pourquoi ils demandent la garantie du prix (Preisschutz); ils veulent être certains que personne ne pourra faire du gâchage.

Si vous prenez la totalité de la somme à la frontière, l'argument des détaillants acquiert une force toute spéciale. Il est certain que nous ne pouvons pas demander aux fabricants et détaillants de cigarettes de nous payer la somme énorme de 17 millions, soit le 300 % de la valeur du tabac, déjà à la frontière. C'est trop. Quelques gros fabricants m'ont bien dit: « Nous pourrions supporter cette charge; nous avons du crédit; nous sommes solides; nos affaires vont bien; nous vous payerons au moment où le tabac passera la frontière. »

Cependant, les petits fabricants et les détaillants, sont d'un autre avis: ils ne peuvent pas payer à réception un impôt qui est le triple de la valeur du tabac, alors que la contre-valeur ne leur est versée que deux ans plus tard. Finalement, marchands et fabricants seraient disposés à payer davantage, mais à condition de ne pas tout payer d'avance; ils continueraient à payer à la frontière les droits actuels; mais le complément plus tard, au moment où la cigarette sortirait de la fabrique.

M. Evéquoz a parlé du tabac indigène. Là encore, s'impose une considération fiscale d'importance capitale. Au moment où nous avons rédigé le premier projet, nous avons longuement discuté avec la direction générale des douanes la question de savoir si nous ne devons pas imposer, ou, à tout le moins, contrôler la culture indigène.

En Angleterre, où la perception totale s'effectue à la frontière, on interdit la culture indigène du tabac. On peut avoir du tabac sur sa fenêtre, dans un pot à fleur, mais on ne peut pas cultiver le tabac pour la fabrication des cigares ou des cigarettes. Pourrions-nous interdire la culture indigène? Ce que M. Evéquoz a dit tout à l'heure vous aura démontré que ce n'est pas possible. Mais, d'un autre côté, nous nous sommes demandé si, avec une augmentation perçue entièrement à la frontière, le danger d'un développement intérieur n'allait pas nous priver d'une bonne partie de notre recette fiscale.

La question a été longuement discutée il y a quelques années. La Suisse ne peut pas produire un tabac de qualité. Celle des tabacs de la Broye fri-bourgeoise et vaudoise est tout à fait inférieure. L'année dernière, M. Böhi l'a rappelé tout à l'heure, ces producteurs ne savaient pas que faire de leur tabac. Ils ne pouvaient pas le vendre. Le tabac, ce n'est pas comme la paille, le foin, qu'on peut conserver en stock pendant deux ou trois ans, sans que la qualité en souffre. Si le tabac n'est pas travaillé au moment propice, il est perdu et, comme le producteur n'a pas le moyen de le travailler, il lui faut trouver immé-

diatement un acheteur. La Confédération a dû intervenir pour empêcher ces tabacs invendus de se perdre. Elle y a mis comme conditions: la culture du tabac indigène sera contingentée pour les années 1930, 1931 et 1932, et que pour les deux années suivantes ou ne devra cultiver du tabac que pour couvrir les besoins du fabricant qui sont de 5 à 6000 quintaux par an. Il faut donc éviter la surproduction. Depuis lors, il s'est produit un fait nouveau, sur lequel j'insiste, en raison de sa très grosse conséquence. On a réussi à développer, dans le canton du Tessin, la culture d'une sorte de tabac très léger, très clair; très différent de ceux de la Broye, ce tabac se prête parfaitement au remplissage de la cigarette; il n'a pas beaucoup d'arôme, mais avec un tabac un peu haut en goût, il donne un mélange parfaitement accepté par la plupart des fumeurs. Même les agents du fisc doivent se préoccuper des questions de goût, qui jouent un rôle économique important, non pas seulement pour les tabacs étrangers, mais aussi pour les nôtres. On constate que les fumeurs de cigarettes, surtout les dames, — M. Evéquoz y a fait allusion, — ne recherchent pas une cigarette forte; on préfère une petite cigarette légère. De vieux fumeurs seront d'un autre avis, car cette cigarette, pour eux, sera comme de la paille. Mais il n'en demeure pas moins que cette cigarette inodore se vend très facilement dans la clientèle jeune. Nous sommes certains qu'en sélectionnant les qualités, le Tessin pourrait produire une quantité assez forte de tabac destiné à la cigarette fumée à l'intérieur du pays. Ainsi le fisc fédéral perdrait une partie de l'impôt sur les cigarettes, si la totalité de la perception se faisait à la frontière, car alors nous n'atteindrions que les tabacs importés de l'étranger et les tabacs produits à l'intérieur du pays ne seraient pas frappés. Je ne demande pas mieux, avec M. Evéquoz, que la culture du tabac se développe dans notre pays. Autrefois, le Valais avait son fermage du tabac, notamment à Saxon; cela peut revenir. Mais il n'est pas possible de contribuer, selon le désir de M. Evéquoz, au développement de la culture indigène en reportant la totalité de la taxe à la frontière, parce que si la culture indigène réussissait à satisfaire totalement la demande des fabriques, la recette fiscale serait réduite à zéro. M. Evéquoz désire le développement de la culture du tabac indigène, je l'approuve, mais ce désir est une raison de plus pour établir un impôt à l'intérieur.

J'insiste là-dessus parce que c'est un argument en faveur de l'imposition, au moins partielle, de la cigarette à l'intérieur. Nous travaillons depuis 10 ans au problème du tabac. Nous sommes arrivés à porter la recette à 20 millions; nous voulons l'élever à 30 millions; cela fera 7 fr. 50 par tête de population suisse; ce n'est pas un chiffre exagéré; l'important est de trouver des bases fiscales qui conviennent aux exigences économiques de l'intérieur de notre pays.

Celui qui envisage le problème dans son ensemble, en tenant compte des difficultés d'ordre fiscal et économique, des expériences faites jusqu'à présent, doit reconnaître qu'il faut maintenir l'ancien système comme base; mais puisqu'on ne peut frapper la cigarette à la frontière, il faut le compléter par un impôt intérieur, permettant de frapper les cigarettes même si la culture du tabac indigène prenait une grande extension. Les difficultés techniques s'opposent à la solution de M. Evéquoz; et c'est

pourquoi, après mûre réflexion, après avoir durant des années agité la question avec la direction générale des douanes, nous sommes arrivés à la conclusion que nous présentons.

Une autre difficulté, c'est la garantie du prix. Ce n'est pas le Département des finances, ni l'administration des douanes qui l'ont proposée. Elle n'existait pas dans le projet que nous avons préparé.

L'initiative en appartient aux détaillants. Je tiens à préciser ce point. L'honorable M. Böhi, et son collègue M. Thalmann, nous ont dit tout à l'heure que c'étaient les fabricants qui avaient exigé cette garantie de prix. Ce ne sont pas les fabricants qui l'ont demandée, ce sont les détaillants. Les fabricants nous ont dit: « Quand notre marchandise est livrée aux détaillants, et qu'ils l'ont payée, ils peuvent en faire ce qu'ils veulent bien mieux, plus ils réduiront leur gain, moins la cigarette sera chère et plus on en fumera; par conséquent, nous, fabricants, avons intérêt à ce qu'on n'introduise pas cette garantie de prix dans la loi. »

Les détaillants, par contre, ont fait entendre un autre langage: « Nous sommes obligés de verser au fabricant ou au grossiste le prix de la cigarette et l'impôt au moment où il nous livre la cigarette. Ainsi, nous payons non seulement la matière première dont le prix est minime, la main-d'œuvre et le bénéfice du fabricant, nous payons encore un impôt qui va, dans nombre de cas et suivant les sortes de tabacs, jusqu'à 300 % de la valeur de la marchandise. »

Il importe que nous examinions quelques chiffres.

D'abord la répartition de la fabrication en Suisse. Nous importons annuellement, en chiffres ronds, 55,000 quintaux de tabac environ. Ajoutez à ces 55,000 quintaux les 5000 ou 7000 quintaux de production indigène, cela fait 60,000 quintaux en tout. (Je laisse les fractions de côté afin que vous reteniez mieux le chiffre principal.) 60,000 quintaux, voilà le monceau de tabac que le fumeur suisse consomme chaque année.

Sur ces 60,000 quintaux, 30,000 sont destinés à la fabrication du cigare. Nous avons pensé que nous ne pouvions pas frapper le cigare ordinaire d'un lourd impôt; ces 30,000 quintaux rapportent au fisc 5,800,000 fr. par an. M. Evéquoze s'est étonné du fait que le cigare fin ne soit pas imposé davantage. Par cigares fins, M. Evéquoze entend sans doute les Havanes, les Londres et autres et non pas ceux que l'on paie 20 ou 25 cts. Ces cigares fins, je l'ai dit tout à l'heure, supportent une taxe relativement élevée, mais comme on en consomme une quantité proportionnellement insignifiante, le produit de la taxe ne peut donc pas jouer un grand rôle dans l'ensemble.

Retenez que 30,000 quintaux de cigares produisent une recette fiscale de 5,800,000 fr. — disons 6 millions.

Pour la pipe, combien de quintaux? 11,000, c'est-à-dire à peu près trois fois moins que pour les cigares. Le fisc en tire 3 millions.

Sur la base du projet qui vous est présenté, que paiera la cigarette? Actuellement, la cigarette absorbe 13,000 quintaux; elle paiera, à elle seule, 17 millions.

Par conséquent, si je compte ad valorem, le cigare paie une taxe fiscale très inférieure à la valeur marchande du tabac qui a servi à sa fabrication. Il en est de même pour la coupe, mais non pas pour la cigarette. Celui qui fume une cigarette peut se dire:

En réalité je donne au fisc 2 à 3 fois la valeur du tabac que je brûle. Dans tous les pays il en est de même. M. Evéquoze s'en étonne. Pourquoi la cigarette est-elle ainsi frappée? La raison en est bien simple: un kilo de tabac permet de fabriquer beaucoup plus de cigarettes que de cigares: 1000, 1100 ou 1150 cigarettes, au lieu de 130 bouts en moyenne. Quelquefois, lorsqu'il s'agit de cigarettes un peu plus grosses, on en fabrique 800 à 900, comme l'a dit tout à l'heure M. le rapporteur de la commission.

Voilà donc comment se répartit la charge fiscale entre le tabac pour la pipe, pour le cigare et pour la cigarette. Dans tous les pays c'est la même chose. Le tabac pour la cigarette paie beaucoup plus.

Quand l'impôt prévu pour la cigarette est-il perçu? En deux termes. La moitié à peu près est prélevé à la frontière (il peut paraître ennuyeux de citer trop de chiffres, et pourtant il le faut, car ce sont des considérations d'ordre technique qui justifient, en fait, le système que nous avons présenté). Pour un kilo de feuilles de tabac Maryland, vendu actuellement 5 fr., l'importateur versera à la douane 7 fr. 80. Sous le nouveau régime, ce ne sera pas tout, nous prendrons encore, sous forme d'impôt inférieur 1/2 ct. par cigarette. Comme avec un kilo de tabac on fait 1000 cigarettes environ, cela fait 5 fr. Soit, avec les 7 fr. 80 déjà payés, 12 fr. 80 de droit sur une marchandise qui vaut 5 fr.

Le fabricant veut bien payer les 7 fr. 80 à la frontière, mais les 5 fr. seulement lorsque la cigarette sortira de l'usine. « En effet », nous disent les détaillants, « nous ne pouvons pas payer à titre d'impôt trois fois la valeur de la marchandise que nous avons en magasin, parce qu'en définitive ce n'est ni le fabricant, ni l'importateur, ni le détaillant, mais le consommateur qui paie. » Le détaillant ferait l'avance de l'argent que nous lui demandons. Dans ces conditions, il veut avoir la garantie que le prix de vente de la marchandise lui permette de retrouver les sommes qu'il aura versées au fisc sans qu'un gâcheur l'en empêche par une concurrence déloyale.

C'est ainsi que la question se pose. Nous demandons au détaillant de nous payer 12 fr. 80 d'impôt par 1000 cigarettes. Il y consent, mais demande à l'Etat, dont il devient en réalité le percepteur, de le garantir contre la concurrence déloyale qui l'empêcherait de retrouver cette somme.

En Allemagne, on a introduit, il y a quelques années, un impôt sur la cigarette assez analogue à celui-là. La question du « Preisschutz » avait été abondamment discutée au Reichstag. Primitivement, en 1919, le « Preisschutz » fut adopté. Mais une loi de 1925 le modifia, en ce sens qu'il fut permis de vendre au-dessous du prix de la banderole, apparemment en vue de stimuler la consommation. Au bout de deux ans, on a constaté qu'un grand nombre de marchands de détail avaient été ruinés par le gâchage. Le fisc lui-même perdit des sommes énormes.

Comment les choses se passeront-elles pratiquement? Est-ce l'Etat qui fixera les prix? Pas du tout. Les prix seront fixés librement par le fabricant. Il indiquera le prix qu'il voudra: 1 ct., 2 cts., 3 cts., 10 cts. La fabrique de Boncourt fera son prix; la fabrique Laurens fera le sien; les autres fabriques en Suisse feront le leur. Mais une fois le prix marqué sur la cigarette, nous entendons que l'on s'y tienne. La loi pose ce principe qu'au-dessous de 1 fr. 40,

la taxe est d'un demi-centime et qu'au-dessus de 1 fr. 40, elle est d'un centime. Pourquoi la déclaration que l'on fait au fisc en ce qui concerne le prix ne vaudrait-elle pas également pour le consommateur?

On soulève encore une objection d'ordre constitutionnel. Pour moi, les faits ne s'y prêtent pas. Les revendeurs nous disent: « Nous ne sommes pas en mesure d'assurer au fisc sa recette si l'on ne nous préserve pas du gâchage. La protection contre le gâchage, nous ne pouvons l'avoir que par la garantie du prix. » Puisque l'on ne peut percevoir l'impôt que par ce moyen-là et que selon l'article constitutionnel 41ter, la Confédération a le droit d'introduire un impôt, j'arrive à la conclusion que nous avons le droit d'introduire la protection du prix.

Il n'est nulle part dit que l'art. 31 de la Constitution donne au principe de la liberté du commerce et de l'industrie une valeur telle qu'aucun autre article ne puisse y porter atteinte. En réalité, toutes les taxes fiscales sont une atteinte au principe de l'art. 31. Lorsqu'on a introduit l'impôt de guerre, on a prévu que les contribuables avaient l'obligation de produire leur comptabilité, de laisser voir leurs grands-livres et leurs journaux, leur compte de profit et pertes, d'indiquer leurs réserves, non pas seulement celles qui figurent dans le bilan, mais toutes leurs réserves, cachées. Cela ne constitue-t-il pas une atteinte considérable à la liberté du commerce et de l'industrie? Et toutes les taxes à la frontière ne le sont-elles pas aussi?

Autre considération. Pouvez-vous encore parler de liberté de commerce à propos d'un article qui est frappé d'un impôt de 300 %? La plus grave limitation à la liberté du commerce du tabac n'est pas l'obligation de respecter le prix inscrit sur le tube; c'est la perception d'un impôt de 300 %. Par conséquent l'imposition du tabac ne ressemble pas entièrement à celle d'autres marchandises qui sont frappées en moyenne d'un droit de douane de 3 et 4 %; pour la majeure partie des matières premières, c'est beaucoup moins. Mais si l'on introduit la garantie des prix pour le tabac, n'en viendra-t-on pas ensuite à faire de même pour le sucre, le café, le rayon des denrées alimentaires, les vêtements, etc.? Il n'y a pas à craindre, me semble-t-il, que cela tire à conséquence, parce qu'il ne viendra à l'idée de personne d'imposer toutes les autres denrées au delà d'une taxe normale comme impôt de consommation.

Nous faisons une exception pour l'alcool et le tabac. L'art. 31 de la Constitution, s'il avait vraiment la signification que lui prêtent certains juristes, renfermerait et absorberait tous les autres. Or, l'imposition de l'alcool, par exemple, n'a pas seulement pour but de limiter la consommation, mais elle a encore un but fiscal. Je ne crois pas que l'alcool et le tabac qui, dans tous les pays du monde, donnent le gros de la recette, puissent bénéficier d'une garantie spéciale de la Constitution. Personnellement, je ne suis pas un étatiste, mais je ne suis pas non plus un partisan de la liberté à outrance. L'avenir, comme l'a dit M. Schöpfer, apportera inévitablement de grandes restrictions, commandées par l'intérêt général et le principe de la solidarité. Je crois à ces futures restrictions, mais je ne vais peut-être pas aussi loin que M. Schöpfer. Pour le moment, il ne s'agit pas de cela. Il s'agit d'une restriction de la liberté du commerce. L'art. 31 de la

Constitution n'a pas une portée telle qu'il rende l'art. 41ter inapplicable pratiquement.

Je n'ai donc pas de scrupules à soutenir ici le principe de la garantie des prix. C'est une nécessité. Encore une fois, nous avons l'obligation de protéger notre commerce contre la concurrence déloyale. « Nous nous sommes laissés impressionner », dit-on. Je ne le conteste pas. J'aurais aimé que vous entendiez le plaidoyer très chaud du président de la grande organisation des détaillants, qui parlait au nom des 40,000 détaillants grands et petits de notre pays, de tous ces gens arrivés à un certain âge qui vivent modestement de leur petit négoce. On nous a cité un cas où tous les petits magasins d'une rue de Zurich ont été en une semaine réduits au silence, parce qu'un gros commerçant avait accaparé le marché au moyen d'une forte baisse. Ce commerçant a fait du dumping et il est resté maître du marché. Je crois que nous ne pouvons pas contester aux représentants des petits commerçants le droit de défendre leurs intérêts et nous avons l'obligation d'en tenir compte. Nous avons besoin de la collaboration du fabricant, de celle du marchand, de celle du détaillant.

J'ai lu dans les messages des déclarations solennelles: « Le tabac ne peut apporter 15 millions à la Confédération qu'à la condition que ce soit le monopole. » On disait aussi: « Avec la banderole on n'arrivera qu'à une dizaine de millions; un impôt intérieur frappant non seulement la cigarette, mais le cigare ne peut être réalisé que par la banderole. »

Or, en réalité, la banderole donne lieu à des difficultés innombrables.

Le système que nous vous proposons vient de la pratique et des expériences faites. Les intéressés l'acceptent à condition que l'on garantisse le prix et l'on peut prévoir aussi l'acceptation par le peuple si le referendum est demandé. Son application serait pratique. Car à quoi servirait-il qu'une solution soit acceptée par les Chambres et par le peuple si son application se heurtait à des difficultés qui seraient une source de discordes continuelles entre la direction générale des douanes et ceux qui ont à payer les droits.

Depuis 40 ans, on cherchait une solution. Elle est là. Nous nous portons garants des 30 millions qu'on nous demande pour les assurances. Nous sommes certains que pratiquement ce système ne se heurtera pas à des difficultés insurmontables. Par contre, nous avons la conviction que les autres systèmes, à supposer qu'ils puissent être acceptés, se heurteraient dans la pratique aux plus grandes difficultés.

Je n'ai pas fait, Messieurs, le discours que je voulais faire, mais je crois que ces quelques considérations auront suffi à vous démontrer que la solution que nous vous présentons est la seule qui convienne à notre pays. Elle concilie les intérêts des producteurs avec les intérêts du fisc. Elle protège, dans une mesure qui me paraît suffisante, la consommation. Il y a dans toutes les directions les garanties nécessaires.

C'est pourquoi je vous demande avec le président de la commission de voter l'entrée en matière. Je reviendrai éventuellement sur la question de la fixation du prix lorsque nous discuterons les art. 19 et suivants.

Je veux terminer en remerciant tout spécialement la direction générale des douanes du grand travail

fourni depuis 10 ans pour tâcher de résoudre un problème qui, pendant 40 ans, était resté insoluble.

Schöpfer, Berichterstatter der Mehrheit: Erlauben Sie mir nur noch einige wenige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen, die von den Gegnern der Vorlage gemacht wurden.

Ich muß mich zunächst mit der Ausführung des Herrn Evéquoz beschäftigen. Er hat erklärt, man spreche davon, es sei eine soziale Maßnahme, daß man die eine, die Volkszigarette nur mit einem halben Rappen belaste und auf die andere eine Steuer von einem ganzen Rappen lege. Allein, wenn man die Ziffern ansähe, so mache das Ganze ein anderes Gesicht. Aus der billigen Zigarette würden 4—5 Millionen herausgepreßt und aus der teureren dagegen nur 300,000—400,000 Fr. Dieses Argument macht auf den ersten Blick einen gewissen Eindruck, allein mir scheint, als ob hier der Advokat mit dem Parlamentarier durchgebrannt sei. Ein solches Argument läßt sich sehr wohl in einem Plädoyer verwenden, aber dadurch wird die Tatsache, daß die billige Volkszigarette nur mit einem halben Rappen und die teurere, vornehmere mit einem ganzen Rappen belastet wird, nicht beseitigt. Der größere Ertrag aus der billigen Volkszigarette stammt einfach davon her, daß viel mehr billige Zigaretten verkauft werden. Mit diesem Argument läßt sich also nichts anfangen.

Ein zweiter Einwand kann wie folgt präzisiert werden. Die Botschaft sage selbst, daß das bisherige System der Tabaksteuer ausgebaut werden könne, wonach die Steuer schon an der Grenze erhoben werde in Form des Zolles, aber, trotzdem die Botschaft dies erkläre, komme man dazu, dieses System zu verlassen. Gewiß kann das System beibehalten werden, kein Mensch hat je etwas anderes gesagt, auch die Freunde der Vorlage nicht. Es fragt sich nur, wie man es beibehalten kann. Es läßt sich nur durchführen mit einer schikanösen Polizeimaßnahme. In jeder Tabakfabrik, welche alle drei Sorten von Tabak, Tabak zu Zigarren, für die Pfeife und für die Zigaretten fabriziert, müßte ein Landjäger, ein Zollwächter gesetzt werden. Ich möchte sehen, was die Industrie zu einer solchen schikanösen Maßnahme sagen würde. Schließlich läßt sich auf der Welt alles machen. Auf dem Wege, den Herr Evéquoz im Auge hat, geht es schicklicher Weise nicht. Deshalb kann ich auch dieses Argument nicht akzeptieren.

Die beiden Art. 31 und 41ter der Bundesverfassung sind schon verschiedene Male einander gegenübergestellt worden. Allein ich muß in dieser Verfassungsfrage doch noch eine Bemerkung machen und ein Moment in die Diskussion bringen, das bis zur Stunde noch nicht angeführt worden ist. Art. 31 der Bundesverfassung, der den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit proklamiert, macht gewisse Ausnahmen. Eine dieser Ausnahmen geht zugunsten der Zölle. Im Zeitpunkt, als Art. 31 geschaffen wurde, im Jahre 1848 und 1874, ist die ganze Finanzwirtschaft des Bundes auf den Zolleinnahmen aufgerichtet worden; andere Einkünfte kannte der Bund nicht, denn alle weiteren Steuermaßnahmen sind erst nach 1874 gekommen. Ich sage mir also, wenn eine Steuermaßnahme, die im Jahre 1874 bestand, von der Handels- und Gewerbefreiheit ausgenommen wurde, kann man daraus nicht zwangsläufig folgern, daß der Gesetzgeber die sämtlichen

Steuermaßnahmen, welche dem Bunde dienen, von der Bestimmung des Art. 31 hat ausnehmen wollen? Ich bin der Auffassung, der Bundesgesetzgeber von 1874 hat bei der Fassung von Art. 31 der Bundesverfassung im Jahre 1874 erklärt, daß die Steuermaßnahmen, d. h. die Zölle ausgenommen sein sollen von den Bestimmungen der Handels- und Gewerbefreiheit. Das war der Sinn und Geist der Bestimmung von 1874, und wenn wir diese Bestimmung heute anwenden, so sagen wir gleichzeitig damit: für die Erhebung einer Zigarettensteuer gilt nichts Anderes, als was 1874 für die Erhebung der Zölle galt; und was damals für die Erhebung der Zölle galt, gilt heute für die Zigarettensteuer. Also ist durch die Steuerbestimmung des Preisschutzes die Handels- und Gewerbefreiheit gar nicht verletzt. Das mußte ich noch sagen.

Herr Kollege Böhi, der sehr vornehm und loyal seine Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, hat bereits die Auffassung von Herrn Evéquoz bekämpft, es bedeute eine Schädigung der inländischen Tabakindustrie, wenn man die Zigarettensteuer erhebe. Es ist ja richtig, daß die Zigarette inskünftig eine Steuer bezahlt, unbekümmert darum, ob in- oder ausländischer Tabak darin enthalten sei. Allein man wird damit die gleiche Erfahrung machen, welche die Oberzolldirektion mit der erhöhten Verzollung des Tabaks überhaupt gemacht hat. Sie können sich erinnern, daß wir im Zeitraum von einigen Jahren die Tabaksteuer um mehr als 100 % hinaufgesetzt haben. Da hat man auch Kassandrastimmen gehört: Jetzt werde überhaupt kein Tabak mehr eingeführt werden. Und was war die Folge? Im ersten Jahr ist der Konsum tatsächlich etwas zurückgegangen; aber im zweiten Jahr hat sich das ausgeglichen, und im dritten, vierten und den folgenden ist der Konsum trotz der Erhöhung gegenüber den Jahren mit dem niedrigeren Zollsatz größer geworden. Die gleiche Erfahrung werden wir bei diesem Zigarettenzoll machen. Und dazu kommt dann das weitere Argument, von dem Herr Böhi gesprochen hat: daß jedenfalls der Bund nicht zum dritten oder vierten Male Hilfsaktionen für die inländische Zigarettenindustrie durchführen will.

Noch ein letztes Moment, das sich an die Adresse von Herrn Evéquoz und Herrn Böhi richtet. Herr Böhi hat in sehr korrekter und durchaus zutreffender Weise erklärt: Man kann eigentlich diese Differenzierung von $\frac{1}{2}$ und 1 Rp. Steuer beiseite lassen; das ist nur ein Vorwand, um die Preisschutzklausel zu rechtfertigen. Zur Begründung hat er beigefügt, diese Differenzierung bringe nur 150,000 Fr. ein und das sei doch eine Bagatelle im Vergleich zu den 10 Millionen Gesamtertrag. Aber für mich ist das keine Bagatelle: 150,000 Fr. Mehrertrag im Jahr machen in 10 Jahren mit Zins und Zinseszinsen über 2 Millionen aus, zwischen 2,2 und 2,3 Millionen. Das sind keine Bagatellen, und die Sozialversicherung hat diese Beträge nötig. Und wenn man sieht, daß diese Beträge nur durch die Preisschutzklausel erzielt werden können und durch die Differenzierung dieser Steuern, dann muß man auch die Verfassungsmäßigkeit dieser Steuer anerkennen.

Allein es kommt dazu noch etwas Weiteres: Die Preisgarantie des Staates für die Zigaretten wird ja nicht nur im Interesse der Steuerveranlagung gemacht, sie ist nicht nur steuerlich eine Station des

Werdens der Steuerveranlagung, sondern sie hat auch den Zweck, den Zigarettenhandel vor Preisschleuderei zu bewahren. Die Preisschleuderei ist im Zigarettenhandel erfahrungsgemäß gar nicht gleichgültig — die Herren von Zürich wissen, daß ein gewisser Moses Horn und ein anderer mit einem manichäerartig klingenden Namen diese Preisschleuderei in der Schweiz und speziell im Kanton Zürich in außerordentlichem Umfang eingeführt haben, — was für den Zigarettenhandel wie für kein anderes Gewerbe und keine andere Industrie außerordentlich fatale Folgen hat. Die Preisschleuderei bringt es mit sich, daß der Markenhandel, der Handel in Zigaretten, welcher in Form der Marke auf den Markt kommen und die als Marke gekauft werden, diskreditiert wird. Der kleine Händler kann diese Marke nicht mehr richtig verkaufen, er kommt in Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem Großhändler, und der Großhändler kann die Gebühren, die er in Form von Zöllen an den Fiskus abzuführen hat, auch nicht mehr zahlen, und das hat bedenkliche Rückwirkungen auf den Staat und den Fiskus. Mit diesen Rückwirkungen hat man im Ausland Erfahrungen gemacht. Seinerzeit hatte das Deutsche Reich ebenfalls die Preisschutzklausel und damit den Minimalpreis garantiert, wie wir es heute wollen, und dann hat man aus doktrinären Gründen diesen Preisschutz nach unten abgeschafft, wie es heute von uns verlangt wird, und was war die Folge? Daß eine kolossale Preisschleuderei mit der Zigarette eingesetzt hat; das Reichswirtschaftsamt berechnet, daß dem deutschen Fiskus daraus ein Schaden von ungefähr 200 Millionen Mark erwachsen ist. Das sind Erfahrungen, die man im benachbarten Ausland gemacht hat. Wir wollen sie uns zunutze ziehen. Und schließlich: Verdient der Detailhandel diesen Schutz nicht? Ist es nicht berechtigt, daß man dem Detailhändler, der letzten Endes für den Staat die Steuer einzuziehen hat, den Preisschutz gewährt? Ich meine doch, von diesem Gesichtspunkt aus seien die angeführten Momente nicht stichhaltig genug, um Nichteintreten zu beschließen oder die Preisschutzklausel zum Fallstrick des Gesetzes werden zu lassen. Ich freue mich über die Preisschutzklausel auch nicht, und es wäre mir so gut wie Herrn Bundespräsident Musy und Herrn Oberzolldirektor Gaßmann lieber gewesen, wenn man diese Preisgarantie nicht hätte ins Gesetz aufnehmen müssen; aber man kann es nicht anders machen, und mit Rücksicht darauf, daß wir vor der Zwangslage stehen, auch wenn letzten Endes nur 150,000 Fr. pro Jahr in Frage stehen, meine ich, daß man diese nicht sehr angenehme Pille schlucken sollte. Ich empfehle Ihnen dies und wünsche Ihnen guten Appetit dazu.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	28 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	3 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 24. September 1930. Séance du matin du 24 septembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Meßmer.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 245 hievor. — Voir page 245 ci-devant.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Titel und Ingeß

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Titres et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — Adopté.

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Der vom Bunde durch die fiskalische Belastung des Tabaks zu leistende Beitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung wird beschafft durch Erhebung:

- a) eines Eingangszolles gemäß besonderem Tarif auf Tabakfabrikaten, auf Rohtabak (Tabakblätter und deren Abfälle), auf Abfällen der Tabakfabrikation, soweit diese Materialien für die Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak bestimmt sind;
- b) eines Eingangszolles auf dem unter Buchstabe a genannten, zur Herstellung von Zigaretten bestimmten Material, sowie einer Fabrikationssteuer auf allen im Inlande gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten.

Proposition de la commission.

Pour permettre à la Confédération de fournir à l'assurance-vieillesse et survivants, au moyen de l'imposition du tabac, la contribution qui lui est demandée, il est perçu:

- a) un droit d'entrée sur les tabacs manufacturés, sur les tabacs bruts (tabacs en feuilles et leurs déchets), sur les déchets de la fabrication du tabac, conformément à un tarif spécial: en tant que ces matières sont destinées à la fabrication de cigares, de tabac pour la pipe, de tabac à mâcher ou de tabac à priser;

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1930
Date	
Data	
Seite	245-264
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 867

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Werdens der Steuerveranlagung, sondern sie hat auch den Zweck, den Zigarettenhandel vor Preisschleuderei zu bewahren. Die Preisschleuderei ist im Zigarettenhandel erfahrungsgemäß gar nicht gleichgültig — die Herren von Zürich wissen, daß ein gewisser Moses Horn und ein anderer mit einem manichäerartig klingenden Namen diese Preisschleuderei in der Schweiz und speziell im Kanton Zürich in außerordentlichem Umfang eingeführt haben, — was für den Zigarettenhandel wie für kein anderes Gewerbe und keine andere Industrie außerordentlich fatale Folgen hat. Die Preisschleuderei bringt es mit sich, daß der Markenhandel, der Handel in Zigaretten, welcher in Form der Marke auf den Markt kommen und die als Marke gekauft werden, diskreditiert wird. Der kleine Händler kann diese Marke nicht mehr richtig verkaufen, er kommt in Zahlungsschwierigkeiten gegenüber dem Großhändler, und der Großhändler kann die Gebühren, die er in Form von Zöllen an den Fiskus abzuführen hat, auch nicht mehr zahlen, und das hat bedenkliche Rückwirkungen auf den Staat und den Fiskus. Mit diesen Rückwirkungen hat man im Ausland Erfahrungen gemacht. Seinerzeit hatte das Deutsche Reich ebenfalls die Preisschutzklausel und damit den Minimalpreis garantiert, wie wir es heute wollen, und dann hat man aus doktrinären Gründen diesen Preisschutz nach unten abgeschafft, wie es heute von uns verlangt wird, und was war die Folge? Daß eine kolossale Preisschleuderei mit der Zigarette eingesetzt hat; das Reichswirtschaftsamt berechnet, daß dem deutschen Fiskus daraus ein Schaden von ungefähr 200 Millionen Mark erwachsen ist. Das sind Erfahrungen, die man im benachbarten Ausland gemacht hat. Wir wollen sie uns zunutzen ziehen. Und schließlich: Verdient der Detailhandel diesen Schutz nicht? Ist es nicht berechtigt, daß man dem Detailhändler, der letzten Endes für den Staat die Steuer einzuziehen hat, den Preisschutz gewährt? Ich meine doch, von diesem Gesichtspunkt aus seien die angeführten Momente nicht stichhaltig genug, um Nichteintreten zu beschließen oder die Preisschutzklausel zum Fallstrick des Gesetzes werden zu lassen. Ich freue mich über die Preisschutzklausel auch nicht, und es wäre mir so gut wie Herrn Bundespräsident Musy und Herrn Oberzolldirektor Gaßmann lieber gewesen, wenn man diese Preisgarantie nicht hätte ins Gesetz aufnehmen müssen; aber man kann es nicht anders machen, und mit Rücksicht darauf, daß wir vor der Zwangslage stehen, auch wenn letzten Endes nur 150,000 Fr. pro Jahr in Frage stehen, meine ich, daß man diese nicht sehr angenehme Pille schlucken sollte. Ich empfehle Ihnen dies und wünsche Ihnen guten Appetit dazu.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	28 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	3 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 24. September 1930. Séance du matin du 24 septembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. Meßmer.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 245 hievor. — Voir page 245 ci-devant.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Titel und Ingeß

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Titres et préambule.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — Adopté.

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Der vom Bunde durch die fiskalische Belastung des Tabaks zu leistende Beitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung wird beschafft durch Erhebung:

- eines Eingangszolles gemäß besonderem Tarif auf Tabakfabrikaten, auf Rohtabak (Tabakblätter und deren Abfälle), auf Abfällen der Tabakfabrikation, soweit diese Materialien für die Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak bestimmt sind;
- eines Eingangszolles auf dem unter Buchstabe a genannten, zur Herstellung von Zigaretten bestimmten Material, sowie einer Fabrikationssteuer auf allen im Inlande gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten.

Proposition de la commission.

Pour permettre à la Confédération de fournir à l'assurance-vieillesse et survivants, au moyen de l'imposition du tabac, la contribution qui lui est demandée, il est perçu:

- un droit d'entrée sur les tabacs manufacturés, sur les tabacs bruts (tabacs en feuilles et leurs déchets), sur les déchets de la fabrication du tabac, conformément à un tarif spécial: en tant que ces matières sont destinées à la fabrication de cigares, de tabac pour la pipe, de tabac à mâcher ou de tabac à priser;

- b) un droit d'entrée sur les matières citées sous lettre a et destinées à la fabrication de cigarettes, ainsi qu'une taxe de fabrication sur toutes les cigarettes fabriquées industriellement en Suisse.

Schöpfer, Berichterstatter: Erlauben Sie mir, bevor ich das Wort zu den einzelnen Artikeln ergreife, eine ganz allgemeine Bemerkung zu machen. Als Beratungstext gilt, wie Sie soeben gehört haben, der Text der Kommission, welchem der Bundesrat zustimmt. Es liegt somit nur ein Text vor. Die Aenderungen gegenüber dem ursprünglichen Text des Bundesrates und dem gegenwärtigen, Ihnen als Beratungstext vorliegenden Wortlaut sind meist nur formelle Aenderungen; materielle Abweichungen sind sehr wenig vorhanden. Zu den formellen Aenderungen werde ich jeweilen keine Bemerkungen machen. Dann sehen Sie auch, daß einzelne Sätze oder einzelne Unterabteilungen eines Artikels gestrichen sind. Diese Streichungen sind erfolgt, weil man die betreffenden Stellen jeweilen in einen andern Artikel, meist in die Uebergangs- und Schlußbestimmungen verlegt hat.

Was den Art. 1 anbetrifft, so ist da festzustellen, daß dem Artikel «Tabak» als narkotischem Genußmittel schon seit Jahrhunderten bei den meisten Kulturvölkern eine besondere Bedeutung zur Erschließung von staatlichen Einnahmequellen beigemessen wurde. Diese Erschließung erfolgte, wie Sie den gestrigen Ausführungen haben entnehmen können, auf verschiedenen Wegen, z. B. durch die Zollbelastung (Rohstoffsteuer) oder durch die Fabriksteuer, die sogenannte Banderole oder durch das Monopol. Schon wiederholt, so auch namentlich im Verlauf des Weltkrieges, hat sich der Gedanke an die Einführung eines Tabakmonopols auch in der Schweiz durchgerungen. Allein die parlamentarische Beratung bewies, daß das Schweizervolk eine solche Steuerart ablehnt, obwohl zugegeben werden darf, daß das Monopol wohl die ertragreichste Art der Besteuerung des Tabaks sein dürfte. Ebenso wenig Sympathie wurde der Fabriksteuer, dem sogenannten Banderolesystem entgegengebracht, wogegen das gegenwärtige System der Zollerhebung bei Handel und Industrie allgemein befriedigt und dem Fiskus auch den erwarteten Ertrag eingebracht hat.

Ich habe Ihnen gestern das gegenwärtige Tabakzollsystem skizziert. Es ruht auf dem Grundsatz der differenziellen Zölle, je nach Verwendung des Tabaks zur Herstellung von Zigarren, von Pfeifentabak oder Zigaretten, und in Verbindung damit auf dem Grundsatz der Progressivzölle je nach der Qualität des Tabaks, je nach der Tabaksorte.

Mit den durch Bundesbeschluß vom 4. April 1924 eingeführten Zollansätzen hat die Belastung des Roh-tabaks eine gewisse maximale Höhe erreicht. Durch die Zollabgabe allein ist die Industrie schon genötigt, nicht unbedeutende Kapitalien binden zu lassen. Der Zoll muß bezahlt werden, das Kapital wird dadurch gebunden. Um den Fiskalertrag aus dem Tabak um weitere 10 Millionen zu steigern, müßten bei Beibehaltung des Zollsystems die Ansätze auf dem Roh-tabak noch erheblich gesteigert werden. Eine auf der Zollerhebung allein beruhende Steuer im notwendigen Umfang kann aber von der Tabakindustrie ohne Gefährdung ihrer Interessen nicht mehr übernommen werden. Schon gestern erwähnte

ich Ihnen, daß es auch aus verwaltungstechnischen Gründen nicht denkbar ist, den Mehrertrag einfach durch Erhöhung der Zollansätze einzubringen. Einmal müßten die Tabakfabrikanten für die Zollabgabe vor der Verarbeitung des Rohmaterials ganz erhebliche Kapitalien festlegen und binden, wodurch namentlich den kleinern Existenzen und Fabriken ihr Dasein erschwert, wenn nicht geradezu verunmöglicht würde. Ueberdies ist eine zu große Spannweite zwischen den Zollansätzen der niedrigst und der höchst belasteten Tabaksorten aus kontrolltechnischen Gründen nicht erwünscht, weil eine derartige erhebliche Differenzierung zu unerlaubten, den Staat im Fiskalertrag schädigenden Manipulationen führen könnte.

Um diesen auch von der Industrie geteilten Bedenken Rechnung zu tragen, wurden daher für die Tabaksteuer zwei verschiedene Formen vorgesehen, welche in diesem Art. 1 auseinandergesetzt sind, nämlich der Eingangszoll auf den aus dem Ausland eingeführten Tabakfabrikaten sowie auf Roh-tabak und Abfällen der Tabakfabrikation, die für die Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak, Kau- oder Schnupftabak bestimmt sind, und zweitens der Eingangszoll auf dem für die Herstellung von Zigaretten bestimmten Roh-tabak und Abfällen und in Verbindung damit eine Fabrikationssteuer auf allen in der Schweiz gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten. Während die Zollabgabe für die zur Herstellung von Zigarren, Pfeifentabak, Kau- und Schnupftabak bestimmten Materialien in bisheriger Weise im Zeitpunkt ihrer Einfuhr in die Schweiz bzw. im Zeitpunkt ihrer Verarbeitung zu erfolgen hat, wird nach dem neuen Vorschlag für die Erhebung der auf den Zigaretten lastenden Steuer eine Teilung vorgesehen: die Zollabgabe auf der einen Seite in der bisherigen Weise bei der Einfuhr, bzw. vor Verarbeitung des Rohmaterials, und auf der andern Seite die Bezahlung der Fabrikationssteuer, die Zigarettensteuer, welche eine bestimmte Zeit nach der Herstellung der Zigarette erfolgen kann. Dieses System hat den Vorteil, daß der Fabrikant nicht so große Kapitalien von vornherein festlegen und binden muß für die fiskalische Abgabe. Die Erhebung der Zollabgabe erfolgt zwar wie bisher im Zeitpunkt der Verzollung des Tabaks; für die Entrichtung der Zigarettensteuer aber wird dem Fabrikanten eine bestimmte Frist nach der Fabrikation eingeräumt. Die Kommission empfiehlt Ihnen Genehmigung von Art. 1.

M. Musy, président de la Confédération: Il est évident que cet article est, avec celui qui contient le tarif, le plus important de toute la loi. Comme l'a déjà dit M. le rapporteur, cet article fixe et détermine le système.

L'imposition offre deux aspects. Tous les tabacs étrangers sont imposés à la frontière; c'est sur ce point le maintien du système actuel. L'expérience est concluante. Cette proposition n'est pas simplement la conclusion d'une étude; elle est encore la cristallisation d'un système qui a valu déjà de très importants apports à la caisse fédérale. Vous verrez plus tard quelles sont les conditions d'imposition de tabac.

L'article est complété par une annexe qui comporte le tarif tant pour les produits bruts que pour les produits manufacturés, entre lesquels il était nécessaire de maintenir un certain équilibre. C'est, en

même temps qu'une clause d'ordre fiscal, une clause de caractère protectionniste, car il convient de se préoccuper aussi de l'avenir de nos usines en leur assurant la possibilité de continuer à se développer.

Le second alinéa, — ainsi que M. le rapporteur l'a souligné — contient une nouveauté: l'impôt intérieur sur la cigarette.

Nous ne voulons pas revenir sur tout ce qui a été dit hier à l'occasion de la discussion de la proposition de M. Evéquoz. Nous nous référons aux arguments qui ont été invoqués lors du débat d'entrée en matière, pour justifier l'introduction de cet impôt sur la cigarette.

La cigarette peut supporter une charge plus lourde que le tabac pour la pipe et le cigare. D'un autre côté, comme l'a dit M. le rapporteur, pour ne pas trop charger les fabricants et leur permettre de payer à peu près au moment où ils vont, en liquidant leurs marchandises, encaisser la contre-valeur des produits manufacturés, nous percevrons l'impôt supplémentaire à l'intérieur, et non pas déjà à la frontière.

Quel sera le produit de ce nouvel impôt?

Je ne pense pas me tromper en disant qu'après l'entrée en vigueur de la loi, nous aurons à brève échéance une augmentation de 8 à 10 millions.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2.

Antrag der Kommission.

¹ Der Eingangszoll wird, unter Vorbehalt der Bestimmungen dieses Gesetzes, nach Maßgabe der Zollgesetzgebung erhoben.

² Die Zollansätze richten sich nach dem zu diesem Gesetze gehörenden Tarif. Sorten von Rohtabak, die darin nicht ausdrücklich genannt sind, werden vom Bundesrat der ihrer Art und Verwendungsbestimmung entsprechenden Tarifnummer zugeteilt.

Proposition de la commission.

¹ Le droit d'entrée est perçu conformément aux prescriptions douanières, sous réserve des dispositions de la présente loi.

² Les taux du droit sont fixés par le tarif afférent à la présente loi. Les sortes de tabacs bruts qui n'y sont pas expressément dénommées sont assimilées par le Conseil fédéral aux numéros du tarif correspondant à leur nature et à l'emploi auquel elles sont destinées.

Schöpfer, Berichterstatter: Art. 2 behandelt die Grundlage der Zollerhebung. Die Einfuhrverzollung von Rohtabakblättern und Abfällen der Tabakfabrikation zu den ermäßigten Zollansätzen der Tarifnummern 2—11, die Sie auf Seite 85 der Botschaft verzeichnet finden, erfolgt durch die von der Oberzolldirektion bezeichneten und amtlich bekannt gemachten Zollämter. Die Einfuhr kann also nicht über alle Zollämter stattfinden. Die Einfuhr von Roh-tabaken nach Tarifnummer 1 sowie die Einfuhr von Tabakfabrikaten aller Art der Tarifnummern 12—19 ist dagegen über alle Zollämter gestattet. Das ist der Unterschied in der Behandlung der Rohtabakblättereinfuhr nach den verschiedenen Positionen. Die vom Bundesrat zu erlassende Vollziehungsverordnung wird bei den einzelnen Positionen der Roh-

tabake eine Aufzählung derjenigen Tabaksorten enthalten, die der betreffenden Tarifnummer zugewiesen sind. Im vorliegenden Gesetzestext sind nur die Hauptsorten der Tabake angeführt, in der Vollziehungsverordnung aber werden alle bekannten, zurzeit in der Schweiz verwendeten Tabaksorten klassiert werden. Die von der Kommission in diesem Artikel vorgeschlagene Aenderung ist eine rein formelle. Wir beantragen Annahme von Art. 2.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

¹ Die Verzollung des Rohtabaks zu den ermäßigten Ansätzen der Nummern 2—7 des beigefügten Tarifs wird nur gegen Hinterlegung einer Verwendungsverpflichtung (Art. 18 Zollgesetz) gestattet. Die Verwendungsverpflichtung (Revers) umfaßt auch die Einhaltung der Vorschriften über den Handel mit Rohtabak und über die Herstellung von Tabakfabrikaten und den Handel mit solchen (Art. 18 bis 21). Der Aussteller des Reverses hat überdies eine genügende Sicherheit in den durch Art. 66—72 des Zollgesetzes vorgesehenen Formen zu leisten. Form und Inhalt des Reverses sowie Art und Höhe der Sicherheitsleistung werden durch die Oberzolldirektion festgesetzt. Die Sicherheit haftet auch für alle infolge Uebertretung des vorliegenden Gesetzes oder der Zollgesetzgebung geschuldeten Bußen und Kosten, sowie für die Zigarettensteuer (Art. 13, 24—30).

Abs. 2. Streichen (vgl. Art. 24).

³ Für Abfälle aus der Verarbeitung der mit Zollbegünstigung eingeführten Tabakblätter in der einheimischen Zigarrenindustrie können je nach der Verwendungsart Zollnachzahlungen gefordert werden. Voraussetzungen und Höhe dieser Nachzahlungen sind in den Vorbemerkungen zu dem beigefügten Tarif (Ziff. IV) umschrieben.

Proposition de la commission.

¹ L'acquittement de tabacs bruts aux taux réduits des numéros 2 à 7 du tarif ci-annexé n'est autorisé que moyennant dépôt d'une déclaration de garantie quant à l'emploi de la marchandise (art. 18 de la loi sur les douanes). L'engagement requis (revers) implique également la stricte observation des prescriptions concernant le commerce du tabac brut, la fabrication et le commerce des tabacs manufacturés (art. 18 à 21). L'auteur de la déclaration est tenu de fournir en outre des sûretés suffisantes, dans les formes prévues aux art. 66 à 72 de la loi sur les douanes. La forme et le contenu de la déclaration, ainsi que la nature et le montant des sûretés à exiger, sont fixés par la direction générale des douanes. Les sûretés garantissent également le paiement des amendes et frais encourus pour contraventions à la présente loi ou à la législation douanière, ainsi que le paiement de l'impôt sur les cigarettes (art. 13, 24 à 30).

2^e alinéa. Biffer (voir art. 24).

³ Les déchets provenant de la mise en œuvre, dans l'industrie suisse du cigare, de tabacs en feuilles importés aux taux réduits, peuvent être soumis à un droit supplémentaire qui varie selon le genre de leur emploi. Les remarques préliminaires sur le tarif ci-

annexé précisent, sous chiffre IV, les conditions d'application et le taux de ce droit supplémentaire.

Schöpfer, Berichterstatter: Art. 3 behandelt die sogenannte Verwendungsverpflichtung. Die Abfertigung der Rohabake zu den ermäßigten Zollansätzen der Tarifnummern 2—7 macht es nötig, daß der Verbraucher des Tabaks, der betreffende Fabrikant bei der Oberzolldirektion eine Verwendungsverpflichtung oder, wie das Gesetz sagt, einen sogenannten Generalrevers hinterlegt. Mit diesem Generalrevers übernimmt der Aussteller, der Unterzeichner verschiedene Verpflichtungen gegenüber der Zollverwaltung über den Handel mit Rohtabak und dessen Abfällen, über die Verwendung insbesondere des Rohabaks zu einem bestimmten, in der Einfuhrdeklaration angegebenen, Zweck, über die Führung bestimmter, von der Oberzolldirektion vorgesehener, Bücher zum Zweck der Kontrolle über die verarbeiteten Tabake. Sie erinnern sich, daß ich Ihnen auseinandergesetzt habe, daß die Zollansätze verschieden seien, je nach Verwendung des Tabaks. Damit nun eine Kontrolle besteht, ob der Tabak in der versprochenen Weise auch verwendet worden sei, bedarf es bestimmter Kontrollvorschriften. Diese Verwendungsverpflichtung behält ihre Gültigkeit bis auf Widerruf seitens des Fabrikanten oder der Zollverwaltung bei. Zugleich mit der Abgabe einer Verwendungsverpflichtung hat der Tabakfabrikant auf der Oberzolldirektion auch eine ungefähr den mittleren Jahresverbrauch umfassende Sicherheit in Form einer Generalbürgschaft oder durch Hinterlegung von Titeln zu leisten. Diese Sicherheit hat aufzukommen für Zollforderungen, die aus allfälliger Nichterfüllung der mit dem Generalrevers eingegangenen Verpflichtungen über die Verwendung des Tabaks entstehen könnte. So könnte beispielsweise der Fall eintreten, daß der Tabak, der zur Herstellung von Zigarren deklariert und verzollt wurde, für die Fabrikation von Pfeifentabak verwendet wird, oder daß Tabak, für den der Zoll als Pfeifentabak bezahlt wurde, für die Herstellung von Zigaretten gebraucht wird, ohne die Oberzolldirektion vorgängig über die von der Deklaration abweichende Art der Verwendung zu orientieren und die Zolldifferenzen abzubehalten. Die Sicherheiten haften ferner für die gemäß Art. 6 dieses Entwurfes den Tabakfabrikanten gestundeten Zollbeträge und überdies für den mutmaßlichen Steuerbetrag, soweit es sich um Rohabake zur Herstellung von Zigaretten handelt. Andere Tabakprodukte bezahlen ja keine Steuern; da handelt es sich nur um die Zölle.

Aus der Herstellung von Zigarren ergeben sich Abfälle verschiedener Art wie z. B. die Rippen, Blattabschnitte, Kleinbruch, Zigarrenabschnitte usw. Bis zu einer gewissen Höchstmenge ist die Verwendung dieser Abfälle frei für die Pfeifentabakfabrikation. Die Verwendung dieser Abfälle unterliegt aber der Zollnachzahlung gemäß Tarif, sofern die Abfälle für die Herstellung von Zigaretten Verwendung finden. Das liegt ganz selbstverständlich im Schweizer System, im differenziellen System, begründet.

Ich empfehle Ihnen Annahme von Art. 3.

M. Musy, président de la Confédération: Quelques brèves remarques. Cette disposition est également de

capitale importance. Vous verrez plus tard, dans le tarif, que les taux prévus pour les tabacs bruts étrangers ne sont pas uniformes.

Les tabacs destinés à la fabrication du cigare, les qualités fines, payeront 285 fr. par 100 kg; les qualités moyennes 225 fr. et les qualités les meilleur marché 175 fr. Par contre, ce qui est destiné à la coupe, c'est-à-dire à la pipe, paie légèrement plus: 275 fr. D'autre part, le tabac destiné à la cigarette payera un taux beaucoup plus élevé. Pour les Maryland, les Virginie clairs, les tabacs argentins, c'est-à-dire les qualités qu'on peut plutôt considérer comme ordinaires, ce sera 780 fr. Toutes les autres sortes d'Orient payeront 1000 fr.

Certains tabacs sont susceptibles d'être indifféremment utilisés pour la cigarette, le cigare ou la pipe. Si ces tabacs sont destinés au cigare, ils seront frappés d'un droit de 225 ou 285 fr., éventuellement 175 fr. seulement s'il s'agit de qualité inférieure. Mais si ces mêmes tabacs sont importés pour la pipe, ce sera 275 fr. Par contre, ces mêmes tabacs payeront 780 fr. s'ils doivent être utilisés à la fabrication de la cigarette. Il est clair qu'il importe hautement au fonctionnaire qui fait le dédouanement, de savoir à quelle utilisation on réserve les feuilles importées. Le système appliqué jusqu'à présent a fait ses preuves. Le fabricant doit déclarer quelle utilisation il veut donner aux tabacs importés. S'il veut en faire des cigarettes, on lui applique le taux supérieur. S'il décide ensuite d'utiliser ce tabac pour en faire de la coupe, il s'adressera à la direction générale des douanes qui lui remboursera la différence entre le taux supérieur et le taux moins élevé du tabac pour la coupe. Si, au contraire, il veut faire des cigarettes avec un tabac importé au taux inférieur il doit au préalable demander l'autorisation de l'administration des douanes. Cette autorisation lui est donnée moyennant paiement de la différence entre le taux inférieur et le taux supérieur. A défaut de déclaration à l'entrée, quant à l'utilisation, on applique le taux supérieur.

Cela paraît, à première vue, un peu compliqué. Lorsque nous avons soumis pour la première fois ce système aux fabricants, ils ont hésité, parce qu'ils ont redouté que ce système entraînaît un contrôle tracassier. A l'expérience, heureusement, ce système n'a provoqué aucune difficulté insurmontable. Aujourd'hui, les fabricants acceptent la cristallisation définitive de ce système dans la loi. Pour le Département des douanes, qui a la responsabilité de cette perception, c'est un gros soulagement de savoir que ceux qui vont contribuer à fournir ces 30 millions acceptent unanimement ce système. Cela nous permet d'espérer que nous ne rencontrerons pas de difficultés d'application.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 4.

Antrag der Kommission.

Abs. 1, 2, 3 und 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 5 streichen (vgl. Art. 35, Abs. 2).

Proposition de la commission.

Al. 1^{er}, 2, 3, 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 5, biffer (voir art. 35, al. 2 a).

Schöpfer, Berichterstatter: Es ist Ihnen allen bekannt, daß sich die Bemessungsgrundlage im schweizerischen Zollwesen nach dem Bruttogewicht richtet. Nun ist von den Tabakfabrikanten mit Rücksicht auf die hohe Zollabgabe der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte ihnen die Vergünstigung der Nettoverzollung der Rohtabake, d. h. der Verzollung des Tabakes nach dem Eigengewicht der Ware und nicht nach dem Bruttogewicht eingeräumt werden. Das Verpackungsmaterial wäre als solches besonders nach Material und Beschaffenheit zu verzollen.

Für die Begriffsbestimmung von Bruttogewicht, von Tara- und Nettogewicht und von Eigengewicht der Sendungen von Tabak in all seinen Formen besteht bereits die sogenannte Taraverordnung des Bundesrates vom 24. August 1926. Deren Vorschriften sind maßgebend. Soweit der Eingangszoll nach dem Eigengewicht berechnet wird, hat sich der Zollmeldepflichtige über das wirkliche Eigengewicht selber auszuweisen. Als Ausweis gilt beispielsweise der von den schweizerischen Gesandtschaften oder von den Konsulaten ausgestellte amtliche Sortenausweis. Es ist natürlich, daß sich auch die Zollverwaltung die Ueberprüfung der Gewichte aus Kontrollgründen vorbehalten muß. Für die nach dem Bruttogewicht verzollbaren Tabakerzeugnisse sind verschiedene Erleichterungen vorgesehen. So können Zigarren, welche in Glaspokalen oder in keramischen Gefäßen verpackt sind, wie z. B. die Havanna-Zigarre oder die Brasil-Zigarre, auf den hierzu berechtigten Zollämtern zum Eigengewicht unter Berechnung eines Zollzuschlages zum ausgewiesenen oder amtlich ermittelten Eigengewicht der Ware verzollt werden. Das Verpackungsmaterial ist in diesem Falle besonders zu verzollen. Die nämliche Vergünstigung wird gewährt für Pfeifentabak und für Zigaretten, die in Blechdosen oder Kartonschachteln eingeführt werden.

Nun ist in diesem Artikel vom sogenannten Kleinhandel und von der Kleinhandelspackung die Rede. Als Kleinhandelspackung gelten solche Packungen, die handelsüblich sind zur Abgabe an die Raucher. Werden nun Tabakwaren in den Tarifnummern 15 bis 19, d. h. Zigarettentabak, Rauchtobak, Zigarren und Zigaretten, in einer anderen Packung als in der Kleinhandelspackung eingeführt, so wird zum Zollansatz der durch den Art. 4 dieses Gesetzes bestimmte sogenannte Zollzuschlag angewendet. Als Beispiel wird mir vom Beamten der Oberzolldirektion angegeben: Angenommen, es würde für Zigaretten die Kleinhandelspackung mit 50 Stück Zigaretten bestimmt. Wenn nun Schachteln zu 100 oder zu 1000 Stück Zigaretten eingeführt werden, so unterliegen solche Packungen dem Zollzuschlag.

Die Kommission empfiehlt Ihnen Genehmigung von Art. 4.

M. Musy, président de la Confédération: Cette disposition, elle aussi, a une certaine importance, étant donné que les taux appliqués sont très élevés. Le tabac fin paie actuellement 1200 fr. de droit sur une balle de 100 kg. Dès lors, il est clair que l'importateur

attache une importance considérable au mode de prélèvement des droits: sur le poids brut ou sur le poids net.

Jusqu'à présent, ces droits ont été prélevés sur la base du poids brut. Comme les tabacs américains sont importés dans les tonneaux, dont le poids à vide représente jusqu'à 14—15 % du poids utile de la marchandise, on a trouvé que le système de dédouanement poids brut conduirait à une trop forte imposition. Comme, d'autre part, les emballages varient beaucoup dans leur poids, la direction générale des douanes a estimé qu'il convenait de défalquer du poids brut une tare variant entre certaines limites. Les fabricants qui importent de grandes quantités se sont efforcés de trouver un moyen d'échapper à la taxe très élevée appliquée sur les emballages. Au port d'arrivée, on ouvre les boucauts et on met le tabac dans des sacs en toile. Les fabricants de cigares qui importent les tabacs fins n'y trouvaient pas leur compte. En effet, les feuilles de tabac qui servent d'enveloppe extérieure, de couverture pour les cigares coûtent jusqu'à 1200 fr. les 100 kilos et, dans les emballages de toile, la première couche est tout abîmée. Ils nous ont demandé si nous ne pouvions pas modifier le système de dédouanement poids brut. Nous avons alors accepté en principe le dédouanement poids net pour les tabacs bruts, sauf naturellement pour les produits manufacturés. Ces derniers, cigares, cigarettes, importés en boîte, paieront toujours sur la base du poids brut.

J'ai demandé à la direction des douanes de calculer la portée fiscale du nouveau système de dédouanement. Pour les qualités fines, ce serait un allègement de 2,9 % tandis que pour les qualités ordinaires ce serait à peu près 1 %. Nous devons accorder cela aux importateurs. La petite diminution qui en résultera sera compensée dans une large mesure par l'avantage que nous retirerons de l'application du taux supérieur. D'un autre côté, au point de vue économique, nous n'avons aucun intérêt à ce qu'on procède au transvasage du tabac dans les ports. C'est du travail qui se fait en dehors de chez nous. Nous appliquerons donc le système du dédouanement poids net, à l'avenir. A tous points de vue, ce système se recommande. Nous vous proposons donc de l'adopter et de déroger ainsi à la règle générale du tarif pour ce qui concerne les tabacs bruts.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 5.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Als Ausnahme von der Zollpflicht kommt der Musterverkehr in Betracht. Für den Musterverkehr von Tabakblättern werden erleichterte Verzollungsbestimmungen aufgestellt. Wenn der Musterempfänger eine Verwendungsverpflichtung hinterlegt hat, so erfolgt die Abfertigung nach dem niedrigsten Ansatz, der laut den Bestimmungen für Rohtabake zur Herstellung von Zigarren vorgesehen ist, für solche Muster von Tabakblättern,

die zur Herstellung von Zigarren usw. bestimmt sind. Wenn aber die Muster zur Herstellung von Zigaretten oder Zigaretten tabak bestimmt sind, dann erfolgt die Verzollung zum niedrigsten Ansatz, der für Roh tabake zur Herstellung von Zigaretten bestimmt ist.

Nun sieht das Zollgesetz, und da komme ich auf eine andere Bestimmung von Art. 5 zu sprechen, in Ziff. 23 von Art. 14 vor, daß rohe Bodenerzeugnisse von Grundstücken, die in der ausländischen Wirtschaftszone liegen, mit andern Worten: also 10 km außerhalb der Grenze — denn soweit erstreckt sich die ausländische Wirtschaftszone — und die von ihren Eigentümern oder Nutznießern oder Pächtern bewirtschaftet werden, zollfrei in der Schweiz eingeführt werden können, wenn der Bewirtschafter seinen Wohnsitz in der schweizerischen Wirtschaftszone hat und die Bodenerzeugnisse selbst oder durch seine Angestellten einführt.

Wir haben uns mit dieser Angelegenheit in der Zollkommission früher schon, im Jahre 1924, eifrig beschäftigt, als es sich um die Einfuhr von Veltliner Weinen handelte. Die Zollkommission hat damals an der Grenze drunten im Puschlav diese Verhältnisse besichtigt. Im Hinblick auf den Umstand, daß der einheimische, vom eidgenössischen Fiskus unbelastete, Tabakanbau in den letzten Jahren sowohl in der Broye als ganz besonders im Tessin erhebliche Dimensionen angenommen hat, wodurch dem Fiskus ein wesentlicher Ausfall an Zöllen entstanden ist, erscheint es durchaus nicht als erwünscht, daß die fragliche Zollbefreiung auch noch auf Tabak solcher Grundstücke ausgedehnt wird, die jenseits der Grenze liegen. Da übrigens der Bund, wie schon gestern gesagt wurde, im Verlaufe der letzten vier Jahre von den Tabakpflanzern zweimal infolge Unverkäuflichkeit ihrer Produkte um finanzielle Hilfe angegangen worden ist und da auch sämtliche Angaben über den Tabakbau von den Kantonen sehr schwer zu erhalten sind, so rechtfertigt es sich nicht, diesem Tabakbau noch vermehrte Bedeutung beizulegen durch zollfreie Einfuhr derjenigen Produkte, welche 10 km außerhalb unserer Landesgrenze gepflanzt werden. Ich empfehle Gutheißung von Art. 5.

M. Musy, président de la Confédération: Lorsque nous avons discuté la revision de la loi sur les douanes, nous avons envisagé la situation des zones limitrophes. A cette occasion-là, il fut décidé, pour rester fideles à une tradition séculaire, de permettre l'importation en franchise de douane des produits agricoles provenant de fonds sis au delà de la frontière, appartenant à des Suisses et cultivés directement par eux-mêmes. Cette exonération est prévue à l'art. 14 de la loi sur les douanes, chiff. 23. Les gens de Poschiavo cultivaient aussi quelques parchets de tabac dans la Valteline et avaient demandé d'introduire en franchise de douane leur récolte de tabac, franchise qui leur avait été accordée temporairement.

Peut-être, pour ménager la transition, aurait-on pu maintenir provisoirement cette franchise d'entrée en faveur des cultures appartenant à des Suisses, sis au delà de la frontière. Comme vient de le dire M. le rapporteur, on a dû y renoncer. A l'avenir, et d'une façon générale, cette franchise sera supprimée. En d'autres termes, tout le tabac cultivé au delà de la frontière suisse devra désormais payer, à l'importation, les droits prévus dans le tarif.

Sans doute, il convient d'avoir des égards particuliers pour des populations comme celle de Poschiavo, qui est extrêmement éloigné, topographiquement, tout d'abord de Coire, chef-lieu du canton, et plus encore de Berne, capitale de la Confédération. Aussi, chaque fois que ce sera possible, nous manifesterons notre sympathie particulière à cette population. Mais, en l'espèce et malgré le grand désir de lui être agréable, cela n'est vraiment pas possible; par conséquent, l'exception, prévue au chiff. 23 de l'art. 14 en faveur de tous les produits agricoles, ne s'appliquera pas au tabac; nous vous demandons de préciser ce point dans la loi et, par conséquent, d'accepter la proposition qui vous est faite à l'art. 6.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 6.

Antrag der Kommission.

¹ Für die Zollzahlung gelten die Bestimmungen der Art. 61, 62 und 64 des Zollgesetzes. Bei Verzollung von Roh tabak gegen Verwendungsverpflichtung kann die Oberzolldirektion für die Bezahlung der geschuldeten Beträge eine Frist bis auf 90 Tage gewähren, sofern gemäß Art. 3, Abs. 1, genügende Sicherheit geleistet wurde.

Abs. 2, 3. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

¹ Le paiement des droits de douane est réglé par les art. 61, 62 et 64 de la loi sur les douanes. La direction générale des douanes peut accorder jusqu'à 90 jours de délai pour le paiement des droits sur le tabac brut acquitté au vu d'une déclaration de garantie, à condition qu'il ait été fourni des sûretés suffisantes conformément à l'art. 3, 1^{er} al.

Al. 2 et 3. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Die geschuldeten Zollbeträge, für welche diese Stundung gewährt werden kann, können bestehen aus Zollbeträgen von direkten Einfuhrverzollungen oder aus Zollbeträgen von Einfuhrverzollungen ab Privatlager. Sie werden nun fragen, wie der Vollzug der Verzollung mit der erwähnten Stundung eigentlich gedacht ist. Darüber ist folgendes zu sagen.

Die bei der direkten Einfuhrverzollung ermittelten und in den Verzollungsausweisen vermerkten Zollbeträge sind durch den Zahlungspflichtigen ohne jede weitere Aufforderung monatlich zweimal an die Staatskasse abzuliefern, und zwar für die vom 1. bis 15. eines Monats vorgenommenen Verzollungen auf den ersten Tag des dritten Monats, der auf den Monat der Verzollung folgt, und für die vom 16. bis zum Ende eines Monats vorgenommenen Verzollungen auf den 16. des dritten Monats, der auf den Monat der Verzollung folgt. Für die Festsetzung des Verzollungsdatums gilt der im amtlichen Verzollungsausweis enthaltene Datumsstempel des Einfuhrzollamtes. Die für die Einfuhrverzollung ab Privatlager geschuldeten Beträge sind monatlich einmal an die Staatskasse zu entrichten, und zwar jeweilen auf den ersten Tag des dritten Monats, der auf den Monat der Einlagerung folgt.

Bei Einräumung dieser Zahlungsfrist wird Sicherheit geleistet. Diese Sicherheit haftet nicht nur für die Zollschuld des ursprünglich Zollpflichtigen, sondern sie haftet auch für Bezahlung durch den neuen Erwerber der Ware. Das ist wesentlich. Diese Bestimmung ist erforderlich, weil nach Art. 13 des Zollgesetzes zollzahlungspflichtig nur der ist, der die Ware an die Grenze führt, sein Auftraggeber, sowie der, für dessen Rechnung die Ware eingeführt wurde. Wenn daher der Zoll nicht schon im Moment der Einfuhr, sondern erst später erhoben wird, muß auch dafür gesorgt werden, daß der Bund für seine Zollforderung gedeckt wird, auch wenn die Ware durch den Zollzahlungspflichtigen veräußert worden ist. Das geschieht in erster Linie dadurch, daß man den ursprünglichen Zollzahlungspflichtigen bei der Veräußerung der Ware seine Sicherheit nicht zurückziehen läßt, sondern ihn trotz der Veräußerung weiter haften läßt.

In zweiter Linie hat der Bund auch noch ein Mittel: er kann für seine Zollforderung jederzeit auf die Ware selbst greifen, unbekümmert darum, ob sie noch in den Händen des ursprünglich Zollzahlungspflichtigen liegt oder von ihm veräußert worden ist. Die eingeführte Ware gilt nämlich nach den Bestimmungen des Zollgesetzes als Zollpfand, und daraus folgt, daß bei Nichtzahlung der Zollforderung der Bund grundsätzlich für seine Befriedigung auf den eingeführten Tabak greifen kann, unbekümmert darum, ob dieser bereits verkauft oder verarbeitet worden sei oder nicht. Also ist es unerheblich, wer im Moment der Inanspruchnahme des Zollpfandes Besitz oder Eigentum an der betreffenden Ware hat. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist gemäß Art. 22, Abs. 2, des Zollgesetzes zu machen, eine Ausnahme, die sich aus der ganzen Regelung unseres Rechtslebens ergibt: eine Ausnahme zugunsten des gutgläubigen Erwerbers. Wenn die Ware die Hand geändert hat und inzwischen durch einen Dritten gutgläubig erworben wurde, so wird dieser gute Glaube auch im Zollrecht geschützt, so gut wie bei andern Bestimmungen unseres Zivilrechtes.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 7.

Antrag der Kommission.

Wo besondere Verhältnisse es rechtfertigen, kann die Oberzolldirektion die Lagerung von unverzolltem Rohtabak auf Privatlager gemäß Art. 42 des Zollgesetzes bewilligen.

Zweiter Satz streichen (vgl. Art. 35, Abs. 2 b).

Proposition de la commission.

Lorsque des circonstances spéciales le justifient, la direction générale des douanes peut autoriser, conformément à l'art. 42 de la loi sur les douanes, le placement de tabac brut non dédouané dans un entrepôt privé.

Biffer le reste (voir art. 35, al. 2 b).

Schöpfer, Berichterstatter: Die Bewilligung zur Lagerung unverzollter, zur Verwendung durch die schweizerische Tabakindustrie bestimmter Rohtabakblätter in Privaträumen hängt vom Nachweis des Bedürfnisses ab. Die Beurteilung der Bedürfnisfrage

steht der Oberzolldirektion zu. Dabei ist namentlich die örtliche Lage des Fabrikations- oder des Handelsgeschäfts sowie der durchschnittliche Lagerverbrauch der eingeführten Tabakblätter maßgebend. Für Fabrikations- oder Handelsgeschäfte, die innerhalb oder in unmittelbarer Nähe von Ortschaften gelegen sind, wo ein eidgenössisches Niederlagshaus oder Zollfreilager sich befindet, wie z. B. in Basel, werden Privatlager grundsätzlich nicht bewilligt, und zwar mit vollem Recht. Die Haltung von Privatlagern, namentlich von größeren Betrieben, entspricht aber oft einem wirklichen Bedürfnis. Einmal erlaubt die zollfreie Einlagerung der Ware dem Fabrikanten den Einkauf von großen Posten Tabak. Dadurch ist es ihm möglich, günstige Konjunkturen, sei es im Preise, sei es in der Ernte, auszunützen, ohne daß er genötigt wäre, die Zollabgabe bei Einfuhr der Ware bereits an der Grenze zu entrichten. Sodann bedarf der Roh-tabak infolge seiner fermentierenden Bestandteile ständiger Kontrolle und Ueberwachung durch den Fabrikanten. Auch das macht die Lagerung in Privatlagern gelegentlich zur Notwendigkeit. Endlich hat der Fabrikant die Möglichkeit einer größeren Auswahl von Tabaksorten, um ungehindert seine Mischungen auszuprobieren und zu verarbeiten. Alle diese Möglichkeiten werden durch die Privatlagerung des Tabaks den Fabrikanten eröffnet. Der Privatlagerinhaber ist verpflichtet, eine genaue Lagerbuchhaltung zu führen und den Kontrollbeamten der Oberzolldirektion zur Kontrolle auch Zutritt zu den Lagerräumen zu gewähren. Wir empfehlen Ihnen Gutheißung von Art. 7.

M. Musy, président de la Confédération: Une simple remarque: On fait un usage très fréquent et très abondant de ces entrepôts privés; on évalue qu'à près le 70 % de la recette du tabac est payé par ces entrepôts privés; — ceci à titre de renseignement.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 8.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 2. Streichen ((vgl. Art. 35, Abs. 2 c).

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2. Biffer (voir art. 35, al. 2 c).

Schöpfer, Berichterstatter: Art. 8 behandelt den Rückzoll. Durch die seit dem Kriegsausbruch in vielen Staaten eingetretene fiskalische Erfassung des Tabaks wurde die ehemals außerordentlich wichtige Ausfuhr von schweizerischen Tabakwaren erheblich getroffen. Die seit 1920 in der Schweiz eingetretenen Zollerhöhungen auf Rohtabaken haben leider das Exportgeschäft in erheblicher Weise gestört. Es mußte deshalb ein Mittel gefunden werden, um das früher blühende Exportgeschäft einigermaßen wenigstens wieder herzustellen; dies ist bis zu einem gewissen Grade durch das Mittel der Rückzölle gelungen. Unsere Zollverwaltung macht dadurch von einem Verfahren Gebrauch, das in allen andern Staaten auch gebräuchlich ist: sie erstattet den Tabakfabrikanten, die in der Lage sind, ihre Erzeugnisse unter

zollamtlicher Kontrolle nach dem Ausland zu exportieren, den für das Rohmaterial seinerzeit bezahlten Zoll unter Abzug eines bescheidenen Betrages wieder zurück. Die Ausrichtung eines Rückzolls wird aber grundsätzlich vom Nachweis der Identität der in den ausgeführten Erzeugnissen enthaltenen Tabake mit den eingeführten Tabakblättern abhängig gemacht. Das ist selbstverständlich, denn man kann nicht etwas rückverzollen, was nicht bei der Einfuhr verzollt worden ist. Dabei können die Fabrikanten für die Exportware zur Führung besonderer Bücher zur Erfüllung der als notwendig erachteten Meldungen sowie zur Leistung besonderer Sicherheiten angehalten werden. Für Zigarren- und Pfeifentabak sind wie bisher feste Rückzollansätze vorgesehen, wogegen der für die Zigaretten ausgerichtete Rückzoll auch wie bisher auf Grund der für die Mischung verwendeten Tabakmengen der in Betracht fallenden Tarifnummern berechnet wird. Erleichternde Bestimmungen über die Zollzahlung können für solche Tabake bewilligt werden, die für die Herstellung von Exportzigaretten bestimmt und im Moment seiner Anmeldung, seiner Einfuhr auch als solche deklariert sind. Das sind die Bemerkungen, die ich Ihnen zum Art. 8, Rückzoll, zu machen habe. Ich empfehle Genehmigung.

M. Musy, président de la Confédération: Sous le régime de l'ancienne loi, il n'y a pas de drawback.

La nouvelle loi prévoit la possibilité du drawback, mais à titre tout à fait exceptionnel. Il s'agit donc du remboursement d'une partie des droits payés sur les produits bruts importés, au moment où les produits manufacturés en Suisse sont réexportés.

C'est à l'occasion du relèvement des droits sur le tabac que la question du drawback a été soulevée. Cela se comprend, eu égard au tarif aggravé qui sera désormais appliqué.

Lorsqu'on ne prélevait que 25 francs, l'importateur pouvait réexporter ses cigares et ses cigarettes, en supportant lui-même cette légère charge; il n'y avait donc pas de drawback, pas de ristourne.

L'exportation du cigare, qui fut autrefois très active, est tombée aujourd'hui à un chiffre assez modeste. En revanche, l'exportation de la cigarette s'est développée. Elle atteint environ 3000 quintaux métriques par an.

En raison, par conséquent, du relèvement considérable des droits perçus à la frontière sur les tabacs pour cigares et cigarettes, il est absolument nécessaire, si nous ne voulons pas tuer définitivement l'exportation des produits manufacturés en Suisse, d'accorder le drawback moyennant certaines garanties, comme le propose la direction générale des douanes.

Angenommen. — Adopté.

Art. 9.

Antrag der Kommission.

¹ Für trockene Rippen endgültig verzollter ausländischer Tabakblätter, die bei der Zigarrenfabrikation in Abfall kommen, kann im Falle einer Wiederausfuhr oder einer einwandfrei nachgewiesenen Denaturierung ein Teil des bezahlten Eingangszolles zurückvergütet werden, wenn es die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse als gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Rückvergütungsquote wird durch den Bundesrat unter Berücksichtigung der Marktlage periodisch

festgesetzt; die Quote darf jedoch 80 % des auf den Rippen bezahlten Zolles nicht übersteigen.

² Ob im Einzelfalle die Voraussetzungen einer Zollrückvergütung gegeben sind, entscheidet das eidgenössische Zolldepartement. (Vgl. Art. 35, Abs. 2 c.)

³ Dem Bundesrat steht das Recht zu, den Zollansatz für rohe Tabakrippen zeitweilig zu ermäßigen, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern.

Proposition de la commission.

¹ En cas de réexportation ou de dénaturation dûment constatée de côtes sèches provenant de la fabrication des cigares avec du tabac en feuilles étranger dédouané définitivement à l'importation, une partie du droit d'entrée acquitté peut être remboursée si les conditions économiques semblent le justifier. Le Conseil fédéral fixe périodiquement la cote de remboursement en tenant compte de la situation du marché; toutefois, la cote ne doit pas excéder le 80 % du droit acquitté pour les côtes.

² Le Département fédéral des douanes décide dans chaque cas si les conditions requises pour le remboursement sont remplies ou non. (Voir art. 35, al. 2 c.)

³ Le Conseil fédéral est autorisé à accorder temporairement, pour les côtes brutes de tabac, une réduction de droit si les conditions économiques l'exigent.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Zollrückvergütungen und Zollermäßigungen sind nötig, da die Tabakblätter nicht vollständig für die Tabak- und Zigarren- und Zigarettenfabrikation Verwendung finden können. Die Tabakblätter enthalten mehr oder weniger große Rippen, eine Mittelrippe, welche für die Herstellung von Zigarren nicht oder doch nur zum geringsten Teil verwendbar ist. Dagegen werden diese Tabakrippen dann von der Tabakfabrikation für Pfeifentabake verwendet, gewalzt und geschnitten und dem aus Tabakblättern geringerer Sorten hergestellten Pfeifentabak beigemischt. Rippen finden auch in der Schnupftabakfabrikation Verwendung. Nun hat sich in den letzten Jahren eine vermehrte Beschäftigung in der Zigarrenindustrie, namentlich bei den Stumpen, gezeigt und dadurch ist die Rippenproduktion erheblich gesteigert worden. Auf der andern Seite aber blieb die Fabrikation von Pfeifentabak stabil. Da zudem der Anbau von Inlandstabak in erheblichem Maße gesteigert wurde, stand den Pfeifenfabrikanten verhältnismäßig billiger inländischer Tabak in genügenden Mengen zur Verfügung, und die Folge davon war, daß bei der Verwendung von Rippen zu Pfeifentabak eine Einschränkung eintrat. Die Rippen, welche bei der Zigarrenfabrikation überflüssig wurden, konnten im eigenen Lande nicht mehr Verwendung finden, und da suchten die Zigarrenfabrikanten ihren Ueberschuß an Rippen im Ausland abzubringen oder im Inland bei einer Fabrikation von Nikotin. Die Einrichtung von Rückzoll wird nur für solche Rippen gewährt, für welche die Nichtverwendbarkeit oder Unverkäuflichkeit im Inland einwandfrei nachgewiesen ist. Das ist Voraussetzung für den Rückzoll. Sollte aber der Fall eintreten, daß die schweizerische Zigarrenindustrie nicht mehr in der Lage wäre, den von den Pfeifenfabrikanten benötigten Bedarf an Tabakrippen decken zu können, wenn diese Fabrikanten ihren Bedarf daher aus dem Ausland beziehen müßten,

dann wäre der Bundesrat befugt, den Zollansatz auf Tabakrippen, der dermalen auf 150 Fr. für 100 kg brutto angesetzt wurde, und als Schutzzoll für die einheimischen Rippenproduzenten zu betrachten ist, im Interesse unserer Tabakfabrikanten zeitweilig zu ermäßigen. Das sind die Bemerkungen zu Art. 9, dessen Genehmigung ich Ihnen beantrage.

M. Musy, président de la Confédération: L'honorable M. Evéquo a attiré, hier, l'attention du Conseil sur la nécessité de favoriser la culture du tabac en Suisse. Je partage tout à fait sa manière de voir. La disposition de la loi sur la côte du tabac est de nature à venir en aide à la culture indigène.

Nous importons, pour la fabrication des cigares ordinaires, surtout des tabacs américains, des Kentucky et des Rio Grande. Les côtes de ces tabacs n'ont certainement pas les qualités des feuilles, mais on peut les utiliser pour la fabrication de tabac à fumer. Ces côtes font donc, en une certaine mesure, concurrence à notre production nationale. Nous avons, par conséquent, intérêt à nous en débarrasser, pour autant qu'elles ne sont pas utilisées par les fabricants de coupe.

C'est la raison pour laquelle nous vous proposons d'autoriser l'administration des douanes à accorder un drawback, c'est-à-dire une restitution de droit proportionnelle au poids sur les côtes qui, étant invendables, sont cédées à des fabricants de nicotine ou exportées. C'est là une mesure non seulement de justice fiscale à l'égard du fabricant, mais aussi de protection de la culture indigène, puisque cette disposition permet d'éliminer une concurrence qui peut éventuellement être dangereuse.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 10.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 2. Streichen (vgl. Art. 35, Abs. 2 d).

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2. Biffer (voir art. 35, al. 2 d).

Schöpfer, Berichterstatter: Steuerobjekt ist die Zigarette. Alle Tabakfabrikate, die unter der Bezeichnung Zigaretten in den Handel kommen, unterliegen der Zigarettensteuer. Nun muß man sich aber doch fragen: Was ist im Sinne dieses Gesetzes eine Zigarette? Ich will gleich zur Beruhigung ängstlicher Gemüter vorausschicken, daß die Zigarette, die einer sich von Hand dreht, nicht etwa eine Zigarette im Sinne des Gesetzes ist, also nicht steuerpflichtig ist. Das sei gleich hier festgestellt, damit für alle Zukunft hierüber keine Irrtümer entstehen können.

Als Zigaretten fallen in Betracht die Zigaretten im handelsüblichen Sinne, bestehend aus einem Tabakstrang aus geschnittenem Tabak und einer Hülse aus Papier mit oder ohne Mundstück, aus Papier oder aus Karton, aus Kork oder Stoff. Als Zigaretten im Sinne des Gesetzes gelten auch die sog. Cigarillos, d. h. ein Tabakerzeugnis in der Form von kleinen Zigarren mit geschnittenen Einlagen und Umhüllung

aus Tabak oder mit Papierhülsen und Deckblatt aus Tabak. Ebenso gilt als Zigarette im Sinne des Gesetzes die sog. Preßzigarette aus fein geschnittenem Tabak. Das Merkmal der Preßzigarette besteht darin, daß bei ihr das Deckblatt infolge der Pressung entbehrlich ist. Sie hat gar kein Deckblatt. Der Tabak ist so fest zusammengedrückt, daß ein solches nicht nötig ist. Ebenso gilt als Zigarette im Sinne des Gesetzes eine Asthmazigarette, eine Kampferzigarette, eine indische Hanfzigarette, eine Stramoniumzigarette und eine Medizinalzigarette, natürlich soweit und sofern alle diese Zigarettenarten Tabak enthalten. Wenn sie keinen Tabak enthalten, gelten sie selbstverständlich nicht mehr als Zigaretten.

Als gewerbsmäßige Herstellung gilt ohne Rücksicht auf das Herstellungsverfahren jede Anfertigung von Zigaretten, die in der Absicht des mittelbaren oder unmittelbaren Erwerbs handelsüblich zur Abgabe an den Konsumenten gelangen. Alle diese Zigaretten unterliegen daher der Steuer, unbekümmert, ob es Maschinenfabrikat ist oder Handfabrikat. Das sind die wenigen Bemerkungen zu Art. 10, dessen Annahme ich Ihnen empfehle.

M. Musy, président de la Confédération: Il va sans dire que le fumeur qui roule sa cigarette lui-même n'aura pas à payer cet impôt. Il ne s'agit ici que de la cigarette fabriquée industriellement.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 11.

Antrag der Kommission.

Abs. 1 und 2. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 3. Das zulässige Höchstgewicht für 1000 Zigaretten beträgt 1250 g für Zigaretten im Kleinhandelspreis von weniger als 7 Rp., und 1500 g für Zigaretten im Kleinhandelspreis von 7 Rp. und darüber. Bruchteile dieser Gewichtseinheiten werden einer ganzen Einheit gleichgestellt.

Abs. 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Al. 1 et 2. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 3. Le poids maximum admis pour 1000 cigarettes est de 1250 g pour les cigarettes dont le prix de détail est inférieur à 7 cts. la pièce et de 1500 g pour les cigarettes dont le prix de détail est de 7 cts. ou plus la pièce. Les fractions de ces unités de poids sont assimilées à une unité entière.

Al. 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Zwei Elemente fallen in Betracht bei der Bemessung, beim Umfang und bei der Höhe der Steuer, einmal der Preis, zu welchem die Zigarette im Kleinhandel abgegeben wird und das Gewicht der einzelnen Zigarette. Der Kleinhandelspreis der Zigarette ist auf jeder Hülse, sofern sie in Papier besteht, in einer lesbaren Ziffer aufzudrucken. Bei den Cigarillos, d. h. bei den zigarettenartigen Erzeugnissen ist der Preisaufdruck auf der Packung anzubringen. Im aufgedruckten Kleinhandelspreis muß der Steuerbetrag inbegriffen sein.

Nun das andere Element, das Gewicht. Als Gewichtseinheit gilt das Gewicht von 1000 fertigen Zigaretten im lagertrockenen Zustand. Das Zigaretten-gewicht ist nämlich sehr verschieden, man muß daher sagen «im lagertrockenen Zustand». Das Gewicht hängt auch davon ab, ob der Zigarettenstrang etwas länger oder kürzer, dünner oder dicker sei. In der Regel kann das Gewicht pro Zigaretten-einheit von 1000 Stück von 800 bis 1500 g variieren.

Jeder gewerbsmäßige Ersteller von Zigaretten ist nun verpflichtet, der Oberzoll-direktion bestimmte Typenmuster vorzulegen, und dabei ist die Marke, das Gewicht und der Kleinhandelspreis anzugeben. Die Angaben, welche der Fabrikant machen muß, dienen dann für die Anwendung des Steuermaßes auf die einzelnen Zigaretten-sorten. Hat der Zigaretten-hersteller beispielsweise die Absicht, an der Beschaffenheit der Zigarette, d. h. am Gewicht oder am Preis, also an einem der Elemente, welche maßgebend sind für die Bemessung der Steuer, irgendeine Änderung eintreten zu lassen oder eine neue Marke in den Handel zu bringen, dann muß er das der Oberzoll-direktion wiederum unter Vorlage der entsprechenden Typenmuster zur Kenntnis bringen.

Es ist in diesem Artikel auch von Abmachungen mit den Abnehmern die Rede. Als Abmachungen über den Verkaufspreis im Kleinhandel gelten die in der Faktura angegebenen Preise. Der vom Zigarettenhersteller in der Faktura angegebene Kleinhandelspreis inkl. der Zigarettensteuer muß daher mit dem Kleinhandelspreis wie er auf der Zigarettenhülle aufgedruckt ist, übereinstimmen.

Mit diesen Bemerkungen empfehle ich Ihnen Gutheißung von Art. 11.

Böhi: Ich möchte hier nur den gleichen Vorbehalt anbringen wie bei Art. 11, Abs. 2, wo auf Art. 19, Abs. 3, hingewiesen ist, namentlich auf den Schluß-satz, wo gesagt ist, daß der Kleinhandelspreis der Zigaretten angegeben werden müsse. Die Bestimmung soll nicht definitiv angenommen werden, bis Art. 19 erledigt ist.

Schöpfer, Berichterstatter: Ich betrachte es als ein Gebot der Loyalität, daß man diesen Vorbehalt akzeptiere.

M. Musy, président de la Confédération: Sous réserve de l'art. 2.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 12.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Sie haben bei Beratung des vorausgehenden Artikels gehört, daß sich die Steuer berechnet nach der Gewichtseinheit und nach dem Kleinhandelspreis. Zigaretten im Gewichte bis auf 1250 g für 1000 Stück — das ist die Einheit — und zu einem Kleinhandelspreise von unter 7 Rp. das Stück bezahlen einen halben Rappen Steuer für

das Stück. Volkszigaretten bezahlen also einen halben Rappen. Zigaretten im Kleinhandelspreise von 7 Rp. und mehr mit einem Gewichte bis auf 1500 g bezahlen einen Rappen Steuer. Wenn die einzelnen Gewichtseinheiten überschritten werden, so regelt sich die Steuer automatisch. Wenn also beispielsweise eine Zigarette zum Verkaufspreise von 6 Rp., aber mit einem Gewicht von 1300 g statt nur mit 1250 g, in den Handel kommt, dann unterliegt diese Zigarette einer Steuer von einem Rappen und nicht mehr von einem halben Rappen, wie bezahlt werden müßte bei 1250 g und 6 Rp. Verkaufspreis.

Es ist aber zu erwarten, daß die Zigarettensteuer nicht in ihrem ganzen Umfange auf den Raucher abgewälzt werde, sondern zu einem Teil vom Fabrikanten und vom Kleinhändler übernommen wird. Ich lege Wert darauf, das festzustellen, weil man sonst gemeinhin der Auffassung ist, daß die Steuer einfach auf den Konsumenten überwälzt wird. Ich will das an einem Beispiel zeigen. Mußte beispielsweise eine Schachtel Zigaretten von 20 Stück bisher mit 1 Fr. bezahlt werden, so müßte diese Schachtel infolge der Besteuerung inskünftig auf 1 Fr. 10 kommen. Nun sieht aber das Tabaksteuergesetz neben der Zollerhöhung für die dunklen Tabake auch eine Zollermäßigung vor für die hellen Tabake, für die Orient-tabake. Es ist daher ganz wohl denkbar, daß es dem Fabrikanten möglich ist, die bisherigen Kleinhandelspreise wenigstens für die hellen Zigaretten unverändert beizubehalten, und daß er nicht genötigt ist, die Steuer durchwegs auf den Konsumenten abzuwälzen. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 12.

Böhi: Ich habe schon gestern ausgeführt, daß nach meiner Ansicht die Steuerdifferenzierung, wie sie in Art. 12 festgesetzt ist, in einem gewissen, ich will nicht sagen untrennbaren Zusammenhange steht mit der Preisschutzklausel des Art. 19; aber ein Zusammenhang besteht. Deshalb möchte ich beantragen, diesen Artikel zurückzulegen, bis Art. 19 erledigt ist.

Schöpfer, Berichterstatter: Ich erkläre namens der Kommission Zustimmung zu diesem Antrage.

Zurückgestellt. — *Renvoyé.*

Art. 13.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Als Steuerschuldner gilt diejenige Person, die Zigaretten aus eingeführten oder inländischen Tabaken — merken Sie sich das wohl — im eigenen Betriebe gewerbsmäßig herstellt oder solche Tabake an Dritte zur gewerbsmäßigen Herstellung von Zigaretten auf Lohnarbeit auf seine Rechnung abgibt. Steuerschuldner ist also grundsätzlich der Zigarettenfabrikant; mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang der Zigarettensteuer mit dem Eingangszoll auf ausländische Tabake wird indessen die Sicherstellung der Zigarettensteuer bei der Einfuhr des Rohmaterials, also vom Importeur

verlangt. Dadurch ergibt sich eine indirekte Haftung der Tabakimporteure, die jedoch mit der erfolgten Bezahlung der Steuer durch den Fabrikanten wegfällt. Mit dieser kurzen Bemerkung empfehle ich Ihnen Genehmigung von Art. 13.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 14.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

² Der Fabrikant hat monatlich der Zollverwaltung einen genauen Ausweis über die Art und Menge der von ihm hergestellten Zigaretten, sowie über die Menge des auf die einzelnen Tarifnummern entfallenden verarbeiteten Rohtabaks einzureichen.

Abs. 3, 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 5. Streichen (vgl. Art. 35, Abs. 2^e).

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

² Le fabricant est tenu de remettre, chaque mois, à la douane les pièces permettant de se rendre un compte exact de la sorte et de la quantité de cigarettes fabriquées, ainsi que des quantités de tabac brut employé à cet effet, spécifiées pour chaque numéro du tarif.

Al. 3, 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 5. Biffer (voir art. 35, al. 2^e).

Schöpfer, Berichterstatter: Zur Steuerveranlagung oder zur Festsetzung der Steuer sind die gewerbmäßigen Hersteller von Zigaretten verpflichtet, der Oberzolldirektion gewisse monatliche Ausweise zu übermachen, nämlich die folgenden: einmal über den Eingang und Ausgang von inländischen und ausländischen Rohtabaken; dann über die Sorten und Mengen des im Verlaufe des Meldemonates in Fabrikation genommenen Rohtabakes, also einen sogenannten Fabrikationsrapport; drittens einen Rapport über die Art und die Menge der im Meldemonat hergestellten Zigaretten, mit andern Worten eine Steuerdeklaration. Die eingereichte Steuerdeklaration ist für den Aussteller verbindlich. Sie bildet nach erfolgter Prüfung durch die Oberzolldirektion die Grundlage für die Festsetzung des Steuerbetrages, der dann dem Steuerschuldner ordnungskonform mitgeteilt wird. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 14.

M. Musy, président de la Confédération: Cette disposition apparaîtra peut-être au Conseil comme une ingérence directe de la Confédération dans les affaires des fabricants. Il faut se souvenir qu'actuellement déjà les fabricants de cigares et de tabac pour la coupe ont l'obligation de fournir à la direction générale des douanes les rôles et documents nécessaires à un contrôle suffisant de l'utilisation du tabac.

Jusqu'à présent, les fabricants de cigarettes n'étaient pas tenus à cette communication, parce que le tabac qu'ils utilisaient était dédouané au taux maximum. Le paiement du droit le plus élevé rend inutile le contrôle de l'emploi de la marchandise. Les fabricants de cigarettes pouvaient donc fabriquer des cigares ou du tabac pour la coupe, puisque la matière

première qu'ils employaient avait été frappée du droit le plus haut. C'était leur affaire.

A l'avenir, la direction générale des douanes devra être au courant de l'utilisation des tabacs en vue de la perception des droits sur la cigarette. Si, sous le régime actuel, ce contrôle avait existé, nous aurions pu déterminer assez exactement le nombre de cigarettes fumées chaque année; mais à défaut d'un tel contrôle, nous avons dû nous contenter d'une approximation. Elle a été calculée sur la base des importations de tabac dédouanées pour la cigarette. Cependant, — je l'ai dit hier en répondant à M. Evéquo, — ce chiffre de 1200 millions est très en-dessous de la réalité. Nous arriverons certainement, si ce n'est cette année, du moins l'année prochaine, à tout près de 2 milliards. Au surplus, nous connaissons exactement, à l'avenir, l'importance de la fabrication en cigarettes suisses; nous devons le savoir pour effectuer la perception de l'impôt de consommation intérieure. C'est la raison pour laquelle nous vous proposons maintenant d'étendre à la cigarette le contrôle comptable qui, actuellement, est appliqué seulement à la fabrication du cigare et de la coupe.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 15.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Im ganzen Steuerrecht, bei allen Steuerveranlagungen, bei der Gemeindesteuer, der kantonalen Steuer, der Bundessteuer, der Kirchensteuer, überall muß der Steuerpflichtige einen Schutz haben. Der darf auch bei der Zigarettensteuer nicht fehlen. Deshalb wird dem Steuerpflichtigen das Recht der sogenannten Steuerbeschwerde an die eidgenössische Zollrekurskommission eingeräumt. Diese Beschwerde kann sich richten gegen jede Verfügung der Zollverwaltung, wodurch das Vorhandensein einer Steuerpflicht oder die streitige Höhe der Steuer berührt wird. Sie ist der Zollbeschwerde nach Art. 109 des Zollgesetzes nachgebildet. Das gilt vor allem für die Beschwerdelegitimation, die jedermann zusteht, der für die Steuerzahlung in Anspruch genommen werden kann. Für die Steuerzahlung kann in Anspruch genommen werden, der Steuerpflichtige, dann der mit ihm solidarisch Mitverpflichtete oder der Bürge. Nach Art. 110 des Zollgesetzes ist jeder ganz allgemein legitimiert, gegen solche Verfügungen, an denen er ein rechtliches Interesse nachweisen kann, Beschwerde zu erheben. Wird die Steuerfestsetzung infolge einer Beschwerde aufgehoben oder abgeändert, so wirkt dies auch gegenüber den übrigen soeben angeführten Mitinteressenten, obschon sie keine Beschwerde geführt haben. Die Beschwerdefrist wird auf 30 Tage festgesetzt, womit den Vorschriften des Bundesgesetzes über die eidgenössische Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege Rechnung getragen ist. Sie ist den dortigen Vorschriften angepaßt. Für die übrige Ausgestaltung der Beschwerde werden die einschlägigen Bestimmungen in den Art. 113—116 des Zollgesetzes schlecht-

weg als anwendbar erklärt. Ebenso finden die Bestimmungen über die Zollbeschwerde Anwendung gegenüber Verfügungen der Zollverwaltung, die sich nicht auf die Steuerfestsetzung selbst, sondern auf das Veranlagungsverfahren beziehen. Hier ist also keine Beschwerdeführung an die Zollrekurskommission vorgesehen und möglich; die Beschwerde ist beim Verwaltungsgericht oder eventuell beim Bundesrat anzubringen. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 15.

M. Musy, président de la Confédération: La loi sur les douanes accorde aux importateurs, un droit de recours devant une commission spéciale contre les décisions prises par l'administration des douanes.

Il est évident que ce droit doit être réservé également aux importateurs de tabac. Le délai de 30 jours peut paraître un peu court. Déjà, dans la loi sur les douanes, nous aurions voulu inscrire 60 jours pour tous les recours douaniers; mais le Département de justice a exprimé le désir très catégorique qu'on s'arrêtât à celui de 30 jours, pour accorder le délai prévu par cette loi aux prescriptions correspondantes de la juridiction administrative et disciplinaire. C'est la raison pour laquelle nous vous proposons le délai de 30 jours.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 16.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Ist dem Steuerschuldner die Steuerschuld bekanntgegeben, dann hat er spätestens 30 Tage nach Erhalt der Zahlungsaufforderung an die Oberzolldirektion zu bezahlen. Dem Fabrikanten werden für die Einreichung der Steueranmeldung nach Schluß des Fabrikationsmonates einige Tage Frist eingeräumt, und die Oberzolldirektion hat ebenfalls einige Tage Frist nötig zur Prüfung der Belege, worauf erst dem Steuerpflichtigen der Steuerbetrag mitgeteilt wird. Erst vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an beginnt die Zahlungsfrist von 30 Tagen zu laufen. Ich bitte Sie, Art. 16 zu genehmigen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 17.

Antrag der Kommission.

Abs. 1 und 2. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

³ Das Rückerstattungsbegehren ist binnen eines Jahres seit der Steuerentrichtung an die Oberzolldirektion zu richten, die unter Vorbehalt der Steuerbeschwerde gemäß Art. 15 darüber entscheidet (Schlußsatz streichen [vgl. Art. 35, Abs. 2f]).

Proposition de la commission.

Al. 1 et 2. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

³ Les demandes de remboursement doivent être adressées, dans le délai d'une année à compter depuis le jour du paiement de l'impôt, à la direction générale des douanes, qui statue sous réserve du recours fiscal

prévu à l'art. 15 (biffer la dernière phrase [voir art. 35, al. 2f]).

Schöpfer, Berichterstatter: Sie wissen, daß die Zigarettensteuer als Inlandsteuer gedacht ist. Wenn also versteuerte Zigaretten nach dem Ausland ausgeführt werden, dann kann die entrichtete Steuer unter gewissen Voraussetzungen an den Inhaber der Steuerquittung zurückgezahlt werden. Als solche Voraussetzungen sind zu nennen die zollamtliche Ausgangsbescheinigung, die entsprechende Steuerquittung oder sogar noch andere von der Oberzolldirektion als notwendig erachtete Belege, die sich jedoch immer nur darauf beziehen müssen, daß einwandfrei eine Identitätsfeststellung erfolgt. Die Belege werden nicht etwa in schikanöser Weise verlangt; die Hauptsache ist, daß die Identität des eingeführten und im Inland verarbeiteten Tabaks mit dem nach außen gehenden Fabrikat festgestellt ist. Die Steuerrückerstattung kann aber auch gewährt werden, wenn die versteuerten Zigaretten infolge Unverkäuflichkeit oder aus andern Gründen vom Fabrikanten zurückgenommen werden müssen. Derartige Fälle können eintreten, wenn z. B. die Zigaretten infolge unsorgfältiger Lagerung oder wegen Fabrikationsfehlern schimmelig werden oder wenn sie aus irgendwelchen andern Ursachen zur Abgabe an den Raucher nicht mehr geeignet sind. Solche Zigaretten können dann auf Ansuchen der Hersteller vernichtet werden. Wenn jedoch der Hersteller die Auffassung hat, daß der in den Zigaretten verarbeitete Tabak zu anderweitiger Verwendung noch fähig und geeignet sei, kann an Stelle der Vernichtung das Aufreißen der Zigaretten treten und eine weitere Verwendung des Tabaks erfolgen. In beiden Fällen hat die Operation unter zollamtlicher Kontrolle zu erfolgen. Das ist natürlich notwendig im Hinblick auf die allfällige Rückforderung der ausgerichteten Steuer. Wenn der Tabak vernichtet wird, kann die Steuer remoursiert werden, wird er weiter verwendet, dann wird selbstverständlich die Steuer auch nicht zurückerstattet. Ich empfehle Annahme des Art. 17.

M. Musy, président de la Confédération: A l'art. 8, nous avons prévu qu'en cas d'exportation de produits manufacturés en Suisse avec du tabac étranger, pour lequel le droit de douane a été payé à l'importation, une partie du droit d'entrée sera remboursée. Ainsi donc, le fabricant suisse qui fait de la cigarette en utilisant du tabac étranger obtiendra, au moment de l'exportation de ses produits, le remboursement d'une partie du droit qu'il aura payé à la frontière sur le tabac brut affecté à sa fabrication. C'est, en d'autres termes, la restitution partielle de l'impôt qu'il aura payé à la frontière.

Si nous voulons que l'industrie indigène de la cigarette puisse exporter avec succès, il faut aller plus loin. Il ne suffit pas, en effet, de rembourser tout ou partie de l'impôt payé à la frontière sur la matière brute; il faut encore accorder l'exonération de l'impôt intérieur sur la cigarette destinée à l'exportation.

Tel est le but de l'art. 17. En réalité, cette disposition prévoit que l'impôt spécial qui frappera la cigarette ne sera pas applicable à la cigarette exportée.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1930
Date	
Data	
Seite	264-275
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 868

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 25. September 1930.
Séance du matin du 25 septembre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Meßmer*.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — *Suite*.

Siehe Seite 264 hievor. — Voir page 264 ci-devant.

Art. 18 und 20.

Anträge der Kommission.

Art. 18. ¹ Der Handel mit Rohtabak und mit Abfällen der Tabakfabrikation (Stengel, Rippen usw.) sowie die gewerbsmäßige Herstellung von Tabakfabrikaten darf nur durch solche Personen oder Geschäftsfirmen ausgeübt werden, die in der Schweiz festen Wohnsitz oder eine im Handelsregister eingetragene Geschäftsniederlassung haben. Die Ausübung der Handels- oder Fabrikationstätigkeit ist vor Beginn, jede Veränderung des Wohnsitzes, der Geschäftsniederlassung oder der Firma binnen acht Tagen der Oberzolldirektion zu melden. (Schlußsatz streichen.)

² Mit der Anmeldung hat der Firmainhaber eine gemäß Art. 3, Abs. 1, auszustellende Verwendungsverpflichtung bei der Oberzolldirektion zu hinterlegen und die Sicherheit zu leisten.

³ Die Oberzolldirektion führt ein Verzeichnis der Rohtabakhändler und der Tabakfabrikanten und übt die Aufsicht über die Einhaltung der für die Tabakbesteuerung festgesetzten Sicherungsmaßnahmen aus.

Art. 20. ¹ Die gewerbsmäßige Herstellung von Tabakfabrikaten darf nur durch solche Personen oder Geschäftsfirmen ausgeübt werden, die in der Schweiz festen Wohnsitz oder eine im Handelsregister eingetragene Geschäftsniederlassung haben. Auf diesen Unternehmungen finden die in Art. 18 enthaltenen Bestimmungen entsprechende Anwendung. (Rest des Alineas streichen.)

Abs. 2. Streichen.

Propositions de la commission.

Art. 18. ¹ Le commerce du tabac brut et des déchets de la fabrication du tabac (tiges, côtes, etc.), ainsi que la fabrication industrielle de tabacs manufacturés ne peuvent être exercés que par les personnes ou les maisons ayant en Suisse un domicile permanent ou un domicile d'affaires inscrit au registre du commerce. Avant de se livrer à une activité commerciale ou à une fabrication de ce genre, l'intéressé doit en informer la direction générale des douanes. De plus, tout changement ayant trait au domicile personnel, au domicile d'affaires ou à la raison sociale doit être annoncé, dans les huit jours, à la direction générale des douanes.

² Outre la communication ci-dessus, l'exploitant est tenu de déposer à la direction générale des douanes la déclaration de garantie quant à l'emploi de la marchandise, exigée par l'art. 3, 1^{er} alinéa, et de fournir les sûretés requises.

³ La direction générale des douanes tient une liste des négociants en tabac brut et des fabricants de tabac et veille à l'observation des mesures de sûreté prises quant à l'imposition du tabac.

Art. 20. ¹ La fabrication industrielle de tabacs manufacturés n'est permise qu'aux personnes ou maisons ayant en Suisse un domicile permanent ou un domicile d'affaires inscrit au registre du commerce. Les dispositions de l'art. 18 sont applicables par analogie à ces entreprises. (Biffer le reste de l'alinéa.)

2^e al. Biffer.

Schöpfer, Berichterstatter: Ueber die Steuer-sicherung, Handels- und Fabrikationsvorschriften bei Rohtabak, kann ich Ihnen einige Bemerkungen machen, die sich gleichzeitig auf die Art. 18 und 20 beziehen, so daß ich zu Art. 20 dann nichts mehr zu sagen brauche.

Die Anmeldung der Rohtabakhändler und der Tabakfabrikanten bei der Oberzolldirektion ist nichts neues. Die Bestimmungen in den Art. 18 und 20, wie auch die Hinterlegung eines Generalreverses und die Sicherheitsleistung bestehen heute schon. Es handelt sich daher nur darum, einer bestehenden Ordnung, die sich seit 10 Jahren bewährt hat, die gesetzliche Sanktion zu erteilen. Händler und Fabrikanten haben sich mithin vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der Oberzolldirektion anzumelden und sich über die Wohnsitznahme in der Schweiz und die Eintragung ins Handelsregister auszuweisen. Sie sind auch verpflichtet, über Eingang und Ausgang und die Verarbeitung der eingeführten und im Inlande bezogenen Tabake Buch zu führen und der Oberzolldirektion monatliche, vierteljährliche oder jährliche Meldungen zu erstatten. Der Oberzolldirektion bleibt das Kontrollrecht in den Büchern der Händler und Fabrikanten vorbehalten.

Mit diesen Worten beantrage ich Ihnen die Genehmigung der Art. 18 und 20, die ich zusammen behandelt habe, weil sie analoge Gebiete betreffen.

M. Musy, président de la Confédération: C'est une importante disposition de contrôle; mais je tiens à constater, avec M. le rapporteur de la commission, que ce mode de contrôle, apparemment un peu tracassier, à la lecture de l'article, n'a pas donné lieu, dans la pratique, à de difficultés, et que tous les intéressés à la fabrication, consultés sur la teneur de cette disposition, l'ont acceptée.

Angenommen. — *Adopté*.

Art. 19.

Antrag der Kommission.

¹ Der Handel mit Zigaretten und Zigarettentabak (Art. 21, Abs. 1—4) unterliegt der Kontrolle durch die Oberzolldirektion, soweit dies zur Sicherung des Zollbezuges und der Zigarettensteuer notwendig ist. Alle Verkäufer von Zigaretten- und Feinschnitttabak haben der Zollverwaltung auf Verlangen die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte und Nachweise zu geben, sowie den zuständigen Beamten

zur Vornahme der nötigen Feststellungen Zutritt zu ihren Verkaufsräumen und Magazinen zu gewähren.

Abs. 2, 3 und 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

¹ Le commerce des cigarettes et du tabac à cigarettes (art. 21, al. 1 à 4) est soumis au contrôle de la direction générale des douanes dans la mesure nécessaire pour assurer la perception des droits d'entrée et de l'impôt sur les cigarettes. Tout vendeur de cigarettes ou de tabac coupe fine est obligé de fournir à la douane les renseignements et preuves nécessaires à l'application de la présente loi. En outre, il doit accorder le libre accès de ses locaux de vente et magasins aux fonctionnaires compétents, afin de leur permettre de faire les constatations nécessaires.

Al. 2, 3 et 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Antrag Suter.

Art. 19, Abs. 2. Der Bundesrat ist jedoch beauftragt, diese Bestimmung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit außer Kraft zu setzen, wenn sie zu Mißbräuchen in der Preisbildung führen sollte.

Proposition Suter.

Art. 19, 2^e alinéa. Le Conseil fédéral est cependant tenu de mettre cette disposition hors de vigueur pour une durée déterminée ou indéterminée dans le cas où elle donnerait lieu à des abus dans la fixation des prix.

Schöpfer, Berichterstatter: Mit Art. 19 sind wir bei derjenigen Bestimmung angelangt, wo der Kampf einsetzt. Jetzt werden diejenigen, welche sich gegen die Preisschutzklausel wehren, ihre Minen springen lassen. Bevor wir über die streitige Frage uns näher miteinander unterhalten, will ich den ganzen Artikel einigen Erwägungen unterziehen.

Die von der Oberzolldirektion auszuübende Kontrolle über die Sicherung des Zollbezuges und der Zigarettensteuer wird sich nicht nur auf die Fabrikanten und andere gewerbsmäßige Hersteller beschränken, sondern sich notwendigerweise auf die Groß- und Kleinhändler von Zigaretten und von geschnittenen Tabaken auszudehnen haben. Die Kontrollorgane der Oberzolldirektion haben sich Gewißheit darüber zu verschaffen, daß die in den Handel gebrachten Zigaretten den Vorschriften und den hinterlegten Typenmustern entsprechen. Sie müssen sich darüber vergewissern, daß auch die Importzigarette den Bestimmungen entspricht, d. h. mit den vorgesehenen Merkmalen versehen ist und mit diesen Merkmalen zum Verkauf ausgelegt wird.

Schließlich haben sich die Kontrollorgane zu überzeugen, daß nach Verlauf der Uebergangsfrist wirklich alle im Geschäft und im Lager vorhandenen Zigaretten den Steuervorschriften entsprechen. Zu diesem Zweck haben die Groß- und Kleinhändler den Kontrollbeamten zur Vornahme einer Kontrolle Zutritt zu den Verkaufs- und Lagerräumen zu gewähren. Das ist die eine Seite von Kompetenzen, die ich Ihnen umschreiben wollte. Zigaretten aller Art dürfen den Großisten und Kleinhändlern nur gegen Fakturastellung geliefert werden. Das ist auch eine notwendige Kontrollbestimmung, denn die Fakturen gelten als

Nachweis über die Zoll- und Steuerzahlung und sind vom Händler aufzubewahren. Dieser Ausweis ist den Kontrollbeamten jederzeit vorzuweisen. Die Zigaretten sind zu dem Preise zu verkaufen, der auf der Hülse, oder wenn es sich um Cigarillos handelt, auf der Verpackung vorgedruckt und angegeben ist.

In Abs. 3 sind die Fälle aufgezählt, welche keine Verletzung des Gesetzes bedeuten und unter lit. b dieser Fälle wird von den Rabatten gesprochen. Man wird sich sofort fragen, ob es beispielsweise möglich sei, daß die Inhaber von Tabakverkaufstellen miteinander vereinbaren, die Zigaretten schachtelweise um 10 oder 15 % billiger zu verkaufen. Ist eine solche Rabattgewährung inskünftig möglich oder nicht? Würde das bereits den Tatbestand einer Preisschleuderei ausmachen oder geht das noch in das Wesen des Rabattes hinein, wie es in lit. b von Abs. 3 zum Ausdruck kommt. Nicht jeder Rabatt ist gestattet. Dem Wortlaut des Gesetzestextes können Sie entnehmen, daß nur der übliche Rabatt gestattet ist. Nun wird man sich fragen, was das heißen soll: der übliche Rabatt. Ich lege Wert darauf, diesen Begriff hier etwas zu umreißen. Abweichungen vom aufgedruckten Preis der Kleinhandelszigaretten gelten nur dann als übliche und daher als zulässige Rabatte oder Rückvergütungen im Sinne von Art. 19, Abs. 3, lit. b, wenn solche Rabatte allgemein üblich sind und wenn von den betreffenden Kleinhandelsgeschäften im gleichen Ausmaße und ohne Bevorzugung der Zigaretten auf sämtlichen Verkaufsartikeln, also z. B. auch auf Zigarren und Päcklein Tabak diese Rabatte oder Rückvergütungen angewendet werden. Mit andern Worten, es muß ungefähr das gleiche System sein, wie bei den Konsumgenossenschaften, wo nicht nur Rabatte auf den Zigarren, wenn solche verkauft werden, erfolgen, sondern auf allen Verkaufsartikeln. Sinn und Geist der Bestimmung über die Rabatte der Kleinhändler deckt sich also mit Sinn und Geist der Rabatte bei den Konsumgenossenschaften. Es ist durchaus logisch, unter dem üblichen Rabatt das zu verstehen, was Ihnen erklärt wurde. Weitergehende Vergütungen auf dem aufgedruckten Kleinhandelspreis der Zigarette gelten daher als Preisschleuderei und fallen als solche unter die Strafbestimmungen des Tabaksteuergesetzes.

Nicht strafbar ist die in Abs. 3 unter lit. a vorgesehene Abrundung des Gesamtpreises beim Verkauf einzelner Zigaretten. Dabei ist der Nachdruck auf das Wort « einzelner » zu legen. Die Abrundung nach oben und nach unten darf aber 5 Rp. nicht erreichen. An einem Beispiel wird Ihnen das sofort klar werden. Wenn ein Raucher in einem Restaurant drei Zigaretten zu 7 Rp. kauft, so macht das 21 Rp. aus. Der Restaurateur darf dem Raucher die Zigaretten zu 20 oder aber auch zu 25 Rp. verkaufen. Er macht sich dadurch keiner Gesetzesverletzung schuldig, da die Abrundung nach oben und unten 5 Rp. nicht übersteigt.

Besteht die Absicht, im Inlande hergestellte Zigaretten in einem Konkurs oder in einem nach kantonalem Recht gestatteten Ausverkauf oder durch eine freiwillige Liquidierung, infolge Aufgabe des Geschäftes oder beim Verkauf oder dem Erlöschen eines Geschäftes zu verwerten, da muß man der Oberzolldirektion Mitteilung davon machen. Gleichzeitig ist ihr ein Verzeichnis der zur Konkursverwertung, zum Ausverkauf oder zur Liquidierung bestimmten

Zigaretten vorzulegen. Werden solche Zigaretten in Konkurs oder Ausverkauf oder freiwilliger Liquidierung durch Kleinhandelsgeschäfte zum Zwecke weitem Verkaufes erstanden, so hat die Abgabe an die Verbraucher nach den aufgedruckten Kleinhandelspreisen zu erfolgen. Das sagt Ihnen auch, warum diese Mitteilung an die Oberzolldirektion erfolgen muß. Man meint vielfach: Was ist das wieder für eine schikanöse Bedingung, die da im Gesetze steht; da muß man der Oberzolldirektion alles mitteilen! Das hat aber alles seine guten Gründe. Die Oberzolldirektion muß kontrollieren können, ob den Bestimmungen des Gesetzes nachgelebt wird, und wenn diese Käufe zum Zwecke des Wiederverkaufes stattfinden, müssen sie die Kleinhandelspreise beobachten, wenn die Abgabe an die Verbraucher geschieht. Für das Abstoßen von verdorbener oder sonst unverkäuflich gewordener Ware muß ebenfalls eine Bestimmung aufgenommen werden; und zwar ist das notwendig, weil bei verdorbener Ware, wenn die Zigarette schimmelig oder grau geworden ist oder aus andern Gründen nicht mehr verkauft werden kann, der Betreffende Anspruch auf eine Zollrückvergütung hat. Aber die Oberzolldirektion muß die Kontrolle haben, wenn sie den Zoll rückvergüten soll, und deshalb müssen solche Fälle der Oberzolldirektion angezeigt werden.

Das sind die Bemerkungen, die ich vorläufig zum Art. 19 zu machen habe. Ich werde mir im Laufe der Diskussion erlauben, sie zu ergänzen und auf einzelne Punkte zurückzukommen, wenn es nötig wird. Ich empfehle Ihnen im Namen der Kommission Eintreten.

Suter: Ich habe Ihnen zu Art. 19, Ziff. 2, einen Ergänzungsantrag eingereicht, der als zweiter Satz in die Vorlage aufgenommen werden soll. Der Antrag ist ausgeteilt worden; ich führe zu dessen Begründung kurz folgendes an:

Die Preisschutzbestimmung des Art. 19, Ziff. 2, ist in der Kommission zwar ohne Begeisterung, aber immerhin mit starker Mehrheit angenommen worden. Dabei hat über die verfassungsrechtlichen Bedenken, die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind, die sich aber bei einem Artikel, aus dem der Staat 300 % seines Wertes herausholen will, auch nicht sehr stark aufdrängten, der Umstand hinweggeholfen, daß es sich um einen Luxusartikel handelt und daß das Ergebnis der Zigarettensteuer einem gemeinnützigen Zwecke zu dienen hat. Man wollte nicht durch die Ablehnung dieser Bestimmung die Verantwortung dafür übernehmen, daß im Finanzplan der Sozialversicherung eine Lücke entstehe, die zweckmäßiger und richtiger als durch die Besteuerung des Luxusartikels Zigarette kaum ausgefüllt werden könnte.

Allerdings ist die Preisschutzbestimmung sehr weitgehend. Jeder Preis, den die Fabrikanten von sich aus aufstellen, mag er noch so hoch sein, ist damit staatlich geschützt, bei Strafe bis auf 5000 Fr. Das hat mir schon in der Kommission Veranlassung gegeben zur Anregung, daß der Bundesrat beauftragt werde, die Preisschutzbestimmung zeitweise oder dauernd außer Kraft zu setzen, wenn der Verkaufspreis der Zigarette zu den Gestehungskosten in ein Mißverhältnis geraten sollte. Ich sagte mir dabei, daß das Volk wohl gewillt sei, die Steuer, soweit sie zur Finanzierung der Sozialversicherung notwendig ist, zu tragen, niemals aber einen Uebergewinn der Fabri-

kanten. Wenn ohne eine solche oder ähnliche Bestimmung den Fabrikanten die Preisfestsetzung überlassen wird, dann ist meines Erachtens das Schicksal der Vorlage, falls das Referendum ergriffen wird, besiegelt.

Man hat zwar dagegen eingewendet, sobald die Fabrikanten die Preise zu hoch ansetzten, käme die ausländische Konkurrenz auf den Plan und würde die Preise regulieren. Aber dieses Argument dürfte bei der Volksabstimmung wenig Eindruck machen, wenn nicht in der Vorlage selber ein Korrektiv enthalten ist. Der Referendumsbürger glaubt nicht mehr alles, was ihm vor den Abstimmungen verständlich gemacht werden will, zumal das nicht, was ihm nur mündlich zugesichert wird. Er will es schwarz auf weiß auf dem Papiere sehen.

Im weitem hat man erklärt, daß der Bundesrat das Recht habe, den Zoll für die ausländischen Zigaretten bei Hochhaltung der inländischen Preise herabzusetzen. Aber die Tarife des Entwurfes sind nach Art. 2 Bestandteil des Gesetzes, und es ist nirgends im Entwurfe dem Bundesrate Vollmacht erteilt, die Tarife von sich aus zu ändern. Art. 4 des Zolltarifgesetzes vom 10. Oktober 1902 bestimmt allerdings, daß der Bundesrat ermächtigt sei, unter außerordentlichen Umständen, namentlich im Fall der Verteuerung der Lebensmittel, vorübergehend die zweckmäßig erscheinenden Tarifiermäßigungen vorzunehmen oder sonstige Erleichterungen zu gewähren. Aber das Spezialgesetz, das uns heute beschäftigt und das eine solche Vollmacht nicht vorsieht, geht dem allgemeinen vor. Außerordentliche Umstände sind es zudem wohl kaum, wenn ein Produktionszweig es versteht, die Preise in der Höhe zu halten, zumal bei einem Luxusartikel. Es würde sicher lange dauern, bis der Bundesrat dazu käme, die Zölle auf ausländischen Zigaretten herabzusetzen, um auf die inländischen Preise einen Druck auszuüben! Er würde hier wie beim Alkohol mit Recht sagen: Je höher die Preise, desto kleiner der Konsum und desto besser sei es für die Gesundheit des Volkes. Aber die Verhältnisse liegen hier nicht ganz gleich wie beim Alkohol. Bei diesem fällt die Steuer im ganzen Umfang an den Staat zu gemeinnützigen Zwecken; bei der Zigarette dagegen wandert der staatlich geschätzte Ueberpreis in die Tasche des Fabrikanten.

Richtig ist, daß die Bundesversammlung das Recht hätte, die Preisschutzbestimmungen wieder aufzuheben; ich erachte es aber für angezeigt, wenn man in die Vorlage selbst eine Bestimmung aufnimmt, die den Fabrikanten und Händlern von Anfang an zeigt, was sie beim Mißbrauch ihrer Freiheit, die Preise festzusetzen, zu gewärtigen haben. Sonst würde der Eindruck erweckt, man habe sie in eine Falle hineinschließen wollen, und habe ihnen den Preis nur garantiert, damit sie das Referendum nicht ergreifen. Und hintendrein, nach Ablauf der Referendumsfrist hebe man die Preisgarantie wieder auf, wogegen sie sich mit Erfolg nicht mehr zur Wehre setzen könnten.

Wie betont, ich stelle den Ihnen unterbreiteten Antrag, weil ich finde, man sollte auch die Interessen der Konsumenten schützen und nicht nur die der Fabrikanten und Händler. Denn schließlich zahlt der Konsument allein die Steuer und er hat daher das Recht, daß die von ihm gewitterte Gefahr, daß die Preise infolge des Preisschutzes ungebührlich in die Höhe gehen, weit über das hinaus, was durch die

Steuer bedingt ist, in der Vorlage selbst gebannt werde. Die Fabrikanten selber und die Händler behaupten, daß eine solche Gefahr überhaupt nicht bestehe, da die in- und ausländische Konkurrenz Preistreiberien unmöglich mache. — Also haben sie von einer Bestimmung, wie ich sie vorschlage, auch nichts zu befürchten! Ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag zur Annahme.

Böhi: Ich beantrage Streichung des Art. 19, Ziff. 2, 3 und 4. Abs. 2 bringt die sogenannte Preisschutzklausel; Abs. 3 und 4 enthalten Ausnahmen von ihrer Anwendung. Würde die Preisschutzklausel grundsätzlich abgelehnt, so fallen natürlich auch die in Abs. 3 und 4 vorgesehenen Ausnahmen dahin.

Ich habe bereits in der Eintretensdebatte mich als Gegner der Preisschutzklausel bekannt und ebenfalls als Gegner der damit in Verbindung stehenden Differenzierung der Zigarettensteuer. Ich habe damals auch die Gründe angegeben, aus denen ich die Preisschutzklausel ablehne. Ich will Gesagtes nicht wiederholen, zumal ich glaube, daß die Mitglieder des Rates, welche seit der Eintretensdebatte Zeit hatten, die Streitfrage unter sich zu besprechen und sich näher zu überlegen, sich ihre Meinung inzwischen bereits gebildet haben werden.

Nur kurz resümiere ich: Die Preisschutzklausel wurde ursprünglich nicht vom Finanzdepartement vorgeschlagen oder in Aussicht genommen. Sie wurde erst nachträglich von den Interessenten, den Detailisten des Zigarettenhandels, erfunden und auf die gesuchte, künstlich konstruierte Grundlage der Steuerdifferenzierung aufgebaut. Die Klausel bildet, wie vorgestern namentlich auch Herr Kollega Thalman ausgeführt hat, einen starken Eingriff in die Handelsfreiheit. Ihr Hauptzweck soll die Verhütung der Preisschleuderei sein. Dieser Zweck wäre ja gewiß sehr anerkennens- und unterstützungswert. Aber ich frage mich: wird dieser Zweck wirklich erreicht. Ich frage weiter: hat man in letzter Zeit ähnlich wie damals, als der Prozeß des Moses Horn spielte, Fälle von ruinösen Preisunterbietungen erlebt, oder haben sich nicht die Verhältnisse inzwischen gebessert? Haben nicht Interessenten durch Boykottabmachungen oder dergleichen selber sich zu schützen gewußt? Ich habe wenigstens in letzter Zeit nichts mehr davon gehört, daß ähnliche illoyale Konkurrenzkämpfe auf dem Gebiete des Zigarettenhandels stattgefunden hätten. Ich frage mich also: ist die Klausel heute noch notwendig, und wenn sie notwendig wäre, ist sie auch wirksam? Ich maße mir hierüber kein Urteil an, aber ich möchte die Frage gerne beantwortet hören.

Es ist bereits auch von Herrn Thalman dargetan worden, daß die Vorschriften, welche die Preisschutzklausel mit sich bringen, in der Ausführung große Schwierigkeiten verursachen werden. Das ist heute durch den Herrn Kommissionsreferenten bestätigt worden. Die Feststellung, was als Verletzung der Preisschutzklausel bestraft werden soll, nötigt zu kleinlichen Untersuchungen über das Vorhandensein der Ausnahmefälle von Abs. 3, d. h. über die Zulässigkeit von üblichen Rabatten. Der Herr Referent hat erklärt, was er unter üblichen Rabatten verstehe; aber diese Erklärungen sind für die Praxis nicht genügend. Es wäre notwendig, daß man einen ganzen Rabattkodex aufstellte und an unseren juri-

stischen Fakultäten einen Lehrstuhl für das Rabattrecht einrichtete. Es gibt so viele Formen erlaubter und unerlaubter Rabattgewährung, daß die Abgrenzung des Erlaubten vom Unerlaubten nach Abs. 3 des Art. 19 nicht ausreicht. Die Bestimmung des Begriffes der zulässigen Rabatte wird in der Praxis bedeutende Schwierigkeiten verursachen. Es wird damit, wie ich schon bei der Eintretensdebatte erwähnte, der Denunziationssucht Vorschub geleistet. Es wird eine lästige polizeiliche Kontrolle eintreten. Auch das, was in Abs. 4 vorgesehen ist, die bundesrätliche Ordnung des Abstoßens unverkäuflich gewordener Zigaretten, ist, wie schon Herr Thalman nachwies, anfechtbar.

Nun hat Herr Kollega Suter zu Abs. 2 einen Zusatzantrag gestellt, ebenfalls veranlaßt durch das Gefühl, daß die Preisschutzklausel an und für sich nicht recht befriedige, und daß ein Schutz der Konsumenten nötig sei. Dieser Antrag ist nach meiner Ansicht gut gemeint, bringt aber keine befriedigende Lösung. Er will den Bundesrat schon im Gesetz beauftragen oder ermächtigen, die Preisschutzklausel auf bestimmte oder unbestimmte Zeit außer Kraft zu setzen, wenn sie zu Mißbräuchen in der Preisbildung führen sollte. Ich halte es nicht für unbedenklich, in privatwirtschaftlichen Streitfragen eine Entscheidungsbefugnis in die Hand des Bundesrates zu legen. Wollen wir wieder zu den Zeiten der S. S. S. zurückkehren? Sollen die Verhandlungen darüber, ob Mißbräuche in der Preisbildung vorliegen, in den Burèaux des Bundeshauses geführt werden? Wie wird es gehen bei solchen Verhandlungen? Da sprechen die Interessenten der einen und der anderen Gruppe vor. Es kommt zu Pourparlers, zu Konferenzen. Wollen wir die Autorität und das Ansehen des Bundesrates in derartigen Kämpfen engagieren? Ich glaube, der Bundesrat hat besseres zu tun, als zu untersuchen und zu judizieren, ob Mißbräuche in der Preisbildung vorliegen. Was ist das für ein unbestimmter, dehnbare Begriff! Ich glaube nicht, daß man da dem Bundesrat eine Aufgabe zuweist, die er befriedigend lösen könnte, und die überhaupt in seinen Aufgabenbereich gehört.

Und warum der ganze Preisschutzapparat? Welches ist sein Erfolg? Ein Mehrertrag der Steuer von 150,000 Fr. auf rund 30 Millionen! Wenn wir die Differenzierung in der Steuer fallen lassen, dann brauchen wir auch keine Preisschutzklausel. Ich finde, die Nachteile, welche die Preisschutzklausel mit sich bringt, werden bei weitem nicht aufgewogen durch den Vorteil einer verhältnismäßig minimalen Erhöhung des Gesamtsteuerertrages. Ich komme also nach wie vor dazu, Ihnen die Ablehnung der Preisschutzklausel und auch des Antrages Suter zu beantragen.

Moser: Gestatten Sie mir, mich zu der Frage der Preisschutzklausel auch mit wenigen Worten zu äußern. Ich bin nach der Beratung über die einzelnen Artikel zur Auffassung gelangt, daß, wenn man die Vorlage durchbringen will, die Preisschutzklausel notwendig ist. Ich glaube, sie läßt sich auch ganz gut aus verschiedenen Gründen rechtfertigen. Ich möchte zunächst anschließen an das, was in der Eintretensdebatte gesagt worden ist, daß diese Preisschutzklausel etwas Aehnliches darstelle, wie zum Beispiel der garantierte Milchpreis, der garantierte

Getreidepreis und auch der vom Staat garantierte Fleischpreis mit Rücksicht auf die Handhabung des Tierseuchengesetzes. Ich möchte auf diese Verhältnisse nicht eintreten. Es wird dann bei der Beratung der Vorlage über den Milchpreis hierzu noch Gelegenheit sein. Ich glaube aber, man kann diese Fragen nicht vergleichen mit der Festsetzung des Zigarettenpreises, bzw. mit der Preisschutzklausel. Es handelt sich um die Frage: Kann man ohne die Preisschutzklausel auskommen, wenn man eine Besteuerung der Zigaretten durchführt, wie sie hier vorgesehen ist? Da ist nun schon zu sagen, daß der Antrag des Herrn Evéquoz, man solle den Zoll entsprechend erhöhen und dann die Konkurrenz freigeben, nach den eingehenden Untersuchungen durch die Zollverwaltung nicht möglich ist. Wir können die Zölle nicht weiter erhöhen, da das technisch unmöglich ist. Es bleibt also nur der Weg der Besteuerung der Zigaretten und damit in Verbindung die Preisschutzklausel. Da bin ich der Meinung, wenn es sich um ein Steuerobjekt handelt, wenn es sich also darum handelt, wie man die Steuer zweckmäßig erheben kann, so müssen auch Fragen anderer Natur, die heute erwähnt worden sind, zurücktreten. Man muß dann schließlich jene Maßnahmen anwenden, die zum Ziele führen können. Nach den Erfahrungen, die man in Deutschland und an andern Orten gemacht hat, ist es ganz klar, daß, wenn wir die Preisschutzklausel nicht haben, die Waren zu gewissen Zeiten verschleudert werden, und damit eine größere Zahl kleinerer Existenzen ruiniert wird. Wir wissen, daß gerade am Verkauf der Zigarren, Zigaretten und des Tabaks viele kleine Existenzen beteiligt sind. Wir wissen aber auch, speziell vom bürgerlichen Standpunkt aus, daß es durchaus wünschenswert ist, wenn diese Existenzen in ihrer Selbständigkeit erhalten bleiben. Ich verstehe nicht recht, wie man einfach den Manchester-Standpunkt vertreten kann: «Das ist ganz gleichgültig; wer nicht konkurrieren kann, soll untergehen!» Wir sehen diese Entwicklung. Wir sehen die Entwicklung der großen Warenhäuser und was drum und dran hängt und damit das Verschwinden des kleinen Geschäftsmannes. Ich glaube nicht, daß es gerade im Interesse der bürgerlichen Politik ist, diesen Zersetzungsprozeß zu fördern. Nun ist es ganz klar: Wenn wir die Preisschutzklausel fallen lassen, so leisten wir dieser Entwicklung Vorschub. Der schweizerische Gewerbeverband stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn diese Preisschutzklausel nicht da ist, er unbedingt das Referendum ergreifen werde. Wenn das Referendum zustande kommt, besteht die Gefahr, daß diese Vorlage fällt. Man wird sagen — das ist ja sehr billig und populär — man besteuere hier ein Produkt des allgemeinen Konsums. Gewiß wird es allgemein konsumiert; aber es ist ein Luxusartikel. Man hat das Rauchen nicht absolut notwendig zum Leben. Ich bin auch Raucher und habe an einer guten Zigarre oder Zigarette oder am Tabak großen Genuß. Aber auf der andern Seite bin ich der Meinung, daß das Rauchen nicht notwendig ist und deshalb besteuert werden kann und soll. Wollen wir einfach Vogel-Strauß-Politik treiben und sagen: Wir lehnen die Preisschutzklausel aus verfassungsrechtlichen Gründen ab, und es darauf ankommen lassen, ob nachher die Vorlage durchgeht oder nicht. Wir wissen, daß die Vorlage nicht durchgeht. Wenn das Referendum zustandekommt, wird die Vorlage

nicht angenommen. Weil es sich um die Besteuerung eines Genußartikels handelt, ist man auch berechtigt, Maßnahmen zu treffen, um die Besteuerung in richtiger Weise durchzuführen und eine Vorlage zustande zu bringen, die sich nachher nach der Auffassung des Zolldepartements und der Kreise, die mit der Sache zu tun haben, bewähren wird.

Der verehrte Herr Vorredner hat auch aufmerksam gemacht auf die übrigen Bestimmungen des Art. 19, speziell auch auf Al. 1. Ich möchte darauf nicht mehr eintreten, sondern nur sagen, daß die Schwierigkeiten nach meiner Ansicht nicht so groß sind.

Was den Antrag des Herrn Suter anbetrifft, bin ich der Meinung, daß die Kreise, die hier interessiert sind, diesem Antrage ohne weiteres zustimmen werden. Der Gedanke, der im Antrage Suter liegt, ist entschieden gut.

Ich möchte nicht länger werden, sondern nur am Schlusse sagen, wenn wir die Zigarettensteuer durchführen und die paar Millionen Franken für die Sozialversicherung gewinnen wollen, müssen wir den Weg gehen, der gangbar ist. Da es sich um die Beschaffung von Mitteln für die Sozialversicherung handelt und ferner darum, einen Luxusartikel zu besteuern, womit grundsätzlich jeder einverstanden sein wird, so scheint es mir, man sollte nicht allzusehr an den Bestimmungen nörgeln und namentlich soll man nicht die Bestimmung ablehnen, die, wenn sie abgelehnt wird, zweifellos zur Verwerfung des Gesetzes führen müßte.

Ich beantrage Ihnen, den Antrag der Mehrheit anzunehmen.

M. Naef: Sans vouloir me prononcer sur le fond même de la question qui fait l'objet de l'art. 19 que nous discutons en ce moment, je me permettrai de poser une question à M. le chef du Département des finances à propos de l'al. 4 disant: « Une ordonnance du Conseil fédéral édicte les dispositions nécessaires pour les ventes au rabais autorisées par les lois cantonales. »

Vous savez, Messieurs, que presque tous les cantons possèdent des lois sur les ventes au rabais. La loi genevoise prévoit deux genres de rabais: le premier, le rabais que l'on peut qualifier d'usuel, limité qu'il est à 5 % et qui peut être accordé en tout temps par tout commerçant; secondement, les rabais qui dépassent l'usage, allant au-delà de 5 %, jusqu'à une proportion illimitée; ces derniers ne peuvent être accordés que dans les ventes appelées « ventes au rabais », et pour lesquelles une autorisation de l'autorité cantonale est nécessaire.

J'aurais aimé savoir si le Conseil fédéral a l'intention de profiter de la compétence que lui donne l'al. 4 de l'art. 19, actuellement en discussion, pour limiter ces rabais qui, dans les lois cantonales, ne le sont pas. Dans l'affirmative, j'aimerais savoir dans quelle proportion le Conseil fédéral pense le faire. Je suis persuadé que M. le président de la Confédération ne s'étonnera pas qu'un représentant d'un canton lui pose cette question à propos de l'ordonnance fédérale prévue à l'al. 4 et dont une des dispositions pourrait se trouver en opposition avec un grand nombre de lois cantonales. Je serai donc très reconnaissant à M. le chef du département s'il voulait bien me renseigner à ce sujet.

Schöpfer, Berichterstatter: Erlauben Sie mir zunächst auf die Bemerkung, die Herr Naef gemacht hat, zurückzukommen. Ich will gleich dort beginnen, wo er aufgehört hat. Er sprach darüber, wie es sich denn verhalte bei den kantonalen Ausverkäufen. Er sagte uns, daß im letzten Absatz von Art. 19 vorgesehen sei, daß der Bundesrat eine Verordnung erlasse über die kantonalen Ausverkäufe und über das Abstoßen unverkäuflich gewordener Zigaretten. Ich stelle fest, daß der Bundesrat in das Ausverkaufswesen der Kantone aus konstitutionellen Gründen nicht hineinreden kann. Der Hausierhandel ist nach den Grundsätzen unserer Bundesverfassung, nach Art. 31, lit. e, der Legislative der Kantone vorbehalten. Das Ausverkaufswesen ist ein Gegenstand des Hausierhandels. Der Kanton stellt die Bedingungen auf, unter welchen Ausverkäufe stattfinden dürfen. Ich kann Ihnen nur sagen, wie es in meinem Heimatkanton geordnet ist, weil ich mich sozusagen wöchentlich mit Bewilligungen für Ausverkäufe zu befassen habe. Wenn ein Ausverkauf gemacht werden will, dann hat man dem betreffenden Departement die Publikation über die Rabatte, welche das Ausverkaufsgeschäft zu bewilligen gedenkt, zu unterbreiten. Wir nehmen von Regierung wegen dazu Stellung, im Interesse des Schutzes des ansässigen Gewerbes. Damit die Gewerbetreibenden nicht allzu stark geschädigt werden, beschränkt man den Ausverkauf nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich, den Preisen nach. In diese Kompetenz der Kantone kann der Bund nicht hineinregieren. Herr Naef mag sich dabei beruhigen.

Noch ein kurzes Wort zu den Ausführungen der Herren Kollegen Suter und Böhi. Ich muß schon gestehen, daß ihre Ausführungen, wie auch die Auseinandersetzungen von Herrn Dr. Thalman bei der Eintretensdebatte zu diesem Gesetz und das, was Herr Evéquoz gesagt hat, auf mich einen tiefen Eindruck gemacht haben. Diese Ausführungen sind nicht so ganz spurlos an mir vorübergegangen und ich gestehe, daß die Ausführungen, wonach die Preisschutzklausel auf das übrige Gewerbe, den übrigen Handel und die übrige Industrie nachteilige Folgen haben könnte in ihren Konsequenzen, mir zu denken gegeben haben. Ich verstehe den Standpunkt derer, die Anstoß nehmen an der Preisschutzklausel, und trotzdem vermag ich mich vom Standpunkt der Preisschutzklausel nicht abzulösen. Ich muß Ihnen das mit zwei bis drei Worten begründen. In der Eintretensdebatte haben wir von der Kommission aus darauf hingewiesen, welche Aenderung der Begriff der Handels- und Gewerbefreiheit im Wandel der Zeiten durchgemacht hat. Ich glaube Ihnen bewiesen zu haben, daß der Begriff der Handels- und Gewerbefreiheit im Jahre 1930 nicht mehr der nämliche ist wie im Jahre 1874 oder gar im Jahre 1848. Daran läßt sich gar nichts mäkeln und kritisieren. In zweiter Linie haben wir Ihnen die Preisschutzklausel mundgerecht zu machen versucht durch die Differenzierung in den Preisen der Zigarette, indem wir Ihnen erklärten, es entspreche einem auf allen Gebieten des Steuerrechtes zum Ausdruck gebrachten Grundsatz, daß die billige, die «Volks»zigarette weniger belastet wird als die hoffärtigere, die vornehmere, die feinere Zigarette. Dieser Standpunkt ist vom Cato unseres Rates einer scharfen Zensur unterzogen worden. Herr Böhi hat gesagt, das sei

alles recht und schön, was ich da sage, allein es sei doch mehr oder weniger ein Vorwand; denn es mache diese Differenzierung nur 150,000 Fr. aus, und das spiele im Verhältnis zu den 10 Millionen oder gar 30 Millionen Franken, die der Tabak für die Sozialversicherung abwerfen soll, gar keine Rolle. Also könne er das Argument beim besten Willen nicht akzeptieren. Allein Herr Böhi war dann doch so loyal, daß er sagte: Dasjenige, was zugunsten der Preisschutzklausel über die Preisschleuderei gesagt wurde, hat mir doch einen gewissen Eindruck gemacht. Allein ich kann nicht beurteilen, ob das, was seinerzeit Herr Moses Horn gemacht hat, noch heute praktiziert wird.

Ich habe mich darüber informiert und kann Ihnen erklären, daß die Preisschleuderei noch heute im Schwunge steht. In der schweizerischen Tabakzeitung vom 20. September 1930 finden Sie auf der ersten Seite die sogenannte Boykottliste, in der eine Anzahl von Geschäften aufgeführt sind, die Zigaretten und auch Zigarren und Tabak verkaufen, die vom Händlerverein und von den Fabrikanten boykottiert werden, weil sie die Preisschleuderei praktizieren. Diese Leute kommen immer wieder auf allen möglichen Umwegen, man kann nicht feststellen wie, zu Zigaretten, die sie schleudern können. Ich weiß beispielsweise auch, daß Moses Horn in Basel hat schleudern wollen und daß der Basler Zigarren- und Zigarettenverein den Moses von dieser Preisschleuderei nur dadurch hat abwendig machen können, daß er ihm sagte: «Wir bezahlen dir, Moses, die Jahresmiete»; daraufhin hat Herr Moses erklärt: «Unter diesen Umständen will ich euch nicht plagen und eure Geschäfte nicht ruinieren mit meiner Preisschleuderei.» Diese kleinen Erfahrungen aus dem Alltagsleben mögen Ihnen zeigen, daß die Preisschleuderei doch nicht so ganz ins Reich der Fabel gehört und zu einem Mythos geworden ist.

Aber nicht nur in Basel, sondern auch in Genf wird noch geschleudert. Die Stadt Genf hat eine außerordentlich freiheitliche, liberale Ordnung des Ladenschlusses. In Genf können Sie zu jeder Stunde in der Nacht eine Zigarette in einem Zigarrenmagazin kaufen, was in keiner andern schweizerischen Stadt möglich ist. Deshalb, weil diese Möglichkeit vorliegt, müssen die Zigarettenverkäufer zu allen erdenklichen Mitteln greifen, u. a. zum Mittel der Preisschleuderei.

Ich habe Sie in meinem Eingangsvotum hingewiesen auf die Verhältnisse, wie sie in Deutschland waren. Ich will Ihnen das doch noch einmal kurz in Erinnerung bringen. Ich habe hier das Tabaksteuergesetz des Deutschen Reiches vor mir in seinem Texte vom September 1919, und auch das Tabaksteuergesetz vom Jahre 1925. Im Tabaksteuergesetz von 1919 hat es im § 45 geheißen: «Im Kleinhandel dürfen Tabakerzeugnisse nur zu dem der Versteuerung zugrundegelegten und auf dem Steuerzeichen angegebenen Kleinverkaufspreise abgegeben werden.» Die genau gleiche Bestimmung, wie wir sie im Entwurf vorschlugen, hatte man also in Deutschland. In Deutschland zeigte sich denn auch die gleiche Bewegung, wie sie sich heute en miniature in unserem Rate abspielt. Eine Gruppe von Juristen ist gekommen und hat erklärt: «Wir können nicht dulden, daß Minimalpreise garantiert werden.» Der Reichstag hat das Gesetz geändert und die Minimalpreise nicht mehr garantiert; er bestimmte im Tabaksteuergesetz

vom 10. August 1925: « Im Kleinhandel dürfen tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse nicht teurer als zu dem auf dem Steuerzeichen aufgedruckten Kleinverkaufspreis verkauft werden. Will der Kleinhändler tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse zu einem höheren Preis abgeben, so hat er nach näherer Bestimmung des Reichsministers der Finanzen den Unterschied zwischen dem entrichteten und dem für den höheren Preis zutreffenden Steuerbetrage durch Verwendung von Zuschlagsteuerzeichen zu erlegen. » Es wurde also dasjenige gesetzlich festgelegt, was heute von einer Gruppe unserer Freunde und Kollegen angestrebt wird: man will die Garantie und Festsetzung des Minimalpreises weglassen und es ermöglichen, daß auch unterboten wird; man will, um ein Wort von Herrn Kollege Thalmann zu gebrauchen, nicht den Staatsanwalt auf einen jeden hetzen, der eine Zigarettenschachtel um 5 oder 10 Rp. billiger verkauft, als vorgesehen ist. Im Deutschen Reich ist also Gesetz, was heute von den Herren Thalmann und Böhi angestrebt wird.

Das führte das Reich zu einem Verhängnis. Ich lese in der deutschen « Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern », Nummer vom 12. September 1930: « Zwar hat die Zigarettindustrie eine Reihe krisenhafter Jahre hinter sich. Eine starke Ueberproduktion, ein verderbliches Schleudereiunwesen, ein Ueberhandnehmen von Elementen, die in der Industrie keine Daseinsberechtigung hatten, ein gewaltiger Konkurrenzkampf mit ungeheurem Reklameaufwand, in dem sich die Zigarettindustrie gegenseitig zerfleischte, das Scheitern aller Versuche, aus eigenen Kräften im Wege des Kartells oder sonstiger freier Vereinbarungen, durch Regelung der Fabrikationspreise und der Geschäftsbedingungen Ordnung in das wirtschaftliche Chaos hineinzubringen — das waren in der Nachkriegszeit die charakteristischen Symptome für die bössartige Krankheit, von welcher die Zigarettindustrie befallen war, die sie teilweise bis ins Mark erschütterte und ihren Lebensnerv bedrohte. Aber das Jahr 1929 hat der Zigarettindustrie unter dem Drucke eines vernichtenden Konkurrenzkampfes eine starke Betriebskonzentration durch engeren Zusammenschluß in zwei Konzernen — Reemtsma und Neuerburg — gebracht, in denen weitaus der größte Teil der Zigarettindustrie vereinigt ist. Damit wurde ihr Entwicklungsgang in ruhigere Bahnen gelenkt und der Weg bereitet für eine erfolgreiche Durchführung des Kontingentes, das der Dezember 1929 der Zigarettindustrie beschert hat. »

Was heißt das? Daß die Zigarettindustrie des Deutschen Reiches durch Fallenlassen der Preisschutzklausel so erkrankt war, daß soundso viele kleine Existenzen unter der Preisschleuderei zugrundegegangen sind, daß die gesamte Zigarettindustrie an zwei große Konzerne übergegangen ist. Da hat das Deutsche Reich gesagt: « Da können wir nicht mehr mit verschränkten Armen zusehen, wir müssen die kleinen Existenzen retten, wir haben ein Interesse daran, daß sie auch inskünftig bestehen können. » Es wurde also ein Gesetz erlassen, wonach die Zigarettindustrie kontingentiert wird, mit andern Worten: man hat der Fabrik A gestattet, soundso viele Millionen Zigarett herzustellen, der Fabrik B das und das Kontingent, der Fabrik C ein anderes. Also das Deutsche Reich hat sich helfen müssen und hat

diese Hilfe in der Kontingentierung gefunden. Vielleicht denkt nun der eine und andere unter Ihnen: « Dann wollen wir das lieber auch machen und kontingentieren und dafür den Preisschutz fallen lassen. » Wer aber so denkt, den möchte ich einladen, mir zu sagen, gestützt auf welche Verfassungsbestimmungen man eine solche Kontingentierung vornehmen könnte. Das ist unmöglich; wir haben dafür keine Grundlage. Also müssen wir zu dem greifen, was wir in Gottes Namen heute machen wollen: zum Preisschutz.

Sie können daraus sehen, daß die Erfahrungen, die ein Nachbarstaat gemacht hat, auch für uns eine gewisse Belehrung und Wegleitung bieten sollen. Ich glaube auch, man darf das um so eher tun, wenn Sie den Antrag des Herrn Suter annehmen. Ich kann mich nicht namens der Kommission dazu äußern, sondern nur rein persönlich, aber ich möchte Ihnen empfehlen, dem Antrag Suter zuzustimmen, denn er gibt doch die nötige Garantie dafür, daß aus dieser Preisschutzklausel keinerlei Mißbrauch entstehen kann; wenn sich ein Mißbrauch zeigen sollte, dann kann der Bundesrat einschreiten und kann diese Preisschutzklausel nicht nur vorübergehend, sondern dauernd aufheben. Mit dieser Schutzbestimmung, glaube ich, dürften Sie nun doch mit gutem Gewissen dem Preisschutz zustimmen.

Noch ein Wort zur Befürchtung, daß dieser Eingriff in die Preisbildung von Staats wegen Schule in unserem Lande machen könnte. Ich begreife es, daß einem da ein gewisses Unbehagen ums Herz geht. Aber dem gegenüber muß man doch auch folgendes festhalten: Es gibt im ganzen Schweizerlande keine einzige Industrie, deren Rohprodukt so großen Zollansätzen ausgesetzt wird, wie die Tabakindustrie, und keine einzige, mit welcher sich anlässlich der Fabrikation die Behörden so ununterbrochen beschäftigen wie mit der Tabakindustrie. Vom Momente an, wo das Rohprodukt, der Tabak, die Grenze überschreitet, wird durch staatliche Organe eingegriffen, und diese Eingriffe dauern solange, bis das Produkt, die Zigarette, die Fabrik verläßt. Nennen Sie mir eine Industrie der Schweiz, die so der Kontrolle und der Zollbelastung unterstellt ist wie die Zigarren- und die Zigarettindustrie. Sie werden keine finden. Das scheint mir doch den Rückschluß zuzulassen, daß eine Industrie, die durch staatliche Maßnahmen so kontrolliert und so eingengt und finanziell belastet wird, auch eines gewissen Schutzes würdig ist. Das ist das eine Moment. Und dann darf man letzten Endes auch nicht vergessen, daß diese Preisschutzklausel dem redlichen Handel und Treu und Glauben im Verkehr zugute kommt; und wenn einer noch irgendeinen Zweifel hätte, müßte dieses Moment bei ihm doch den Ausschlag geben. Man will ja nur denjenigen, welcher gutgläubig und redlich mit einer bescheidenen Verschleißspanne die Bestimmungen innehalten will, schützen. Dieser Schutz erscheint mir gerechtfertigt und angemessen.

Ich schließe, indem ich Ihnen empfehle, Sie möchten den Antrag des Herrn Ständerats Suter akzeptieren und die Streichungsanträge von Herrn Böhi, so sehr ich für sie auch Verständnis habe, ablehnen.

M. Naef: Deux mots seulement pour remercier M. le rapporteur des explications qu'il a bien voulu me donner au sujet du 4^e alinéa et pour lui dire, en même temps, que je ne suis pas tout à fait rassuré.

M. le rapporteur nous assure que la souveraineté des cantons en matière de ventes au rabais sera sauvegardée. Toutefois, qu'en sera-t-il, si l'ordonnance fédérale édicte des règles allant à l'encontre des dispositions cantonales? En l'espèce, je pense que l'ordonnance fédérale primera les législations cantonales.

M. Musy, président de la Confédération: Le débat me semble épuisé. Mais comme, en réalité, c'est ici l'article principal de la loi, vous me permettez de faire encore quelques remarques.

Si nous avons pu éviter d'insérer cette disposition, cela eût certainement beaucoup mieux valu, comme il aurait été préférable aussi de pouvoir se passer de la proposition de M. Suter. L'une et l'autre constituent incontestablement un danger au point de vue référendaire.

D'autre part, il n'y a pas de doute non plus que, si l'on supprime cette disposition, comme le propose l'honorable M. Böhi, c'est le referendum et c'est très probablement le rejet de la loi. Je ne me fais pas d'illusion: si le referendum est demandé, la loi sera probablement rejetée, précisément parce que le nombre des fumeurs de cigarettes en Suisse est énorme. Je vous parlais hier d'une consommation annuelle de 2 milliards de cigarettes. Cela représente un nombre très considérable de fumeurs. Abstraction faite des jeunes gens de moins de 20 ans et même des dames, il en reste encore un assez grand nombre qui sont citoyens. Dans une démocratie comme la nôtre, il sera extrêmement difficile de faire accepter par le souverain une imposition de cette nature.

Au point de vue de la constitutionnalité, j'ai encore deux remarques à faire. La grande erreur que l'on commet, c'est de comparer le tabac à une marchandise ordinaire. L'art. 31 de la Constitution, qui protège la liberté du commerce et de l'industrie, s'étend également au commerce du tabac, dit-on. Or, la garantie de prix proposée est une atteinte à la liberté du commerce consacrée par l'art. 31.

J'ai déjà dit que l'art. 41ter de la Constitution donnait à la Confédération la faculté d'imposer le tabac. L'impôt sur la cigarette, qui rapportera 17 millions par an, représente le 300 % de la valeur des tabacs bruts qui servent à sa fabrication. Une marchandise qu'on frappe à concurrence de 300 % ad valorem n'est plus une marchandise ordinaire. Elle est soumise à un régime spécial et ne tombe plus sous la protection de l'art. 31 de la Constitution.

A mon grand étonnement, certains adversaires de la garantie de prix auraient été d'avis d'introduire le système des magasins de tabac concessionnés. C'eût été une limitation bien plus grande de la liberté du commerce que l'obligation pour le revendeur de tenir le prix indiqué sur la cigarette. De plus, un tel affermage est un monopole absolument exclu par l'article constitutionnel.

Qui demande l'inscription du prix sur la cigarette? L'Union suisse des marchands de cigares, l'Association suisse des marchands de gros de cigares et de tabacs, l'Union suisse des épiciers, la Société des arts et métiers. Vous voyez que les fabricants ne figurent pas sur cette liste. Ils n'y auraient eu d'ailleurs aucun intérêt. Une fois qu'ils ont livré leurs cigarettes aux revendeurs et que les revendeurs les ont payées, leur rôle est terminé. Les détaillants nous ont dit: « Nous voulons bien avancer 17 millions avant d'avoir vendu

les cigarettes, mais nous désirons avoir la garantie qu'on ne pourra pas, par le gâchage, nous faire perdre non seulement notre gain, mais peut-être encore ce que nous aurons avancé au fisc. »

J'ai assisté à toutes les conférences qui ont mis en contact les différents intéressés. Nous les avons entendu nous dire avec la dernière énergie que c'était le petit revendeur qu'on protégeait et non pas le gros magasin qui fait toujours ses affaires, qui a moins peur de la concurrence. Ceux qui s'intéressent aux petits revendeurs accepteront la proposition que nous faisons.

Nous pouvons d'ailleurs nous baser sur l'expérience allemande: M. Schöpfer vous l'a exposée. Le Reichstag avait introduit, en 1919, la protection des prix. Elle fut supprimée partiellement en 1925 dans l'espoir, sans doute, que la consommation augmenterait plus facilement et donnerait ainsi un plus grand bénéfice fiscal. Mais le gâchage, qui est un très grand danger sur un article comme celui-là, compromit à tel point la situation économique et financière des vendeurs et des petits fabricants que le fisc lui-même y perdit des millions. Le gâchage est beaucoup plus facile sur un article coté comme les cigarettes que sur un autre. Supposez par exemple qu'un marchand vienne offrir sur le marché de Berne du fromage de Gruyère 20 ou 30 cts. meilleur marché que le prix pratiqué dans les magasins. Les acheteurs, incertains que ce fromage vendu meilleur marché soit de même qualité que l'autre, accueilleront l'offre avec réserve. Au contraire, si l'on offre, par exemple, 50,000 paquets de cigarettes Burrus à un prix inférieur de 20 cts. au prix normal, le fumeur sait qu'il a occasion d'acheter la même qualité et la même quantité à un prix inférieur. Voilà un des arguments des détaillants. J'y ai réfléchi et je me suis dit qu'en réalité si nous voulions prélever un impôt aussi considérable, il était juste — les autres Etats vont encore beaucoup plus loin — de ne pas exposer les intéressés à sacrifier leurs propres intérêts pour sauver les intérêts du fisc.

Le rejet de cette proposition signifierait le referendum et très probablement le rejet de la loi par le peuple. Vous savez quelles conséquences en résulteraient.

M. Böhi, de bonne foi, nous a dit: « Renoncez à cette imposition d'un centime sur les cigarettes de qualité fine et d'un demi-centime sur les autres, faites une taxe unique. Vous n'aurez plus besoin de la garantie de prix. » Je dois dire, comme chef du Département des finances que, sur une recette totale de 30 millions, je ne me suis pas achopé aux 150,000 fr. que cette solution ferait perdre au fisc. Au moment où nous avons établi cette différence entre la cigarette fine et la cigarette ordinaire, il n'était pas encore question de la garantie de prix. Mais nous avons pensé qu'il n'était pas juste de frapper la cigarette ordinaire du même taux que la cigarette fine. La solution contraire encouragerait le referendum. Il serait si facile d'indisposer le peuple en lui disant: Ecoute, toi, petit ouvrier, ta « Parisienne » est frappée autant que la cigarette fine.

Cependant, après avoir examiné la question attentivement, nous avons constaté que les fabricants de cigarettes jaunes ne pouvaient pas supporter l'impôt d'un centime en sus du droit de douane, si celui-ci restait au même niveau. Actuellement, les feuilles de tabac servant à la fabrication de la ci-

garettte jaune de qualité fine paient, à la frontière, 1200 fr. par 100 kg. A l'avenir, ce taux sera réduit à 1000 fr. Par contre, le droit perçu sur le tabac destiné à la cigarette noire sera majoré. Les cigarettes foncées ont un débit tel, 12 à 1300 millions de pièces par an, que ceux qui les fabriquent peuvent bien supporter cette charge supplémentaire.

Depuis 40 ans, on cherche à résoudre le problème. Nous vous apportons une solution basée sur l'expérience, une solution acceptée par tous les marchands, par tous les fabricants, par tous les petits détaillants aussi, à condition qu'on les protège contre le gâchage, qui est une concurrence déloyale. Cette garantie de prix que nous leur donnons, n'est pas dirigée contre le commerce honnête, mais contre le commerce malhonnête. Les professeurs de droit qui envisagent le problème, en le situant dans le domaine théorique, peuvent arriver à d'autres conclusions, mais quand on examine de près tous les aspects de ce délicat problème, on arrive à la conclusion que pour imposer les tabacs d'une façon normale, il faut accepter la garantie de prix. Il n'y a pas d'autre solution.

M. Suter s'inquiète de savoir si la garantie de prix pouvait avoir pour conséquence de majorer les prix des cigarettes.

Je voudrais vous rappeler que la politique fiscale que nous avons faite dans le domaine du tabac, depuis 1920, n'a pas eu pour conséquence d'augmenter le prix des tabacs. Nous avons exercé un contrôle serré et nous avons constaté — cela est indiqué à la page 50 du message — que, malgré l'augmentation de la recette de 4 millions à 20 millions, les prix, en ce qui concerne les cigares, sont restés les mêmes. Le renchérissement des cigarettes est difficile à établir parce qu'il y a tant d'espèces différentes. Mais, en réalité, il n'y a pas eu d'augmentation sensible et il n'est pas vrai que l'augmentation d'impôt qui va frapper la cigarette ait comme conséquence de rencherir le paquet de 20 centimes. M. Evéquo, qui a articulé ce chiffre, va trop loin: le maximum de la majoration sur le paquet de 20 pièces sera de 10 centimes. Et encore je crois les fabricants de cigarettes assez habiles pour trouver le moyen, peut-être en raccourcissant légèrement la cigarette, de la faire plus légère, de telle sorte qu'ils pourront supporter ce supplément de fiscalité sans avoir à augmenter le prix de l'unité.

Quant à la proposition de M. Suter, j'aurais préféré qu'elle ne fût pas faite. Des abus de la part des fabricants ne sont pas à craindre. Il y a en Suisse plusieurs fabriques qui travaillent pour le compte de régies étrangères; l'une à Vevey pour la régie française, une autre à Dübendorf pour la régie autrichienne, et, enfin, une troisième à Melide, pour la régie italienne. Il est évident que ces fabriques n'entreront jamais dans un cartel de fabriques suisses. Et si même ces fabriques se cartellisaient, il resterait la concurrence étrangère.

Les cigares et cigarettes fabriqués à l'étranger sont frappés plus lourdement que la fabrication indigène qui est ainsi protégée contre la concurrence étrangère. Sur les produits manufacturés les taux sont en effet plus élevés que sur les produits bruts. Mais le jour où, à l'intérieur, on prendrait des bénéfices excessifs, cette petite marge serait usée et les fabriques étrangères trouveraient aisément la possibilité de concurrencer les industries à l'intérieur.

Je crois donc que la proposition de M. Suter n'était pas nécessaire, mais puisqu'elle a été faite, je ne la combattrai pas; il est de bonne politique de l'accepter.

Si vous voulez résoudre enfin le problème du tabac, si vous voulez que nous trouvions ces 30 millions et si vous voulez arriver par ce moyen à la réalisation des assurances, je vous recommande de ne pas biffer cet art. 19, dont la suppression entraînerait le referendum, et d'accepter la proposition de M. Suter, car si le referendum était demandé, je ne voudrais pas que l'on puisse nous dire: «Lorsqu'on vous a réclamé la protection du consommateur, vous l'avez refusée, alors que vous avez tout fait pour protéger ceux qui seront les percepteurs de votre impôt.»

Je vous demande d'écarter la proposition de M. Böhi au sujet de l'article 19.

Je réponds à M. Naef que, par la garantie du prix, nous voulons empêcher le gâchage, protéger le vendeur honnête contre la concurrence déloyale. Par contre, lorsqu'une autorisation de liquidation est accordée par un canton, nous admettons une exception à cette prescription et la liquidation pourra être faite selon les conditions accordées par le canton.

M. Naef nous a dit: «Sur la base de l'art. 41ter, par le jeu de l'ordonnance, vous pourriez limiter dans ce domaine les droits des cantons.» Mais cela n'est pas notre intention et je tiens à ce qu'il soit mentionné au procès-verbal que la réserve faite en ce qui concerne les ordonnances du Conseil fédéral ne touchera en rien à la faculté des cantons d'accorder l'autorisation de liquidation totale ou partielle dans le cadre de leur législation propre.

Abstimmung. — Vote.

Eventuell: — Eventuellement:

Für Annahme des Zusatzantrages Suter	25 Stimmen
Für Ablehnung	8 Stimmen

Definitiv: — Definitivement:

Für den ergänzten Antrag der Kommissionsmehrheit	20 Stimmen
Für den Streichungsantrag Böhi	14 Stimmen

Art. 21.

Antrag der Kommission.

¹ Schnittabake, deren Schnittbreite 1 mm nicht übersteigt, dürfen nur in Kleinhandelspackung in den Handel gebracht werden.

Abs. 2, 3, 4 und 5. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

¹ Les tabacs coupés à une largeur ne dépassant pas un millimètre ne peuvent être introduits dans le commerce qu'en emballages pour la vente au détail
Al. 2, 3, 4 et 5. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Diese besonders Bestimmungen sind notwendig wegen der differenzierten Zölle. Die Zigarettentabake werden besonders und anders behandelt als Pfeifentabake usw. Daher muß

man wissen, was als Zigaretten-Tabak gilt und was als Pfeifentabak usw. Geschnittener Tabak mit einer Schnittbreite von einem Millimeter und darunter wird als Feinschnitt bezeichnet und ganz allgemein als Zigaretten-Tabak behandelt; Schnittbreiten von über einem Millimeter gelten als Mittel- und Grobschnitt, je nach der Schnittbreite. Feinschnitt-Tabake können sowohl aus Tabakblättern, die für die Fabrikation von Zigarren und Pfeifentabak bestimmt sind, als auch aus Tabakblättern für die Zigarettenfabrikation hergestellt werden. Die Möglichkeit wäre deshalb nicht ausgeschlossen, dass man versuchte, Zigaretten aus solchen feingeschnittenen Tabaken herzustellen, für welche der für Zigarren- und Pfeifentabake vorgesehene Zoll entrichtet wurde. Die Vorschrift, wonach Schnitttabake bis auf ein Millimeter Schnittbreite nur in Kleinhandelspackungen in den Handel gebracht werden dürfen, stellt daher eine Präventivmaßnahme gegen dessen mißbräuchliche Verwendung dar. Es soll damit verhindert werden, daß Zigaretten auf gewerbsmäßigem Wege mit in den Handel gebrachtem Feinschnitttabak hergestellt werden können.

Aus dem nämlichen Grunde wird auch vorgeschrieben, daß alle Kleinhandelspackungen von geschnittenem Tabak den der Verzollung entsprechenden Verwendungszweck aufgedruckt aufzuweisen haben, d. h. als Pfeifentabak z. B., wenn für die Tabakblätter der für Pfeifentabak vorgesehene Zoll erhoben worden ist, als Zigaretten-Tabak, wenn für die Blätter der für Zigaretten-Tabak vorgeschriebene Zoll entrichtet wurde. Strafbare wäre somit der Versuch, für Zigarren oder für Pfeifen verzollte Tabake gewerbsmäßig zur Herstellung von Zigaretten zu verwenden.

Der Handel mit Feinschnitttabaken ist daher einer besonders Kontrolle durch die Oberzollbehörde unterstellt. Die Zwischenhändler mit Feinschnitttabaken haben nämlich wie die Roh-tabakhändler und Fabrikanten eine Sicherheit an die Oberzolldirektion zu leisten. Diese Modalität besteht übrigens schon bei der gegenwärtigen Ordnung: wir haben diesen Zustand schon seit zehn Jahren.

Die Hersteller von Zigaretten haben die von ihnen produzierten Zigaretten mit derjenigen Marke zu versehen, unter welcher Bezeichnung sie bei der Oberzolldirektion angemeldet wurde. Des weitern hat die Zigarettenhülse den Kleinhandelspreis einschließlich der Zigarettensteuer, wie Ihnen das mehrfach auseinandergesetzt wurde, aufgedruckt aufzuweisen. Für Zigaretten, die von Zigarrenhändlern in Handarbeit oder auf mechanischem Wege für Ihre Kunden hergestellt werden und wobei es sich in der Regel nicht um eine erhebliche Auflage handelt, kann die Preis-ziffer auf die Hülse aufgestempelt werden. Sie braucht dann nicht aufgedruckt zu werden.

Werden Zigaretten in den Handel gebracht, die nicht mit einer gesetzlich geschützten Marke bezeichnet sind, so ist neben der Marke und dem Kleinhandelspreis auch die Firma oder die von der Oberzoll-direktion zugeteilte Reversnummer auf der Zigarettenhülse anzubringen. Firma-Aufdruck, Reversnummer und Preis haben auch solche Zigaretten aufzuweisen, welche ohne jede Marke, in den Handel gebracht werden. Das Anbringen dieser Angaben auf den Papierhülsen begegnet keinerlei technischen Schwierigkeiten, denn diese Bezeichnungen bestehen mit Ausnahme der Preis-ziffer ja heute schon. Es genügt,

eine weitere Matrize mit Preis-ziffer in die Zigarettenmaschine einzustellen.

Für Zigaretten mit Hülsen aus Tabak, für die sogenannten Zigarillos, sind die erforderlichen Kennzeichen hinsichtlich Fabrikat, Marke und Preis auf der Kleinhandelspackung anzubringen. Man kann natürlich auf dem Tabak nichts aufstempeln, also muß man das bei der Packung tun. Alle diese Angaben sind nicht erforderlich für solche Zigaretten, die nach dem Auslande bestimmt sind und unter Zollkontrolle exportiert werden. Die für den Export bestimmten Zigaretten werden übrigens heute schon zum überwiegenden Teil in besonderer Mischung hergestellt und je nach ihrer Bestimmung mit besonderen aufgedruckten Merkmalen versehen. Besonderen Vorschriften unterstehen auch die aus dem Ausland eingeführten Zigaretten. Die Kleinhandelspackungen sind anlässlich der Verzollung mit einer von der Zollverwaltung zu liefernden amtlichen Etikette zu versehen und dürfen nur mit diesem Verschuß in den Handel gebracht werden. Diese Verschußetikette trägt die Aufschrift: « Schweizerische Zollverwaltung. Import-zigarette. » Die Etikette ist derart auf den Kleinhandelspackungen anzubringen, daß sie beim Öffnen der Packung zerreißt und für weitere Verwendung unbrauchbar ist. Es handelt sich auch hier um eine im Interesse der Zoll- und Steuersicherung liegende Präventivmaßnahme.

Mit diesen Ausführungen empfehle ich Ihnen Art. 21 in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 22.

Antrag der Kommission.

Die Kantone, auf deren Gebiet Tabak angebaut wird, werden alljährlich der Oberzoll-direktion über den Umfang des Tabakanbaues und des Ertrages Meldung erstatten.

Proposition de la commission.

Les cantons informent chaque année la direction générale des douanes de l'importance des plantations et des récoltes de tabac.

Schöpfer, Berichterstatter: Der Anbau von Inlandtabak ist in den letzten Jahren in erheblichem Maße gesteigert worden. Infolge der Ueberproduktion wurde der Bundesrat, wie Sie das auch schon gehört haben, in den Jahren 1926 und 1929 von den Tabakpflanzern um finanzielle Hilfe angegangen. Die Gründe, die zu dieser Ueberproduktion geführt haben, sind verschiedener Natur. Einmal werden von den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und von den Pflanzern erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität des Tabaks gemacht, die ganz besonders im Tessin zu einem Erfolge geführt haben. Sodann bietet der Zollschatz, der den Tabakpflanzern durch die Tabakzölle gewährt wird, einen Anreiz zur Ausdehnung des Tabakanbaues. Da die Qualität des Tabaks insbesondere im Tessin ganz erheblich verbessert worden ist, wird der Inlandtabak nicht nur von den Pfeifentabakfabrikanten verwendet, sondern er erfreut sich ganz besonders, was die hellen Sorten anlangt, der Nachfrage durch die Zigarettenfabrikanten. Es wird auch in bescheidenem Maße in der

Zigarrenindustrie als Inlandprodukt verwendet. Dabei entsteht aber für den Staat, dem die Aufgabe obliegt, die für die Durchführung der Sozialversicherung erforderlichen Mittel aufzubringen, eine Gefahr, weil ihm der Fiskalwert an Zoll der im Inlande erzeugten Tabake entgeht. Mit dem neuen Tabaksteuergesetz wird allerdings der Inlandtabak soweit fiskalisch erfaßt, als er zur Herstellung von Zigaretten verwendet wird; doch entgeht dem Staat das Hauptkontingent des Inlandtabakes, das zu Pfeifentabak verarbeitet wird, das keiner fiskalischen Belastung unterliegt. Der hohe wirtschaftliche Wert, der im Tabakbau für die betreffenden Gegenden liegt, darf nicht verkannt werden. Der Bund wird sich aber trotzdem mit der Zeit die Frage stellen müssen, ob es nicht einer spätern Gesetzgebung vorbehalten sei, auch den Inlandtabak in seiner Ausdehnung zur Besteuerung heranzuziehen. Denn letzten Endes bedeutet eine Jahresproduktion von 1,285,000 kg, wie sie sich 1929 zeigte, doch einen erheblichen fiskalischen Ausfall für die Sozialversicherung. Ich weise auf dieses eventuelle Zukunftspostulat nur mit einem Worte hin.

Amtliche Statistiken über den Anbau von Inlandtabak bestehen außer im Kanton Freiburg überhaupt nicht. Es war daher bisher außerordentlich schwierig, überhaupt einige authentische Angaben über den Anbau und den Ertrag von Inlandtabak, sei es von den Pflanzern oder von den kantonalen Behörden zu erhalten. Art. 22 sieht daher vor, daß diejenigen Kantone, in denen Tabak angebaut wird, zuhanden der Oberzolldirektion statistische Erhebungen über Anbau und Ertrag an Inlandtabak vorzunehmen haben. Sache der Oberzolldirektion wird es dann sein, sich über die benötigten Angaben mit den kantonalen Behörden in Verbindung zu setzen. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 22.

M. Musy, président de la Confédération: Quelques remarques cependant, parce que cet article est aussi important.

Dans tous les pays où l'imposition du tabac est élevée, la culture du tabac n'est pas libre. On voit par exemple, en Alsace, au milieu des champs de tabac, des indications de nature fiscale: un numéro de concession, avec désignation de la surface cultivée. Dans certains pays, au moment de la récolte, on contrôle, non seulement la surface plantée en tabac, mais encore le poids de la récolte et la quantité de feuilles de tabac récoltées.

La même question s'est aussi posée chez nous. Nous savons que l'on a cultivé et récolté jusqu'à 10,000 quintaux par an. Aussi, le Département des douanes, sur la suggestion de l'administration des douanes, avait-il, à l'occasion d'une conférence préalable, fait allusion à une certaine limitation du droit de cultiver le tabac. Je m'en souviens; c'était à Bulle, où étaient représentés les planteurs vaudois, tessinois et fribourgeois. La proposition souleva immédiatement un mouvement de mauvaise humeur très accentué.

Nous avons, par conséquent, cherché une autre solution. Je m'y suis personnellement résigné pour les motifs suivants: Je sais d'une façon pertinente que, pour la coupe et la fabrication du cigare, on ne peut pas consommer annuellement plus de 6000 quintaux de tabac indigène, poids sec et fermenté. Si les planteurs pour le tabac destiné à la pipe et au cigare

cultivent au-delà de cette limite, le surplus leur restera pour compte.

Les fumeurs sont, comme tous les autres consommateurs, beaucoup plus gourmands depuis un certain nombre d'années. Sans doute fume-t-on toujours des mélanges. Cependant les plus habiles ne sont arrivés à faire entrer dans les mélanges que des proportions relativement minimes de tabac indigène. Par conséquent, la possibilité de consommation limitée limite en même temps les risques de la concurrence que les planteurs indigènes pourraient faire au fisc.

Un autre danger doit être évité. Depuis quelque temps se confirme une crainte que j'éprouvais depuis fort longtemps. En 1922 ou 1923, j'avais eu la visite d'un grand fabricant de cigarettes égyptiennes, retiré des affaires. Il m'avait dit: «J'habite votre pays depuis un certain nombre d'années. Je connais parfaitement toutes les variétés de tabac d'Orient. Je connais les terrains sur lesquels ils poussent. Je connais, d'autre part, vos terrains et je sais que dans quelques contrées on pourrait cultiver un tabac clair peu aromatique, de deuxième ou troisième qualité, qui se prêterait facilement au remplissage de la cigarette. On additionnerait ce tabac indigène léger, sentant peut-être un peu la paille d'une certaine proportion de tabac parfumé étranger et on aurait un mélange assez agréable.»

Les experts auxquels je soumis ces soupçons me répondirent qu'il n'y avait aucune crainte à avoir.

Maintenant, je constate que ce que l'on m'avait signalé comme une possibilité, il y a cinq ou six ans, devient une réalité. On a fait des essais couronnés de succès dans le canton du Tessin et il est fort possible que dans le Valais, on fera de même. C'est pourquoi l'imposition de la cigarette indigène est une nécessité. La cigarette payant un demi centime, nous aurons mis à contribution aussi le tabac clair qui pourrait être planté avec succès dans les cantons du Valais et du Tessin. Je ne veux pas que plus tard on vienne nous dire: «Vous nous avez présenté un système que vous avez qualifié de système complet, sans fissure.» Il y a une fissure; je vous la signale. Dans une certaine mesure, nous l'avons bouchée, non pas hermétiquement, mais en grande partie, par le fait que le 50 % de l'imposition se fait à l'intérieur et non à la frontière.

Telles sont les quelques explications que je voulais donner sur un point que je considère également comme de capitale importance.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 23.

Antrag der Kommission.

¹ Gegen Maßnahmen und Verfügungen der Oberzolldirektion im Sinne der Art. 18—21 kann der davon Betroffene beim Zolldepartement Beschwerde führen, unter Vorbehalt der Weiterziehung an den Bundesrat.

Abs. 2 und 3. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

¹ Celui qui est frappé par les mesures ou les décisions prises par la direction générale des douanes en vertu des art. 18 à 21 peut recourir au Département des douanes, sous réserve de recours au Conseil fédéral.

Al. 2 et 3. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Beschwerde ist gegenüber den Verfügungen der Oberzolldirektion gegeben, die sich auf die Steuersicherung, also auf die Handelsvorschriften und auf die Fabrikationsvorschriften und dergleichen beziehen. Es handelt sich hier um Verfügungen der Oberzolldirektion. Infolgedessen sind zur Beurteilung solcher Rekurse weder die Zollrekurskommission, noch das Verwaltungsgericht kompetent. Zuständig ist das Zolldepartement und in letzter Linie der Bundesrat. Der bundesrätliche Entwurf hat nun als einzige Beschwerdeinstanz den Bundesrat vorgesehen. Die Kommission beantragt, um im Rahmen des Art. 22 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege zu bleiben, als zweite Instanz das Zolldepartement einzuführen. Die Ordnung der Beschwerde ist die nämliche wie in Art. 15. Wir beantragen Ihnen Gutheißung von Art. 23 im Sinne des Vorschlages der Kommission.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 30. September 1930. *Séance de relevée du 30 septembre 1930.*

Vorsitz — Présidence: Hr. Meßmer.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 276 hievov. — Voir page 276 ci-devant

Art. 24.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Bei Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes, soweit Zollbeträge in Frage kommen, finden die Bestimmungen der Art. 73—108 des Zollgesetzes Anwendung.

Abs. 2. Insbesondere wird jede der gemäß Art. 3, Abs. 1, ausgestellten Verwendungsverpflichtung zuwiderlaufende Verwendung des aus dem Auslande eingeführten Tabaks nach Art. 74, Ziff. 11, des Zollgesetzes bestraft.

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Al. 2. En particulier, tout emploi du tabac importé contraire aux engagements de la déclaration de garantie remise en vertu de l'art. 3, 1^{er} al., constitue une contravention douanière au sens de l'art. 74, chif. 11, de la loi sur les douanes.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Fiskaldelikte zerfallen in zwei Gruppen, in die eigentlichen Zolldelikte, in die Widerhandlungen, und in jene betreffend die Zigarettensteuer. Wird durch eine Handlung der dem Bund geschuldete Zoll hinterzogen oder gefährdet, so handelt es sich um ein gewöhnliches Zolldelikt und in diesem Falle kommen einfach die Art. 73—108 des Zollgesetzes zur Anwendung. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 24.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 25.

Antrag der Kommission.

Abs. 1 und 2. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 3. Wurde die Steuerhinterziehung begangen durch wissentliche Verwendung unrichtiger Belege, gestützt auf absichtliche falsche oder unvollständige Eintragungen in den Geschäftsbüchern oder durch andere betrügerische Mittel, so kann die angedrohte Buße um die Hälfte erhöht und überdies eine Gefängnisstrafe verhängt werden. Damit kann in besonders schweren Fällen auch die dauernde oder zeitweise Entziehung der in Art. 3, Abs. 1, vorgesehenen Zollvergünstigung verbunden werden.

Abs. 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Al. 1 et 2. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 3. Lorsque, pour éluder l'impôt, il a été fait sciemment usage, soit de pièces inexactes établies sur la base de livres dans lesquels il a été porté intentionnellement des inscriptions fausses ou incomplètes, soit de tout autre moyen frauduleux, l'amende peut être augmentée de moitié et cumulée avec l'emprisonnement. De plus, dans les cas particulièrement graves, cette condamnation peut entraîner le retrait, à titre permanent ou temporaire, de l'allégement douanier prévu à l'art. 3, 1^{er} al.

Al. 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Einer besondern Ordnung im Gesetze bedürfen die Verletzungen der Vorschriften betreffend die Zigarettensteuer. Dabei kommen drei verschiedene Gruppen von Tatbeständen vor: einmal die Steuerhinterziehung, welche in Art. 25 behandelt ist, dann die Steuergefährdung, von welcher der Art. 26 spricht, und in letzter Linie die Zuwiderhandlungen gegen die Steuersicherung, welche Art. 27 der Vorlage behandelt. Bezüglich der Steuerhinterziehung ist zu sagen, daß dieselbe charakterisiert wird durch eine Schädigung der fiskalischen Interessen des Bundes, die daraus resultiert, daß der Bund eine ihm geschuldete Steuer infolge des Verhaltens des Steuerpflichtigen nicht bekommt. Gleich wie bei den Zolldelikten genügt jede Handlung, die diesen Effekt herbeiführt, ohne daß dazu eine besondere Absicht der Schädigung nötig ist. Dagegen wird dem Angeschuldigten der Exkulpationsbeweis vorbehalten, d. h. der Nachweis, daß ihn kein Verschulden trifft, namentlich daß er alle Sorgfalt angewendet hat, um die Vorschriften über Steueranwendung und Steuersicherung zu befolgen.

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.09.1930
Date	
Data	
Seite	276-287
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 869

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Beschwerde ist gegenüber den Verfügungen der Oberzolldirektion gegeben, die sich auf die Steuersicherung, also auf die Handelsvorschriften und auf die Fabrikationsvorschriften und dergleichen beziehen. Es handelt sich hier um Verfügungen der Oberzolldirektion. Infolgedessen sind zur Beurteilung solcher Rekurse weder die Zollrekurskommission, noch das Verwaltungsgericht kompetent. Zuständig ist das Zolldepartement und in letzter Linie der Bundesrat. Der bundesrätliche Entwurf hat nun als einzige Beschwerdeinstanz den Bundesrat vorgesehen. Die Kommission beantragt, um im Rahmen des Art. 22 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege zu bleiben, als zweite Instanz das Zolldepartement einzuführen. Die Ordnung der Beschwerde ist die nämliche wie in Art. 15. Wir beantragen Ihnen Gutheißung von Art. 23 im Sinne des Vorschlages der Kommission.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 30. September 1930. *Séance de relevée du 30 septembre 1930.*

Vorsitz — Présidence: Hr. Meßmer.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 276 hievov. — Voir page 276 ci-devant

Art. 24.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Bei Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes, soweit Zollbeträge in Frage kommen, finden die Bestimmungen der Art. 73—108 des Zollgesetzes Anwendung.

Abs. 2. Insbesondere wird jede der gemäß Art. 3, Abs. 1, ausgestellten Verwendungsverpflichtung zuwiderlaufende Verwendung des aus dem Auslande eingeführten Tabaks nach Art. 74, Ziff. 11, des Zollgesetzes bestraft.

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral. (La modification ne concerne que le texte allemand.)

Al. 2. En particulier, tout emploi du tabac importé contraire aux engagements de la déclaration de garantie remise en vertu de l'art. 3, 1^{er} al., constitue une contravention douanière au sens de l'art. 74, chif. 11, de la loi sur les douanes.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Fiskaldelikte zerfallen in zwei Gruppen, in die eigentlichen Zolldelikte, in die Widerhandlungen, und in jene betreffend die Zigarettensteuer. Wird durch eine Handlung der dem Bund geschuldete Zoll hinterzogen oder gefährdet, so handelt es sich um ein gewöhnliches Zolldelikt und in diesem Falle kommen einfach die Art. 73—108 des Zollgesetzes zur Anwendung. Ich empfehle Ihnen Gutheißung von Art. 24.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 25.

Antrag der Kommission.

Abs. 1 und 2. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 3. Wurde die Steuerhinterziehung begangen durch wissentliche Verwendung unrichtiger Belege, gestützt auf absichtliche falsche oder unvollständige Eintragungen in den Geschäftsbüchern oder durch andere betrügerische Mittel, so kann die angedrohte Buße um die Hälfte erhöht und überdies eine Gefängnisstrafe verhängt werden. Damit kann in besonders schweren Fällen auch die dauernde oder zeitweise Entziehung der in Art. 3, Abs. 1, vorgesehenen Zollvergünstigung verbunden werden.

Abs. 4. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Al. 1 et 2. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 3. Lorsque, pour éluder l'impôt, il a été fait sciemment usage, soit de pièces inexactes établies sur la base de livres dans lesquels il a été porté intentionnellement des inscriptions fausses ou incomplètes, soit de tout autre moyen frauduleux, l'amende peut être augmentée de moitié et cumulée avec l'emprisonnement. De plus, dans les cas particulièrement graves, cette condamnation peut entraîner le retrait, à titre permanent ou temporaire, de l'allégement douanier prévu à l'art. 3, 1^{er} al.

Al. 4. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Einer besondern Ordnung im Gesetze bedürfen die Verletzungen der Vorschriften betreffend die Zigarettensteuer. Dabei kommen drei verschiedene Gruppen von Tatbeständen vor: einmal die Steuerhinterziehung, welche in Art. 25 behandelt ist, dann die Steuergefährdung, von welcher der Art. 26 spricht, und in letzter Linie die Zuwiderhandlungen gegen die Steuersicherung, welche Art. 27 der Vorlage behandelt. Bezüglich der Steuerhinterziehung ist zu sagen, daß dieselbe charakterisiert wird durch eine Schädigung der fiskalischen Interessen des Bundes, die daraus resultiert, daß der Bund eine ihm geschuldete Steuer infolge des Verhaltens des Steuerpflichtigen nicht bekommt. Gleich wie bei den Zolldelikten genügt jede Handlung, die diesen Effekt herbeiführt, ohne daß dazu eine besondere Absicht der Schädigung nötig ist. Dagegen wird dem Angeschuldigten der Exkulpationsbeweis vorbehalten, d. h. der Nachweis, daß ihn kein Verschulden trifft, namentlich daß er alle Sorgfalt angewendet hat, um die Vorschriften über Steueranwendung und Steuersicherung zu befolgen.

Diese Vorschrift in Art. 25 stimmt auch überein mit der Vorschrift in Art. 75, Abs. 3, des Zollgesetzes. Es handelt sich also um bestehendes Recht. Das Strafmaß ist demjenigen bei den Zolldelikten nachgebildet, d. h. es wird eine Buße bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer verhängt. Auch in dieser Beziehung handelt es sich um bestehendes Recht.

In Abs. 3 sehen Sie, daß eine qualifizierte Art der Steuerhinterziehung, der sogenannte Steuerbetrug, behandelt ist. Dieser Steuerbetrug liegt vor, wenn für die Herbeiführung der Steuerhinterziehung wissentlich — nicht nur absichtlich — Mittel betrügerischer Art angewendet werden: unrichtige Belege, falsche oder unvollständige Eintragungen in Geschäftsbücher usw. In solchen Fällen kann die angedrohte Strafe um die Hälfte erhöht und überdies Gefängnisstrafe oder als Nebenstrafe dauernde oder zeitweise Entziehung der Rechte aus dem Revers gemäß Art. 20 der Vorlage verhängt werden.

Zu diesem Abs. 3 möchte ich Ihnen eine kleine Ergänzung unterbreiten, einen kleinen Antrag, der nicht von der Kommission aus kommt, sondern vom Sprechenden persönlich in Verbindung und in Uebereinstimmung mit der Oberzolldirektion. Die Zollkommission wäre wahrscheinlich mit diesem Antrage einverstanden.

In Art. 25, Abs. 3, des Entwurfes ist vorgesehen, daß beim Vorliegen bestimmt umschriebener erschwerender Umstände, die auf Steuerhinterziehung angedrohte Buße um die Hälfte erhöht und überdies eine Gefängnisstrafe verhängt werden kann. Eine entsprechende Bestimmung enthält auch Art. 75, Abs. 3, des Zollgesetzes. Diese Bestimmung lautete: « Beim Vorhandensein erschwerender Umstände wird das Höchstmaß der angedrohten Buße um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auch Gefängnis bis zu 6 Monaten erkannt werden. » Sie bemerken den Unterschied. Hier ist in Art. 25, Abs. 3, Gefängnisstrafe ohne irgendwelche Limite angedroht. Art. 75, Abs. 3, des Zollgesetzes spricht von Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten. Es handelt sich hier also um eine Auslassung, welche bei der Formulierung, bei der ersten Redaktion des Gesetzes vorgekommen ist. Es empfiehlt sich diese Beschränkung der Gefängnisstrafe auf 6 Monate auch in das Tabaksteuergesetz aufzunehmen und somit in Art. 25, Abs. 3, nach Gefängnisstrafe einzuschalten: « bis zu 6 Monaten ». Dann ist die Konkordanz mit Art. 75, Abs. 3, des eidgenössischen Zollgesetzes hergestellt. Ich empfehle Ihnen den Artikel mit dieser Abänderung anzunehmen.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 26.

Antrag der Kommission.

¹ Wer wissentlich in einem Steuerfestsetzungs-, Beschwerde- oder Rückerstattungsverfahren unwahre Angaben macht oder inhaltlich unrichtige Belege vorweist, und wer in den Büchern, zu deren Führung er durch dieses Gesetz verpflichtet ist oder die er gegebenenfalls den Organen der Zollverwaltung zur Erbringung der erforderlichen Nachweise vorzulegen hat, absichtlich unrichtige oder unvollständige Eintragungen vornimmt, wird, auch wenn dadurch eine Minderung des Steuerertrages nicht herbeigeführt

wird, wegen Steuergefährdung mit einer Buße von 100 bis 20,000 Fr. bestraft.

² Der nämlichen Strafe unterliegt, wer die in Art. 11 vorgesehenen Verpflichtungen verletzt, soweit dadurch nicht eine zu niedrige Festsetzung der geschuldeten Zigarettensteuer bewirkt wird.

Proposition de la commission.

¹ Celui qui, lors de la détermination du montant de l'impôt, ou lors d'un recours ou d'un remboursement d'impôt, donne sciemment de fausses indications ou produit des pièces qu'il sait contenir des indications inexactes, ou qui, dans les livres dont la tenue lui est prescrite par la présente loi ou qu'il est, le cas échéant, tenu de présenter aux organes de la douane pour fournir les preuves requises, fait intentionnellement des inscriptions inexactes ou incomplètes, est passible d'une amende de 100 à 20,000 fr. pour avoir compromis la perception de l'impôt, même si les actes délictueux relevés n'ont pas entraîné une réduction du rendement de l'impôt.

² Encourt la même peine quiconque enfreint les obligations spécifiées à l'art. 11, en tant que l'infraction n'a pas eu pour effet de réduire le montant de l'impôt dû.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Steuergefährdung charakterisiert sich als Versuch der Steuerhinterziehung. Der Tatbestand führt aber zu keiner fiskalischen Schädigung, weil die gefährdende Handlung rechtzeitig entdeckt ist. Der Versuch mißlingt ja bekanntlich immer, sonst ist es kein Versuch. Infolgedessen kann bei der Bußenbemessung nicht auf einen entzogenen Steuerbetrag abgestellt werden, sondern es wird eine feste Buße im Rahmen von 100 bis 20,000 Fr. vorgesehen. Ich empfehle Ihnen Gutheißeung dieses Art. 26.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 27.

Antrag der Kommission.

¹ Uebertretungen der in Art. 18 bis 21, sowie in den Verordnungen zum Zwecke der Steuersicherung aufgestellten Vorschriften werden, sofern sie nicht den Tatbestand des Art. 26 erfüllen, mit Geldbuße bis zu 5000 Fr. bestraft.

² In leichten Fällen kann eine Ordnungsbuße gemäß Art. 30 verhängt werden.

Proposition de la commission.

¹ Les contraventions aux dispositions des art. 18 à 21 ainsi qu'aux prescriptions édictées par les ordonnances d'exécution pour assurer une imposition exacte sont, en tant qu'elles ne constituent pas des actes délictueux au sens de l'art. 26, passibles de l'amende jusqu'à concurrence de 5000 fr.

² Dans des cas de peu de gravité, il peut être infligé une amende d'ordre, conformément à l'art. 30.

Schöpfer, Berichterstatter: Die Zuwiderhandlungen gegen die Steuersicherung berühren nicht die Steuerforderung des Bundes als solche, sondern die zu ihrer Sicherung aufgestellten Vorschriften über den Handelsverkehr und die Fabrikation. Auch hier ist als Strafe eine feste Geldbuße vorgesehen.

In Art. 27 muß noch das Marginale geändert werden. Irrtümlicherweise blieb das Wort «Widerhandlungen» stehen, währenddem überall im ganzen Gesetz das Wort Widerhandlung durch das Wort «Verletzung» ersetzt wurde. Es muß daher das Marginale, das ja auch zum Gesetzestext gehört, heißen «Verletzung der Vorschriften über Steuersicherung». Ich empfehle Guttheißung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 28.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Eine Delikt konkurrenz wird regelmäßig nur mit Zolldelikten vorkommen, gemäß Art. 74 des Zollgesetzes. Eine unrichtige Gewichtsangabe bei der Einfuhr des Tabaks beispielsweise stellt ein Zolldelikt dar gemäß Art. 74, Ziff. 7, des Zollgesetzes. Sie kann aber zugleich auch eine Hinterziehung der Zigarettensteuer herbeiführen, indem dann der Fabrikant nicht kontrollierten Tabak verarbeitet und die daraus gewonnenen Zigaretten nicht versteuert. Nach dem Vorbild des Entwurfes zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch, speziell nach Art. 65 des Entwurfes und in Uebereinstimmung mit Art. 85, Abs. 1, des Zollgesetzes kommt hier die auf das schwerste der begangenen Vergehen angedrohte Strafe zur Anwendung. Ich empfehle Guttheißung von Art. 28.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 29.

Antrag der Kommission.

Abs. 1. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Abs. 2. Werden Beauftragte, Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge oder Dienstboten eines Geschäftsinhabers für Vergehen bestraft, die sie in Ausführung ihres Auftrages, ihrer dienstlichen oder geschäftlichen Verrichtungen begangen haben, so können die auf Grund des Reverses zugestandenen Bewilligungen zurückgezogen werden.

Proposition de la commission.

Al. 1. Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2. Si des mandataires, employés, ouvriers, apprentis ou domestiques d'un exploitant sont condamnés pour des délits commis dans l'accomplissement de leur mandat ou de leur service, le retrait des autorisations accordées sur la base du revers peut être statué.

Schöpfer, Berichterstatter: Das Strafverfahren richtet sich nach den für Zolldelikte aufgestellten Bedingungen. Die Strafverhängung erfolgt also grundsätzlich im Wege der Administrativstrafverfügung, wie sie bereits in Art. 91 des Zollgesetzes vorgesehen ist. Einzig wenn der Angeschuldigte gegen eine solche Strafverfügung Einsprache erhebt, oder das Zoll-

departement die Voraussetzungen zur Verhängung von Gefängnisstrafe als erfüllt erachtet, wird die Beurteilung den ordentlichen Strafgerichten der Kantone bzw. durch Verfügung des Bundesrats dem Bundesstrafgericht übertragen. Ich verweise Sie hier auf Art. 96 des Zollgesetzes. Analog anwendbar ist aber auch Art. 100 des Zollgesetzes, der den Geschäftsinhaber für Bußen und Kosten solidarisch haftbar erklärt, die seinen Beauftragten oder Angestellten, Lehrlingen oder Dienstboten wegen einer von ihnen begangenen Widerhandlung gegen das vorliegende Gesetz auferlegt werden. Es handelt sich hier um den Fall der culpa in eligendo. Den genannten Personen kann jedoch naturgemäß im Strafverfahren die Nebenstrafe der Entziehung eines Reverses nicht auferlegt werden, weil sie keinen solchen Revers aufgestellt haben. Deshalb bestimmt Art. 29, Abs. 2, daß hier der Reversentzug selbständig dem Geschäftsinhaber gegenüber ausgesprochen werden kann, trotzdem die Hauptstrafe nicht ihn selbst, sondern seinem Angestellten auferlegt wird. Ich empfehle Guttheißung von Art. 29.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 30.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrats.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Schöpfer, Berichterstatter: Von den eigentlichen Steuerdelikten zu unterscheiden sind die Ordnungsverletzungen, von welchen Art. 30 handelt, d. h. bloße Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der Oberzolldirektion und ihrer Organe, soweit diese Zuwiderhandlungen keinen der in Art. 25—27 genannten Tatbestände erfüllen. Diese Ordnungsverletzungen werden mit Ordnungsbußen bestraft, für deren Bemessung und Verhängung die analogen Vorschriften, wie sie in Art. 105—108 des Zollgesetzes maßgebend sind, zur Anwendung kommen. Die Verhängung erfolgt durch das betreffende behördliche Organ. Eine Einsprache dagegen, die eine Ueberweisung an die Strafgerichte herbeiführen würde, gibt es nicht; es kann aber gegen die Verhängung die ordentliche Beschwerde im Sinne des Art. 115, Abs. 3, und im Sinne von Art. 23 geführt werden. Wir empfehlen Ihnen Guttheißung von Art. 30.

Angenommen. — *Adopté.*

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.09.1930
Date	
Data	
Seite	287-289
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 870

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

M. Weck, rapporteur: Je n'insiste pas. Je vous ai déjà expliqué que la seule différence que comporte cet art. 2 avec l'article constitutionnel actuel, c'est qu'il englobe dans l'interdiction les membres des autorités cantonales — Conseil d'Etat et Grand Conseil.

Nous nous y rallions, pour les motifs que je vous ai signalés.

Angenommen. — *Adopté.*

Uebergangsbestimmungen.

Antrag der Kommission.

Uebergangsbestimmung: Wer vor dem Inkrafttreten des abgeänderten Art. 12 erlaubterweise einen Orden oder einen Titel erhalten hatte, darf als Mitglied der Bundesbehörden, eidgenössischer Zivil- oder Militärbeamter, eidgenössischer Repräsentant oder Kommissar, Mitglied einer kantonalen Regierung oder der gesetzgebenden Behörde eines Kantons gewählt oder ernannt werden, wenn er sich verpflichtet, für seine Amtsdauer auf das Tragen der Titel oder Orden zu verzichten. Die Zuwiderhandlung gegen diese Verpflichtung zieht den Verlust des Amtes nach sich.

Dispositions transitoires.

Proposition de la commission.

Disposition transitoire. Ceux qui, avant l'entrée en vigueur de l'art. 12 révisé, avaient, d'une manière licite, reçu une décoration ou un titre, peuvent être élus ou nommés membres des autorités fédérales, fonctionnaires civils ou militaires de la Confédération, représentants ou commissaires fédéraux, membres d'un gouvernement ou de l'assemblée législative d'un canton s'ils s'engagent à renoncer, pour la durée de leurs fonctions, à porter le titre ou la décoration. La contravention à cet engagement entraîne la perte des fonctions.

M. Weck, rapporteur: Je vous ai expliqué les considérations qui nous amènent à étendre les dispositions transitoires et à en faire bénéficier aussi bien les titulaires de décorations que ceux qui le seront plus tard. Il ne faut pas établir de différences de traitement entre ces deux catégories de magistrats. C'est une question d'équité.

Bundesrat Häberlin: Ich möchte nur eine Erklärung abgeben. Es handelt sich hier um einen neuen Vorschlag. In der Kommission hat der Sprechende erklärt, daß er persönlich in keiner Weise opponieren möchte, wenn die Uebergangsbestimmungen auch auf Mitglieder der kantonalen Behörden, also des Regierungsrates und der gesetzgebenden Behörde, und sogar auf andere Schweizer, die bisher in erlaubter Weise Orden angenommen haben, die also vor keinem Gewissenskonflikt standen, in dem Moment, wo sie Orden erhielten, ausgedehnt werden. Das ist logisch, wir müssen zugeben, daß auch diesen nun ermöglicht werden soll, ganz einfach in Zukunft die Orden nicht mehr zu tragen, wenn sie eine Beamtung wieder annehmen oder neu annehmen werden. Ich wollte das nur erklären, weil ich inzwischen Gelegenheit hatte, dem Gesamtbundesrat meine Stellungnahme in

der Kommission zu unterbreiten. Ich darf Ihnen hier erklären, daß auch der Gesamtbundesrat dem Vorschlag Ihrer einstimmigen Kommission seine Zustimmung geben kann. Es wäre auch verwunderlich gewesen, wenn der Bundesrat hier den Bock machen würde wegen einer praktisch untergeordneten Differenz. Wir hatten seinerzeit die Ausdehnung nur deshalb nicht vorgeschlagen, weil man hörte, es gebe überhaupt keine Regierungsräte und Großräte, die solche Dekorationen haben. Jetzt sind sie seither aus dem Busch geklopft worden, es hat sich gezeigt, daß es doch solche gibt. Die möchten wir nicht schlechter stellen als Mitglieder von Bundesbehörden, welche auch schon erlaubterweise Dekorationen erhalten haben.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um vor allem Ihrer Kommission, und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch Ihrem Rate den Dank des Bundesrates auszusprechen, daß Sie zu einer versöhnlichen Haltung in dieser Angelegenheit Hand geboten haben, zu einer Haltung, von der wir uns versprechen, daß sie eine gute eidgenössische Wirkung ausüben wird. Es haben von beiden Seiten Bedenken überwunden werden müssen. Wir haben sie hüben und drüben respektiert; wichtig ist aber, daß man sich über derartige eigene Anschauungen hinwegsetzen kann, wenn das Wohl des Volkes das zu erheischen scheint.

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble.

Für Annahme des Beschlußentwurfes	22 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

M. Bertoni: Je tiens à déclarer que je me suis abstenu au vote.

—
An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 287 hiervor. — Voir page 287 ci-devant.)

Schöpfer, Berichterstatter: Erlauben Sie mir, mit einem kurzen Wort auf den Art. 29 zurückzukommen. Es hat sich ein kleiner redaktioneller Irrtum

eingeschlichen. Sie sehen, daß wir bei Abs. 2 folgende Redaktion beschlossen haben: «... so kann die auf Grund des Reverses zugestandene Bewilligung zurückgezogen werden.» Herr Ständerat Böhi hat mich sofort nachher aufmerksam gemacht, daß diese Formulierung dem seinerzeitigen Beschluß der Kommission nicht entspreche. Es ist ein Unsinn, zu sagen, daß der Revers zurückgezogen werde. Nicht der Revers wird zurückgezogen, sondern die Vergünstigungen, die dem Betreffenden auf Grund des Reverses gewährt werden. In diesem Sinne muß eine redaktionelle Verbesserung stattfinden. Ich möchte Ihnen daher nachträglich zu diesem Art. 29 folgende Redaktion vorschlagen: «... so kann die auf Grund des Reverses zugestandene Zollvergünstigung zurückgezogen werden.» Dann ist Konkordanz hergestellt mit dem Art. 25, bei welchem eine analoge Veränderung vorgenommen wurde.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 31.

Antrag der Kommission.

¹ Auf Rohtabak, Tabakfabrikate und Abfälle der Tabakfabrikation finden die Ansätze des beigegebenen Tarifs und die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung, sofern diese Waren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur endgültigen Verzollung gelangen.

² Eine Zollnachzahlung in der Höhe des Unterschiedes zwischen dem bisherigen und dem neuen Ansatz ist für denjenigen unter der Herrschaft des Bundesratsbeschlusses vom 10. Dezember 1923 verzollten Rohtabak zu leisten, der dreißig Tage nach Inkraftsetzung dieses Gesetzes noch nicht verarbeitet ist, sofern das neue Gesetz für die betreffende Tabaksorte eine Mehrbelastung von über Fr. 30 für 100 kg vorsieht. Diese Zollnachzahlung ist innert neunzig Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Oberzolldirektion zu leisten.

³ Die Kleinhandelspackungen der nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus dem Ausland eingeführten Zigaretten werden bei der Verzollung mit einem sichtbaren Zeichen versehen. Packungen, welche dieses Zeichen nicht aufweisen, dürfen drei Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr in den Handel gebracht werden, sofern dafür nicht die Zolldifferenz von Fr. 500 für 100 kg brutto nachbezahlt wurde.

Proposition de la commission.

¹ Le tabac brut, les tabacs manufacturés et les déchets de tabac manufacturé sont soumis aux taux du tarif ci-annexé et aux dispositions de la présente loi, en tant que ces marchandises sont présentées au dédouanement définitif après l'entrée en vigueur de cette loi.

² Un supplément de droits égal à la différence entre le taux actuel et celui que fixe la présente loi doit être payé pour les tabacs bruts acquittés sous le régime de l'arrêté du Conseil fédéral du 10 décembre 1923, en tant que lesdits tabacs ne sont pas mis en œuvre dans un délai de trente jours, à compter depuis l'entrée en vigueur de la présente loi, et que cette dernière prévoit un taux excédant de plus de trente francs par cent kilos celui qui frappait jusqu'alors

la même sorte de tabac. Ce supplément est payable dans les quatre-vingt-dix jours qui suivent l'entrée en vigueur de la présente loi.

³ Les emballages de détail des cigarettes importées après l'entrée en vigueur de la présente loi sont munis lors du dédouanement, d'un signe bien apparent. Trois mois après cette entrée en vigueur, les emballages ne portant pas ce signe ne doivent plus être introduits dans le commerce, à moins que la différence de droits de cinq cents francs par cent kilos brut n'ait été payée pour cette marchandise.

Schöpfer, Berichterstatter: Ich denke, daß nach der neuen Numerierung vorgegangen wird. Der neue Art. 31, der sich dort findet, wo Art. 33 vorgedruckt ist, sollte nun in Behandlung gezogen werden. Zu diesem Art. 31, neue Numerierung, ist folgendes zu sagen: Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten mit dessen Inkraftsetzung in Wirksamkeit. Rohtabakhändler und Fabrikanten, die bei der Oberzolldirektion bereits vor dem Inkrafttreten eine Verwendungsverpflichtung hinterlegt haben, sind von einer neuen Anmeldung bei der Oberzolldirektion befreit. Die Verwendungsverpflichtung und Sicherheiten sind dagegen zu erneuern oder neu zu hinterlegen, soweit sie mit den Vorschriften des Tabaksteuergesetzes nicht mehr im Einklang stehen. Dies betrifft die Fabrikanten und die andern gewerbsmäßigen Hersteller von Zigaretten.

Die vorgesehene Zollnachzahlung in der Höhe des Unterschiedes zwischen den bisherigen und den neuen Ansätzen, sofern dieser Unterschied 30 Fr. für 100 kg ausmacht, trifft nur einige wenige Tabaksorten, u. a. den Maryland-Tabak für Zigaretten, dessen Zollansatz von 610 auf 780 Fr. erhöht worden ist, und das Bruchmaterial aus orientalischen Tabaksorten, dessen Ansatz von 800 auf 1000 Fr. erhöht worden ist. Ferner wäre noch zu nennen der für die Herstellung von Pfeifentabak bestimmte italienische Kentucky der Klasse D, der bisher zu 170 Fr. zugelassen wurde, nach dem neuen Gesetz mit 275 Fr. belastet würde, sowie die Tabake italienischer Herkunft, aus Samen von Orienttabaken gezogen, aus der Klasse 3 und 5 der italienischen Monopolverwaltung, die ähnlich dem Bruchmaterial aus orientalischen Tabaken statt wie bisher mit 800 neu mit 1000 Fr. belastet werden.

Für die Verarbeitung solcher, der Nachzahlung der Zolldifferenz unterstellten Rohtabake wird dem Fabrikanten eine Frist von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeräumt. Der Zollnachbezug erfolgt auf Grund eines vom Fabrikanten am 31. Tage nach dem Inkrafttreten des Gesetzes aufzunehmenden genauen Inventars der noch nicht verarbeiteten Tabake. Der auf Grund dieses Inventars und allfälliger Kontrollen festgestellte Nachzoll ist innert 90 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes vom Fabrikanten oder vom Tabakhändler an die Oberzolldirektion zu entrichten.

Wie bereits erwähnt, werden die Kleinhandelspackungen der aus dem Auslande eingeführten Zigaretten mit Inkrafttreten des Gesetzes mit einer Verschlussetikette versehen. Ich sprach Ihnen bereits davon. Kleinhandelspackungen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden sind, und daher die Verschlussetikette nicht aufweisen, dürfen noch während drei Monaten seit Inkrafttreten des Gesetzes verkauft werden. Für solche Packungen, die nach

Ablauf dieser Frist noch auf Lager sind, wäre ein Nachzoll von 500 Fr. pro 100 kg Bruttogewicht, entsprechend der Zolldifferenz zwischen dem alten und dem neuen Zollansatz nachzubezahlen. Es liegt daher im Interesse der Händler, wenn sie sich möglichst frühzeitig um die Abstoßung alter Zigarettenpackungen bemühen. Durch diese Maßnahme soll die Versorgung des Inlandmarktes mit ausländischen Zigaretten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes nach Möglichkeit erschwert oder verhindert werden. Ich beantrage Ihnen Gutheißung von Art. 31 der neuen Fassung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 32.

Antrag der Kommission.

¹ Die Zigarettensteuer nach Maßgabe dieses Gesetzes ist geschuldet für alle nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gewerbsmäßig hergestellten Zigaretten. Zigaretten mit dem in Art. 21, Abs. 5, vorgesehenen Aufdruck gelten in allen Fällen als nach dem Inkrafttreten des Gesetzes hergestellt.

² Jeder gewerbsmäßige Hersteller von Zigaretten hat der Oberzolldirektion innerhalb einer von dieser anzusetzenden Frist ein genaues Inventar seines im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhandenen Vorrates an verzolltem Rohtabak zur Zigarettenfabrikation (ausgeschieden nach Tarifnummern) und an fertigen Zigaretten (ausgeschieden nach Marken) einzureichen.

³ In diesem Inventar sind diejenigen Zigaretten besonders anzuführen, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes nach Maßgabe der Bestimmungen in Art. 21, Abs. 5, hergestellt wurden. Die Steuer für diese Zigaretten wird gemäß Art. 14 durch die Oberzolldirektion festgestellt. Sie ist spätestens dreißig Tage nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zahlbar.

⁴ Die im Inventar aufgeführten Zigaretten, die den Vorschriften des Art. 21, Abs. 5, nicht entsprechen, unterliegen der Versteuerung, sofern sie vom Fabrikanten nach Inkrafttreten des Gesetzes in den Handel gebracht werden. Sie sind daher gemäß Art. 14 zur Versteuerung anzumelden. Die Steuer ist gemäß Art. 16 zu entrichten. (Rest des Artikels streichen.)

Proposition de la commission.

¹ L'impôt sur les cigarettes est dû sur toutes les cigarettes fabriquées industriellement après l'entrée en vigueur de la présente loi. Les cigarettes qui portent les indications requises à l'art. 21, 5^e alinéa, sont dans tous les cas considérées comme fabriquées après cette entrée en vigueur.

² Celui qui fabrique industriellement des cigarettes doit remettre à la direction générale des douanes dans un délai fixé par cette autorité, un inventaire exact, arrêté au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi, des stocks de tabacs bruts acquittés, destinés à la fabrication de cigarettes (spécifiés pour chaque numéro du tarif), ainsi que des stocks de cigarettes finies (mentionnées pour chaque marque).

³ Sur cet inventaire, les cigarettes fabriquées conformément aux dispositions de l'art. 21, 5^e alinéa, avant l'entrée en vigueur de la présente loi, seront indiquées à part. L'impôt dû sur ces cigarettes est fixé par la direction générale des douanes sur la

base de l'art. 14. Il est payable au plus tard trente jours après l'entrée en vigueur de la présente loi.

⁴ Les cigarettes figurant sur cet inventaire qui ne sont pas conformes aux prescriptions de l'art. 21, 5^e alinéa, sont soumises à l'impôt, en tant qu'elles sont introduites dans le commerce par le fabricant après l'entrée en vigueur de la présente loi. Elles doivent par conséquent être annoncées pour l'imposition, conformément à l'art. 14. L'impôt se paie suivant les dispositions de l'art. 16. (Biffer le reste de l'alinéa.)

Schöpfer, Berichterstatter: Zu Art. 32 nach neuer Numerierung ist mit bezug auf die Steuerzahlung folgendes zu sagen: Es ist klar, daß die Hersteller von Zigaretten durch das Inkrafttreten des neuen Gesetzes auch während der Uebergangszeit im regelmäßigen Gang ihrer Betriebe sowie in der Lieferung an ihre Kundschaft nicht verhindert werden sollen. Die Fabrikanten sind daher genötigt, ihrerseits bereits vor dem Inkrafttreten der neuen Ordnung Zigaretten herzustellen, die den neuen Bestimmungen entsprechen und damit ihre Kundschaft zu beliefern, damit sie solche Zigaretten mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes zur Verfügung der Raucher haben. Andererseits aber ist es unvermeidlich, daß in den Fabriken im Augenblick des Inkrafttretens des neuen Gesetzes noch Zigaretten auf Lager sind, die den neuen Steuerbestimmungen nicht entsprechen, und auch nicht entsprechen können, die aber unter gewissen Voraussetzungen auch nach Inkrafttreten des Gesetzes noch in den Handel gebracht werden können.

Die Hersteller von Zigaretten haben daher der Oberzolldirektion ein im Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Gesetzes aufzunehmendes genaues Inventar über den Vorrat an verzollten und verarbeiteten Rohtabaken zur Zigarettenfabrikation, sowie an fertigen Zigaretten vorzulegen. Dabei sind die fertigen Zigaretten auszuscheiden in solche, welche hergestellt sind unter der Herrschaft der bisherigen Tabakzollordnung, unter Angabe der Stückzahl und der vorhandenen Packung, ihres Inhaltes sowie des Kleinhandelspreises jeder Marke pro Packung und pro Stück, und in solche, welche nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes hergestellt sind.

Für die ersteren, also für diejenigen, welche unter dem alten Gesetz hergestellt wurden, setzt die Oberzolldirektion den geschuldeten Steuerbetrag fest und teilt ihn dem Steuerpflichtigen mit. Gleichzeitig übermittelt sie ihm die nötige Anzahl von Verschlusszeichen für die Schachteln und Bänder für die Packungen, welche den entsprechenden Steuerbetrag aufgedruckt aufweisen. Diese Etiketten und Bänder, sogenannte Banderolen, sind von den Fabrikanten derart auf den Kleinhandelspackungen anzubringen, daß sie beim Öffnen der Packung zerreißen und nicht mehr gebraucht werden können.

Diese Steuererhebung mittelst Etikette oder Band ist also ausschließlich für solche Zigarrenpackungen vorgesehen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch beim Fabrikanten oder dem gewerbsmäßigen Hersteller von Zigaretten liegen und die noch unter der Geltung der bisherigen Tabakzollordnung, die wir jetzt abändern, hergestellt worden sind. Es ist vor auszusehen, daß es sich ganz allgemein um Bestände von nicht sehr großem Umfang handeln

wird. Die Kommission empfiehlt Ihnen Genehmigung von Art. 32 nach der neuen Numerierung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 33.

Antrag der Kommission.

¹ Die bei Großhändlern am Tage der Inkraftsetzung und bei Kleinhändlern drei Monate nach Inkraftsetzung dieses Gesetzes vorhandenen Vorräte von im Inlande hergestellten Zigaretten, die den Vorschriften des Art. 21, Abs. 5, nicht entsprechen, unterliegen der Zigarettensteuer und sind der Oberzolldirektion binnen einer von dieser anzusetzenden Frist zur Versteuerung anzumelden.

² Schnitttabak mit einer Schnittbreite von 1 mm und darunter, dessen Verpackung den Vorschriften des Art. 21, Abs. 1 bis 4, nicht entspricht, darf drei Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden.

Proposition de la commission.

¹ Les cigarettes de fabrication suisse non conformes aux prescriptions de l'art. 21, 5^e alinéa, que les grossistes détiennent au moment de l'entrée en vigueur de la présente loi ou que les détaillants détiennent encore trois mois après ce terme sont passibles de l'impôt sur les cigarettes et doivent être annoncées pour l'imposition à la direction générale des douanes dans un délai fixé par cette autorité.

² Dès l'expiration de trois mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi, le tabac coupé à la largeur de un millimètre ou moins dont l'emballage n'est pas conforme aux prescriptions de l'article 21, alinéas 1 à 4, ne doit plus être débité dans le commerce de détail.

Schöpfer, Berichterstatter: Art. 33 handelt von der Steuersicherung. Großhändler von Zigaretten haben ganz gleich wie die Fabrikanten ein auf den Tag des Inkrafttretens, Kleinhändler ein auf drei Monate nach diesem Tag abgeschlossenes Inventar über die in diesem Zeitpunkt bei ihnen lagernden, im Inland hergestellten Zigaretten, die den neuen Vorschriften nicht entsprechen, anzulegen und sie der Oberzolldirektion zur Versteuerung anzumelden.

In bezug auf den Inhalt dieses Inventars und dessen Charakter sowie hinsichtlich der Kenntlichmachung und Versteuerung der Zigaretten gelten die nämlichen Vorschriften wie die in Art. 32 für die Fabrikanten angeführten. Ueber die Aufnahme und die Einsendung dieses Inventars an die Oberzolldirektion und über die Anmeldung der Zigaretten zur Versteuerung wird die Oberzolldirektion die nötigen Bekanntmachungen im schweizerischen Handelsamtsblatt und im schweizerischen Bundesblatt erlassen. Innert Ablauf der festgesetzten und amtlich bekanntgegebenen Frist bei Großhändlern und Kleinhändlern angetroffene Zigaretten, die den Vorschriften des Tabaksteuergesetzes nicht entsprechen, gelten dann als der Versteuerung entzogene Zigaretten.

Es ist aber zu erwarten, daß die Durchführung dieser Maßnahmen gewissen Schwierigkeiten begegnen wird, namentlich hinsichtlich derjenigen Zigarettenvertriebsstellen, die sich an entlegenen Orten, sowohl in der Ebene als im Gebirge, befinden.

Es wird daher notwendig sein, daß solche Vertriebsstellen im Einverständnis mit den Fabrikanten und Großhändlern über die einschlägigen Vorschriften und deren Auswirkungen möglichst frühzeitig unterrichtet werden. Ueberhaupt werden die Fabrikanten und Großhändler durch etwelche Zurückhaltung in der Lieferung an ihre Kunden kurz vor Inkrafttreten der neuen Ordnung auch das Ihre dazu beitragen müssen, damit die Zigarettenlager nicht übertrieben hoch angelegt werden und der Vorrat für die ihnen zum Abstoßen eingeräumte Frist mutmaßlich hinreichend groß sein dürfte.

Mit diesen Bemerkungen empfehle ich Ihnen Gutheißung des Art. 33 neuer Numerierung.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 34.

Antrag der Kommission.

Wird durch Uebersetzung der Bestimmungen von Art. 32 und 33 die Zigarettensteuer hinterzogen, so findet Art. 25 entsprechende Anwendung. Alle übrigen Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Artikel, sowie der Vollziehungsverordnungen werden nach Maßgabe des Art. 27 bestraft.

Proposition de la commission.

Lorsque, par suite de contravention aux dispositions des art. 32 et 33, l'impôt sur les cigarettes se trouve éludé, l'art. 25 est applicable par analogie. Toutes les autres infractions à ces articles, ainsi qu'à l'ordonnance d'exécution, tombent sous le coup des dispositions de l'art. 27.

Schöpfer, Berichterstatter: Zu Art. 34 habe ich Ihnen nur eine kurze redaktionelle Bereinigung zu empfehlen. Es heißt da in Abs. 2: «Alle übrigen Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Artikel sowie ... werden nach Maßgabe des Art. 27 bestraft.» Ich würde Ihnen an Stelle dieser etwas langatmigen und sprachlich nicht gerade guten und reinen Formulierung folgende Aenderungen vorschlagen: «Alle übrigen Uebertretungen dieser Artikel sowie der Vollziehungsverordnung ...» Sie würden also «Widerhandlungen gegen die Bestimmungen» streichen und an deren Platz das Wort «Uebertretungen» setzen. Mit dieser Aenderung empfehle ich Ihnen Gutheißung von Art. 34.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 35 (31).

Antrag der Kommission.

¹ Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

² Er stellt die zur Vollziehung nötigen Vorschriften durch Verordnung auf und bestimmt die Maßnahmen, die zur Sicherung des Tabakzollens und der Zigarettensteuer nötig sind. Insbesondere regelt er:

- a) die Voraussetzungen und die Höhe des Tarzuschlages, sowie die Anordnungen betreffend die Packung im Kleinhandel, die zur Sicherung des Zolles und mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Tarifs nötig sind (Art. 4);

- b) die Dauer der Lagerung, die Zollerhebung, die Berücksichtigung des Lagerschwundes, sowie die Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen im Privatlagerverkehr (Art. 7);
- c) die Höhe und die Berechnungsart der Rückzölle, sowie das Zollrückvergütungsverfahren (Art. 8 und 9);
- d) die Bezeichnung der Tabakfabrikate, die als Zigaretten im Sinne dieses Gesetzes gelten (Art. 10);
- e) die Veranlagung der Zigarettensteuer und die vom Steuerpflichtigen beizubringenden Belege (Art. 14);
- f) das Steuerrückerstattungsverfahren (Art. 17);
- g) den Handel mit Rohtabak und Tabakfabrikaten, die Herstellung von Tabakfabrikaten sowie die Einrichtung der Buchführung von Tabakhändlern und Fabrikanten und die die von ihnen zu erstattenden Meldungen (Art. 18—21);
- h) die Ausstattung und Kenntlichmachung von Zigaretten, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes beim Hersteller auf Lager befinden, jedoch den Bestimmungen von Art. 21, Abs. 5, nicht entsprechen (Art. 32).

Proposition de la commission.

¹ Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur de la présente loi.

² Il édicte, par voie d'ordonnance, les prescriptions d'exécution nécessaires et arrête les mesures de sûreté requises quant aux droits sur le tabac et à l'impôt sur les cigarettes. Il règle notamment:

- a) les conditions d'application et les taux de la tare additionnelle, ainsi que les mesures dictées par la sûreté douanière et les dispositions du tarif, en ce qui concerne les emballages pour la vente au détail (art. 4);
- b) la durée de l'entreposage, la perception des droits, la prise en considération du déchet de poids (décale) se produisant pendant l'entreposage, ainsi que les mesures de sûreté et de contrôle dans le trafic d'entrepôts privés (art. 7);
- c) le taux et le mode de calcul pour le remboursement des droits, ainsi que la procédure de remboursement (art. 8 et 9);
- d) la détermination des produits réputés cigarettes dans le sens de la présente loi (art. 10);
- e) l'établissement des rôles de l'impôt sur les cigarettes et la question des documents à fournir par le contribuable (art. 14);
- f) le mode de procéder au remboursement de l'impôt (art. 17);
- g) le commerce du tabac brut et des tabacs manufacturés, la fabrication des tabacs manufacturés, l'organisation de la comptabilité des marchands de tabac et des fabricants et les rapports que ceux-ci ont à fournir (art. 18 à 21);
- h) les propriétés des cigarettes entreposées chez le fabricant à la date de l'entrée en vigueur de la présente loi mais ne répondant pas aux dispositions de l'art. 21, 5^e alinéa, de même que l'apposition de signes distinctifs sur les cigarettes (art. 32).

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 36 (32).

Antrag der Kommission.

¹ Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind aufgehoben:

- a) der Bundesratsbeschuß vom 10. Dezember 1923 betreffend die Tabakzölle, sowie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen;
- b) der Bundesbeschuß vom 4. April 1924 betreffend die Tabakzölle.

² Dagegen werden durch dieses Gesetz nicht berührt die bestehenden und künftigen Vorschriften der Kantone, wodurch der Handel mit Tabakfabrikaten von einer behördlichen Bewilligung (Lizenz) abhängig gemacht und zugleich einer besondern Abgabe unterworfen wird.

Proposition de la commission.

¹ La présente loi abroge:

- a) l'arrêté du Conseil fédéral du 10 décembre 1923 concernant les droits sur le tabac, ainsi que les dispositions d'exécution y relatives;
- b) l'arrêté fédéral du 4 avril 1924 concernant les droits sur le tabac.

² En revanche, elle ne modifie en rien les prescriptions cantonales existantes et à venir, en vertu desquelles le commerce des tabacs manufacturés est subordonné à une autorisation officielle (licence) et soumis en même temps au paiement d'une taxe spéciale.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 12.

Schöpfer, Berichterstatter: Ueber Art. 12 habe ich bereits gesprochen. Art. 12 unserer Vorlage beschäftigt sich mit dem Steuermaß und stellt fest, daß sich die Steuer auf Grund der Gewichtseinheit und des Kleinhandelspreises berechnet. Er wurde anlässlich unserer Beratung zurückgelegt, da Herr Ständerat Böhi den Antrag gestellt hatte, man möchte die Differenzierung zwischen den Steuersätzen für die billige Volkszigarette und für die teurere, hofartigere und vornehmere Zigarette fallen lassen. Nachdem sich aber der Rat mehrheitlich dahin entschieden hat, die Differenzierung stehen zu lassen, muß auch Art. 12 stehen bleiben. Wäre seinerzeit der Antrag von Herrn Ständerat Böhi gutgeheißen worden, so hätte Art. 12 fallen müssen. Ich empfehle Ihnen namens der Kommission dessen Gutheißung.

M. Musy, président de la Confédération: Nous aurions pu évidemment, en ne tenant compte que des raisons d'ordre fiscal, établir une taxe unique: par exemple, un centime ou demi-centime pour toutes les cigarettes. Mais, au point de vue résultat, comme l'a dit M. le rapporteur de la commission, il y a les mêmes raisons, semble-t-il, de faire une différence, quant au droit à appliquer, entre cigarettes fines et cigarettes ordinaires, qu'entre tabacs destinés à la fabrication de la cigarette ordinaire (numéro 6: Maryland, Virginie clair, Argentin, tabacs d'Algérie, du Japon, de Chine et Corée) et les tabacs d'Orient (numéro 7). Pour la position 6, celle des tabacs ordi-

naires, le tarif prévoit un droit de 780 fr.; et 1000 fr. pour la position 7, cela des tabacs d'Orient. C'est donc une différence importante. Nous avons estimé, avec les experts que nous avons consultés, qu'il y avait lieu de faire cette différence, non pas pour avoir 150 ou 200,000 fr. de plus, mais parce que le peuple ne comprendrait pas que les qualités fines bénéficient du même tarif que les cigarettes ordinaires.

Pour le fisc, la recette supplémentaire ne sera pas très considérable, mais elle est justifiée; je crois, qu'en cas de referendum, il est important que le peuple sache que la loi qui lui est soumise ne frappe pas du même impôt les qualités fines et les qualités ordinaires.

D'après un premier projet, toutes les cigarettes vendues moins de 6 cts. pièce auraient payé un demi-centime et les cigarettes vendues 6 cts. pièce et plus auraient été frappées de un centime entier.

Les fabricants de cigarettes claires nous ont fait observer que, si nous frappions de un centime les cigarettes qui se vendent 1 fr. 20, 1 fr. 30 la boîte de 20 pièces, nous fixerions la taxe de toutes les cigarettes blondes à un centime alors qu'en réalité, les cigarettes vendues à ce prix sont fabriquées avec des tabacs ordinaires et, qu'entre un bon Maryland et une cigarette blonde ordinaire, il n'y a, au point de vue de la valeur, pas grande différence.

Par gain de paix et aussi pour aider les fabricants de cigarettes blondes qui n'ont pas l'énorme débit des fabricants de cigarettes noires, nous avons porté la limite à 7 cts. pièce, c'est-à-dire à 1 fr. 40 la boîte, de sorte que même les cigarettes vendues 1 fr. 35 la boîte ne paieront qu'un demi-centime. Les fabricants pourront ainsi faire des cigarettes blondes de qualité moyenne et les vendre sans qu'elles soient frappées davantage que la cigarette ordinaire. Et les fumeurs qui y sont habitués, qui ne veulent pas la cigarette haute en goût, pourront payer des cigarettes blondes jusqu'à 1 fr. 35 sans avoir à supporter une taxe plus élevée que celle qui frappera la cigarette noire ordinaire.

Cela nous fait un déchet de 150,000 à 200,000 fr., mais, pour les raisons indiquées, nous nous sommes résignés à cette réduction.

Angenommen. — *Adopté.*

Tarif.

Schöpfer, Berichtstatter: Der Tarif betreffend die Tabakzölle zerfällt in zwei Abschnitte. Unter A ist die Rede von den Vorbemerkungen zum Tarif, unter B wird der Tarif selber behandelt. Die Vorbemerkungen zum Tarif wurden in der Hauptsache von der bisherigen Tabakzollordnung übernommen, ergänzt und dem neuen Gesetz angepaßt, und ich brauche daher dazu keine Bemerkungen zu machen.

Der Tarif selbst gruppiert sich ebenfalls wie bisher in drei Gruppen, und zwar in die Gruppe Rohstoffe (Tarifnummern 1—7), in die Gruppe Halbfabrikate (Tarifnummern 8—11) und in die Gruppe Fabrikate (Tarifnummern 12—19).

Innerhalb der Gruppe Rohstoffe werden die Tabakblätter in solche unterschieden, die ohne Verwendungsverpflichtung zur Einfuhr angemeldet werden (Tarifnummer 1), und in solche, die mit Verwendungsverpflichtung angemeldet werden, zur Her-

stellung von Zigarren, Pfeifentabak, Zigaretten und Zigarettentabak. Für die Zigarren und Zigaretten werden die Tabakblätter nach Sorten ausgeschieden und entsprechend ihrer Qualität progressiv belastet. Für Pfeifentabak, Kautabak und Schnupftabak wurde, einem Wunsche der Pfeifentabakfabrikanten nachlebend, an Stelle der bisherigen drei Klassen, ein Einheitsansatz aufgestellt.

Gegenüber dem bisherigen System weist der neue Tarif in bezug auf die Zollansätze die folgenden Abweichungen auf: Für die Gruppe der Rohstoffe, Tarifnummern 1—7, tritt an Stelle der bisherigen Bruttoverzollung die Nettoverzollung. Während bisher das Verpackungsmaterial dem nämlichen Zollansatz wie der Tabak selbst unterlag, wird die Verpackung nach dem neuen Gesetz als solche je nach Material und Beschaffenheit verzollt werden. Dafür werden die Zollansätze der für die Herstellung von Zigarren bestimmten Rohabake der Nummern 2—4 mit je 5 Fr. per 100 kg gegenüber den bisherigen Ansätzen erhöht. Infolge der Nettoverzollung wird sich aber diese Erhöhung nur in ganz geringem Maß oder vielleicht überhaupt nicht auswirken. Das trifft namentlich auf den für die Zigarrenfabrikation bestimmten nordamerikanischen Kentuckytabak zu. Dieser Tabak wird hauptsächlich zur Herstellung der sogenannten Brissago verwendet. Die Erhöhung wird nicht kommen, weil dieser Kentuckytabak in schwerer Faßverpackung, deren Tara oft bis 14 % des Bruttogewichtes erreicht, in den Handel gebracht wird. Aber auch die teuren Tabaksorten wie der Sumatra- und der Havanna-Rohabak — nicht etwa die eingeführten Zigarren fallen darunter, sondern nur der Havannatabak, aus welchem in der Schweiz Zigarren fabriziert werden, die dann allerdings keine « Importen » sind. — Da werden sich die Bestimmungen über die Nettoverzollung in erleichternder Weise auswirken. An Stelle der drei bisherigen Ansätze von 250 Fr., 300 und 360 Fr. für die Pfeifentabake, tritt ein Einheitsatz von 275 Fr. Dieser Ansatz entspricht ungefähr dem Mittel der drei bisherigen Ansätze. Die für die Herstellung von Zigaretten und Zigarettentabak bestimmten Rohabake werden nach zwei Tarifnummern unterschieden, wobei der bisherige Minimalansatz erhöht und der bisherige Maximalansatz ermäßigt wird. Es ergibt sich dadurch mithin eine gewisse Annäherung des Zollansatzes der dunklen Zigarettentabake an diejenigen der hellen orientalischen Tabake. Eine weitere Differenzierung liegt in der Zigarettensteuer, von welcher die dunkeln und gewöhnlichen hellen Tabake mit der Steuer von einem halben Rappen, die feineren, hellen orientalischen Tabake dagegen mit einer Steuer von einem Rappen belegt werden.

Für die Halbfabrikate und für die Fabrikate wurde die Bruttoverzollung beibehalten, doch bestehen, wie wir aus der Tarifordnung und aus dem Gesetze ersehen, erleichternde Bestimmungen namentlich für schwere Verpackungen. Die Zollansätze werden in der Hauptsache unverändert belassen. Eine der Zigarettensteuer entsprechende Erhöhung mußte platzgreifen für den aus dem Ausland eingeführten Zigarettentabak und für fertige Zigaretten.

Mit diesen Ausführungen empfehle ich Ihnen die Gutheißung des Tarifes über die Tabakzölle sowohl in Abschnitt A, Vorbemerkungen zum Tarif, wie in Abschnitt B, dem Tarife selbst.

M. Musy, président de la Confédération: Première remarque sur laquelle j'ai déjà insisté: le tarif sera appliqué en ce qui concerne les feuilles de tabac des numéros 1 à 7 du tarif sur base du poids net et non plus sur celle du poids brut. Le dédouanement en Suisse, sur toutes les marchandises importées s'est fait jusqu'à présent sur la base du poids brut. Il y a un certain temps déjà, en considération des taxes très élevées sur les qualités de tabacs brut, il a fallu faire certaines exceptions au dédouanement poids brut, surtout lorsqu'il s'agissait de boucants très lourds.

A l'avenir, le tabac paiera sur la base du poids net; l'emballage paiera la taxe prévue au tarif pour la matière dont il est fait (bois ou autre). Il en résultera pour nous une réduction de recettes. Mais la direction générale des douanes, après avoir bien examiné le pour et le contre, a estimé qu'il y avait lieu de faire cette exception.

Pour les feuilles de tabac bruts, nous avons, comme dans le tarif actuel, prévu trois groupes: les tabacs bruts destinés à la fabrication du cigare, les tabacs bruts destinés à la fabrication du tabac coupé pour la pipe et les tabacs bruts destinés à la fabrication de la cigarette. Les taux sont évidemment très différents. Vous vous rappelez que M. Evéquoz, au début de ce débat, a insisté beaucoup sur le fait que, selon lui, la cigarette serait trop fortement frappée et il a estimé qu'il n'était pas juste de frapper d'une façon trop différente cigare et cigarette. Il y a une raison capitale de faire cette différence. Tandis que 100 kg de tabac brut, ne donnent en moyenne que 60 kg de cigares, ils donnent 95 kg de tabac coupé pour la pipe et 91 kg de cigarettes.

Le fabricant de cigares paie donc la douane sur un déchet de 40 %; le fabricant de cigarettes, sur un déchet de 9 % seulement et le fabricant de tabac pour la pipe ne paie même que sur un déchet de 5 %. La perte du fabricant de cigares est donc de 30 % supérieure à celle des fabricants de cigarettes et de coupe.

Pour être équitable, il fallait tenir compte de cette circonstance et frapper des cigares un peu moins que les tabacs destinés à la fabrication que les autres sortes.

Dans son exposé, M. Evéquoz a beaucoup insisté sur le fait que nous faisons au cigare une situation exceptionnelle. Ceux de ces Messieurs qui ont eu l'occasion de voir dans quelles conditions se fabriquent, la cigarette d'une part, et le cigare de l'autre, se sont rendu compte que l'industrie du cigare est très intéressante au point de vue du travail indigène, tandis que la fabrication de la cigarette ne donne que très peu de travail. Les machines à cigarettes ont été perfectionnées de telle sorte qu'elles peuvent procurer jusqu'à 60,000 cigarettes à l'heure. Par conséquent, en 8 heures, on peut arriver à faire un demi-million de cigarettes, avec une seule machine.

Faisons un calcul. Nous consommons en Suisse, maintenant, environ 1 milliard 800 millions de cigarettes par année, soit 6 millions par jour, disons 5 millions. Ces 5 millions de cigarettes peuvent être faites avec 10 machines, marchant de 8 heures du matin à 12 heures et de 14 à 18 heures. Ces machines, ne réclament qu'un peu de surveillance et une vingtaine de personnes y suffisent. Au contraire, plusieurs milliers d'ouvriers et d'ouvrières gagnent leur vie en travaillant dans les fabriques de cigares où chaque

pièce, les bouts ordinaires comme les bouts tournés, est faite à la main. Or, nous nous sommes inspirés dans notre tarification, non seulement des intérêts fiscaux, mais aussi de considérations d'ordre économique. Au point de vue de notre économie nationale, l'emploi de ces quelques machines perfectionnées qui suffisent à la fabrication de nos cigarettes est bien moins intéressant que la manufacture de cigares qui utilise des milliers d'ouvriers et d'ouvrières.

C'est pourquoi nous avons, dans notre tarif, appliqué un taux comparativement beaucoup moins élevé aux cigares, tant ordinaires que fins, qu'aux cigarettes.

Je désire que la commission du Conseil national se rende compte de cela, parce que j'ai senti que les arguments de M. Evéquoz ont fait une certaine impression; il faut que la commission du Conseil national aille voir une fabrique et se rende compte de la fabrication de la cigarette et de la fabrication du cigare. Nous fabriquons des cigares fins en Suisse et je souhaite que nos fabriques du canton d'Argovie, spécialisées dans la fabrication du cigare de qualité, arrivent à fournir des cigares qui puissent faire concurrence à toutes les marques de réputation mondiale. Pourquoi, dans ce domaine, n'arriverions-nous pas à des réalisations aussi heureuses que celles qui ont été obtenues en nombre d'autres domaines au point de vue industriel? Pourquoi ne ferions-nous pas en Suisse aussi bien qu'ailleurs, si ce n'est mieux? Il faut pour cela appliquer à la matière brute des taux qui permettent à ces fabriques d'exister.

Sans vouloir donner aux fabriques de cigares la préférence sur les fabriques de cigarettes, nous avons voulu permettre aux premières de vivre et de se développer.

En ce qui concerne les tabacs destinés à la coupe, nous avons simplifié le mode de dédouanement en ne créant qu'une seule position. Quant aux tabacs destinés à la fabrication des cigarettes je vous ai dit que les fabriques de cigarettes blondes avaient beaucoup de peine à se tirer d'affaires, parce que la consommation est beaucoup moins grande; on consomme quelques centaines de millions de cigarettes blondes, contre plus d'un milliard de cigarettes foncées. La quantité joue naturellement un rôle important au point de vue de la répartition des frais.

Vous vous souvenez que, l'année passée, plusieurs d'entre vous ont, avec le chef du Département et la direction générale des douanes, visité une fabrique importante de Genève et vous avez entendu les doléances du fabricant. C'est ce qui vous explique la modification apportée à la tarification.

Jusqu'ici le tabac destiné à la fabrication de la cigarette foncée comme le Maryland, l'Argentine était frappé d'un taux de droit de 610 fr. et le Virginie, Algérie, Japon, Chine et Corée, payait 800 fr. les 100 kg poids brut. Nous nous sommes dit que les tabacs qui servent à la fabrication d'un article courant sur lequel on gagne beaucoup, devaient payer un peu plus. A ce double taux de 610 et de 800 fr., nous avons substitué un taux unique de 780 fr., qui rapportera en réalité davantage que ce chiffre ne le ferait croire, parce que les plus grandes quantités de tabac étaient taxées à 610 fr., tandis que la taxe de 800 fr. ne s'appliquait qu'à des importations de moindre importance. En augmentant les taxes sur les tabacs bruts destinés à la fabrication de la cigarette foncée, nous avons ici, j'attire l'attention des repré-

sentants du canton de Genève, indirectement, favorisé la fabrication de la cigarette blonde, puisque le concurrent qui fait la cigarette noire paiera un droit de douane plus élevé qu'actuellement.

Restent encore les tabacs d'Orient. Les tabacs d'Orient payaient jusqu'à présent 1200 fr.; à l'avenir, ils payeront 1000 fr. Actuellement déjà, le tarif est réduit de 1200 fr. à 800 fr., mais pour quelques qualités seulement. La moyenne de rendement était quand même très supérieure à 1000 fr.

Nous favorisons donc doublement le fabricant de cigarettes blondes, en baissant le droit sur ses matières premières et en élevant celui qui frappe le tabac destiné aux cigarettes noires.

Nous faisons cela pour contrebalancer la différence établie dans l'impôt intérieur, qui est d'un centime pour la cigarette de fabrication supérieure, tandis qu'il n'est que d'un demi centime pour la cigarette ordinaire.

Voilà comment nous avons résolu un problème difficile, qui consistait à ne pas traiter trop durement des fabriques qui ont de la peine à exister et à frapper plus fortement celles qui, par leur très grande production, font des bénéfices très considérables.

Une dernière remarque: J'ai pensé que l'on pouvait demander aux consommateurs de cigarettes de qualité supérieure de supporter un peu plus, en payant l'impôt d'un centime au lieu d'un demi centime. Les fumeurs de cigarettes blondes ordinaires par contre seront traités sur le même pied, en ce qui concerne l'impôt intérieur, que les fumeurs de cigarettes noires.

Je vous devais ces quelques explications pour bien vous faire saisir que notre pensée directrice fut constamment d'être juste à l'égard de chacun et d'instituer un régime fiscal qui permette à toutes ces usines de vivre. Nous avons pour toutes la même sympathie; nous ne faisons pas de différence entre elles. Nous avons tâché de créer un régime qui, en tenant compte des situations diverses, permette à toutes ces usines de travailler.

Je ne prétends pas que la combinaison soit parfaite, mais nous nous sommes efforcés de ne négliger aucune des considérations dont il fallait tenir compte dans l'élaboration du régime que nous vous proposons.

Les fabricants ont reconnu eux-mêmes que cette combinaison était parfaitement acceptable, de sorte que nous pensons ne pas avoir de difficultés avec eux.

Angenommen. — Adopté.

A b s t i m m u n g. — Vote.

Für Annahme des Gesetzesentwurfs	29 Stimmen
Dagegen	Keine

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 2. Oktober 1930. Séance du matin du 2 octobre 1930.

Vorsitz — Présidence: Hr. *Meßmer*.

2596. Münzwesen. Bundesgesetz. Monnaie. Loi.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 3. Juli 1930 (Bundesblatt II, 1). — Message et projet de loi du 3 juillet 1930 (Feuille fédérale II, 1).

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung. — Rapport général.

M. *Evéquo*, rapporteur: L'histoire de la politique monétaire de la Suisse, quoique très récente puisqu'elle n'a pas un siècle, est sans doute fort intéressante. Le message du Conseil fédéral, du 3 juillet 1930, accompagnant le projet de loi dont nous allons nous occuper, la rappelle, du moins dans ses traits les plus saillants et nous donne une foule de renseignements sur les diverses phases par lesquelles a passé notre régime monétaire. Cette histoire commence avec la Constitution de 1848. Jusqu'à cette date, c'étaient les cantons qui possédaient, chacun sur leur territoire, la régale des monnaies.

Le droit de battre monnaie a toujours été l'apanage du souverain. Nous savons par l'histoire que les souverains en ont usé largement et qu'ils en ont même souvent abusé; mais c'était pour se procurer des ressources et ce but était probablement aussi impérieux qu'aujourd'hui.

L'art. 36 de la Constitution de 1848 vaut la peine d'être rappelé, puisqu'il inaugure la politique monétaire de la Suisse, dont la loi que nous discutons n'est que l'adaptation à notre situation politique et économique actuelle. L'art. 36 de la Constitution dit: «La Confédération exerce tous les droits compris dans la régale des monnaies. Les cantons cessent de battre monnaie; le numéraire est frappé par la Confédération seule.

Une loi fédérale fixera le pied monétaire ainsi que le tarif des espèces en circulation; elle édictera aussi les dispositions ultérieures sur l'obligation où sont les cantons de refondre ou de refrapper une partie des monnaies qu'ils ont émises.»

La première loi élaborée sur la base de ce texte constitutionnel est celle du 7 mai 1850, basée sur le monométallisme argent. Elle proclame à son article 1^{er} que «5 grammes d'argent au titre de 9/10 constituent l'unité monétaire suisse sous le nom de franc». Entre autres dispositions intéressantes, elle fixe le contingent des pièces d'argent que la Confédération peut frapper.

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.10.1930
Date	
Data	
Seite	293-300
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 872

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 11. Dezember 1930.
Séance du matin du 11 décembre 1930.

Vorsitz — Présidence: M. Charmillot.

2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 245 hievor. — Voir page 245 ci-devant.

Beschluß des Nationalrates vom 3. Dezember 1930.
 Décision du Conseil national du 3 décembre 1930.

93M

Differenzen. — *Divergences.*

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des chapitres.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Meßmer, Berichterstatter: Der Nationalrat hat an der Vorlage, wie sie aus den Beratungen des Ständerates hervorgegangen ist, nur unbedeutende materielle, dagegen eine größere Anzahl redaktioneller Aenderungen vorgenommen. Ich beantrage Ihnen, auf die Beratung der Differenzen einzutreten.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.
 (Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.)

Art. 1.

Antrag der Kommission.

Festhalten am früheren Beschluß.

Proposition de la commission.

Maintenir la décision antérieure.

Meßmer, Berichterstatter: Der Nationalrat hat in Art. 1 eine Aenderung vorgenommen, der Ihre Kommission nicht zustimmt. Er hat die Worte: « zu leistenden Beitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung » gestrichen. Die Aenderung wurde vorgenommen mit der Begründung, es sei nicht nötig, die Zweckbestimmung im Gesetz nochmals aufzunehmen, da sie durch Art. 34quater der Bundesverfassung gegeben sei und der Verfassungsartikel im Ingeß ausdrücklich erwähnt werde. In der Kommission ist zugegeben worden, daß dieser Hinweis auf die Verfassung für die Verwendung des Steuerertrag-

nisses juristisch genüge. Gleichwohl erachtet die Kommission es als zweckmäßig, wenn in Art. 1 nochmals darauf hingewiesen wird, daß der Ertrag der Tabakbesteuerung der Versicherung zukommt. Damit werde der Zweck der Steuer und ihre Verbindung mit der Versicherung markiert, was für den Fall, daß gegen die Vorlage das Referendum ergriffen würde und eine Volksabstimmung stattfinden müßte, zur besseren Orientierung und Beruhigung vieler Bürger dienen würde. Wir beantragen daher Festhalten an der Fassung des Ständerates.

M. Musy, président de la Confédération: Je puis accepter cette suggestion. Ainsi, au point de vue rédactionnel, le texte du Conseil des Etats serait maintenu. Je me souviens des raisons apportées au Conseil national pour justifier cette modification; elles sont telles qu'elles me laissent espérer que le Conseil national adhèrera à la solution du Conseil des Etats, si celui-ci maintient son texte.

Le texte du Conseil des Etats est maintenu, selon la proposition de la commission.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 2—9.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Meßmer, Berichterstatter: In diesem Abschnitt sind nur redaktionelle Aenderungen. An verschiedenen Stellen wird statt von dem beigefügten, von dem zu diesem Gesetz gehörenden Tarif gesprochen. Eine materielle Aenderung ist nicht vorhanden. Ich beantrage Zustimmung.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 10—17.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Meßmer, Berichterstatter: In Art. 10 findet sich eine kleine Erweiterung, indem die Worte beigefügt werden: « und die Herkunft des verwendeten Materials ». Die Aenderung in Art. 11 ist nur von redaktioneller Bedeutung; das Wort « Zigarette » ist einmal ausgemerzt. Dagegen enthält Art. 11, Abs. 2, eine Ergänzung. Der Kleinhandelspreis soll nicht nur auf der Zigarettenhülse, sondern entsprechend auch auf der Tabakverpackung angebracht werden. In Ziff. 3 findet sich eine redaktionelle Umstellung. Ziff. 4 soll zu Art. 20 als Abs. 2 hinübergenommen werden. Sodann ist die materielle Aenderung in Art. 16 zu erwähnen. Der Nationalrat hat die Frist für die Steuerzahlung von 30 auf 60 Tage erhöht. Es wurde darauf hingewiesen, der Fabrikant werde

von seinen Kunden erst 45—60 Tage nach Ablieferung der Ware bezahlt. Um diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, wurde die Zahlungsfrist der Steuer bis auf 60 Tage verlängert. Ihre Kommission beantragt Zustimmung.

Endlich ist noch eine Bemerkung zu Art. 17, Ziff. 3, zu machen. Die bundesrätliche Fassung lautet: «Das Rückerstattungsbegehren ist binnen eines Jahres seit der Steuerentrichtung an die Oberzolldirektion zu richten.» Die Worte: «binnen eines Jahres» sind vom Nationalrat ausgemerzt worden, mit der Begründung, daß die Frist zur Einreichung von Rückerstattungsbegehren in der Verordnung zu regeln ist, die der Bundesrat erlassen muß.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 18—23.

Antrag der Kommission.

Art. 18—22. Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Art. 23, Ziff. 1. Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Ziff. 2. Die Beschwerdefrist und die Frist für die Weiterziehung betragen dreißig Tage. Die Fristen beginnen von dem Tage an, an dem der Betroffene Kenntnis von der Maßnahme oder Verfügung bzw. von dem Beschwerdeentscheid erhält.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

(La modification à l'art. 23 ne concerne que le texte allemand.)

Meßmer, Berichterstatter: In Art. 20, Abs. 2, wird der vorhin gestrichene Art. 11, Ziff. 4, aufgeführt. In Art. 21 muß in Uebereinstimmung mit Art. 11 auch wieder gesagt werden, daß der Zigarettenpreis auf der Packung aufgedruckt werden soll. Die Aenderung in Art. 23, Abs. 1, ist nur redaktioneller Natur. In Abs. 2 desselben Artikels beantragt Ihre Kommission eine Aenderung. Die Berechnung der Frist für die Weiterziehung soll Vorschriften, wie sie z. B. im Obligationenrecht, im Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz enthalten sind, entsprechen, sie soll nicht mit dem Tag der Kenntnisnahme beginnen, dieser Tag soll nicht mitgerechnet werden, sondern erst der folgende Tag. So war es auch gemeint und diese Auffassung hat auch der Präsident der nationalrätlichen Kommission. Wir schlagen daher vor zu sagen: «Die Fristen beginnen von dem Tage an, an dem...».

M. Musy, président de la Confédération: Je constate avec satisfaction que toutes les divergences sur lesquelles l'honorable rapporteur de la commission attire votre attention sont, en réalité, d'ordre rédactionnel. A peine pourrait-on admettre que la légère modification au second alinéa de l'art. 23, selon le texte allemand du Conseil national, soit d'ordre matériel. Nous coordonnons texte français et texte allemand et nous arrivons ainsi à ce que les uns et les autres désirent avoir, c'est-à-dire à ce que le délai de recours devant les deux instances soit de 30 jours

à partir de la notification de la mesure à l'intéressé, le jour de cette notification n'étant pas compté.

Angenommen. — *Adoptés.*

Art. 24—30.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 31—36.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil national.

Meßmer, Berichterstatter: In Art. 34, Ziff. 3, muß entsprechend der getroffenen Aenderung von Art. 16 die Frist von 30 auf 60 Tage ausgedehnt werden.

M. Musy, président de la Confédération: Un membre du Conseil m'a demandé, hier, en ce qui concerne l'art. 33 et les dispositions transitoires, comment la loi serait appliquée aux cigarettes fabriquées avant son entrée en vigueur. Supposons, par exemple, que la loi entre en vigueur le premier janvier 1932. L'art. 33 de cette loi est clair. Les cigarettes déjà fabriquées, mais qui, à cette date, seront encore dans les usines, ne pourront être mises dans le commerce sans avoir, au préalable, payé l'impôt. Tout ce qui n'aura pas quitté l'usine avant minuit, la veille du jour d'entrée en vigueur de la loi, devra l'impôt.

On m'a objecté: «Mais comment ferez-vous?»

Sans doutes, il y aura dans toutes les usines des millions de cigarettes qui seront prêtes à la livraison. En principe, elles ne pourront être vendues sans avoir rempli les formalités, c'est-à-dire sans qu'on ait marqué sur le tube le prix de vente de la cigarette, impôt compris.

Je pense que, pratiquement, les choses se passeront ainsi: Les fabricants sauront évidemment que la loi entrera en vigueur à telle date et, les dernières semaines avant cette date, ils commenceront à l'appliquer par anticipation; les cigarettes, seront estampillées.

Lorsque les cigarettes qui n'auront pas été livrées aux grossistes avant l'entrée en vigueur de la loi ne rempliront pas les conditions de la loi, c'est-à-dire ne porteront pas le prix de vente sur le tube de la cigarette, on fera timbrer les paquets. Prenons pour exemple des paquets de 20 pièces. Sur les paquets vendus au-dessous de 1 fr. 40, on appliquera un timbre de 10 centimes; sur les paquets vendus 1 fr. 40 ou davantage, le timbre sera de 20 centimes.

Il en sera de même pour les cigarettes qui se trouveront déjà chez les grossistes. Dès le jour où la loi entrera en vigueur, les grossistes ne pourront pas vendre des cigarettes qui n'auront pas payé l'impôt. Ils devront par conséquent, comme les fabricants,

faire timbrer les paquets. La taxe sera par paquet de 20 pièces, de 10 ou de 20 centimes, suivant que les paquets se vendront moins de 1 fr. 40 ou 1 fr. 40 et davantage.

Quant aux détaillants, ils auront trois mois pour vendre les cigarettes non munies de timbre. Par conséquent, il n'y aura d'exception que pour les seuls détaillants. Pour le fabricant et pour le grossiste, la loi entrera en vigueur dans sa plénitude au jour fixé par l'ordonnance du Conseil fédéral.

Telles sont les précisions que je voulais donner, afin que ceux qui m'ont demandé des explications à ce sujet puissent renseigner les intéressés.

Angenommen. — *Adoptés.*

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Nachmittagssitzung vom 11. Dezember 1930.
Séance de relevée du 11 décembre 1930.

Vorsitz: — Présidence: M. Charmillot.

2479. Alters- und Hinterlassenenversicherung
Bundesgesetz.

Assurance-vieillesse et assurance-survivants. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 419 hievor. — Voir page 419 ci-devant.

Art. 6.

Wettstein, Berichterstatter: Zu Art. 6 hat Herr Hauser eine Verdeutlichung gewünscht. Die Kommission ist der Ansicht, daß man das der Redaktionskommission überlassen könnte. Vielleicht würde Herr Hauser mit folgender Fassung einverstanden sein: «Private Kassen können mit ihrer Zustimmung ebenfalls in Anspruch genommen werden.» In dieser Form werde ich den Artikel der Redaktionskommission vorlegen. Dann ist das Bedenken beseitigt.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 10.

Wettstein, Berichterstatter: Es handelt sich hier um die Frage, ob wir den ganzen Artikel noch einmal von Grund aus durchberaten lassen wollen. Das hätte eine Rückweisung nicht nur an die Kommission, sondern auch an den Bundesrat zur Folge. Art. 10 ist einer der grundlegenden Artikel. Die Kommission hat nun in drei Malen diesen Artikel behandelt. Sie ist in ihrer Mehrheit zum Schlusse gekommen, daß wir Art. 10 in der vorliegenden Fassung annehmen und einen Ausschluß von sei es eidgenössischem oder eidgenössischem und kantonalem und Gemeindeper-

sonal nicht vorsehen sollten. Immerhin sind in der Kommission verschiedene Wünsche geäußert worden, und das Departement hat erklärt, es werde dem Rat noch einen zusammenfassenden Bericht über diese ganze Frage zustellen. Das soll aber nicht hindern, daß wir uns über Art. 10 einmal grundsätzlich entscheiden. Die Beratung des Gesetzes läßt es ja zu, daß man auf jeden Artikel zurückkommt. Wir können aber nicht in der Beratung weiterfahren, wenn wir einen der wichtigsten und grundlegenden Artikel in der Schwebe lassen. Deshalb bitten wir Sie, den Artikel in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	13 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

Art. 11.

Wettstein, Berichterstatter: Zu diesem Artikel ist Ihnen der Antrag des Herrn Naef unterbreitet worden. Er enthält zwei Bestimmungen, die nicht unwichtig sind. Herr Naef möchte sowohl für Schweizerbürger, die ins Ausland ziehen, als auch für Ausländer, die das tun, die Möglichkeit vorsehen, daß sie, wenn auch ohne Zinsen, die einbezahlten Beträge zurückerhalten. Bei den Schweizerbürgern wäre die Voraussetzung der Verzicht auf die Wohltat der Versicherung. Sie hätten also Anspruch, wenn sie die Rente nicht beziehen wollen, auf Rückerstattung der von ihnen geleisteten Beiträge. Das Departement hat, soweit es in der kurzen Zeit möglich war, die Angelegenheit geprüft, und an Hand der Auswanderungsstatistik versucht, eine gewisse Uebersicht über die Tragweite zu bekommen. Es ging dabei davon aus, daß wahrscheinlich die Schweizer, die in Nachbarländer auswandern, vorziehen würden, die Versicherung beizubehalten, also weiter zu bezahlen, um dann auch die Leistungen beanspruchen zu können, während die Ueberseer wahrscheinlich die andere Methode vorziehen würden, die Zurückzahlung der Beiträge. Für diese allein schätzt das Versicherungsamt die Belastung, die im Anfang klein wäre, aber später jedenfalls bedeutend höher würde, bis auf 600,000 Fr. Natürlich handelt es sich um Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die auf sehr unsicherem Grunde stehen.

Nun ist zu sagen, daß wir den Schweizerbürger unter keinen Umständen schlechter behandeln können als den Ausländer. Für den Ausländer ist es möglich, eine Rückerstattung zu bewirken durch die Anwendung des Art. 36, der ausdrücklich sagt, daß durch Staatsverträge für die Ausländer besondere Bestimmungen abweichend vom Gesetz aufgestellt werden können.

Es ist nun der Fall möglich, daß wir, gestützt auf das Prinzip der Reziprozität, ein Interesse daran haben, den Ausländern eine solche Rückerstattung zuzusichern. Wenn wir ins Gesetz nichts aufnehmen über die Schweizer, so könnte der Fall eintreten, daß der Schweizer schlechter gestellt würde als der Ausländer. Die Kommission ist einmütig der Ansicht, daß wir die Berücksichtigung der Ausländer nicht in das Gesetz aufnehmen sollen, weil Art. 36 genügende Handhabe gibt, um darüber die nötigen Bestimmungen zu erlassen, daß wir aber doch den Schweizern ein

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1930
Date	
Data	
Seite	440-442
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 922

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

rat nachzugeben. Wir hatten das Problem mehr nach dem allgemeinen staatspolitischen Gesichtspunkt einer Lösung entgegenführen wollen, der Nationalrat aber, der hier über sein eigenes Schicksal zu beschließen hatte, ließ sich stark von regionalpolitischen Interessen leiten. Die Verfassungsänderung muß noch in dieser Session verabschiedet werden und es hat die Volksabstimmung so rechtzeitig stattzufinden, daß bei einer Annahme der Vorlage die Nationalratswahlen auf der neuen Grundlage erfolgen können. Wir wollen auch auf diesen Umstand gebührende Rücksicht nehmen und in der Folge uns in dieser vorgerückten Stunde auch enthalten, noch auf einzelne Aeußerungen zu antworten, die in der Debatte in beiden Räten in bezug auf den Ständerat gefallen sind. Der Weihnachtsfriede wird auf diese Weise auch zwischen den beiden Räten hergestellt. Ich beantrage Ihnen namens der Kommission, Sie möchten sich dem Beschluß des Nationalrats anschließen und in der Schlußabstimmung die Vorlage annehmen.

Abstimmung. — *Vote.*

Für den Antrag der Kommission	19 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national)

**2437. Tabakzoll und Zigarettensteuer.
Bundesgesetz.**

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 440 hiervor. — Voir page 440 ci-devant.)

Beschluß des Nationalrates vom 3. Dezember 1930.
Décision du Conseil national du 3 décembre 1930.

Vorlage der Redaktionskommission vom 16. Dezember 1930.
Projet de la commission de rédaction du 16 décembre 1930.

Meßmer, Berichterstatter: Die Redaktionskommission hat die Vorlage des Bundesgesetzes über die Besteuerung des Tabaks durchgegangen. Sie hat nur ganz wenige redaktionelle Abänderungen vorgenommen. In Art. 1 ist der Zusammenhang der Besteuerung des Tabaks mit der Alters- und Hinterlassenenversicherung in verkürzter Form markiert. In Art. 15 ist noch eine kleine redaktionelle Aenderung vorzunehmen. Bei Art. 23 haben Sie beschlossen, daß die Frist für Beschwerden von dem Tage an beginnt, an dem die Mitteilung an den Betroffenen ergangen ist. In Uebereinstimmung damit soll nun auch in Art. 15 gesagt werden, daß die Beschwerdefrist « von dem Tage an beginnt », an dem die Mitteilung ergangen ist. Im übrigen empfehle ich Ihnen Zustimmung zur Vorlage.

Angenommen. — *Adopté.*

Schlußabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Gesetzentwurfs 26 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

**2479. Alters- und Hinterlassenenversicherung.
Bundesgesetz.**

Assurance-vieillesse et assurance-survivants. Loi.

Fortsetzung. — *Suite.*

Siehe Seite 442 hiervor. — Voir page 442 ci-devant.

Art. 20.

Antrag der Kommission.

Abs. 1, lit. A: Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Abs. 1, lit. B: An Witwen und Waisen beitragspflichtiger oder nach Maßgabe von lit. A rentenberechtigter, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes verstorbener Männer.

Rest: Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Abs. 1, lit. C: An die Waisen einer geschiedenen, ledigen oder vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verwitweten Frau, wenn die Mutter nach Inkrafttreten des Gesetzes verstirbt, eine Rente von 50 Fr. für jede Waise bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr. Die Rente wird nur bezahlt, wenn die Mutter beitragspflichtig oder nach Maßgabe von lit. A rentenberechtigt war und für den Unterhalt ihrer Kinder selber gesorgt hat.

Abs. 2. Zustimmung zum Beschluß des Nationalrats.

Proposition de la commission.

1^{er} alinéa, lettre A: Adhérer à la décision du Conseil national.

1^{er} alinéa, lettre B: A la veuve et aux orphelins de tout homme tenu à cotisation ou titulaire de la rente de vieillesse, selon la lettre A, décédé après l'entrée en vigueur de la présente loi.

Pour le reste: Adhérer à la décision du Conseil national.

1^{er} alinéa, lettre C: Une rente de 50 fr. par an à tout orphelin d'une femme divorcée, d'une célibataire ou d'une femme devenue veuve avant l'entrée en vigueur de la présente loi, à condition que la divorcée, célibataire ou veuve soit décédée postérieurement à cette entrée en vigueur. En outre, la rente ne sera versée que si la mère était tenue à cotisation ou avait droit à une rente selon la lettre A et si elle pourvoyait elle-même à l'entretien de l'enfant. Cette rente est due tant que l'enfant n'a pas atteint l'âge de dix-huit ans révolus.

Tabakzoll und Zigarettensteuer. Bundesgesetz.

Droit de douane sur le tabac et impôt sur la cigarette. Loi.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1930
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2437
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.12.1930
Date	
Data	
Seite	470-470
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 926

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.